

Koalitionsbildung und Gesetzgebung im Semi-Parlamentarismus

Dissertation

Monografie zur Erlangung der Würde eines Dr. rer. pol.
vorgelegt von Alexander Pörschke

im Fach Politikwissenschaften an der Wirtschafts- und
Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Potsdam

Betreuer:innen:

Prof. Dr. Steffen Ganghof

Prof. Dr. Christian Stecker

August 2023



Soweit nicht anders gekennzeichnet, ist dieses Werk unter einem Creative-Commons-Lizenzvertrag Namensnennung – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 lizenziert. Dies gilt nicht für Zitate und Werke, die aufgrund einer anderen Erlaubnis genutzt werden. Um die Bedingungen der Lizenz einzusehen, folgen Sie bitte dem Hyperlink:
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>

Online veröffentlicht auf dem
Publikationsserver der Universität Potsdam:
<https://doi.org/10.25932/publishup-63449>
<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:kobv:517-opus4-634498>

Zusammenfassung

Der Semi-Parlamentarismus beschreibt das Regierungssystem, in dem die Regierung von einem Teil des Parlaments gewählt wird und abberufen werden kann, von einem anderen Teil des Parlaments aber unabhängig ist. Beide Kammern müssen dabei der Gesetzgebung zustimmen. Dieses von Steffen Ganghof klassifizierte System ergänzt gängige Regierungssystemtypologien, wie sie beispielsweise von David Samuels und Matthew Shugart genutzt werden. Der Semi-Parlamentarismus ist der logische Gegenpart zum Semi-Präsidentialismus, bei dem nur ein Teil der Exekutive von der Legislative abhängt, während im Semi-Parlamentarismus die Exekutive von nur einem Teil der Legislative abhängt. Der Semi-Parlamentarismus verkörpert so ein System der Gewaltenteilung ohne einen exekutiven Personalismus, wie er durch die Direktwahl und Unabhängigkeit der Regierungschef:in im Präsidentialismus hervorgerufen wird. Dadurch ist der Semi-Parlamentarismus geeignet, Unterschiede zwischen Parlamentarismus und Präsidentialismus auf den separaten Einfluss der Gewaltenteilung und des exekutiven Personalismus zurückzuführen. Die Untersuchung des Semi-Parlamentarismus ist daher für die Regierungssystemliteratur insgesamt von Bedeutung. Der Semi-Parlamentarismus ist dabei kein rein theoretisches Konstrukt, sondern existiert im australischen Bundesstaat, den australischen Substaaten und Japan.

Die vorliegende Dissertation untersucht erstmals umfassend die Gesetzgebung der semi-parlamentarischen Staaten als solchen. Der Fokus liegt dabei auf den zweiten Kammern, da diese durch die Unabhängigkeit von der Regierung der eigentliche Ort der Gesetzgebung sind. Die Gesetzgebung in Parlamentarismus und Präsidentialismus unterscheidet sich insbesondere in der Geschlossenheit der Parteien, der Koalitionsbildung und dem legislativen Erfolg der Regierungen. Diese Punkte sind daher auch von besonderem Interesse bei der Analyse des Semi-Parlamentarismus. Die semi-parlamentarischen Staaten unterscheiden sich auch untereinander teilweise erheblich in der institutionellen Ausgestaltung wie den Wahlsystemen oder den verfügbaren Mitteln zur Überwindung von Blockadesituationen. Die Darstellung und die Analyse der Auswirkungen dieser Unterschiede auf die Gesetzgebung ist neben dem Vergleich des Semi-Parlamentarismus mit anderen Systemen das zweite wesentliche Ziel dieser Arbeit.

Als Fundament der Analyse habe ich einen umfangreichen Datensatz erhoben, der alle Legislaturperioden der australischen Staaten zwischen 1997 und 2019 umfasst. Wesentliche Bestandteile des Datensatzes sind alle namentlichen Abstimmungen beider Kammern, alle

eingebrachten und verabschiedeten Gesetzen der Regierung sowie die mit Hilfe eines Expert-Surveys erhobenen Parteipositionen in den relevanten Politikfeldern auf substaatlicher Ebene.

Hauptsächlich mit der Hilfe von Mixed-Effects- und Fractional-Response-Analysen kann ich so zeigen, dass der Semi-Parlamentarismus in vielen Aspekten eher parlamentarischen als präsidentiellen Systemen gleicht. Nur die Koalitionsbildung erfolgt deutlich flexibler und unterscheidet sich daher von der typischen parlamentarischen Koalitionsbildung. Die Analysen legen nahe, dass wesentliche Unterschiede zwischen Parlamentarismus und Präsidentialismus eher auf den exekutiven Personalismus als auf die Gewaltenteilung zurückzuführen sind.

Zwischen den semi-parlamentarischen Staaten scheinen vor allem die Kontrolle des Medians beider Parlamentskammern durch die Regierung und die Möglichkeit der Regierung, die zweite Kammer mitaufzulösen, zu entscheidenden Unterschieden in der Gesetzgebung zu führen. Die Kontrolle des Medians ermöglicht eine flexible Koalitionsbildung und führt zu höheren legislativen Erfolgsraten. Ebenso führt eine möglichst leichte Auflösungsöglichkeit der zweiten Kammern zu höheren legislativen Erfolgsraten. Die Parteigeschlossenheit ist unabhängig von diesen Aspekten in beiden Kammern der semi-parlamentarischen Parlamente sehr hoch.

Danksagung

Ohne eine Vielzahl an Menschen, die mich in all den Jahren unterstützt haben, hätte ich diese Arbeit nicht fertigstellen können. Eine Aufzählung muss notwendigerweise unvollständig bleiben, aber ich möchte zumindest den wichtigsten Personen meinen Dank aussprechen.

Mein besonderer Dank gilt meinem Erstbetreuer Steffen Ganghof, der auch in schwierigen Situationen zu mir gehalten hat und mir mit seiner schier unerschöpflichen Geduld mit Rat und Tat zur Seite stand. Seine Neugier für den Semi-Parlamentarismus ist so ansteckend, dass sie mich über das Ziel getragen hat. Ich möchte auch Christian Stecker danken, der eher kurzfristig als Zweitbetreuer eingesprungen ist und der mich schon im Studium so sehr begeistern konnte, dass ich tatsächlich die Promotion begonnen habe. Auch Ulrich Kohler möchte ich danken, der mich am Kolloquium seines Lehrstuhls teilhaben ließ und mir so immer wieder neuen Input gab.

Ganz herzlich möchte ich auch meiner Familie danken, die immer für mich da war: Mein Papa Hugo kann leider nicht mehr miterleben, wie ich die Arbeit fertigstelle – er hat mich immer liebevoll herausgefordert und ich kann mich noch sehr gut an unser letztes längeres Gespräch erinnern, in dem er mir nochmal Mut gemacht hat für die letzte Phase der Dissertation; meine Mutter Katharina hat meine Arbeit fast ebenso häufig gelesen wie ich selbst und verteidigt mich schon immer mit aller Kraft gegen jegliche Unbill des Lebens; meine Geschwister Roxy und Bassi, die mich aus so manchem Loch gezogen haben und die trotz allem immer an mich geglaubt haben; mein Schwager Alex, der mir mit seiner rationalen Art viel Nervosität nehmen konnte und mir oft geholfen hat, ein Stück zurückzutreten und das große Ganze zu sehen; und natürlich meiner liebsten Toni, ohne die ich wohl niemals die Kraft gefunden hätte, immer weiterzumachen. Sie hat mich in einer der schwersten Situationen meines Lebens kennengelernt und anscheinend trotzdem etwas gesehen, was ich schon lange nicht mehr erkennen konnte. Durch sie habe ich wieder ein Ziel gefunden und auch die Kraft es zu verfolgen. Ich möchte auch meiner Tante und meinem Onkel Christiane und Daouda danken, die so viel Verständnis für mich aufbringen und mich immer darin bestärkt haben weiterzumachen.

Auch all meinen Kolleg:innen am Lehrstuhl möchte ich danken, ohne deren Unterstützung ich es sicherlich auch nicht bis zum Ende geschafft hätte. Vor allem Aiko Wagner, Anna Fruhstorfer, Dag Tanneberg und Sebastian Eppner, mit denen ich viel und herzlich gelacht habe, haben mir nicht nur wissenschaftlich immer wieder neue Blickwinkel eröffnet. Aiko Wagner konnte mir in jeder Situation mit einem passenden Zitat weiterhelfen; Anna Fruhstorfer

zeigt mir immer wieder, dass man jeglichen Schwierigkeiten gut gelaunt und erfolgreich entgegentreten kann; eine gemeinsame vielstündige S-Bahn-„Fahrt“ mit Dag, bei der wir uns über wirklich alles unterhalten konnten, wird mir trotz der langen Wartezeit für immer in durchweg positiver Erinnerung bleiben; Sebs wissenschaftliches und auch weit darüber hinausgehendes Allgemeinwissen gepaart mit den ungewöhnlichsten Ideen haben mich immer wieder begeistert. Ich danke auch Andrew McKelvy und Sebastian Saiegh, die mir ihre Datensätze zur Verfügung stellten und die auf alle meine Fragen schnell und hilfreich antworteten.

Ich möchte auch den wissenschaftlichen Hilfskräften des Lehrstuhls Vergleichende Politikwissenschaft der Universität Potsdam danken, die einen Großteil der Datenrecherche stemmen mussten. Ganz besonders auch denjenigen die in meinem Büro saßen, mir immer so eine angenehme Gesellschaft waren und meine Arbeitsmusik ertragen mussten. Carolin Kaddatz, die in allen wissenschaftlichen und technischen Fragen eine unverzichtbare Stütze war; Denise Al-Gaddooa, mit der ich auf Augenhöhe und auf sehr angenehme Art wissenschaftliche Probleme aller Art diskutiert habe; Leon Gärtner, der mich auch mal an seiner Musik hat teilhaben lassen, was ihm aber bei dem einen oder anderen Getränk verzeihen konnte; Lilly Hock, die mich sowohl wissenschaftlich als auch als Boulder-Trainerin unterstützte; Malica Christ, die neben politischen auch philosophische Fragen mit mir diskutierte und meinen Horizont auch außerhalb der Politikwissenschaft erweiterte; Mona Noé, mit der ich auch über viele aktuelle politischen Themen gesprochen habe und deren Engagement mich nachhaltig beeindruckt hat.

Auch meinen vielen Freund:innen möchte ich danken, die ich nicht im Einzelnen aufzählen kann; sie waren einerseits geduldig genug, wenn ich Verabredungen ausschlagen musste und andererseits ungeduldig genug, dass sie mich auch häufig doch aus meinem Tunnel befreien konnten.

Die Anfertigung der Arbeit wurde mir durch diverse Anstellungen am Lehrstuhl für vergleichende Politikwissenschaft ermöglicht.

Vielen Dank!

Inhaltsverzeichnis

ZUSAMMENFASSUNG	III
DANKSAGUNG	V
INHALTSVERZEICHNIS	I
TABELLENVERZEICHNIS	VII
ABBILDUNGSVERZEICHNIS	XII
ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	XIII
<i>Verwendete Länderkürzel</i>	<i>xiii</i>
<i>Verwendete Parlamentskürzel</i>	<i>xiii</i>
<i>Verwendete Parteienkürzel</i>	<i>xiv</i>
1 EINLEITUNG	1
2 DARSTELLUNG DER FALLAUSWAHL	12
2.1 AUSGEWÄHLTE INSTITUTIONELLE UND BEHAVIORALE CHARAKTERISTIKA	13
2.1.1 <i>Wahlsysteme der Parlamentskammern</i>	13
2.1.2 <i>Verbindung der Wahlen von erster und zweiter Kammer</i>	19
2.1.3 <i>Bestimmungen für die Selbstauflösung der ersten Kammer</i>	20
2.1.4 <i>Möglichkeiten zur Auflösung der zweiten Kammer</i>	20
2.1.5 <i>Blockade der Haushaltsgesetzgebung durch die zweite Kammer</i>	21
2.1.6 <i>Mechanismen zur Auflösung von Blockadesituationen</i>	21
2.1.7 <i>Verfassungsänderungen der Machtbalance</i>	21
2.1.8 <i>Parteiensystem</i>	21
2.1.9 <i>Regierungsstatus im Parlament</i>	24
2.2 COMMONWEALTH OF AUSTRALIA (C.O.AUSTRALIA – C.O.A)	25
2.2.1 <i>Wahlsystem des House of Representatives (erste Kammer)</i>	26
2.2.2 <i>Wahlsystem des Senate (zweite Kammer)</i>	26
2.2.3 <i>Verbindung der Wahlen von erster und zweiter Kammer</i>	27
2.2.4 <i>Bestimmungen für die Selbstauflösung der ersten Kammer</i>	27
2.2.5 <i>Möglichkeiten zur Auflösung der zweiten Kammer</i>	28
2.2.6 <i>Blockade der Haushaltsgesetzgebung durch die zweite Kammer</i>	28
2.2.7 <i>Mechanismen zur Auflösung von Blockadesituationen</i>	28
2.2.8 <i>Verfassungsänderungen der Machtbalance</i>	29
2.2.9 <i>Parteiensystem</i>	29
2.2.10 <i>Regierungsstatus im Parlament</i>	32
2.3 NEW SOUTH WALES (NSW)	32
2.3.1 <i>Wahlsystem der Legislative Assembly (erste Kammer)</i>	33
2.3.2 <i>Wahlsystem des Legislative Council (zweite Kammer)</i>	33

2.3.3	Verbindung der Wahlen von erster und zweiter Kammer.....	34
2.3.4	Bestimmungen für die Selbstauflösung der ersten Kammer.....	34
2.3.5	Möglichkeiten zur Auflösung der zweiten Kammer	35
2.3.6	Blockade der Haushaltsgesetzgebung durch die zweite Kammer.....	35
2.3.7	Mechanismen zur Auflösung von Blockadesituationen	35
2.3.8	Verfassungsänderungen	35
2.3.9	Parteiensystem	36
2.3.10	Regierungsstatus im Parlament.....	38
2.4	QUEENSLAND (QLD).....	38
2.4.1	Wahlsystem der Legislative Assembly (Parlament)	38
2.4.2	Bestimmungen für die Selbstauflösung der ersten Kammer.....	39
2.4.3	Verfassungsänderungen	39
2.4.4	Parteiensystem	39
2.4.5	Regierungsstatus im Parlament.....	41
2.5	SOUTH AUSTRALIA (SA).....	42
2.5.1	Wahlsystem der Legislative Assembly (erste Kammer).....	42
2.5.2	Wahlsystem des Legislative Council (zweite Kammer)	42
2.5.3	Verbindung der Wahlen von erster und zweiter Kammer.....	43
2.5.4	Bestimmungen für die Selbstauflösung der ersten Kammer.....	43
2.5.5	Möglichkeiten zur Auflösung der zweiten Kammer	44
2.5.6	Blockade der Haushaltsgesetzgebung durch die zweite Kammer.....	44
2.5.7	Mechanismen zur Auflösung von Blockadesituationen	45
2.5.8	Verfassungsänderungen der Machtbalance	46
2.5.9	Parteiensystem	46
2.5.10	Regierungsstatus im Parlament.....	47
2.6	TASMANIA (TAS).....	48
2.6.1	Wahlsystem der Legislative Assembly (erste Kammer).....	48
2.6.2	Wahlsystem des Legislative Council (zweite Kammer)	49
2.6.3	Verbindung der Wahlen von erster und zweiter Kammer.....	49
2.6.4	Bestimmungen für die Selbstauflösung der ersten Kammer.....	49
2.6.5	Möglichkeiten zur Auflösung der zweiten Kammer	50
2.6.6	Blockade der Haushaltsgesetzgebung durch die zweite Kammer.....	50
2.6.7	Mechanismen zur Auflösung von Blockadesituationen	50
2.6.8	Verfassungsänderungen der Machtbalance	50
2.6.9	Parteiensystem	50
2.6.10	Regierungsstatus im Parlament.....	52
2.7	VICTORIA VOR DER REFORM (VICvR)	53
2.7.1	Wahlsystem der Legislative Assembly (erste Kammer).....	53
2.7.2	Wahlsystem des Legislative Council (zweite Kammer)	53
2.7.3	Verbindung der Wahlen von erster und zweiter Kammer.....	54
2.7.4	Bestimmungen für die Selbstauflösung der ersten Kammer.....	54

2.7.5	<i>Möglichkeiten zur Auflösung der zweiten Kammer</i>	54
2.7.6	<i>Blockade der Haushaltsgesetzgebung durch die zweite Kammer</i>	54
2.7.7	<i>Mechanismen zur Auflösung von Blockadesituationen</i>	54
2.7.8	<i>Verfassungsänderungen</i>	55
2.7.9	<i>Parteiensystem</i>	55
2.7.10	<i>Regierungsstatus im Parlament</i>	57
2.7.11	<i>Reform</i>	57
2.8	VICTORIA (VIC).....	58
2.8.1	<i>Wahlsystem der Legislative Assembly (erste Kammer)</i>	58
2.8.2	<i>Wahlsystem des Legislative Council (zweite Kammer)</i>	58
2.8.3	<i>Verbindung der Wahlen von erster und zweiter Kammer</i>	58
2.8.4	<i>Bestimmungen für die Selbstauflösung der ersten Kammer</i>	59
2.8.5	<i>Möglichkeiten zur Auflösung der zweiten Kammer</i>	59
2.8.6	<i>Blockade der Haushaltsgesetzgebung durch die zweite Kammer</i>	59
2.8.7	<i>Mechanismen zur Auflösung von Blockadesituationen</i>	59
2.8.8	<i>Verfassungsänderungen der Machtbalance</i>	60
2.8.9	<i>Parteiensystem</i>	60
2.8.10	<i>Regierungsstatus im Parlament</i>	61
2.9	WESTERN AUSTRALIA (WA)	63
2.9.1	<i>Wahlsystem der Legislative Assembly (erste Kammer)</i>	63
2.9.2	<i>Wahlsystem des Legislative Council (zweite Kammer)</i>	64
2.9.3	<i>Verbindung der Wahlen von erster und zweiter Kammer</i>	64
2.9.4	<i>Bestimmungen für die Selbstauflösung der ersten Kammer</i>	65
2.9.5	<i>Möglichkeiten zur Auflösung der zweiten Kammer</i>	65
2.9.6	<i>Blockade der Haushaltsgesetzgebung durch die zweite Kammer</i>	65
2.9.7	<i>Mechanismen zur Auflösung von Blockadesituationen</i>	66
2.9.8	<i>Verfassungsänderungen der Machtbalance</i>	66
2.9.9	<i>Parteiensystem</i>	66
2.9.10	<i>Regierungsstatus im Parlament</i>	67
2.10	JAPAN (JPN).....	69
2.10.1	<i>Wahlsystem des Shūgiin (erste Kammer)</i>	69
2.10.2	<i>Wahlsystem des Sangiin (zweite Kammer)</i>	70
2.10.3	<i>Verbindung der Wahlen von erster und zweiter Kammer</i>	70
2.10.4	<i>Bestimmungen für die Selbstauflösung der ersten Kammer</i>	70
2.10.5	<i>Möglichkeiten zur Auflösung der zweiten Kammer</i>	71
2.10.6	<i>Blockade der Haushaltsgesetzgebung durch die zweite Kammer</i>	71
2.10.7	<i>Mechanismen zur Auflösung von Blockadesituationen</i>	71
2.10.8	<i>Verfassungsänderungen der Machtbalance</i>	71
2.10.9	<i>Parteiensystem</i>	71
2.10.10	<i>Regierungsstatus im Parlament</i>	73
2.11	GESAMTÜBERBLICK AUSTRALIEN UND JAPAN.....	74

2.12	ZUSAMMENFASSUNG	76
3	PARTEIGESCHLOSSENHEIT IM SEMI-PARLAMENTARISMUS.....	77
3.1	HYPOTHESENBILDUNG.....	78
3.2	MESSUNG VON PARTEIGESCHLOSSENHEIT	84
3.3	INTERNATIONALER VERGLEICH	88
3.4	DETAILANALYSE DER PARTEIGESCHLOSSENHEIT IN DEN AUSTRALISCHEN STAATEN	90
3.4.1	<i>C.o.Australia</i>	91
3.4.2	<i>New South Wales</i>	93
3.4.3	<i>Queensland</i>	94
3.4.4	<i>South Australia</i>	95
3.4.5	<i>Tasmania</i>	97
3.4.6	<i>Victoria vor der Reform</i>	98
3.4.7	<i>Victoria</i>	98
3.4.8	<i>Western Australia</i>	101
3.4.9	<i>Zusammenfassung</i>	102
3.5	REGRESSIONSANALYSE DER PARTEIGESCHLOSSENHEIT IM SEMI-PARLAMENTARISMUS	103
3.5.1	<i>Abhängige Variable: geschlossene Abstimmungen</i>	103
3.5.2	<i>Modell</i>	104
3.5.3	<i>Unabhängige Variablen</i>	105
3.5.4	<i>Problem der ungleichen Verteilung der unabhängigen Variablen auf die Kammern</i>	108
3.5.5	<i>Ergebnisse</i>	109
3.6	ZUSAMMENFASSUNG	112
4	KOALITIONSBILDUNG	113
4.1	HYPOTHESENBILDUNG.....	115
4.1.1	<i>Regierungsstatus im Parlament</i>	120
4.2	DATENSATZ	124
4.3	DETAILANALYSE DER KOALITIONSBILDUNG IN DEN AUSTRALISCHEN STAATEN	125
4.3.1	<i>C.o.Australia</i>	126
4.3.2	<i>New South Wales</i>	127
4.3.3	<i>South Australia</i>	128
4.3.4	<i>Victoria vor der Reform</i>	129
4.3.5	<i>Victoria</i>	130
4.3.6	<i>Western Australia</i>	130
4.3.7	<i>Zwischenergebnisse</i>	131
4.4	ANALYSE DER KOALITIONSBILDUNG NACH THEMENFELDERN	133
4.4.1	<i>New South Wales</i>	134
4.4.2	<i>Victoria</i>	139
4.4.3	<i>Western Australia</i>	143
4.4.4	<i>Zwischenergebnisse</i>	146
4.5	REGRESSIONSANALYSE DER PARTEIGESCHLOSSENHEIT IM SEMI-PARLAMENTARISMUS	146

4.5.1	<i>Abhängige Variable: Abstimmung mit der Regierung</i>	148
4.5.2	<i>Modell</i>	148
4.5.3	<i>Unabhängige Variablen</i>	148
4.5.4	<i>Ergebnisse</i>	150
4.6	ZUSAMMENFASSUNG	152
5	BLOCKADEN UND LEGISLATIVE ERFOLGSRATEN IM SEMI-PARLAMENTARISMUS	154
5.1	HYPOTHESENBUILDUNG	156
5.2	DATENSATZ	165
5.3	REGRESSIONSANALYSE DER LEGISLATIVEN ERFOLGSRATEN IM SYSTEMVERGLEICH	167
5.3.1	<i>Abhängige Variable: legislative Erfolgsrate (Jahr)</i>	168
5.3.2	<i>Modell</i>	168
5.3.3	<i>Unabhängige Variablen</i>	168
5.3.4	<i>Ergebnisse</i>	172
5.4	DETAILANALYSE DER LEGISLATIVEN ERFOLGSRATEN IN DEN SEMI-PARLAMENTARISCHEN STAATEN	174
5.4.1	<i>Datensatz</i>	175
5.4.2	<i>C.o.Australia</i>	176
5.4.3	<i>New South Wales</i>	178
5.4.4	<i>Queensland</i>	178
5.4.5	<i>South Australia</i>	180
5.4.6	<i>Tasmania</i>	180
5.4.7	<i>Victoria vor der Reform</i>	181
5.4.8	<i>Victoria</i>	182
5.4.9	<i>Western Australia</i>	182
5.4.10	<i>Japan</i>	184
5.4.11	<i>Zwischenergebnisse</i>	185
5.5	REGRESSIONSANALYSE DER SEMI-PARLAMENTARISCHEN LEGISLATIVEN ERFOLGSRATEN	186
5.5.1	<i>Abhängige Variable: Legislative Erfolgsrate (Legislaturperiode)</i>	187
5.5.2	<i>Regressionsmodell</i>	187
5.5.3	<i>Unabhängige Variablen</i>	187
5.5.4	<i>Ergebnisse</i>	189
5.6	ZUSAMMENFASSUNG	191
6	FAZIT	192
7	ANHANG A: DATENSÄTZE	195
7.1.1	<i>Sitzverteilungen in den Parlamenten</i>	195
7.1.2	<i>Parlamentsmitglieder</i>	195
7.1.3	<i>Gesetze und Entwürfe</i>	196
7.1.4	<i>Legislative Erfolgsraten</i>	196
7.1.5	<i>Parteipositionen (APPES)</i>	203
7.1.6	<i>Namentliche Abstimmungen</i>	214

8	ANHANG B: METHODEN	216
8.1.1	<i>Logit-Modelle</i>	216
8.1.2	<i>Die Informationskriterien AIC und BIC</i>	217
8.1.3	<i>Fractional-Response-Modelle</i>	217
8.1.4	<i>Umgang mit geclusterten Daten.....</i>	217
8.1.5	<i>Umgang mit sehr seltenen Ereignissen.....</i>	218
9	ANHANG C: ROBUSTHEITSTESTS	219
9.1	ROBUSTHEITSTESTS PARTEIGESCHLOSSENHEIT (TABELLE 3-12)	219
9.1.1	<i>Nur potenzielle Premierparteien.....</i>	219
9.1.2	<i>Random Effects für Legislaturperioden.....</i>	221
9.1.3	<i>Kontrolle des Sitzanteils.....</i>	224
9.1.4	<i>Nur Abstimmungen zu Lesungen</i>	226
9.2	ROBUSTHEITSTESTS KOALITIONSBIILDUNG (TABELLE 4-16)	228
9.2.1	<i>Ohne Kontrolle des Regierungswechsels.....</i>	228
9.2.2	<i>Random Effects für den Einfluss des Abstands.....</i>	230
9.2.3	<i>Ohne New South Wales</i>	231
9.2.4	<i>Kontrolle für die Alternativregierung.....</i>	233
9.3	ROBUSTHEITSTESTS LEGISLATIVE ERFOLGSRATEN IM SYSTEMVERGLEICH (TABELLE 5-2)	235
9.3.1	<i>Bikamerale Staaten als Minderheitsregierung codiert</i>	235
9.3.2	<i>Kontrollvariablen im Semi-Parlamentarismus basieren auf der ersten Kammer.....</i>	237
9.3.3	<i>Vollständiger Datensatz.....</i>	239
9.3.4	<i>Nur Beobachtungen ab 1997.....</i>	241
9.3.5	<i>Nur sehr demokratische Staaten (Polity V-Wert von mindestens 8).....</i>	243
9.3.6	<i>Kontrollvariablen aus Saieghs Regression</i>	245
9.4	ROBUSTHEITSTESTS LEGISLATIVE ERFOLGSRATEN IM SEMI-PARLAMENTARISMUS (TABELLE 5-15).....	249
9.4.1	<i>South Australia codiert ohne Auflösungsmöglichkeit der zweiten Kammer</i>	249
9.4.2	<i>Einzelne Staaten jeweils aus Datensatz entfernt</i>	250
10	LITERATURVERZEICHNIS	253

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1-1: Demokratische Regierungsformen.....	4
Tabelle 2-1: Sitzverteilung im Parlament des C.o.Australia	30
Tabelle 2-2: Regierungsstatus C.o.Australia.....	32
Tabelle 2-3: Sitzverteilung im Parlament von New South Wales.....	36
Tabelle 2-4: Regierungsstatus New South Wales.....	38
Tabelle 2-5: Sitzverteilung im Parlament von Queensland.....	40
Tabelle 2-6: Regierungsstatus Queensland.....	41
Tabelle 2-7: Sitzverteilung im Parlament von South Australia.....	46
Tabelle 2-8: Regierungsstatus South Australia.....	48
Tabelle 2-9: Sitzverteilung im Parlament von Tasmania.....	51
Tabelle 2-10: Regierungsstatus Tasmania.....	52
Tabelle 2-11: Sitzverteilung im Parlament von Victoria vor der Reform.....	56
Tabelle 2-12: Regierungsstatus Victoria vor der Reform	57
Tabelle 2-13: Sitzverteilung im Parlament von Victoria.....	61
Tabelle 2-14: Regierungsstatus Victoria.....	62
Tabelle 2-15: Sitzverteilung im Parlament von Western Australia	67
Tabelle 2-16: Regierungsstatus Western Australia	69
Tabelle 2-17: Sitzverteilung im Parlament von Japan	72
Tabelle 2-18: Regierungsstatus Japan.....	74
Tabelle 2-19: Gesamtüberblick Australien und Japan.....	75
Tabelle 3-1: Parteigeschlossenheit (WRice) im internationalen Systemvergleich	89
Tabelle 3-2: Parteigeschlossenheit (WRice) im C.o.Australia.....	91
Tabelle 3-3: Parteigeschlossenheit (WRice) in New South Wales.....	93
Tabelle 3-4: Parteigeschlossenheit (WRice) in Queensland.....	95
Tabelle 3-5: Parteigeschlossenheit (WRice) in South Australia.....	96
Tabelle 3-6: Parteigeschlossenheit (WRice) in Tasmania.....	97
Tabelle 3-7: Parteigeschlossenheit (WRice) in Victoria vor der Reform	98

Tabelle 3-8: Parteigeschlossenheit (WRice) in Victoria.....	100
Tabelle 3-9: Parteigeschlossenheit (WRice) in Western Australia	101
Tabelle 3-10: Abweichungen in Abstimmungen im Überblick.....	104
Tabelle 3-11: Verteilung von Variablen auf die Kammern	109
Tabelle 3-12: Regression der Wahrscheinlichkeit einer vollständig geschlossenen Abstimmung einer Partei in den australischen Staaten (Mixed-Effects-Logit)	110
Tabelle 3-13: Durchschnittliche marginale Effekte auf die Wahrscheinlichkeit einer vollständig geschlossenen Abstimmung einer Partei in den australischen Staaten.....	111
Tabelle 4-1: Erfolgreiche finale Abstimmungen im Datensatz.....	124
Tabelle 4-2: Koalitionen nach Legislaturperioden (C.o.Australia).....	126
Tabelle 4-3: Koalitionen nach Legislaturperioden (NSW)	127
Tabelle 4-4: Koalitionen nach Legislaturperioden (SA)	128
Tabelle 4-5: Koalitionen nach Legislaturperioden (VICvr).....	129
Tabelle 4-6: Koalitionen nach Legislaturperioden (VIC).....	130
Tabelle 4-7: Koalitionen nach Legislaturperioden (WA)	131
Tabelle 4-8: Übersicht Koalitionsbildung Mehrheits-Minderheitsregierungen (alle Staaten)	132
Tabelle 4-9: Koalitionen der Labor-Regierung nach Politikfeldern (NSW)	135
Tabelle 4-10: Koalitionen der Coalition-Regierung nach Politikfeldern (NSW).....	137
Tabelle 4-11: Koalitionen in Abhängigkeit der Vorgängerregierung (NSW).....	138
Tabelle 4-12: Koalitionen der Labor-Regierung nach Politikfeldern (VIC).....	141
Tabelle 4-13: Koalitionen in Abhängigkeit der Vorgängerregierung (VIC)	142
Tabelle 4-14: Koalitionen der Labor-Regierung nach Politikfeldern (WA)	144
Tabelle 4-15: Koalitionen in Abhängigkeit der Vorgängerregierung (WA).....	145
Tabelle 4-16: Regression der Wahrscheinlichkeit für Oppositionsparteien mit der Regierung zu stimmen (Mixed-Effects-Logit)	151
Tabelle 4-17: Durchschnittliche marginale Effekte auf die Wahrscheinlichkeit für Oppositionsparteien mit der Regierung zu stimmen	152
Tabelle 5-1: Vergleich der legislativen Erfolgsraten der verschiedenen Regierungssysteme (Saiegh/McKelvy/Pörschke)	166
Tabelle 5-2: Regression der legislativen Erfolgsraten in unterschiedlichen Regierungssystemen (Fractional-Response).....	173

Tabelle 5-3: Durchschnittliche marginale Effekte auf die legislativen Erfolgsraten in unterschiedlichen Regierungssystemen	174
Tabelle 5-4: Internationaler Vergleich der legislativen Erfolgsraten (McKelvy/Pörschke)	176
Tabelle 5-5: Legislative Erfolgsraten (C.o.Australia).....	177
Tabelle 5-6: Legislative Erfolgsraten (New South Wales).....	178
Tabelle 5-7: Legislative Erfolgsraten (Queensland).....	179
Tabelle 5-8: Legislative Erfolgsraten (South Australia)	180
Tabelle 5-9: Legislative Erfolgsraten (Tasmania).....	181
Tabelle 5-10: Legislative Erfolgsraten (Victoria vor der Reform)	181
Tabelle 5-11: Legislative Erfolgsraten (Victoria).....	182
Tabelle 5-12: Legislative Erfolgsraten (Western Australia)	183
Tabelle 5-13: Legislative Erfolgsraten (Japan).....	184
Tabelle 5-14: Australischer Vergleich der legislativen Erfolgsraten nach Mehrheits- und Medianstatus	185
Tabelle 5-15: Regression der legislativen Erfolgsraten im Semi-Parlamentarismus (Fractional-Response).....	190
Tabelle 5-16: Durchschnittliche marginale Effekte auf die legislativen Erfolgsraten im Semi-Parlamentarismus	190
Tabelle 7-1: Saiegh-McKelvy-Pörschke – Gesamtübersicht	201
Tabelle 7-2: Übersicht Datensatz legislative Erfolgsraten.....	202
Tabelle 7-3: Fehlende Parteien und ihre Verwandtschaft	205
Tabelle 7-4: Politikfeldabgleich APPES – Benoit/Laver	206
Tabelle 7-5: Überblick erhobene und aufgefüllte Parteien im APPES.....	207
Tabelle 7-6: Gesamtüberblick Parteipositionen (APPES)	209
Tabelle 9-1: Nur potenzielle Premier-Parteien: Regression der Wahrscheinlichkeit einer vollständig geschlossenen Abstimmung einer Partei in den australischen Staaten	220
Tabelle 9-2: Nur potenzielle Premier-Parteien: Durchschnittliche marginale Effekte auf die Wahrscheinlichkeit einer vollständig geschlossenen Abstimmung einer Partei in den australischen Staaten.....	221
Tabelle 9-3: Random Effects für Legislaturperioden: Regression der Wahrscheinlichkeit einer vollständig geschlossenen Abstimmung einer Partei in den australischen Staaten	222
Tabelle 9-4: Random Effects für Legislaturperioden: Durchschnittliche marginale Effekte auf die Wahrscheinlichkeit einer vollständig geschlossenen Abstimmung einer Partei in den australischen Staaten ..	223

Tabelle 9-5: Kontrolle des Sitzanteils: Regression der Wahrscheinlichkeit einer vollständig geschlossenen Abstimmung einer Partei in den australischen Staaten.....	225
Tabelle 9-6: Kontrolle des Sitzanteils: Durchschnittliche marginale Effekte auf die Wahrscheinlichkeit einer vollständig geschlossenen Abstimmung einer Partei in den australischen Staaten	226
Tabelle 9-7: Nur Abstimmungen zu Lesungen: Regression der Wahrscheinlichkeit einer vollständig geschlossenen Abstimmung einer Partei in den australischen Staaten.....	227
Tabelle 9-8: Nur Abstimmungen zu Lesungen: Durchschnittliche marginale Effekte auf die Wahrscheinlichkeit einer vollständig geschlossenen Abstimmung einer Partei in den australischen Staaten.....	228
Tabelle 9-9: Ohne Kontrolle des Regierungswechsels: Regression der Wahrscheinlichkeit für Oppositionsparteien mit der Regierung zu stimmen.....	229
Tabelle 9-10: Ohne Kontrolle des Regierungswechsels: Durchschnittliche marginale Effekte auf die Wahrscheinlichkeit für Oppositionsparteien mit der Regierung zu stimmen.....	229
Tabelle 9-11: Random Effects für den Einfluss des Abstands: Regression der Wahrscheinlichkeit für Oppositionsparteien mit der Regierung zu stimmen.....	230
Tabelle 9-12: Random Effects für den Einfluss des Abstands: Durchschnittliche marginale Effekte auf die Wahrscheinlichkeit für Oppositionsparteien mit der Regierung zu stimmen.....	231
Tabelle 9-13: Ohne New South Wales: Regression der Wahrscheinlichkeit für Oppositionsparteien mit der Regierung zu stimmen	232
Tabelle 9-14: Ohne New South Wales: Durchschnittliche marginale Effekte auf die Wahrscheinlichkeit für Oppositionsparteien mit der Regierung zu stimmen	233
Tabelle 9-15: Kontrolle für die Alternativregierung: Regression der Wahrscheinlichkeit für Oppositionsparteien mit der Regierung zu stimmen.....	234
Tabelle 9-16: Kontrolle für die Alternativregierung: Durchschnittliche marginale Effekte auf die Wahrscheinlichkeit für Oppositionsparteien mit der Regierung zu stimmen.....	235
Tabelle 9-17: Bikamerale Staaten als Minderheitsregierung codiert: Regression der legislativen Erfolgsraten in unterschiedlichen Regierungssystemen	236
Tabelle 9-18: Bikamerale Staaten als Minderheitsregierung codiert: Durchschnittliche marginale Effekte auf die legislativen Erfolgsraten im Semi-Parlamentarismus.....	237
Tabelle 9-19: Kontrollvariablen im Semi-Parlamentarismus basieren auf der ersten Kammer: Regression der legislativen Erfolgsraten in unterschiedlichen Regierungssystemen	238
Tabelle 9-20: Kontrollvariablen im Semi-Parlamentarismus basieren auf der ersten Kammer: Durchschnittliche marginale Effekte auf die legislativen Erfolgsraten im Semi-Parlamentarismus	239
Tabelle 9-21: Vollständiger Datensatz: Regression der legislativen Erfolgsraten in unterschiedlichen Regierungssystemen	240

Tabelle 9-22: Vollständiger Datensatz: Durchschnittliche marginale Effekte auf die legislativen Erfolgsraten im Semi-Parlamentarismus	241
Tabelle 9-23: Nur Beobachtungen ab 1997: Regression der legislativen Erfolgsraten in unterschiedlichen Regierungssystemen	242
Tabelle 9-24: Nur Beobachtungen ab 1997: Durchschnittliche marginale Effekte auf die legislativen Erfolgsraten im Semi-Parlamentarismus	243
Tabelle 9-25: Nur sehr demokratische Staaten: Regression der legislativen Erfolgsraten in unterschiedlichen Regierungssystemen	244
Tabelle 9-26: Nur sehr demokratische Staaten: Durchschnittliche marginale Effekte auf die legislativen Erfolgsraten im Semi-Parlamentarismus.....	245
Tabelle 9-27: Kontrollvariablen aus Saieghs Regression: Regression der legislativen Erfolgsraten in unterschiedlichen Regierungssystemen	247
Tabelle 9-28: Kontrollvariablen aus Saieghs Regression: Durchschnittliche marginale Effekte auf die legislativen Erfolgsraten im Semi-Parlamentarismus.....	248
Tabelle 9-29: South Australia codiert ohne Auflösungsmöglichkeit der zweiten Kammer: Regression der legislativen Erfolgsraten im Semi-Parlamentarismus.....	249
Tabelle 9-30: South Australia codiert ohne Auflösungsmöglichkeit der zweiten Kammer: Durchschnittliche marginale Effekte auf die legislativen Erfolgsraten im Semi-Parlamentarismus	250
Tabelle 9-31: Einzelne Staaten jeweils aus Datensatz entfernt: Regression der legislativen Erfolgsraten im Semi-Parlamentarismus	251
Tabelle 9-32: Einzelne Staaten jeweils aus Datensatz entfernt: Durchschnittliche marginale Effekte auf die legislativen Erfolgsraten im Semi-Parlamentarismus.....	251

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 2-1: Beispiel für die Abstimmung below-the-line	17
Abbildung 2-2: Beispiel für die Abstimmung above-the-line	18
Abbildung 2-3: Parteipositionen im C.o.Australia	31
Abbildung 2-4: Parteipositionen in New South Wales	37
Abbildung 2-5: Parteipositionen in Queensland	40
Abbildung 2-6: Parteipositionen in South Australia	47
Abbildung 2-7: Parteipositionen in Tasmania	51
Abbildung 2-8: Parteipositionen in Victoria vor der Reform.....	56
Abbildung 2-9: Parteipositionen in Victoria	62
Abbildung 2-10: Parteipositionen in Western Australia	68
Abbildung 2-11: Parteipositionen in Japan	73
Abbildung 3-1: Abweichungen im Abstimmungsverhalten im C.o.Australia	92
Abbildung 3-2: Abweichungen im Abstimmungsverhalten in New South Wales	94
Abbildung 3-3: Abweichungen im Abstimmungsverhalten in Queensland	95
Abbildung 3-4: Abweichungen im Abstimmungsverhalten in South Australia	96
Abbildung 3-5: Abweichungen im Abstimmungsverhalten in Tasmania	97
Abbildung 3-6: Abweichungen im Abstimmungsverhalten in Victoria vor der Reform.....	99
Abbildung 3-7: Abweichungen im Abstimmungsverhalten in Victoria	100
Abbildung 3-8: Abweichungen im Abstimmungsverhalten in Western Australia.....	102
Abbildung 4-1: Abstände zur Labor-Regierung in New South Wales	134
Abbildung 4-2: Abstände zur Coalition-Regierung in New South Wales.....	136
Abbildung 4-3: Abstände zur Labor-Regierung in Victoria	140
Abbildung 4-4: Abstände zur Labor-Regierung in Western Australia	143

Abkürzungsverzeichnis

Ich nutze für die australischen Staaten, ihre Parlamentskammern und ihre Parteien Abkürzungen. Ich stütze mich dabei auf die ursprünglichen englischen Namen.

Verwendete Länderkürzel

ACT – Australian Capital Territory

C.o.A – C.o.Australia – Commonwealth of Australia

JPN – Japan

NSW – New South Wales

NT – Northern Territory

QLD – Queensland

SA – South Australia

TAS – Tasmania

VIC – Victoria nach der Reform mit der ersten Wahl am 25.11.2006

VICvr – Victoria vor der Reform mit der ersten Wahl am 25.11.2006

WA – Western Australia

Verwendete Parlamentskürzel

1.K. – Erste Kammer

2.K. – Zweite Kammer

HOR – House – House of Representatives (C.o.A.)

LA – Assembly – Legislative Assembly

LC – Council – Legislative Council

SEN – Senate (C.o.A.)

Verwendete Parteienkürzel

0.1.1.1 Australische Parteien

AD – Australian Democrats – Democrats

AJP – Animal Justice Party

ALP – Australian Labor Party – Labor

BFC – A Better Future for our Children

CDP – Christian Democratic Party

CLP – Country Liberal Party

CON – Australian Conservatives – Conservatives

D4D – Dignity for Disability

DLP – Democratic Labor Party – Democratic Labor

FFP – Family First Party

GRN – Green Party – Greens

KAP – Katter’s Australian Party

LNP – Liberal National Party

LP – Liberal Party – Liberals

NCP – New Country Party

NLTP – No Land Tax Party

NP – National Party – Nationals

NXT – Nick Xenophon Team

ONE – One Nation

ONENSW – One Nation New South Wales

ORP – Outdoor Recreation Party

PUP – Palmer United Party

RFLS – Reform the Legal System

SEX – Sex Party

SFP – Shooters and Fishers Party – Shooters and Fishers

UP – Unity Party

V1LJ – Vote 1 Local Jobs

0.1.1.2 Japanische Parteien

Ich habe die japanischen Parteinamen von Holger Döring, Huber und Manow (2022) übernommen und nutze die englischen Parteinamen, um eine Vergleichbarkeit zu gewährleisten.

DPJ – Democratic Party of Japan (Minshutō)

IC – Independent's Club (Mushozoku-no-kai)

JCP – Japan Communist Party (Nihon Kyōsan-tō)

JSP – Japan Socialist Party (Nihon Shakai-tō)

K – Komeito Party (Kōmeitō)

LDP – Liberal Democratic Party (Jiyū Minshutō)

LPJ – Liberal Party (Jiyū-tō)

NCPJ – New Conservative Party (Hoshu Shintō)

PNP – People's New Party (Kokumin Shinto)

YP – Your Party (Minna no Tō)

1 Einleitung

In dieser Arbeit untersuche ich die Koalitionsbildung und Gesetzgebung im Semi-Parlamentarismus. Der Semi-Parlamentarismus zeichnet sich durch eine Regierung aus, die von einem Teil des Parlaments gewählt wird und abberufen werden kann, von dem anderen Teil des Parlaments aber unabhängig ist. Die Zustimmung beider Kammern ist dabei zwingend erforderlich in der normalen Gesetzgebung (Ganghof 2021).¹

In der vergleichenden Analyse von Regierungssystemen und insbesondere zwischen Parlamentarismus und Präsidialismus konzentrieren sich die meisten Autor:innen² auf die Gewaltenteilung von Exekutive und Legislative im Präsidialismus einerseits und die Gewaltenverschmelzung im Parlamentarismus hervorgerufen durch die Vertrauensfrage andererseits (beispielhaft: Cheibub 2007: 7f.). Ein weiterer wichtiger Unterschied zwischen den beiden Systemen ist aber der exekutive Personalismus, also die persönliche Legitimation der Regierungschef:in als einzelner Person, die nicht durch das Parlament oder eine Partei abberufen werden kann. Ganghof (2021) argumentiert, dass wesentliche Unterschiede zwischen Parlamentarismus und Präsidialismus genau auf diesen exekutiven Personalismus und nicht auf die Gewaltenteilung zurückzuführen sind.

Die Gewaltenteilung und der exekutive Personalismus sind kaum unabhängig voneinander zu beobachten und so kann ihr unabhängiger Einfluss schwer abgeschätzt werden. Um die beiden Faktoren unabhängig voneinander zu beobachten, braucht es einen Zwischentyp, der entweder die Gewaltenteilung oder den exekutiven Personalismus nutzt. Der am weitesten verbreitete Zwischentyp zwischen Parlamentarismus und Präsidialismus ist der Semi-Präsidialismus. Er verbindet einen exekutiven Personalismus durch die Direktwahl der nicht abrufbaren Präsident:in mit einer abgeschwächten Gewaltenteilung durch die Abhängigkeit zwischen einem Teil der Exekutive (Premierminister:in und Kabinett) und dem Parlament (Elgie 1999). Gerade in neueren Demokratien wird der Semi-Präsidialismus häufig eingeführt, weil er vermeintlich ein Kompromiss zwischen Parlamentarismus und

¹ Ganghof argumentiert, dass eher die erste Kammer auf ihr Vetorecht verzichten sollte, wenn nicht beide Kammern ein Vetorecht haben sollen (Ganghof 2021: 142ff.).

² Die Nutzung geschlechtersensibler Sprache wird zwar unter anderem von der Universität Potsdam empfohlen und setzt sich wohl zunehmend durch, aber die genaue Umsetzung bleibt unklar. Um dem Rechnung zu tragen, aber dennoch möglichst gut lesbar zu bleiben, habe ich mich für die Kurzform mit Doppelpunkt in Verbindung mit weiblichen Artikeln und Adjektiven entschieden.

Präsidentalismus zu sein scheint (Elgie 2011b). Tatsächlich scheint er aber die Demokratisierung zu gefährden und die Ursachenforschung beschäftigt sich vor allem mit der Gewaltenteilung und der Kohabitation, also der gegensätzlichen Parteizugehörigkeit zwischen Präsident:in und Parlamentsmehrheit (Elgie 2011a). Der exekutive Personalismus wird dabei eher vernachlässigt. Ähnlich ist es in der Debatte über die Gefahr für die Demokratie durch den Präsidentalismus. In Linz bekannter Kritik am Präsidentalismus spricht er bereits das Problem der Kompromisslosigkeit und des Gefühls der persönlichen Mission an, das aus dem exekutiven Personalismus hervorgeht, aber der Fokus seiner Kritik liegt auf der Gewaltenteilung (Linz 1990). Auch Maeda (2010), der ebenso wie Svobik (2015) zeigt, dass es im Präsidentalismus häufiger als im Parlamentarismus zur Machtübernahme durch die Regierungschef:in kommt, führt dies vor allem auf die Blockaden zurück. Der exekutive Personalismus spielt am ehesten in der Literatur zur Parteigeschlossenheit und Parteistärke eine Rolle. Samuels/Shugart (2010) zeigen, dass die persönliche Legitimation der Präsident:in zur Präsidentialisierung der Parteien führt und Carey (2009) zeigt, dass die doppelte Parteiführung, die durch die Direktwahl der Präsident:in entsteht, zur Abschwächung der Parteigeschlossenheit führt. Sie ergänzen damit gängige Annahmen, die die geringere Parteigeschlossenheit auf die fehlende Vertrauensfrage, also auf die Gewaltenteilung zurückführen (Diermeier/Feddersen 1998, Huber 1996).

Nach der gängigsten Typologie werden Regierungssysteme nach dem Ursprung und der Abrufbarkeit der Regierung unterschieden (Shugart/Carey 1992). Daraus ergeben sich zwei weitere Typen zwischen Parlamentarismus und Präsidentalismus: das versammlungsunabhängige System und der Direktwahl-Parlamentarismus (Samuels/Shugart 2010).

Der Direktwahl-Parlamentarismus Israels von 1996 bis 2001 verbindet durch die Direktwahl der Regierungschef:in eine abgeschwächte Form des exekutiven Personalismus, da die Regierungschef:in trotz Direktwahl durch das Parlament abberufen werden kann, mit einem System der Gewaltenverschmelzung. Allerdings war die Phase des Direktwahl-Parlamentarismus von so kurzer Dauer, dass sich die politischen Akteur:innen vermutlich noch nicht vollständig auf das System einstellen konnten und diese Phase daher kaum zu belastbaren Aussagen über den Einfluss von exekutivem Personalismus hinreicht. Das gescheiterte Experiment gibt aber zumindest Hinweise, was die Funktionstüchtigkeit des Direktwahl-

Parlamentarismus angeht.³ Wie Ganghof argumentiert, führte die Abwahlmöglichkeit zu einer Abschwächung möglicher Vorteile der Gewaltenteilung, während die Direktwahl trotzdem die Probleme des exekutiven Personalismus hervorbrachte (Ganghof 2021: 23).

Das versammlungsunabhängige System der Schweiz verbindet durch das Hervorgehen der Regierung aus dem Parlament, welches die Regierung aber nicht mehr abberufen kann, zwar einen fehlenden exekutiven Personalismus mit einem System der Gewaltenteilung, allerdings ist die Funktionsweise des schweizerischen Systems kaum zu verstehen ohne die Vielzahl an politischen Referenden und die Allparteien-Koalition, die die Regierung stellt. Diese Allparteien-Koalition steht für ein komplexes Gleichgewicht, das nicht ohne weiteres übertragen werden kann auf andere Staaten (Ganghof 2021: 26).

Indem Ganghof (2014, 2018, 2021) die Typologie von Samuels/Shugart (2010) so erweitert, dass sie auch den Semi-Präsidentialismus einbindet, identifiziert er als einen weiteren Zwischentyp den Semi-Parlamentarismus, bei dem die Legislative geteilt ist statt wie im Semi-Präsidentialismus die Exekutive (Tabelle 1-1): Die Regierung geht nur aus einem Teil des Parlaments hervor und kann auch nur von diesem Teil des Parlaments abberufen werden, die Zustimmung beider Kammern ist aber für die normale Gesetzgebung notwendig. So entsteht eine Gewaltenteilung zwischen der Regierung und einem Teil des Parlaments ohne einen exekutiven Personalismus. Es gibt durchaus Möglichkeiten, wie sich dies in einem unikameralen Parlament verwirklichen ließe (Ganghof 2018, 2021). Die offensichtlichste Möglichkeit ist aber die Wahl zweier in der Gesetzgebung gleichberechtigter Parlamentskammern, von denen nur eine wie im Parlamentarismus mit der Regierung durch eine Vertrauensbeziehung (also Vertrauensfrage/Misstrauensvotum) verbunden ist.

Zweiten Kammern werden üblicherweise vor allem die folgenden vier Aufgaben zugesprochen, die das sonstige Regierungssystem ergänzen sollen (Russell 2001):

- Repräsentation anderer Interessen durch eine andere Zusammensetzung
- Unabhängiger Blick auf die Gesetzgebung durch das Fehlen einer Vertrauensfrage, häufig längeren Amtszeiten und weniger oder keinen Kabinettsmitgliedern aus der zweiten Kammer
- Kontrolle der Regierung durch die andere Zusammensetzung und ihre Unabhängigkeit

³ Ganghof (2021: 20) gibt noch zwei weitere Beispiele für eine abgeschwächte Form des Direktwahlparlamentarismus, der aber wenn überhaupt nur in sehr kleinen Gemeinschaften zu funktionieren scheint.

Tabelle 1-1: Demokratische Regierungsformen

Wird die Exekutive teilweise oder komplett direkt gewählt?	Hängt das Überleben der politischen Exekutive von einem direkt gewählten Parlament ab?		
	Komplett	Teilweise	Nein
Ja	Direktwahl-Parlamentarismus	Semi-Präsidentialismus	Präsidentialismus
Nein	Parlamentarismus	Semi-Parlamentarismus	versammlungs-unabhängiges System

Quelle: Ganghof (2021: 33), eigene Übersetzung

- Arbeitsteilung durch weitere Ressourcen

Aus diesen Aufgaben folgt, dass für eine möglichst effektive Wirkung die Kammern möglichst stark sein sollten. Sie sollten daher symmetrisch sein, also ähnliche Machtbefugnisse in der normalen Gesetzgebung haben. Und sie sollten inkongruent sein, also anders besetzt sein als die ersten Kammern. Zudem sollten sie eine möglichst hohe Legitimität durch Wahlen aufweisen, um ihre Macht auch nutzen zu können (Lijphart 1999, Russell 2001). Die Empirie hat zwar gezeigt, dass zweite Kammern auch dann einen Einfluss haben, wenn sie nicht so stark sind (Heller 2007, Russell/Sciara 2008). Dennoch bleibt die zweite Kammer in der Literatur in jedem Fall Literatur nachrangig zur ersten Kammer.

Dieser starke Bikameralismus zeichnet den Semi-Parlamentarismus aus. Durch den Blickwinkel von Ganghof ändert sich aber die Wahrnehmung der zweiten Kammern. Im Semi-Parlamentarismus sind sie unabhängig und mindestens gleichbedeutend mit der ersten Kammer. Je nach Sitzverteilung ist die Mehrheitsbildung in der zweiten Kammer die entscheidende und die Mehrheit der ersten (!) Kammer wird absorbiert, ist also bereits in der Mehrheit der zweiten Kammer enthalten, da das Mehrparteiensystem in der zweiten Kammer größere Koalitionen erfordert (Ganghof 2021: 10, 143f.).

Das semi-parlamentarische System existiert dabei nicht nur in der Theorie, sondern es gibt auch realweltliche Entsprechungen. Der australische Bundesstaat, das *Commonwealth of Australia* (*C.o.Australia*), und fünf seiner sechs Gliedstaaten (*New South Wales, South Australia, Western Australia, Tasmania, Victoria*, nicht aber *Queensland*)⁴ sowie Japan sind semi-parlamentarische Staaten. Gerade in Australien gibt es also ein tatsächlich existentes und schon

⁴ Für die Bezeichnung der australischen Staaten nutze ich die englischen Eigennamen. Das erlaubt mir auch eine Differenzierung zwischen dem C.o.Australia als dem Bundesstaat mit den beiden Parlamentskammern House of Representatives und Senate sowie Australien als dem Kontinent, der alle Staaten umfasst, also sowohl das C.o.Australia als auch alle seine Gliedstaaten.

lange demokratisches System, das helfen kann, die unterschiedlichen Einflüsse von Gewaltenteilung und exekutivem Personalismus auseinanderzuhalten.⁵ Das C.o.Australia ist spätestens seit 1948 semi-parlamentarisch (Taflaga 2018), die anderen australischen Staaten wurden zwischen 1950 und 1984 semi-parlamentarisch, wenngleich dieser Wandel zum Semi-Parlamentarismus nicht zwangsläufig gezielt verlief (Smith 2018). Einerseits ist die Regierungschef:in direkt gewählt und kann von der Mehrheit der ersten Kammer (*House of Representatives (House)* im C.o.Australia, *Legislative Assembly (Assembly)* in den Gliedstaaten) jederzeit abberufen werden.⁶ Andererseits sind alle diese Staaten bikameral, wobei beide Kammern gewählt werden und auch die zweiten Kammern (*Senate* im C.o.Australia, *Legislative Council (Council)* in den Gliedstaaten) allen normalen Gesetzen zustimmen müssen, damit diese in Kraft treten können.⁷

Der besondere Charakter des australischen Systems wird in der australischen Politikwissenschaft schon lange diskutiert. Beispielsweise gilt das Regierungssystem des C.o.Australia im Vergleich zum britischen Westminster-Parlamentarismus als verwässert, als „*Washminster*“ (Thompson 1980), und der australische Bikameralismus als „*Platypus*“, also als Schnabeltier (Bach 2003c). Der starke Bikameralismus des australischen Systems schafft ein ständiges „*Divided Government*“, eine Regierung, die nicht die Mehrheit beider Kammern kontrolliert (Uhr 1999). Hieraus speist sich auch die Diskussion, ob der Senate tatsächlich seine Aufgabe als „*House of Review*“ wahrnimmt, die Regierung und ihre Gesetzgebung also überprüfen kann (Mulgan 1996) und wie die „*Balance of Power*“ durch die kleinen Parteien gehalten werden kann, damit keine der großen Parteien die Mehrheit der zweiten Kammer kontrolliert (Lovelock 2009). Für viele Beobachter:innen und Parlamentarier:innen wie insbesondere auch für die Regierungen gilt der australische Bundesstaat aber dennoch als

⁵ Sowohl Japan als auch das C.o.Australia weichen von einem idealtypischen Semi-Parlamentarismus ab. In Japan kann die erste Kammer die zweite mit einer übergroßen Mehrheit überstimmen, im C.o.Australia gibt es eine ungerechte Besetzung der zweiten Kammer, die die Legitimität einschränken könnte (Ganghof 2014).

⁶ Teilweise ist die Abrufbarkeit der Premierminister:in durch die erste Kammer nicht direkt in der Verfassung festgehalten. In der Verfassung des C.o.Australia wird die Premierminister:in beispielsweise gar nicht erwähnt (A. J. Ward 2012: 129f.). Dort gibt es dann aber das Recht der jeweiligen Gouverneur:in, die Minister:innen zu entlassen. Auf Grund der Konventionen würde die Gouverneur:in das auch tun, wenn die erste Kammer einen Misstrauensantrag verabschiedet (Aroney et al. 2015: 409ff., Australian Government Solicitor 2010, Twomey 2018a).

⁷ Für die australischen Parlamentskammern nutze ich ebenfalls die englischen Eigennamen sowie aus Gründen der Lesbarkeit ihre Abkürzungen (House of Representatives – House/HOR; Senate – SEN; Legislative Assembly – Assembly/LA; Legislative Council – Council/LC).

parlamentarischen Demokratie nach Westminster-Vorbild, bei dem der Senate eher nachrangig sein sollte (Taflaga 2018).⁸

In allen australischen semi-parlamentarischen Staaten außer Tasmania wird heute die Zusammensetzung der ersten Kammer durch Mehrheitswahl und die der zweiten Kammer durch eine Verhältniswahl praktiziert. Die Möglichkeit der Verbindung von zwei verschiedenen Wahlsystemen mit verschiedenen Eigenschaften ist ein wesentliches Merkmal des Semi-Parlamentarismus (Ganghof 2015, Ganghof, Eppner & Pörschke 2018). Da die Regierung nur der ersten Kammer verantwortlich ist und dort meist eine Partei die absolute Mehrheit der Sitze besetzen kann, bilden sich meist Ein-Parteien-Regierungen. In den meisten Fällen hat diese Regierung aber keine Mehrheit in der zweiten Kammer. Viele der Regierungen sind daher Minderheitsregierungen. Das ist insofern durchaus vergleichbar mit einem präsidentiellen System mit Verhältniswahl. Im Unterschied zu diesen präsidentiellen Systemen gibt es aber keine direkte Wahl der Regierungschef:in und damit keinen exekutiven Personalismus.

Im Präsidentialismus mit Verhältniswahl kann die Regierungspartei häufig keine Mehrheit erringen und bildet teilweise auch Koalitionen. Diese sind nicht so stabil wie im Parlamentarismus, aber durchaus üblich (Cheibub, Przeworski & Saiegh 2004). In den Minderheitssituationen bilden sich meist Abstimmungscoalitionen über die Parteigrenzen hinweg mit einzelnen Abgeordneten (Hix/Noury 2016). In parlamentarischen Minderheitsregierungen mit geschlossen agierenden Parteien sind viele der Minderheitsregierungen nur formale Minderheitsregierungen und haben feste Unterstützungspartner (Bale/Bergman 2006). Andere nutzen aber ihre zentrale Position im Politikraum und können potentielle Partner gegeneinander ausspielen (Green-Pedersen/Thomsen 2005). Präsident:innen bringen deutlich weniger ihrer Gesetze durch das Parlament und sind häufiger Blockaden ausgesetzt (Saiegh 2011). Es ist dabei unklar, ob die Gewaltenteilung oder der exekutive Personalismus dafür verantwortlich sind.

Aus diesen Überlegungen ergeben sich drei zentrale Fragestellungen für die Gesetzgebung insbesondere in den zweiten Kammern in semi-parlamentarischen Systemen:

1. Agieren die Parteien trotz der fehlenden Vertrauensfrage geschlossen?

⁸ Westminster meint hierbei eher eine Mehrheitsdemokratie nach Lijphart (2012). Twomey (2018b) nutzt für ihre umfassende Analyse der Macht der Staatschef:innen in Westminster-Systemen eine alternative Definition, die eher auf die britische Monarchie abhebt.

2. Erfolgt die Koalitionsbildung flexibel, also unterschiedlich je nach Politikfeld und auch innerhalb der Politikfelder oder bilden sich feste Abstimmungscoalitionen?
3. Kann die Regierung Gesetze durch das Parlament bringen oder scheitert sie an der Gewaltenteilung?

Mit der Beantwortung dieser Fragen verfolgt diese Arbeit als erste umfassende Analyse der Gesetzgebung australischer Staaten als explizit semi-parlamentarischen Staaten drei Ziele: erstens soll der internationale Vergleich mit anderen Systemen es ermöglichen, den Semi-Parlamentarismus zwischen diesen Systemen einzuordnen. Zweitens soll der Vergleich Rückschlüsse erlauben auf die jeweilige (!) Auswirkung von Gewaltenteilung und exekutivem Personalismus und somit auch das Verständnis für andere politische Systeme erweitern. Und drittens soll eine Analyse der Unterschiede der australischen Staaten dazu beitragen, die Funktionsweise unterschiedlicher Konfigurationen des Semi-Parlamentarismus besser zu verstehen.

Ich stütze mich dabei im Wesentlichen auf drei selbst erstellte Datensätze (vgl. Anhang A: Datensätze):

- Die Positionen der australischen Parteien in den einzelnen Staaten in unterschiedlichen Politikfeldern, erhoben in einer Expertenbefragung unter australischen Politikwissenschaftlern auf Basis des Chapel Hill Expert Survey CHES (Bakker et al. 2015) mit Positionen von insgesamt 36 Parteien aus den sechs australischen Sub-Staaten in 15 Politikfeldern und drei übergeordneten Dimensionen.
- Die Abstimmungen in schriftlich festgehaltenen offenen Abstimmungen (*roll-call votes* bzw. „*divisions*“ im australischen Kontext) für alle australischen Staaten in beiden Parlamentskammern, erhoben durch das Auslesen der Parlamentsprotokolle im Zeitraum 1997-2019. Daraus ergeben sich insgesamt 20.670 Abstimmungen mit 92.773 Abstimmungsentscheidungen der Parteien beziehungsweise 1.448.037 individuellen Abstimmungsentscheidungen.
- Die eingebrachten Gesetze der Regierung und ihr Erfolg in den australischen Staaten im selben Zeitraum, erhoben durch eine Zusammenstellung aus den Berichten der australischen Parlamente über ihre Gesetzgebungstätigkeit. Insgesamt umfasst der Datensatz 13.394 Gesetzesvorschläge.

Diese Datensätze habe ich miteinander verbunden, sodass ich beispielsweise für Abstimmungen zu erfolgreichen Gesetzen die Positionen der Parteien in dem jeweiligen Politikfeld nutzen kann. Die Datensätze sowie ihre Kombination erlauben es mir, die oben

angesprochenen drei Punkte zu analysieren. Zur Analyse nutze ich auf Grund der Datenstruktur Logit-Modelle, insbesondere Mixed-Effects- und Fractional-Response-Modelle (vgl. Anhang B: Methoden).

Die Arbeit ist wie folgt gegliedert:

Im folgenden Kapitel 2 (Darstellung der Fallauswahl) gehe ich auf die unterschiedlichen institutionellen Settings der australischen Staaten und Japans ein und den daraus hervorgehenden Parteiensystemen und Regierungsarten. Australien und Japan sind die einzigen existenten und somit empirisch untersuchbaren Fälle des Semi-Parlamentarismus. In Australien sind zudem fünf der sechs Staaten semi-parlamentarisch. Insgesamt gibt es also acht Fälle (Victoria vor und nach dem Inkrafttreten der Reform zur Wahl 2006 zähle ich als zwei verschiedene Staaten). Trotz der geringen Fallzahl bieten diese Staaten ein weites Spektrum der institutionellen Ausgestaltung des Semi-Parlamentarismus.

Bis auf Queensland sind alle australischen Staaten bikameral und semi-parlamentarisch organisiert. Die australischen Staaten unterscheiden sich zunächst durch ihre Wahlsysteme. Tasmania nutzt für die erste Kammer eine Verhältniswahl und für die zweite Kammer eine Mehrheitswahl und kann so die Parteiendominanz brechen (Sharman 2013). Victoria nutzte bis zum Inkrafttreten der Reform des Legislative Council zur Wahl 2006 eine Mehrheitswahl für beide Kammern. Alle anderen Staaten nutzen eine Mehrheitswahl in der ersten und eine Verhältniswahl in der zweiten Kammer. Für die meisten dieser Wahlsysteme und insbesondere für die Mehrheitswahlsysteme müssen die Wähler:innen dabei mehrere Präferenzen angeben, sodass ungenutzte Stimmen übertragen werden können (*Alternative Vote*). Dieses System sollte dazu führen, dass die Parteien der ersten Kammer sich möglichst zentral positionieren, um Präferenzen möglichst vieler Wähler zu gewinnen (Cox 1987). Da die jeweilige Regierungschef:in jederzeit wieder abberufen werden kann, ist die Gefahr einer Machtübernahme geringer als im Präsidentialismus (Ganghof 2021: 140f.). Das erlaubt es, ihr weitreichende Möglichkeiten für die Überwindung von Gesetzesblockaden zu geben, die in einigen Staaten bis zur Parlamentsauflösung reichen.

Im ersten analytischen Kapitel 3 (Parteigeschlossenheit im Semi-Parlamentarismus) untersuche ich die Geschlossenheit der australischen Parteien. Der Unterschied in der Geschlossenheit zwischen parlamentarischen und präsidentiellen Parteien gilt als einer der wesentlichen Effekte der Vertrauensfrage (Diermeier/Feddersen 1998, Huber 1996). Auf der anderen Seite zeigt Carey (2009), dass die geringere Parteigeschlossenheit auf die uneinheitlichen Prinzipale zurückzuführen ist, denen gegenüber die Abgeordneten verantwortlich sind, dass also die zwei

Wahlen und daraus hervorgehen die persönliche Legitimation der Regierungschef:in entscheidend ist. Es ist daher unklar, wie geschlossen die Parteien im Semi-Parlamentarismus in dem von der Regierung unabhängigen Teil sein sollten. Das C.o.Australia gilt als ein Beispiel für herausragende Parteigeschlossenheit (Carey 2009, Kam 2009, Sieberer 2006). Aber diese Befunde stützen sich lediglich auf die erste Kammer und auch nur auf den Bundesstaat C.o.Australia, nicht auf die einzelnen Gliedstaaten.

Auf Basis der von mir erhobenen namentlichen Abstimmungen kann ich zeigen, dass die Parteigeschlossenheit im Systemvergleich eher hoch ist – auch in der zweiten Kammer, in der es keine Vertrauensfrage/Misstrauensvotum gibt – und die Parteigeschlossenheit in der zweiten Kammer nicht niedriger zu sein scheint als in der ersten, weder für die Regierung noch die Opposition. Die Parteigeschlossenheit scheint somit trotz der fehlenden Vertrauensfrage eher derjenigen parlamentarischer Staaten zu entsprechen als der präsidentieller.

Im nächsten Kapitel 4 (Koalitionsbildung) analysiere ich die Koalitionsbildung der australischen „Minderheitsregierungen“ (Minderheit in der zweiten Kammer). Im Kapitel zuvor habe ich gezeigt, dass die australischen Parteien sehr geschlossen abstimmen. Das ist die Voraussetzung für eine eher „parlamentarische“ Koalitionsbildung, bei der die Parteien und nicht die Abgeordneten entscheidend sind. Durch das Design des Wahlsystems kontrollieren viele der australischen Regierungen in der zweiten Kammer den Median, aber keine Mehrheit. Über die meisten Politikfelder hinweg gibt es in Australien ein klares Links-Rechts-Schema mit den beiden potenziellen Regierungsparteien in der Mitte. Denkbar wäre also durchaus, dass es zu einer Blockbildung kommt, auch wenn die jeweilige Regierung den Median kontrolliert. In parlamentarischen Systemen gibt es häufig Absprachen zwischen der Regierung und einzelnen Unterstützerparteien – zur generellen Zusammenarbeit oder zumindest in einigen Themenfeldern (Christiansen/Damgaard 2008). Zentral für die Möglichkeit der Regierung flexible Koalitionen zu bilden ist ihre Position im politischen Raum. Nur wenn sie den Median des Parlaments (hier der zweiten Kammer) besetzt, kann sie in beide Richtungen Koalitionen bilden, die potenziellen Koalitionspartner gegeneinander ausspielen und somit ihre eigene Position durchsetzen (Green-Pedersen 2004, Green-Pedersen/Thomsen 2005). In einem solchen Szenario wäre zu erwarten, dass es nicht ausschließlich zu Koalitionen mit dem eigenen Block kommt, sondern auch auf der anderen Seite Unterstützung gefunden werden kann. Inwiefern die Parteien sich in einem solchen Fall auf Kompromisse mit der Regierung und somit auf eine Abstimmungscoalition einlassen, sollte abhängig vom Abstand der Regierung sein. Sollte es tatsächlich flexible Koalitionen geben, stellt sich darüber hinaus die Frage, ob es nur zwischen den Politikfeldern unterschiedliche Koalitionen gibt oder ob die Regierungen

auch innerhalb der einzelnen Politikfelder unterschiedliche Koalitionspartner finden und diese somit wahrscheinlich gegeneinander ausspielen können.

Die Analyse erfolgreicher Abstimmungen zur Verabschiedung von Gesetzen zeigt, dass es abhängig von der Kontrolle von Mehrheit und Median durch die Regierung in der zweiten Kammer eine flexible Koalitionsbildung gibt. Alle Minderheitsregierungen, die den Median kontrollieren, bilden in allen Politikfeldern unterschiedliche Koalitionen und beziehen dabei auch häufig die Alternativregierung (also Labor oder Liberals/Coalition) mit ein. Für die Zustimmung der Parteien ist dabei in Abhängigkeit von der Vorgängerregierung sowohl die Zugehörigkeit zum Block der Regierung (also linke Parteien und Labor bzw. rechte Parteien und die Coalition) als auch der Abstand von der Regierung im jeweiligen Themenfeld entscheidend.

Im letzten analytischen Kapitel 5 (Blockaden und legislative Erfolgsraten im Semi-Parlamentarismus) untersuche ich, inwiefern die Kombination aus starken Parteien und flexibler Koalitionsbildung den Erfolg der Regierungen behindert. Ich stütze mich dabei auf die Analyse der legislativen Erfolgsraten, also den Anteil der durch die Regierung eingebrachten Gesetze, der auch durch das Parlament verabschiedet wird. Parlamentarische und präsidentielle Systeme unterscheiden sich deutlich in den legislativen Erfolgsraten (Cheibub 2007, Saiegh 2011). Unklar ist aber, welche Gründe dafür entscheidend sind. Einerseits führt die fehlende Vertrauensfrage und die dadurch hervorgerufene Gewaltenteilung dazu, dass die Anzahl der Vetospieler steigt und damit der Akteure, die einer Veränderung des Status Quo zustimmen müssen (Tsebelis 2002). Zudem würde die Vertrauensfrage den Abgeordneten Anreize bieten für die eigene Regierung zu stimmen (Diermeier/Vlaicu 2011). Die unklarerer Mehrheitsverhältnisse durch unabhängig agierende Abgeordnete führen zu höheren Hürden für den Erfolg eines Gesetzes (Edwards III, Barrett & Peake 1997). Andererseits begünstigt die persönliche Legitimation der Regierungschef:in eine vermehrte Zahl von Außenseiter:innen auf diesem Posten und eine Kompromisslosigkeit im Regierungshandeln (Carreras 2014, Linz 1994, Samuels/Shugart 2010).

Meine Analyse stütze ich durch die Kombination meines Datensatzes mit den Datensätzen von Saiegh (2011) und McKelvy (2016) auf einen Datensatz von insgesamt 856 Länderjahren ab 1979 aus 50 Staaten. Auf dieser Grundlage kann ich zeigen, dass semi-parlamentarische Regierungen ähnlich hohe legislative Erfolgsraten erreichen wie die parlamentarischen und die semi-präsidentiellen, aber deutlich höhere als die präsidentiellen. Die Möglichkeit der

hürdenfreien Mitauflösung der zweiten Kammern hat einen deutlichen Einfluss auf die unterschiedlichen legislativen Erfolgsraten zwischen den australischen Staaten.

Im abschließenden Kapitel 6 (Fazit) fasse ich die Ergebnisse nochmal zusammen und gebe einen Ausblick auf weitere Implikationen. Insbesondere diskutiere ich Ergebnisse im Hinblick auf den Unterschied zwischen Gewaltenteilung ohne exekutiven Personalismus. Der Semi-Parlamentarismus erlaubt auch die Untersuchung des einen ohne das andere. Ein Großteil der diskutierten Unterschiede zwischen parlamentarischen und präsidentiellen Systemen scheint eher auf dem exekutiven Personalismus als auf der Gewaltenteilung zu basieren.

Im Anhang stelle ich die Datensätze (Anhang A: Datensätze), die verwendeten Methoden (Anhang B: Methoden) und die durchgeführten Robustheitstests (Anhang C: Robustheitstests) vor.

2 Darstellung der Fallauswahl

Der Bundesstaat Australien (*Commonwealth of Australia, C.o.Australia*) ist ein Föderalstaat, der aus sechs Staaten und zwei Territorien besteht. Das Bundesparlament besteht aus zwei Kammern: dem *House of Representatives (House)* und dem *Senate*. Die Regierung benötigt nur das Vertrauen des House, um im Amt zu bleiben und die Haushaltsgesetzgebung muss im House eingebracht werden. Davon abgesehen benötigen alle die Zustimmung beider Kammern und müssen von der Staatschef:in, einer von der britischen König:in eingesetzten Generalgouverneur:in, unterzeichnet werden. Der Senate dient als Länderkammer, deren Abgeordnete von den sechs Gliedstaaten sowie zwei Territorien entsandt werden.

Fünf der sechs Gliedstaaten sind ebenfalls bikameral, semi-parlamentarisch und vergleichbar zum *C.o.Australia* organisiert. Ihr Parlament besteht aus zwei Kammern, der *Legislative Assembly (Assembly)* und dem *Legislative Council (Council)*. Die Regierung benötigt nur das Vertrauen der *Assembly*, um im Amt zu bleiben. Die Haushaltsgesetzgebung muss in der *Assembly* eingebracht werden und in einigen Staaten hat der *Council* hier nur ein aufschiebendes Veto. Alle anderen Gesetze benötigen die Zustimmung beider Kammern und müssen ebenfalls von der jeweiligen Staatschef:in, einer unter Zustimmung der britischen König:in eingesetzten Gouverneur:in, unterzeichnet werden.

Die Grundlage dieser Arbeit ist vor allem die Analyse der australischen semi-parlamentarischen Staaten. In einigen Fällen erweitere ich die Analyse auf Japan als einzig nicht-australischem semi-parlamentarischem Staaten und Queensland als einzigem nicht semi-parlamentarischem australischem Staat. Da die australischen Staaten gleichzeitig Teil eines einzigen Nationalstaats sind, sind auch viele potenzielle Einflussfaktoren wie beispielsweise Kultur oder Wirtschaft relativ konstant, auch wenn es natürlich dennoch im Detail Unterschiede gibt. Sie unterscheiden sich untereinander aber teilweise erheblich in den institutionellen Regelungen, insbesondere in den Möglichkeiten zur Auflösung der Parlamente und sonstiger Konfliktlösungsmechanismen sowie der Wahl der Parlamentsmitglieder. Die australischen Staaten erlauben somit einerseits den Vergleich des Semi-Parlamentarismus mit anderen Systemen und andererseits die Analyse der Auswirkungen institutioneller Details auf die Funktionsweise des Semi-Parlamentarismus.

Im Folgenden stelle ich die australischen Staaten in alphabetischer Reihenfolge und dann Japan im Einzelnen vor, konzentriert auf den Zeitraum meiner Datenerhebung, also 1996-2019, und gebe einen Überblick über die im Untersuchungszeitraum existenten unterschiedlichen institutionellen Settings. Dadurch dass der Semi-Parlamentarismus zwei Kammern kombiniert

und die Gewaltenteilung zwischen diesen beiden Kammern stattfindet, sind insbesondere diejenigen Charakteristika von Interesse, die das Machtverhältnis zwischen den beiden Kammern beeinflussen. Dabei gehe ich sowohl auf institutionelle Punkte wie das Wahlsystem oder die Auflösungsmöglichkeiten ein als auch auf behaviorale Punkte wie das Parteiensystem oder den Regierungsstatus. Ich stelle zuerst die Charakteristika und die Begründung ihrer Auswahl im Detail vor, bevor ich die Staaten einzeln analysiere. Das Kapitel endet mit einem Überblick der verschiedenen Staaten und ihrer unterschiedlichen Ausprägungen in den untersuchten Punkten.

2.1 Ausgewählte institutionelle und behaviorale Charakteristika

In diesem Abschnitt stelle ich die ausgewählten institutionellen und behavioralen Charakteristika vor, anhand derer ich die australischen Staaten und Japan vergleiche.

2.1.1 Wahlsysteme der Parlamentskammern

Die Wahlsysteme sind die zentrale Variable, die über die Zusammensetzung der Kammern entscheidet (Duverger 1959). Der Semi-Parlamentarismus erlaubt es, zwei Wahlsysteme zu kombinieren (Ganghof 2018, 2021). Die Ausprägung dieser Wahlsysteme entscheidet somit mittelbar auch über den Mehrheits- und Medianstatus der Regierung in beiden Kammern sowie die Wahrscheinlichkeit, mit der sich Koalitionen bilden.

2.1.1.1 Wahlkreisgröße

Die Wahlkreisgröße ist die grundlegendste Unterscheidung von Wahlsystemen. Sie lässt sich auch in eine effektive Prozenzhürde T' umrechnen (Taagepera 1998):

$$T' = 75\% / (M + 1)$$

mit M als der umzurechnenden Wahlkreisgröße.

Die Wahlkreisgröße entscheidet beispielsweise auch darüber, wie viele Stimmen eine Partei benötigt, um in das Parlament einzuziehen und sie beeinflusst somit auch die Parteienzahl im Parlament (Duverger 1959). Je größer die Wahlkreise sind, desto eher entsprechen die Sitzanteile auch den Stimmanteilen der Parteien. Ein Wahlsystem mit hohen Wahlkreisgrößen ist somit eher proportionaler, ein Wahlsystem mit kleinen Wahlkreisgrößen ist eher

disproportionaler.⁹ Bei unterschiedlichen Wahlkreisgrößen innerhalb eines Wahlsystems nutze ich hier die effektive Wahlkreisgröße nach Taagepera (1998). Diese ist besonders bei großen Unterschieden in der Wahlkreisgröße wie in Japan besser geeignet als die durchschnittliche Wahlkreisgröße um die Konsequenzen des Wahlsystems zu ermessen.¹⁰ Ich errechne die effektive Wahlkreisgröße M' nach Taagepera (1998: 403):

$$M' = \sum M_i^2 / S$$

mit M_i als der Größe des i -ten Wahlkreises und $S = \sum M_i$ als der Summe der Sitze.

2.1.1.2 Malapportionment

Das Malapportionment ist ein Maß für die Gleichheit des Stimmgewichts der Wähler:innen bzw. der Wahlkreise. Das Malapportionment liegt zwischen 0% und 100% bzw. zwischen 0 und 1. Der Prozentwert gibt dabei ungefähr an, wieviel Prozent der Sitze durch die unfaire Verteilung von Stimmgewichten besetzt werden. Ein Malapportionment von 0% bedeutet, dass alle Wähler:innen das gleiche Stimmgewicht haben, also alle Wahlkreise gleich viele Wähler:innen enthalten oder proportional zur Anzahl der Wähler:innen Abgeordnete entsenden. Ein Malapportionment von 100% würde bedeuten, dass nur ein Wahlkreis mit nur einer Wähler:in über alle Abgeordneten entscheidet, während die anderen Wahlkreise mit einer viel größeren Zahl von anderen Wähler:innen keine Abgeordneten auswählen (Samuels/Snyder 2001: 654). Das Malapportionment ist für das Machtverhältnis von Interesse, da ein hohes Malapportionment die Legitimität einschränken könnte (Ganghof 2018). Zur Berechnung des Malapportionment MAL nutze ich den Index von Samuels/Snyder (2001: 655):

$$MAL = (1/2) \sum |s_i - v_i|$$

⁹ Die tatsächliche Berechnung der Disproportionalität nach (Gallagher 1991: 39) lasse ich hier weg, da vor allem die Präferenzwahlen die Vergleichbarkeit der Werte einschränken. Zudem führen gestaffelte Wahlen in mehreren Staaten und die Kombination unterschiedlicher Wahlsysteme in Japan zu weiteren Problemen bei der Interpretation.

¹⁰ Deutlich wird der Unterschied zwischen durchschnittlicher und effektiver Wahlkreisgröße beispielsweise an der Wahl Japans erster Kammer vom 25.06.2000. Die insgesamt 480 Abgeordnete wurden in 300 Ein-Personen-Wahlkreisen und elf übergeordneten Mehrpersonen-Wahlkreisen mit Wahlkreisgrößen von sechs bis 30 gewählt. Die durchschnittliche Wahlkreisgröße wäre damit 1,54 (=480/311) und das Wahlsystem wäre somit nahezu ein reines Mehrheitswahlsystem mit einer effektiven Prozenzhürde von ungefähr 29,5% (vgl. Taagepera 1998). Von den neun Parteien, die Sitze im Parlament erringen konnten hatte aber nur eine einzige mehr als diese 29,5 Prozent der Stimmen. Die effektive Wahlkreisgröße betrug 7,8, was immer noch einer effektiven Prozenzhürde von ungefähr 8,5% entspräche (vgl. Taagepera 1998). Das erklärt die aus der Wahl hervorgehende Sitzverteilung deutlich besser.

mit s_i als dem Sitzanteil und v_i als dem Wähler:innenanteils des i -ten Wahlkreises.

In den meisten australischen Staaten ist das Malapportionment nicht sehr hoch. Viele Staaten haben Kommissionen eingerichtet, die über eine faire Aufteilung der Wahlkreise entscheiden (Economou/Ghazarian 2006). Zu einem hohen Malapportionment kommt es vor allem dann, wenn absichtlich die Anzahl der Wähler:innen in den einzelnen Wahlkreisen ignoriert wird – beispielsweise um allen Staaten eines Staatenverbunds eine gleiche Repräsentation in der zweiten Kammer zu ermöglichen wie im Senate des C.o.Australia.

In den Fällen, in denen es offensichtlich Malapportionment gibt, beispielsweise wegen der gleichen Zuweisung von Abgeordneten an jeden Staat unabhängig von der Einwohner:innenzahl, gebe ich das Malapportionment an. Das Malapportionment ist nicht so volatil wie die anderen Indizes und ich nutze daher einzelne Wahlen für die exemplarische Darstellung des jeweiligen Malapportionment. Auf Grund der Anzahl ist gerade für Ein-Personen-Wahlkreise die Erhebung der Wähler:innenzahl häufig sehr aufwändig. Solange es eine Regelung gibt, um die Wahlkreiszuteilung fair zu gestalten, gebe ich diese statt einer konkreten Zahl an.

2.1.1.3 Präferenzwahlssysteme

Für die meisten australischen Kammern werden Präferenzwahlssysteme genutzt. Je nachdem ob ein oder mehrere Abgeordnete entsandt werden, unterscheidet man zwischen *Alternative Vote* (AV) in Ein-Personen-Wahlkreisen und *Single-Transferable-Vote* (STV) in Mehr-Personen-Wahlkreisen. Das Prinzip ist dabei ähnlich: die Wähler:innen bringen die Kandidat:innen in eine Reihenfolge. Sollte die Erstpräferenz nicht gewählt werden oder mit einem Stimmenüberhang gewählt werden, wird die nächsthöhere Präferenz berücksichtigt (ECANZ 2018). Das sorgt für einen geringeren Verlust von Stimmen. Wahlssysteme mit geringer Wahlkreisgröße sorgen sonst dafür, dass Wähler:innen und Politiker:innen eher große Parteien bevorzugen, denen sie eine parlamentarische Repräsentation zutrauen. Dieser psychologische Effekt (Duverger 1959) wird durch das Präferenzsystem abgemildert.

Unterschieden werden dabei grob drei Varianten des Präferenzwahlsystems (ECANZ 2018):

- Optional Preferential: Mindestens eine Präferenz muss angegeben werden.
- Partial Preferential: Eine Mindestmenge von Präferenzen muss angegeben werden.
- Full Preferential: Alle Kandidat:innen müssen in eine Reihenfolge gebracht werden.

2.1.1.4 Wahlsystem erste Kammer

Das Wahlsystem der ersten, der regierungstragenden, Kammer entscheidet über das Parteiensystem in dieser Kammer und mittelbar auch über die Art der Regierung. Je geringer die Wahlkreisgröße, desto geringer ist wahrscheinlich auch die Anzahl der Parteien und desto wahrscheinlicher ist eine Ein-Parteien-Mehrheitsregierung. Umgekehrt werden Koalitionsregierungen oder Minderheitsregierungen wahrscheinlicher, je proportionaler das Wahlsystem und je fragmentierter somit das Parlament ist. In den meisten australischen Staaten wird für die Wahl der ersten Kammer Alternative Vote genutzt.

2.1.1.5 Wahlsystem zweite Kammer

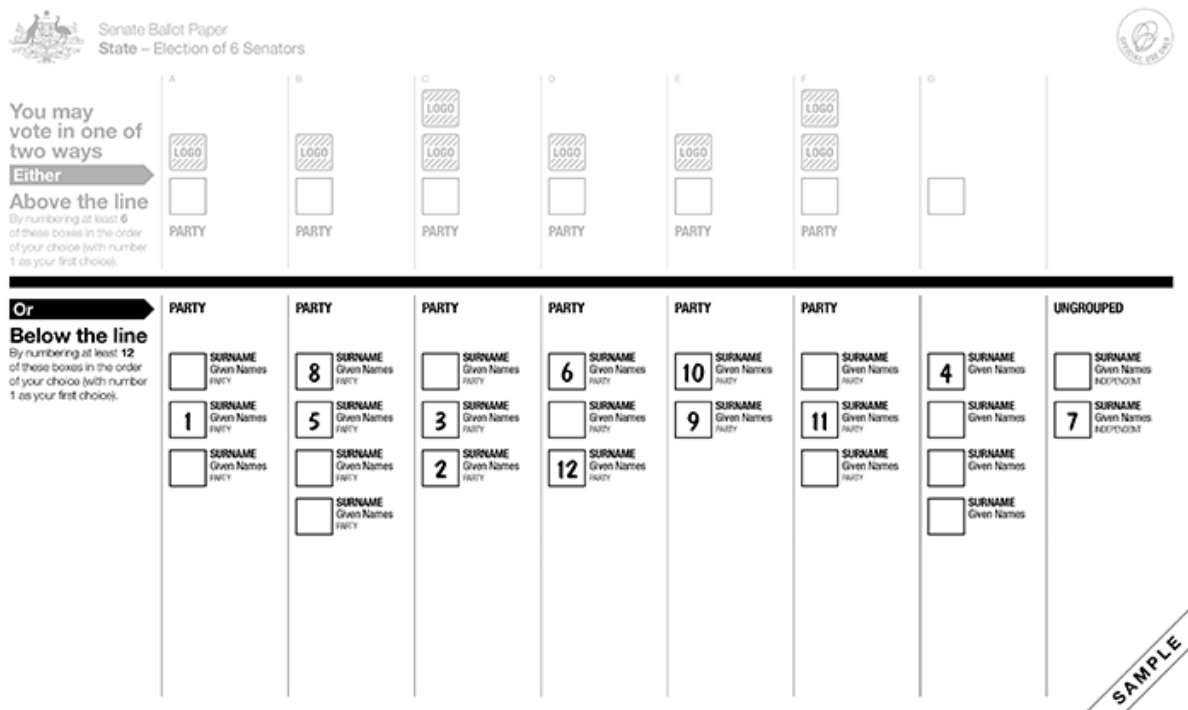
Das Wahlsystem der zweiten Kammer, also derjenigen auf deren Vertrauen die Regierung nicht angewiesen ist, entscheidet über das Parteiensystem der zweiten Kammer und mittelbar auch über den Mehrheits- bzw. Medianstatus der Regierung in der zweiten Kammer. Auch hier gilt, dass eine geringere Wahlkreisgröße wahrscheinlicher zu weniger Parteien und somit wahrscheinlicher zu einer klaren Mehrheit führt. Denkbar wäre auch, dass die Zusammensetzung der zweiten Kammer die Regierungsbildung in der ersten Kammer beeinflusst. So gibt es aus anderen Staaten (und insbesondere auch Japan) Hinweise, dass sich übergroße Regierungen in der ersten Kammer bilden um die Mehrheit der Sitze oder zumindest den Median in der zweiten Kammer zu kontrollieren (Eppner 2014). In den meisten australischen Staaten mit dem Mehrheitswahlsystem und somit einem Quasi-Zwei-Parteien-System in der ersten Kammer spielen diese Überlegungen aber nur eine untergeordnete Rolle, da eine übergroße Koalition quasi die gesamte erste Kammer umfassen würde. In den meisten australischen Staaten werden Varianten des Single-Transferable-Vote für die Wahl der zweiten Kammern genutzt.

2.1.1.5.1 Above-the-line/below-the-line

In vielen australischen Staaten gibt es für die zweite Kammer auf jedem Wahlschein zwei durch eine Linie getrennte Möglichkeiten abzustimmen: eine Parteienwahl oberhalb der Linie, *above-the-line*, oder eine Personenwahl unterhalb der Linie, *below-the-line*. Das System *above-the-line* vereinfacht die Wahl, beruht aber weiterhin auf dem System *below-the-line*. Ich stelle dieses daher zuerst vor.

Below-the-line sind alle Kandidat:innen des jeweiligen Wahlkreises aufgeführt (Abbildung 2-1) Die Wähler:innen bringen diese in eine Präferenz-Reihenfolge. Dabei gibt es unterschiedliche

Abbildung 2-1: Beispiel für die Abstimmung below-the-line



Quelle: Australian Electoral Commission (2023)

Bestimmungen, wie viele Präferenzen sie mindestens angeben müssen, damit die Wahl gültig ist. Je mehr Präferenzen die Wähler:innen angeben müssen, desto aufwändiger wird es und umso wahrscheinlicher ist es, dass die Wähler:innen auf die Möglichkeit *above-the-line* ausweichen. Statt einer Mehrheit, wie sie unter Alternative Vote nötig ist, sind alle Kandidat:innen gewählt, die mindestens die erforderliche Quote (= $1 + \text{Anzahl Sitze} / (\text{gültige Stimmen} + 1)$) an Stimmen erhalten. Die Stimmen, die sie über die Quote hinaus erhalten, werden dann auf die jeweiligen zweiten Präferenzen (bzw. nächsthöheren Präferenzen) aufgeteilt. Dies wird so lange wiederholt, bis alle Sitze vergeben sind. Sollte es in einer Runde keiner Kandidat:in gelingen, die erforderliche Stimmzahl zu gewinnen, wird, wie beim Alternative Vote, die Kandidat:in mit den wenigsten Stimmen gestrichen und die ihr zugeordneten Stimmen auf die jeweiligen zweiten Präferenzen (bzw. nächsthöheren Präferenzen) aufgeteilt (ECANZ 2018).

Die Parteienwahl *above-the-line* vereinfacht dies für die Wähler:innen (Abbildung 2-2). Anstatt eine Präferenzordnung aufzustellen, wählen sie die vorgefertigte Präferenzordnung einer Partei. Teilweise gibt es auch die Möglichkeit oder Pflicht, mehrere Parteien in eine Präferenzordnung zu bringen und somit überschüssige Stimmen einer Parteiliste auf eine andere Partei zu übertragen. Alternativ gibt es häufig die Möglichkeit, dass die Parteilisten auch Kandidat:innen

Abbildung 2-2: Beispiel für die Abstimmung *above-the-line*

The image shows a sample ballot paper titled "Senate Ballot Paper State – Election of 6 Senators". It features the Australian coat of arms and the Australian Electoral Commission logo. The ballot is divided into two main sections: "Above the line" and "Below the line".

Above the line: This section allows voters to vote for a party. It consists of seven columns labeled A through G. Each column has a "PARTY" label at the bottom. Above the label, there is a box for a number (5, 2, 1, an empty box, 3, 6, 4) and a "LOGO" box. A thick horizontal line is drawn across the ballot, separating this section from the "Below the line" section.

Below the line: This section allows voters to vote for individual candidates. It consists of eight columns. The first seven columns are labeled "PARTY" and the eighth is labeled "UNGROUPED". Each column contains a grid of boxes for candidates. Each box is divided into "SURNAME" and "Given Names" sections, with "PARTY" written below the name. A thick horizontal line is drawn above this section.

Instructions: On the left side, there are two sets of instructions. The first set, "You may vote in one of two ways", includes "Either Above the line" and "Below the line". The "Above the line" instruction says: "By numbering at least 6 of these boxes in the order of your choice (with number 1 as your first choice)." The "Below the line" instruction says: "By numbering at least 12 of these boxes in the order of your choice (with number 1 as your first choice)." A "SAMPLE" watermark is visible in the bottom right corner.

Quelle: Australian Electoral Commission (2023)

anderer Parteien angeben dürfen (ECANZ 2018). So können sich Parteien durch sogenanntes preference-trading gegenseitig auf die eigenen Listen setzen und ihre Stimmen akkumulieren (Sharman, Sayers & Miragliotta 2002).

Eingeführt wurde das Wahlsystem *above-the-line* 1984 für den australischen Senate, vor allem um die Menge der ungültigen Stimmen zu reduzieren (Green 2015) und als Alternative zu den how-to-vote-cards (Smith 2003: 58). Bei jeder Wahl verteilen die größeren Parteien auch heute noch vor der Stimmabgabe sogenannte how-to-vote-cards, vorausgefüllte beispielhafte Stimmzettel, damit die Wähler der Partei wissen, in welcher Reihenfolge sie für die einzelnen Kandidaten stimmen sollten (Sharman, Sayers & Miragliotta 2002). Wenn es die Möglichkeit gibt, stimmen die meisten Wähler:innen über der Linie ab (Sawer 2005: 286, Smith 2003: 58) und die Wahl entspricht daher ungefähr einer Listenwahl.

2.1.1.5.2 Gestaffelte Wahlen

Eine sehr übliche Bestimmung für zweite Kammern weltweit, aber insbesondere auch für die australischen zweiten Kammern, sind die gestaffelten Wahlen. Zu einem Wahltermin stehen dabei nicht alle Sitze einer Kammer zur Wahl, sondern nur ein Teil, beispielsweise im australischen *Senate* nur die Hälfte.

Die gestaffelten Wahlen gehen meist einher mit einer längeren Amtszeit. Dies könnte die Unabhängigkeit der Abgeordneten der zweiten Kammer erhöhen.¹¹ Vor allem hat die Staffelung aber einen Einfluss auf den Mehrheitsstatus der Regierung in der zweiten Kammer. Werden beide Kammern gleichzeitig gewählt, ist es wahrscheinlich, dass die Wahlen sich gegenseitig beeinflussen und die Mehrheit der ersten Kammer der Mehrheit der zweiten Kammer ähnelt oder sich die Mehrheiten bei gleichem Wahlsystem sogar entsprechen. Der Effekt verschwindet oder dreht sich sogar ins Gegenteil, wenn die Kammern zu unterschiedlichen Zeitpunkten gewählt werden (Erikson 1988). Führt die Staffelung also zu einer Neubesetzung eines Teils der zweiten Kammern innerhalb der Legislaturperiode, kommt es häufig zu einem Abstrafen der Regierung und einer fehlenden Mehrheit in der zweiten Kammer. Durch eine Staffelung in größeren Abständen, bei denen die Wahlen beider Kammern gleichzeitig stattfinden, werden die Mehrheitsverhältnisse der zweiten Kammer teilweise konserviert und es kommt somit leichter zu grundsätzlich gegensätzlichen Mehrheiten zwischen den Kammern. Zudem spielt die Staffelung eine besondere Rolle, wenn es um die (Mit-)Auflösung der zweiten Kammer geht: Je nachdem ob dann die gesamte zweite Kammer oder nur ein Teil neu gewählt wird, vermindert sich der Effekt der Neuwahl-Drohung. In den meisten australischen Staaten, die gestaffelte Wahlen für die zweite Kammer nutzen, wird die zweite Kammer bei jeder Wahl zur Hälfte neu besetzt – nur *Tasmania* bildet hier eine Ausnahme mit einer kleinteiligeren Staffelung.

2.1.2 Verbindung der Wahlen von erster und zweiter Kammer

Neben dem oben angesprochenen Effekt, dass gemeinsame Wahlen wahrscheinlich zu ähnlichen Mehrheitsverhältnissen führen, ist die Verbindung der Wahlen auch entscheidend für das Machtverhältnis zwischen den beiden Kammern. Ist die Amtszeit der zweiten Kammer an die Amtszeit der ersten Kammer geknüpft, so ist es der Regierung grundsätzlich möglich, die zweite Kammer aufzulösen – wenn auch nur um den Preis des eigenen Rücktritts und Neuwahlen.

In mehreren Staaten ist die Amtszeit der zweiten Kammer an die erste Kammer geknüpft. Eingeschränkt wird diese Verknüpfung allerdings teilweise durch gestaffelte Wahlen oder

¹¹ Willumsen, Stecker und Goetz (2018) finden allerdings keinen Unterschied im legislativen Verhalten zwischen den Abgeordneten, die zur Wahl stehen, und denen, die erst bei der nächsten Wahl antreten müssen. Sie schließen daraus, dass die Bedeutung der Parteien für die Abgeordneten überwiegt.

durch Mindestamtszeiten für die Mitglieder der zweiten Kammer. Im Vergleich zu einer tatsächlich gestellten Vertrauensfrage in Verbindung mit einer Sachfrage ist die Neuwahldrohung wahrscheinlich weniger effektiv.¹² Dennoch sollte dies die Unabhängigkeit zwischen zweiter Kammer und Regierung einschränken.

2.1.3 Bestimmungen für die Selbstauflösung der ersten Kammer

Das Selbstauflösungsrecht der ersten Kammer ist vor allem bedeutsam, da die Bestimmungen zur Verbindung der Wahlen der beiden Kammern es potenziell ermöglichen, die zweite Kammer mit aufzulösen – in diesem Fall würde eine höhere Hürde bei der Selbstauflösung also die Macht der ersten Kammer gegenüber der zweiten Kammer einschränken.

In vielen Verfassungen ist das Recht zur Auflösung der ersten Kammer der Gouverneur:in vorbehalten. Dieses Recht wird vor allem als negatives Recht begriffen – die Auflösung erfolgt also nicht selbstständig sondern wird grundsätzlich durch die Premierminister:in beantragt (Twomey 2018b: 361f.), die Gouverneur:in könnte diese aber theoretisch ablehnen (Twomey 2018b: 358). Allerdings ist es kaum vorstellbar, dass die Gouverneur:in eine Auflösung ablehnt, wenn sich keine alternative regierungsfähige und -willige Mehrheit in der ersten Kammer findet (Twomey 2018b: 359f.). Durch eine verlorene Vertrauensabstimmung ist es der ersten Kammer also grundsätzlich möglich, sich selbst aufzulösen. Es ist aber anzunehmen, dass eine absichtlich verlorene Vertrauensabstimmung eine höhere Hürde darstellt als eine regulär von der Verfassung erlaubte Festsetzung einer Neuwahl. Daher sind die unterschiedlichen Bestimmungen bedeutend, um die Glaubwürdigkeit einer Auflösungsdrohung zu ermessen.

2.1.4 Möglichkeiten zur Auflösung der zweiten Kammer

In einigen Staaten ist es nicht möglich, die zweite Kammer vorzeitig aufzulösen. In anderen gibt es durch einfache Neuwahlen oder im Zuge eines Konfliktlösungsmechanismus die Möglichkeit die zweite Kammer gemeinsam mit der ersten Kammer aufzulösen. In keinem Fall ist es möglich, die zweite Kammer allein aufzulösen, ohne gleichzeitig auch die erste Kammer aufzulösen. Je umständlicher die Auflösung der zweiten Kammer für die Regierung ist, desto größer sollte die Unabhängigkeit zwischen Regierung und zweiter Kammer sein.

¹² Huber (1996) zeigt, dass eine Vertrauensfrage, die mit einem konkreten Gesetz verbunden ist, mächtiger ist als ein unspezifisches Misstrauensvotum. Die Drohung mit einer Neuwahl ist ebenfalls nicht direkt mit einem bestimmten Gesetz verbunden.

2.1.5 Blockade der Haushaltsgesetzgebung durch die zweite Kammer

Die zweiten Kammern der semi-parlamentarischen Systeme haben in der normalen Gesetzgebung ein Veto. Für die Haushaltsgesetzgebung ist das Veto allerdings in einigen Staaten eingeschränkt.

2.1.6 Mechanismen zur Auflösung von Blockadesituationen

Im Semi-Parlamentarismus gibt es zwei Parlamentsteile mit (meist) unterschiedlichen Mehrheitsverhältnissen, die jedes Gesetz jeweils mit einer Mehrheit verabschieden müssen. In der Literatur zum Präsidentialismus ist es gerade diese Gewaltenteilung, die potentiell für Blockaden sorgt (Linz 1990). Die Ausgestaltung (bzw. das Fehlen) von Mechanismen für die Lösung dieser Blockaden beeinflusst das Machtverhältnis zwischen den beiden Kammern.

Die hier vorgestellten Mechanismen zur Auflösung von Blockaden reichen vom Fehlen eines Mechanismus und somit einer potenziell bis zur nächsten Wahl andauernden Blockade über ein Referendum bis hin zu einer Double Dissolution, also der kompletten Auflösung beider Kammern, oder einem Joint Sitting, also einer gemeinsamen Parlamentssitzung von erster und zweiter Kammer, bei der die erste Kammer auf Grund der Abgeordnetenzahl einen Vorteil gegenüber der zweiten Kammer hätte. Zusätzlich besteht in einigen Staaten die Möglichkeit, im Rahmen einer normalen Neuwahl beide Kammern aufzulösen.

2.1.7 Verfassungsänderungen der Machtbalance

Die verschiedenen Vorschriften sind unterschiedlich gut geschützt in den verschiedenen Staaten. Je leichter die Verfassung zu ändern ist und je höher das Blockadepotential der zweiten Kammer, desto wahrscheinlicher ist es, dass das Blockadepotential im Konfliktfall begrenzt wird, wobei die Legitimität durch die Direktwahl die zweiten Kammern möglicherweise beschützt (vgl. Heß 2017).

2.1.8 Parteiensystem

Das Parteiensystem umfasst vor allem die Stärke und Positionen der Parteien in den Parlamentskammern. Im australischen Kontext ist zudem die Verbindung von National Party und Liberal Party, die sogenannte Coalition, von Interesse, die sich zwischen den Staaten unterscheidet.

2.1.8.1 Coalition

Die Verbindung der Liberals und der Nationals hat eine lange Tradition in Australien. In vielen Fällen werden die beiden Parteien als eine gemeinsame Partei behandelt. Dieser Eindruck wird noch verstärkt durch die Darstellung von Wahlergebnissen der ersten Kammer nach den beiden Parteiblöcken als *two-party-preferred* (vgl. bspw. Australian Electoral Commission 2022b). Dieser Umstand ist dem Wahlsystem geschuldet. Da in den Ein-Personen-Wahlkreisen letztlich nur eine Partei gewinnen kann und die Präferenzen der Wähler immer weiter fließen, bis sie bei den letzten beiden Kandidaten landen, werden diese Ergebnisse berichtet. Zwischen den Staaten und auch den Legislaturperioden gibt es aber Unterschiede in der Tiefe der Zusammenarbeit, sodass ich die beiden Parteien nicht in allen Staaten und allen Legislaturperioden zusammenzähle.

2.1.8.2 Effektive Anzahl von Parteien

Die unterschiedlichen Wahlsysteme erlauben eine unterschiedlich starke Ausdifferenzierung des Parteiensystems und der Repräsentation unterschiedlicher Dimensionen (Amorim Neto/Cox 1997). Die Parteiensysteme sind einerseits ein Indikator für die Wahrscheinlichkeit von Ein-Parteien-Mehrheitsregierungen. Andererseits zeigen sie auch potenzielle Koalitionsmuster auf.

Zur Darstellung des Parteiensystems verwende ich hier die effektive Anzahl der Parteien (nach Sitzen und nach Stimmen). Die effektive Anzahl der Parteien gewichtet die Parteien nach ihrer Größe und ist so vergleichbarer als die absolute Anzahl der Parteien (Laakso/Taagepera 1979). Sie verändert sich in jeder Wahl – um Ausreißer nicht überzubewerten, nutze ich die durchschnittliche effektive Anzahl der Parteien im Beobachtungszeitraum. In den meisten Staaten ist dem Wahlsystem entsprechend die effektive Parteienzahl in der ersten Kammer niedriger. Ich berechne die effektive Anzahl der Parteien ENP (nach Sitzen und nach Stimmen) nach Laakso/Taagepera (1979: 4):

$$ENP = (\sum p_i^2)^{-1}$$

Mit p_i als dem Sitz- beziehungsweise Stimmanteil der i-ten Partei.

2.1.8.3 Politikfelder

Die Parteien positionieren sich in den unterschiedlichen Politikfeldern unterschiedlich. Zusammen mit der effektiven Anzahl der Parteien geben die Politikpositionen einen guten Überblick über das Parteiensystem der jeweiligen Kammer.

Mit Hilfe einer Expertenumfrage, dem APPES, haben wir die Positionen der Parteien in unterschiedlichen Politikfeldern erhoben (Ganghof, Pörschke & Eppner 2016). Innerhalb dieses Kapitels stelle ich aus Gründen der Übersichtlichkeit nur die Sortierung auf den beiden übergeordneten Dimensionen Wirtschaft- und Gesellschaftspolitik sowie auf der generellen Links-Rechts-Achse dar.¹³

In den Fällen, in denen Liberals und Nationals als gemeinsame Partei agieren, habe ich die Positionsdaten nach den Sitzanteilen in der ersten Kammer gewichtet, da ich für diese potenzielle Regierungsparteien und insbesondere für die Zeiten, in denen sie tatsächlich die Regierung stellen, davon ausgehe, dass eher die Machtverhältnisse in der ersten Kammer ausschlaggebend sind für die Position der gemeinsamen Partei.

2.1.8.4 Polarisierung

Die Kombination aus Wahlergebnis und Positionierung erlaubt auch das Berechnen der Polarisierung PI nach Dalton (2008: 906):

$$PI = \sqrt{(\sum s_i * ([LRScore_i - \overline{LRScore}]/5)^2}$$

Mit s_i als dem Sitzanteil und $LRScore_i$ als der Links-Rechts-Positionierung der i-ten Partei und $\overline{LRScore}$ als der durchschnittlichen Links-Rechts-Positionierung des gesamten Parteiensystems.

Die Polarisierung ist eine Kombination aus Stimmgewicht und Positionen der Parteien, sie liegt zwischen 0 und 10 und ist ein Maß für die politische Nähe innerhalb des Parlaments. Eine Polarisierung von 0 würde bedeuten, dass alle Abgeordneten (bzw. die Parteien) dieselbe Position teilen, eine Polarisierung von 10 würde bedeuten, dass die Hälfte der Abgeordneten (bzw. der Parteien) am äußerst linken Rand und die andere Hälfte am äußerst rechten Rand liegt.

¹³ Für eine vollständige Übersicht des APPES: s. Tabelle 7-6 im Anhang A: Datensätze.

2.1.9 Regierungsstatus im Parlament

Eine Besonderheit des Semi-Parlamentarismus ist, dass er durch die Kombination unterschiedlicher Wahlsysteme häufig dazu führt, dass die Regierung nicht die Mehrheit in beiden Kammern kontrolliert. Die konkrete Ausgestaltung der Wahlsysteme führt aber dazu, dass diese Minderheitsregierungen häufig zentral im Politikraum positioniert sind und so den Median kontrollieren. In einigen Fällen sind die Mehrheitsverhältnisse allerdings so knapp, dass es im Laufe der Legislaturperiode zu Statuswechseln kommt (beispielsweise durch Partei-Aus-/Übertritte, aber auch durch Todesfälle o.ä.). Ich gebe daher die durchschnittlichen Werte (nach Tagen) im Beobachtungszeitraum an.

2.1.9.1 Mehrheitsstatus

Ist der Mehrheitsstatus der Regierung in beiden Kammern gleich, ist zu erwarten, dass sie sich vergleichbar zu Minderheits- bzw. Mehrheitsregierungen im parlamentarischen System verhält, auch wenn die Abgeordneten der zweiten Kammer und die Regierung dennoch nicht direkt abhängig voneinander wären. Hat die Regierung die Mehrheit der zweiten Kammer aber nur die Minderheit der ersten Kammer, so kann man erwarten, dass sie sich analog zu einer Minderheitsregierung im parlamentarischen System verhält. Jede Mehrheit, die die Regierung in der ersten Kammer schmieden würde, hätte in diesem Fall zwangsläufig auch die Mehrheit der zweiten Kammer. Die zweite Kammer würde absorbiert (Tsebelis 2002). Die größten Unterschiede zum parlamentarischen System sind dann zu erwarten, wenn die Regierung in der ersten Kammer die Mehrheit und in der zweiten Kammer eine Minderheit der Sitze kontrolliert (Mehrheits-Minderheit-Regierung). Hier kommt das theoretische Potential des Semi-Parlamentarismus zur Entfaltung, da eine stabile Regierung, die das Vertrauen der sie tragenden Kammer hat, kombiniert wird mit einer unabhängigen Kammer, in der die Regierung legislative Koalitionen bilden muss (Ganghof 2018).

2.1.9.2 Medianstatus der Regierung.

Neben dem Mehrheitsstatus ist auch der Medianstatus der Regierungen von großem Interesse für das Gesetzgebungsverhalten. Kontrolliert die Regierung den Median des Parlaments, also diejenige Abgeordnete die links und rechts von sich gleich viele Abgeordnete hat, kann sie Gesetze sowohl mit den Parteien links von sich als auch mit denen rechts von sich verabschieden. Somit ist es wahrscheinlicher, dass es der Regierung gelingt, wechselnde Mehrheiten zu bilden (vgl. Kapitel 4 Koalitionsbildung). Zudem wäre es nicht möglich, dass

sich verbundene Mehrheiten gegen die Regierung bilden und ihre eigenen Gesetze verabschieden. Der letzte Aspekt ist hier aber meist nur nachrangig von Interesse, da die Regierung meistens eine der Kammern kontrolliert und somit jedes Gesetz blockieren könnte.

Im Rahmen dieser Arbeit werden unabhängige Abgeordnete und Kleinstparteien, für die ich keine Positionsdaten habe, zur Berechnung des Medians der Regierung zugerechnet. Somit behandle ich diese Abgeordnete und Kleinstparteien als positionslos beziehungsweise als wären sie auf einer identischen Position wie die Regierung. Dies ist einerseits dem Fehlen von Positionsdaten geschuldet, andererseits ist auch anzunehmen, dass die unabhängigen Abgeordneten tatsächlich eher bestimmte Themen verfolgen und in anderen Bereichen die Regierung nicht behindern (vgl. Smith 2006).

2.2 Commonwealth of Australia (C.o.Australia – C.o.A)

Das C.o.Australia wurde schon häufig in internationalen Studien untersucht. Allerdings zählt beispielsweise der in dieser Arbeit genutzte Datensatz von Saiegh (2014) das C.o.Australia als parlamentarische „Westminster“-Demokratie.¹⁴ Diese Zuordnung verkennt aber, dass der australische Senate als direkt gewählte Parlamentskammer mit einem absoluten Veto-Recht in jeglicher Gesetzgebung deutlich stärker und relevanter ist als beispielsweise das House of Lords im Vereinigten Königreich. Daher wird Australien teilweise auch als etwas anderes gesehen. Besonders eindrücklich ist die Beschreibung als „Platypus“ (Bach 2003c), als Schnabeltier.

Das Konzept des Semi-Parlamentarismus erlaubt dagegen eine klarere und systematischere Zuordnung. So kann der australische Bundesausschuss eindeutig als semi-parlamentarisch identifiziert werden. Die Regierung ist nur von einer der beiden direkt gewählten Kammern abhängig, beide Kammern verfügen aber über ein Vetorecht in der Gesetzgebung. Die einzige Abweichung von einem Ideal-Typ des Semi-Parlamentarismus besteht darin, dass in der zweiten Kammer ein starkes Malapportionment herrscht und sie daher möglicherweise an Legitimität einbüßt im Vergleich zur ersten Kammer (Ganghof 2018).

¹⁴ Der Begriff Westminster wird dabei nicht sehr klar definiert und beschreibt am ehesten eine Mischung aus kolonialem britischem Erbe und einer Mehrheitsdemokratie nach Lijphart (1999).

2.2.1 Wahlsystem des House of Representatives (erste Kammer)

Die 150 Abgeordneten des *House* (vor 2001 waren es 148 (University of Western Australia 2018)) werden für maximal drei Jahre in Ein-Personen-Wahlkreisen per Alternative Vote gewählt (ECANZ 2018). Die Wahlkreise werden möglichst fair auf die Staaten und Territorien aufgeteilt. Dies ist die Aufgabe des Electoral Commissioners (C.o.Australia Electoral Act 2016: sec. 48). Für die Wahl 2016 ergab sich hier ein Malapportionment von 3,0% (eigene Berechnungen auf Grundlage der Daten von Cockfield 2020).

2.2.2 Wahlsystem des Senate (zweite Kammer)

Zurzeit besteht der *Senate* aus 76 Mitglieder. Dabei entsendet jeder Staat zwölf Abgeordnete - sechs pro Wahl (C.o.Australia Representation Act 1983: sec. 3) und das *Australian Capital Territory* sowie das *Northern Territory* jeweils zwei Abgeordnete, die bei jeder Wahl neu gewählt werden (C.o.Australia Electoral Act: sec. 40). Zudem könnten für neue Territories weitere Sitze kreiert werden (C.o.Australia Constitution 2010, sec. 121, 122). Der aktuelle Wahlkreis-Zuschnitt entspricht einer effektiven Wahlkreisgröße von 5,6.

Die Amtszeit der Abgeordnete der sechs Staaten beträgt sechs Jahre (C.o.Australia Constitution 2010: sec. 7). Dabei werden alle drei Jahre die Hälfte der Abgeordneten eines Staates neu gewählt. Auch nach einer *Double Dissolution*, der gemeinsamen Auflösung beider Kammern als Folge einer Blockade (s.u.), wird die eine Hälfte der Abgeordneten nur für drei Jahre gewählt, sodass weiterhin alle drei Jahre die Hälfte des Senats neu besetzt wird (C.o.Australia Constitution 2010: sec. 13).

Die Wahlen in den Staaten müssen innerhalb eines Jahres vor dem Freiwerden der jeweiligen Sitze abgehalten werden. Die Amtszeit der Abgeordneten der Staaten beginnt dabei immer ab dem ersten Juli. Im Fall einer *Double Dissolution* beginnt die Amtszeit immer rückwirkend am ersten Juli vor der Wahl nach der *Double Dissolution* (C.o.Australia Constitution 2010: sec. 13). Die Abgeordneten der Territories werden immer gleichzeitig mit dem *House* gewählt und ihre Amtszeit endet immer am Tag vor der Wahl (C.o.Australia Electoral Act: sec. 42). Nach einer regulären Wahl werden daher nur die vier Abgeordneten der Territories unmittelbar ersetzt, am nächsten ersten Juli (maximal ein Jahr später) wird dann die Hälfte der Abgeordneten der Staaten, also 36 Abgeordnete ersetzt. Die anderen 36 Abgeordneten bleiben weiter im Amt. Es ist also sehr wahrscheinlich, dass sich die Mehrheitsverhältnisse im Senate auch noch während der Legislaturperiode verändern, wobei die Änderung im Zeitraum von der

Wahl bis zum ersten Juli gut planbar ist für die Akteur:innen und eher zu Gunsten der Regierung ausfallen sollte.

Die Abgeordneten werden in jedem Staat als jeweils einem einzigen Wahlkreis gewählt. (C.o.Australia Constitution 2010: sec. 7, C.o.Australia Electoral Act 2016: sec. 39). Das gilt auch für die jeweils zwei Abgeordneten aus den Territories (C.o.Australia Electoral Act 2016: sec. 40). Die Wahlen erfolgen dabei nach einem Single Transferable Vote-System, das seit 1984 auch eine Wahlmöglichkeit above-the-line umfasst, bei dem Parteien gewählt werden (Sawer 2005).

Die feste Verteilung von Sitzen auf die Staaten und Territories, unabhängig von ihren Einwohnerzahlen, führt zu einem starken Malapportionment. Für die Wahl von 2016 ergab sich ein Malapportionment von 30,0% (eigene Berechnungen auf Grundlage der Daten von Australian Electoral Commission 2022a).

2.2.3 Verbindung der Wahlen von erster und zweiter Kammer

Die Wahl des Senate ist unabhängig von der Wahl des House (vgl. Abschnitt 2.2.5) auch wenn sie häufig zeitgleich durchgeführt wird und die tatsächliche Neubesetzung dann erst später stattfindet.

2.2.4 Bestimmungen für die Selbstaflösung der ersten Kammer

Das House wird für maximal drei Jahre gewählt werden, kann aber vorzeitig aufgelöst werden durch die General-Gouverneur:in (C.o.Australia Constitution 2010: sec. 28). Die General-Gouverneur:in kann die erste Kammer jederzeit auflösen „as he thinks fit“ (C.o.Australia Constitution 2010: sec. 5), es wird aber gemeinhin angenommen, dass ein solches Recht eher als negatives Recht zu verstehen ist, die Anfrage auf Auflösung durch die Premierminister:in also abgewiesen werden könnte (Twomey 2018b: 358). Sollte die General-Gouverneur:in den Wunsch zur Auflösung ablehnen, müsste sie jemanden ernennen, die eine alternative Regierung bilden könnte, die das Vertrauen des Parlaments genießt (Twomey 2018b: 360). Das bedeutet also im Ergebnis, dass eine von der House-Mehrheit gestützte Premierminister:in das Parlament jederzeit auflösen kann.

2.2.5 Möglichkeiten zur Auflösung der zweiten Kammer

Der *Senate* kann nur durch eine Double Dissolution, eine Neuwahl aller Abgeordneten beider Parlamentskammern im Rahmen der Auflösung einer Blockadesituation vorzeitig aufgelöst werden (C.o.Australia Constitution 2010: sec. 7, 57). Im Fall einer Double Dissolution beginnen die Amtszeiten beider Kammern sofort beziehungsweise für die Abgeordneten des Senate, die die Staaten repräsentieren, rückwirkend zum vorherigen ersten Juli.

Allerdings steigt dadurch die Wahlkreisgröße in den Staaten für die Wahl des *Senate* von sechs auf zwölf (vgl. Rodrigues, Horne & Lawley 2010). Das entspräche einer effektiven Wahlkreisgröße von 11,5 statt 5,6 für den Senate und somit einer effektiven Wahlhürde von 6,0% statt 11,3%. Es ist also sehr wahrscheinlich, dass die kleineren Parteien dadurch eine etwas höhere Repräsentation erlangen können und die größeren Parteien einschließlich der Regierung folglich eine niedrigere. Wie sehr dieser Effekt tatsächlich beobachtbar wäre, ist allerdings unklar. Die Regierung wüsste um diesen Effekt und würde, wenn er groß genug ist, vermutlich auf eine Double Dissolution verzichten. Es gibt im Datensatz eine Double Dissolution und tatsächlich scheint die Auflösung hier leicht nachteilhaft für großen Parteien gewesen zu sein. Dennoch gab es bereits sieben Double Dissolutions in der Geschichte des C.o.Australia (Rodrigues, Horne & Lawley 2010) mit der letzten Double Dissolution 2016 und somit innerhalb meines Untersuchungszeitraums (Wanna 2016).

2.2.6 Blockade der Haushaltsgesetzgebung durch die zweite Kammer

Nach Art 53 (C.o.Australia Constitution 2010) dürfen Gesetze zur Haushaltsgesetzgebung („laws appropriating revenue or moneys, or imposing taxation“) nur im House eingebracht werden. Der Senate darf sie auch nicht verändern. Allerdings kann der Senate sie jederzeit zurückweisen und besitzt so ein Veto über die Haushaltsgesetzgebung.¹⁵

2.2.7 Mechanismen zur Auflösung von Blockadesituationen

Es gibt in der Verfassung des C.o.Australia Bestimmungen zur Auflösung potentieller Blockadesituationen (C.o.Australia Constitution 2010: sec. 57). Sollte es zu einer Zurückweisung eines Gesetzes durch den Senate kommen und diese Blockade auch anhalten,

¹⁵ Zur dadurch ausgelösten Verfassungskrise 1974-75: s. Bach (2003a), Twomey (2018b: 333ff.).

wenn das Gesetz frühestens drei Monate später wieder eingebracht wird, so kann die General-Gouverneur:in beide Kammern auflösen, allerdings nicht in den sechs Monaten vor dem regulären Ende der Amtszeit des *House*. Die Auflösung bringt eine Senkung der effektiven Wahlkreishürde und somit Nachteile für die Regierung mit sich (s.o.). Sollte es nach der Neuwahl erneut zu einer Blockade über dasselbe Gesetz kommen, kann die General-Gouverneur:in eine gemeinsame Sitzung beider Parlamentskammer, ein Joint Sitting, einberufen. In dieser wird dann mit der absoluten Mehrheit der Abgeordneten über das Gesetz entschieden. Jede Abgeordnete hat das gleiche Stimmgewicht, aber es gibt 150 Abgeordnete im House und nur 76 im Senate. Das Machtverhältnis entspricht also annähernd 2:1. Die Regierung kann also eine Neuwahl beider Kammern erzwingen und kann die Gesetze, die vorher schon strittig waren, dann in einem Joint Sitting wahrscheinlich durchbringen.

2.2.8 Verfassungsänderungen der Machtbalance

Verfassungsänderungen müssen mit einer absoluten Mehrheit beider Kammern verabschiedet und anschließend in einem Referendum bestätigt werden. Sollte eine Kammer aber nicht zustimmen, während die andere Kammer eine vorgeschlagene Verfassungsänderung abermals mit einer absoluten Mehrheit bestätigt, kann die General-Gouverneur:in das Gesetz dennoch zum Referendum freigeben. Das Gesetz gilt im Referendum als angenommen, wenn die Hälfte der Wähler:innen insgesamt und in der Mehrheit der Staaten jeweils eine Mehrheit der Wähler:innen das Gesetz bestätigen (C.o.Australia Constitution 2010: sec. 128).

2.2.9 Parteiensystem

Im C.o.Australia bilden die verschiedenen Teile der National Party und der Liberal Party sowie deren Zusammenschlüsse in einzelnen Staaten die Coalition und ich zähle sie als eine Partei. Es gab lediglich im Zeitraum Dezember 1972- Mai 1974 sowie im April bis August 1987 kurze Phasen, in denen die Nationals nicht Teil der Coalition waren (The Nationals 2021).

Im Parlament des C.o.Australia spiegeln sich die Parteiensysteme der unterschiedlichen Staaten wider (Tabelle 2-1). Im *House* gibt es eine nahezu perfektes Zwei-Parteiensystem mit einer effektiven Parteienanzahl von 2,0 (2,9 nach Stimmen). Der Großteil der Sitze fällt auf Labor und die Coalition. Keine andere Partei hat je mehr als einen der 150 Sitze gewonnen. Auch im Senate sind die beiden größten Blöcke die Labor-Party und die Coalition (aus CLP, LNP, LP, NP). Die anderen Parteien sind deutlich kleiner, sodass sich im Untersuchungszeitraum von 1996-2016 eine durchschnittliche Parteienzahl von 2,7 ergibt (3,1 nach Stimmen).

Tabelle 2-1: Sitzverteilung im Parlament des C.o.Australia

Partei	2.3.1996	3.10.1998	10.11.2001	9.10.2004	24.11.2007	21.8.2010	7.9.2013	02.07.2016*
House								
ALP	33,1% (49)	45,3% (67)	43,3% (65)	40,0% (60)	55,3% (83)	48,0% (72)	36,7% (55)	46,0% (69)
Coalition	63,5% (94)	54,1% (80)	54,7% (82)	58,0% (87)	43,3% (65)	48,7% (73)	60,0% (90)	50,7% (76)
CLP	0,7% (1)		0,7% (1)	0,7% (1)		0,7% (1)	0,7% (1)	
LNP						14,0% (21)	14,7% (22)	14,0% (21)
LP	50,7% (75)	43,2% (64)	45,3% (68)	49,3% (74)	36,7% (55)	29,3% (44)	38,7% (58)	30,0% (45)
NP	12,2% (18)	10,8% (16)	8,7% (13)	8,0% (12)	6,7% (10)	4,7% (7)	6,0% (9)	6,7% (10)
GRN						0,7% (1)	0,7% (1)	0,7% (1)
KAP						0,7% (1)	0,7% (1)	0,7% (1)
NXT								0,7% (1)
PUP							0,7% (1)	
Sonstige	3,4% (5)	0,7% (1)	2,0% (3)	2,0% (3)	1,3% (2)	2,0% (3)	1,3% (2)	1,3% (2)
Gesamt	(148)	(148)	(150)	(150)	(150)	(150)	(150)	(150)
Senate								
ALP	38,2% (29)	38,2% (29)	36,8% (28)	36,8% (28)	42,1% (32)	40,8% (31)	32,9% (25)	34,2% (26)
Coalition	48,7% (37)	46,1% (35)	46,1% (35)	51,3% (39)	48,7% (37)	44,7% (34)	43,4% (33)	39,5% (30)
CLP	1,3% (1)	1,3% (1)	1,3% (1)	1,3% (1)	1,3% (1)	1,3% (1)	1,3% (1)	1,3% (1)
LNP						3,9% (3)	7,9% (6)	6,6% (5)
LP	40,8% (31)	40,8% (31)	40,8% (31)	43,4% (33)	42,1% (32)	32,9% (25)	30,2% (23)	27,7% (21)
NP	6,6% (5)	3,9% (3)	3,9% (3)	6,6% (5)	5,3% (4)	6,6% (5)	3,9% (3)	3,9% (3)
AD	9,2% (7)	11,8% (9)	10,5% (8)	5,3% (4)				
GRN	2,6% (2)	1,3% (1)	2,6% (2)	5,3% (4)	6,6% (5)	11,8% (9)	13,2% (10)	11,8% (9)
ONE		1,3% (1)	1,3% (1)					5,3% (4)
NXT					1,3% (1)	1,3% (1)	1,3% (1)	3,9% (3)
FFP				1,3% (1)	1,3% (1)		1,3% (1)	1,3% (1)
DLP						1,3% (1)	1,3% (1)	
PUP							3,9% (3)	
Sonstige	1,3% (1)	1,3% (1)	2,6% (2)				2,6% (2)	3,9% (3)
Gesamt	(76)	(76)	(76)	(76)	(76)	(76)	(76)	(76)

Angabe der Sitzverteilung in Prozent, absolute Anzahl an Sitzen in Klammern

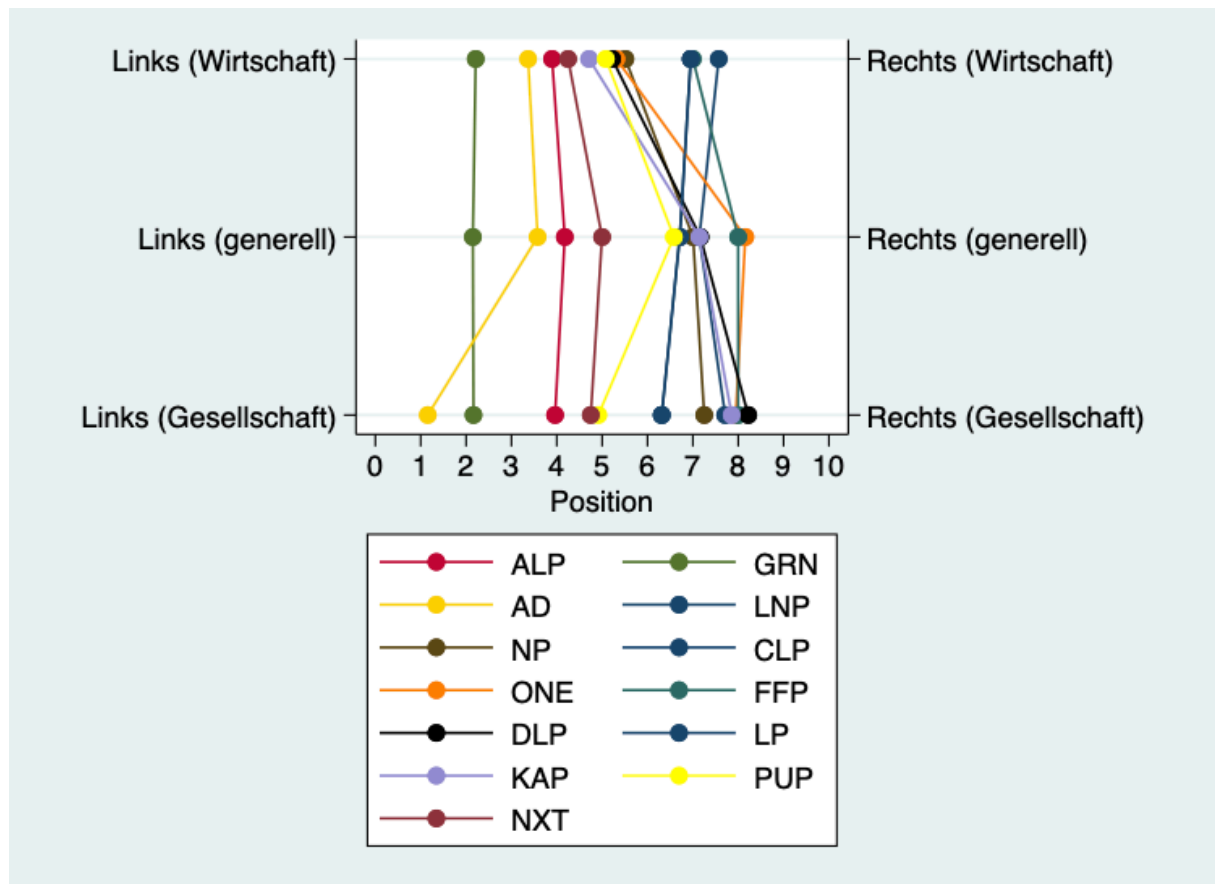
Die Wahlen zum House und Senate fanden gleichzeitig statt, aber die Mitglieder des Senate treten ihre Stellen immer erst zum darauffolgenden 1. Juli an (rückwirkend bei einer Double Dissolution).

* 2016 ist die Wahl zu einer Double Dissolution, im Senate wurden daher alle 76 Sitze neu besetzt.

Quelle: Carr (2023) und University of Western Australia (2018)

Die Wahl nach der Double Dissolution von 2016 gibt einen möglichen Hinweis auf die daraus entstehenden Nachteile für die großen Parteien im Senate (vgl. Abschnitt 2.2.7). Ihr gemeinsamer Anteil sank auf 73,7% von zuvor 76,3% beziehungsweise auf 56 Sitze von zuvor

Abbildung 2-3: Parteipositionen im C.o.Australia



Quelle: APPES (Ganghof, Pörschke & Eppner 2016)

58.¹⁶ Allerdings gab es auch vorher schon einen Trend zu Lasten der großen Parteien. So ist die Wahl von 2013 die erste Wahl, bei der der gemeinsame Anteil von Labor und Coalition auf unter 80% und unter 60 Sitze fällt.

Die Kombinationen der Parteien aus der Staatenebene decken ein breites Spektrum im politischen Raum ab (Abbildung 2-3: Parteipositionen im C.o.Australia). Es ergibt sich dennoch ein relativ klares Bild: Links von Labor (ALP) befinden sich nur die Greens (GRN) und die Australian Democrats (AD), zwischen Labor und der Coalition das Nick Xenophon Team (NXT) sowie die Palmer United Party (PUP). Alle anderen Parteien befinden sich nahe

¹⁶ Siehe Wanna (2016) zu den parteipolitischen Überlegungen zur Double Dissolution 2016: Wanna interpretiert es hier aber für die Wahl 2016 so, dass vor allem die kleinen Parteien eine Neuwahl zu fürchten hätten, da viele von ihnen ihre Sitze nicht mit den Erstpräferenzen erhalten hatten, sondern erst über die Umverteilung der weiteren Präferenzen, die weniger verlässlich ist.

Table 2-2: Regierungstatus C.o.Australia

Wahldatum	Regierungspartei	Koalition	Erste Kammer			Zweite Kammer		
			Sitz-Anteil	Mehrheit	Median	Sitz-Anteil	Mehrheit	Median
02.03.96	Coalition	0%	63%	100%	100%	47%	0%	79%
03.10.98	Coalition	0%	54%	100%	100%	47%	0%	24%
10.11.01	Coalition	0%	55%	100%	100%	46%	0%	78%
09.10.04	Coalition	0%	58%	100%	100%	50%	77%	100%
24.11.07	Labor	0%	55%	100%	100%	41%	0%	0%
21.08.10	Labor	0%	48%	0%	100%	41%	0%	72%
07.09.13	Coalition	0%	60%	100%	100%	44%	0%	29%
02.07.16	Coalition	0%	51%	100%	100%	39%	0%	56%
Gesamt		0%		87%	100%		10%	55%

Der Sitzanteil bezeichnet den Sitzanteil der neuen Regierung am Tag nach der jeweiligen Wahl des House, während Koalition, Mehrheit und Median den Schnitt der jeweiligen Legislaturperiode darstellen.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Grundlage der offiziellen Angaben zu Regierungs- und Parlamentszusammensetzung bzw. den Daten von Carr (2023) und University of Western Australia (2018) sowie der erhobenen Positionsdaten im APPES (Ganghof, Pörschke & Eppner 2016)

den Positionen der Coalition oder rechts von ihr. Auf Basis der generellen Links-Rechts-Achse ergibt sich eine durchschnittliche Polarisierung von 2,6 für das House und 3,1 für den Senate.

2.2.10 Regierungsstatus im Parlament

Im Untersuchungszeitraum liegen acht Legislaturperioden. In allen Legislaturperioden gibt es eine Ein-Parteien-Regierung. In sieben der acht Legislaturperioden kontrolliert die Regierung die Mehrheit im *House*, in allen acht stellt sie dort die Medianabgeordnete (Tabelle 2-2).

Vor allem durch die Verzögerung zwischen der Wahl und der Neubesetzung des Senate kommt es in fast jeder Legislaturperiode zu Statuswechseln der Regierung im Senate, wobei sie in nur einer Legislaturperiode zumindest teilweise die Mehrheit der Sitze im Senate innehat. In dieser Legislaturperiode stellt sie auch immer die Medianabgeordnete. In einer weiteren Legislaturperiode stellt sie niemals die Medianabgeordnete. In allen anderen Perioden schwankt dieser Wert zwischen 24 und 79%.

2.3 New South Wales (NSW)

New South Wales ist mit mehr als acht Millionen Einwohner der größte australische Bundesstaat (Australian Bureau of Statistics 2021). Seit 1984 ist New South Wales semi-

parlamentarisch: Beide Kammern sind direkt gewählt und müssen jedem Gesetz, das nicht den Haushalt betrifft, zustimmen. Besonders bemerkenswert im Vergleich zu den anderen Staaten sind vor allem zwei Aspekte: Der Council wird in einem einzigen Wahlkreis gewählt, allerdings jeweils nur zur Hälfte. Und sollte es zu Blockaden zwischen den beiden Kammern kommen, gibt es die Möglichkeit eines Referendums.

2.3.1 Wahlsystem der Legislative Assembly (erste Kammer)

Die 93 Abgeordneten der Assembly seit 1997 und zuvor 99 (University of Western Australia 2018) werden seit 1978 durch Alternative Vote mit optionaler Angabe einer Präferenzordnung gewählt (Smith 2003: 57). Die Amtszeit beträgt vier Jahre, wenn die Assembly nicht in Ausnahmefällen vorzeitig aufgelöst wird (New South Wales Constitution 1991: sec. 24, Twomey 2004: 649ff.). Seit 1979 werden die Grenzen der Wahlkreise alle zwei Wahlen und bei besonders hohen Abweichungen angepasst, um eine faire Verteilung zu gewährleisten (Smith 2003: 58).

2.3.2 Wahlsystem des Legislative Council (zweite Kammer)

Die 42 Abgeordneten des Council werden heute maximal alle vier Jahre gleichzeitig mit der Assembly jeweils zur Hälfte gewählt. Seit der Council direkt gewählt wird (1978), werden die Abgeordneten durch Single Transferable Vote in einem staatsweiten Wahlkreis gewählt (Stone 2008).¹⁷ Seit 1987 gibt es neben der Möglichkeit below-the-line die einzelnen Abgeordneten zu wählen auch die Möglichkeit above-the-line Gruppen zu wählen (Page 1990: 5).

Die Anzahl der Mitglieder wurde 1991 mit Wirkung zur Wahl 1995 auf 42 gesenkt, die jeweils zur Hälfte alle vier Jahre gleichzeitig mit der Assembly gewählt werden. Vorher wurden 45 Mitglieder jeweils zu einem Drittel gewählt (Lovelock 2009). Bei der Reform wurde auch die Wahl below-the-line weiter abgeschwächt, da nun statt zuvor mindestens zehn mindestens 15 Kandidaten in eine Reihenfolge gebracht werden mussten und sich der Aufwand für die Wähler:innen below-the-line zu wählen somit weiter erhöht. Die Wähler:innen nutzen fast ausschließlich die Wahl above-the-line (Smith 2003: 58).

¹⁷ Der Council wird seit 1978 direkt gewählt, aber erst seit der Wahl 1984 sind alle Mitglieder direkt gewählt worden (Page 1990: 4).

In den Wahlen 1995 und 1999 konnten sehr viele kleine Parteien in den Council einziehen. Sie erreichten dies über das sogenannte Preference-Trading. Dabei konnten die Parteien selbst bestimmen, wohin ihre Stimmen übertragen wurden, wenn sie überhängige oder nicht genug Stimmen hatten und aus der Auszählung eliminiert wurden.¹⁸ Auf diese Weise konnten die kleinen Parteien sich gegenseitig Stimmen zuschieben und erreichten eine hohe Repräsentation (Lovelock 2009: 85). Wegen der vielen Kleinstparteien im Council wurde diese Möglichkeit 1999 eingeschränkt. Auf der Liste einer Partei, dem Group Voting Ticket (GVT), können seitdem nur noch Angehörige der eigenen Gruppe stehen. Sollten die Wähler:innen weitere Präferenzen vergeben wollen, müssen sie dies selbst tun (Lovelock 2009: 85f.). Die Parteien verteilen aber weiterhin How-to-vote-cards, um ihren Wähler:innen Vorschläge für die Präferenzordnung zu machen, sowohl below- als auch above-the-line. Diese How-to-vote-cards können natürlich auch weiterhin auf andere Kleinstparteien verweisen. Allerdings haben Kleinstparteien wahrscheinlich eher nicht die Ressourcen, überall solche How-to-vote-cards zu verteilen – im Gegensatz zu den großen Parteien (Lovelock 2009: 86). Da es nur einen einzigen Wahlkreis gibt, gibt es kein Malapportionment.

2.3.3 Verbindung der Wahlen von erster und zweiter Kammer

Der Council wird gleichzeitig mit der Assembly gewählt, es werden aber immer nur die Hälfte der Sitze neu besetzt (New South Wales Constitution 1991: sec. 22B).

2.3.4 Bestimmungen für die Selbstauflösung der ersten Kammer

Die Gouverneur:in kann die Assembly nur dann vorzeitig auflösen, wenn diese entweder ein Misstrauensvotum gegen die Regierung verabschiedet hat oder sie ein Haushaltsgesetz der Regierung („a Bill which appropriates revenue or moneys for the ordinary annual services of the Government“) nicht verabschiedet (New South Wales Constitution 1991: sec. 24B). Die Verfassung gibt der Gouverneur:in zwar das Recht auch in anderen verfassungsgemäßen Umständen („in accordance with established constitutional conventions“) die Assembly vorzeitig aufzulösen (New South Wales Constitution 1991: sec. 24.25), aber es ist sehr

¹⁸ Für einen generellen Überblick zum *Preference Trading* (auf Ebene des C.o.Australia): s. Sharman, Sayers und Miragliotta (2002).

umstritten, welche Umstände das sein könnten und wie eine solche Auflösung von statten gehen würde (Twomey 2004: 656ff.).

2.3.5 Möglichkeiten zur Auflösung der zweiten Kammer

Die Amtszeiten der Mitglieder des Council sind abhängig von der Amtszeit der Assembly. Durch eine Selbstauflösung kann die Assembly also auch die Amtszeiten des Council entsprechend verkürzen.

2.3.6 Blockade der Haushaltsgesetzgebung durch die zweite Kammer

Der Council hat nur ein suspensives Veto von einem Monat für die Haushaltsgesetzgebung („any Bill appropriating revenue or moneys for the ordinary annual services of the Government“ (New South Wales Constitution 1991: sec. 5A)). Diese Abschwächung des Vetorechts besteht seit der Einführung der (indirekten) Wahl des Council ab 1933 (Waugh 2002: 242).

2.3.7 Mechanismen zur Auflösung von Blockadesituationen

Kommt es zu einer Blockade eines Gesetzes durch den Council und besteht diese bei erneuter Einbringung nach mindestens drei Monaten fort, so kommt es zuerst zu Beratungen zwischen den beiden Kammern, einer „free conference between managers“. Anschließend kann von der Gouverneur:in eine gemeinsamen Sitzung, ein Joint Sitting, einberufen werden, die allerdings nur eine beratende Funktion hat und kein Gesetz verabschieden kann. Sollte es dann immer noch zu keiner Einigung kommen, kann die Assembly die Gouverneur:in anweisen, einen Tag für ein öffentliches Referendum über dieses Gesetz nach frühestens zwei Monaten anzusetzen (New South Wales Constitution 1991: sec. 5B).

2.3.8 Verfassungsänderungen

Gesetze, die die Assembly oder den Council betreffen, müssen nach der Verabschiedung durch beide Kammern in einem Referendum bestätigt werden (New South Wales Constitution 1991: sec. 7-7B).

Tabelle 2-3: Sitzverteilung im Parlament von New South Wales

Partei	27.03.1999		22.03.2003		24.03.2007		26.03.2011		28.03.2015	
Assembly										
ALP	59,1%	(55)	59,1%	(55)	55,9%	(52)	21,5%	(20)	36,6%	(34)
Coalition	35,5%	(33)	34,4%	(32)	37,6%	(35)	74,2%	(69)	58,1%	(54)
LP	21,5%	(20)	21,5%	(20)	23,7%	(22)	54,8%	(51)	39,8%	(37)
NP	14,0%	(13)	12,9%	(12)	14,0%	(13)	19,4%	(18)	18,3%	(17)
GRN							1,1%	(1)	3,2%	(3)
Sonstige	5,4%	(5)	6,5%	(6)	6,5%	(6)	3,2%	(3)	2,2%	(2)
Gesamt	(1)	(93)	(1)	(93)	(1)	(93)	(1)	(93)	(1)	(93)
Council										
ALP	38,1%	(16)	42,9%	(18)	45,2%	(19)	33,3%	(14)	28,6%	(12)
Coalition	14,0%	(13)	14,0%	(13)	16,1%	(15)	20,4%	(19)	21,5%	(20)
LP	21,4%	(9)	21,4%	(9)	23,8%	(10)	28,6%	(12)	31,0%	(13)
NP	9,5%	(4)	9,5%	(4)	11,9%	(5)	16,7%	(7)	16,7%	(7)
AD	2,4%	(1)	2,4%	(1)						
ONE	2,4%	(1)								
ONE_NSW			2,4%	(1)						
GRN	4,8%	(2)	7,1%	(3)	9,5%	(4)	11,9%	(5)	11,9%	(5)
CDP	4,8%	(2)	4,8%	(2)	4,8%	(2)	4,8%	(2)	4,8%	(2)
SFP	2,4%	(1)	2,4%	(1)	4,8%	(2)	4,8%	(2)	4,8%	(2)
AJP									2,4%	(1)
BFC	2,4%	(1)								
ORP	2,4%	(1)	2,4%	(1)						
UP	2,4%	(1)	2,4%	(1)						
RLS	2,4%	(1)	2,4%	(1)						
Sonstige	4,8%	(2)								
Gesamt	(1)	(42)	(1)	(42)	(1)	(42)	(1)	(42)	(1)	(42)

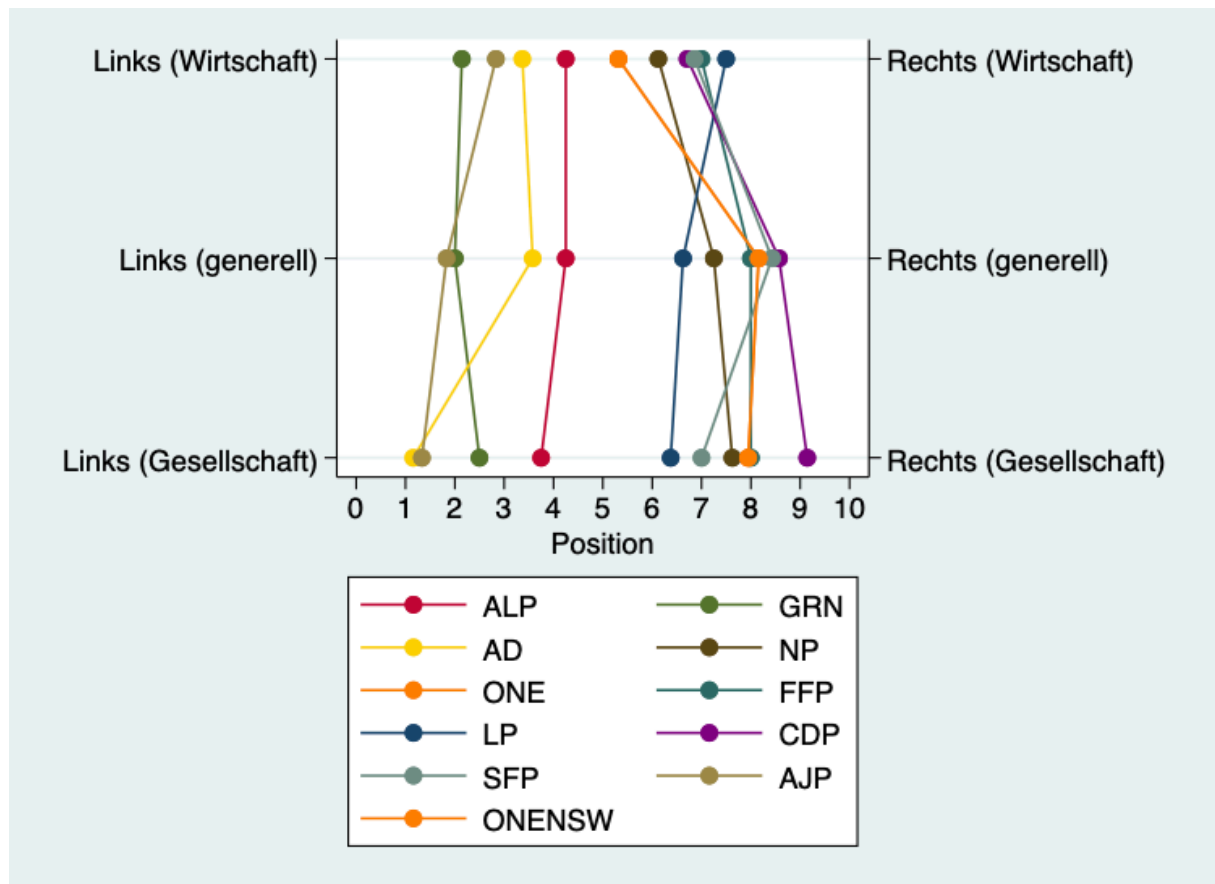
Angabe der Sitzverteilung in Prozent, absolute Anzahl an Sitzen in Klammern

Quelle: Carr (2023) und University of Western Australia (2018)

2.3.9 Parteiensystem

Die Assembly zeichnet sich durch ein annäherndes Zwei-Parteien-System aus mit einer effektiven Parteienzahl von 2,0 (3,1 nach Stimmen). Liberals und Nationals zählen als eine gemeinsame Partei. Seit der Direktwahl des Council treten Liberals und Nationals dort mit einer gemeinsamen Liste an (vgl. Carr 2023, University of Western Australia 2018). Auch wenn zuletzt die Greens ihre Sitzanteile leicht steigern konnten, fallen die meisten Sitze auf die zwei Blöcke aus Labor und Coalition (Tabelle 2-3). In New South Wales gibt es auch kleinere Parteien, die regelmäßig eine Vertretung im Council erreichen. Insbesondere in den Wahlen bis

Abbildung 2-4: Parteipositionen in New South Wales



Quelle: APPES (Ganghof, Pörschke & Eppner 2016)

einschließlich 1999 konnten viele Kleinstparteien Sitze gewinnen (vgl. Abschnitt 2.3.2). Insgesamt liegt die effektive Parteienanzahl im Council bei 3,3 (3,6 nach Stimmen).

Es gibt eine klare Zweiteilung der Parteienlandschaft. Links von Labor befinden sich die Animal Justice Party (AJP), die Greens (GRN) und die Australian Democrats (AD), rechts der Coalition aus Liberals (LP) und Nationals (NP) befinden sich alle anderen Parteien (Abbildung 2-4). Nur One Nation (ONE) liegt zumindest auf der Wirtschaftsachse zwischen den beiden großen Parteien. Zu beachten ist hier aber, dass die Daten für ONE nicht aus dem APPES (Ganghof, Pörschke & Eppner 2016) stammen sondern von Benoit/Laver (2006) übernommen wurden (vgl. Anhang A: Datensätze). Auf Basis der generellen Links-Rechts-Achse ergibt sich so eine durchschnittliche Polarisierung von 2,5 für die Assembly und 3,7 für den Council.

Table 2-4: Regierungstatus New South Wales

Wahldatum	Regierungspartei	Koalition	Erste Kammer			Zweite Kammer		
			Sitz-Anteil	Mehrheit	Median	Sitz-Anteil	Mehrheit	Median
27.03.99	Labor	0%	59%	100%	100%	38%	0%	100%
22.03.03	Labor	0%	59%	100%	100%	43%	0%	100%
24.03.07	Labor	0%	56%	100%	100%	45%	0%	100%
26.03.11	Coalition	0%	74%	100%	100%	45%	0%	100%
28.03.15	Coalition	0%	58%	100%	100%	48%	0%	100%
Gesamt		0%		100%	100%		0%	100%

Der Sitzanteil bezeichnet den Sitzanteil der neuen Regierung am Tag nach der jeweiligen Wahl der Assembly, während Koalition, Mehrheit und Median den Schnitt der jeweiligen Legislaturperiode darstellen.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Grundlage der offiziellen Angaben zu Regierungs- und Parlamentszusammensetzung bzw. den Daten von Carr (2023) und University of Western Australia (2018) sowie der erhobenen Positionsdaten im APPES (Ganghof, Pörschke & Eppner 2016)

2.3.10 Regierungstatus im Parlament

Im Untersuchungszeitraum liegen fünf Legislaturperioden. In allen fünf Legislaturperioden gibt es eine Ein-Parteien-Mehrheitsregierung, die im Council keine Mehrheit hat, aber den Medianabgeordneten dort stellt (Tabelle 2-4).

2.4 Queensland (QLD)

In Queensland wurde der Council 1922 abgeschafft (Murphy 1980). Seitdem ist Queensland als einziger australischer Bundesstaat unikameral.

2.4.1 Wahlsystem der Legislative Assembly (Parlament)

Die Assembly wird in Ein-Personen-Wahlkreisen besetzt, seit 1962 mit Hilfe von Alternative Vote (Parliament of Queensland 2015). Nach der Einführung war es zunächst zwingend, alle zur Wahl stehenden Abgeordneten in eine Reihenfolge zu bringen. Seit 1991 war die Angabe mehrerer Präferenzen nur noch optional (Parliament of Queensland 2015). Allerdings wurde der Zwang zuletzt – 2016 – wieder eingeführt (Queensland Electoral Act 1992: sec. 122, 123). Bis 1995 gab es unterschiedliche Zonen und die Wahlkreise wurden nur innerhalb dieser Zonen ausgeglichen. Es gab daher ein Malapportionment zu Gunsten der ländlichen Regionen. (Queensland Electoral Districts Act 1958: sec. 5, 6, 7). Erst seit einer 1991 verabschiedeten Reform gibt es keine Zonen mehr (Queensland Electoral Districts Act 1991: sec. 1.3).

Allerdings gibt es bis heute eine Sonderregelung für flächenmäßig große Wahlkreise. Für Wahlkreise mit mehr als 100.000 km² zählen zwei Prozent der Fläche in km² als weitere Wähler:innen für den Wahlkreiszuschnitt (Queensland Electoral Districts Act 1992: sec. 45). Es gibt also weiterhin ein Malapportionment zu Gunsten ländlicher Regionen (vgl. Economou/Ghazarian 2006: sec. 33ff.). In der aktuellen Aufteilung (28.2.2022)¹⁹ betrifft dies aber nur sieben von 93 Wahlkreisen. Dadurch ergibt sich ein Malapportionment von 7,0% (Eigene Berechnung auf Basis von Electoral Commission QLD 2022).

2.4.2 Bestimmungen für die Selbstauflösung der ersten Kammer

Im Untersuchungszeitraum gibt es keine Bestimmungen, die das Recht zur Selbstauflösung der Assembly einschränken. Erst mit einer Verfassungsänderung, die mit einem Referendum 2016 bestätigt wurde, wurden die Amtszeiten der Assembly auf vier Jahre angehoben und das Recht der Gouverneur:in zur Auflösung der Assembly eingeschränkt. Es wäre aber weiterhin möglich, mittels einer absichtlich gescheiterten Vertrauensabstimmung die Assembly aufzulösen (Electoral Commission QLD 2016, Queensland Constitution (Fixed Term Parliament) Amendment Act 2015).

2.4.3 Verfassungsänderungen

Es gibt nur eine Kammer im Parlament von Queensland. Das Parlament kann die Verfassung mit einer absoluten Mehrheit verändern (Queensland Constitution 2020: sec. 4A).

2.4.4 Parteiensystem

Seit dem 26.07.2008 gibt es in Queensland die gemeinsame Liberal National Party (Cockfield 2020: 83ff., Liberal National Party QLD 2021). Vorher bildeten die beiden Parteien meist die Coalition, mit Ausnahme der Jahre 1983-1992, 2001-2003 und 2004 für einen kurzen Zeitraum nach der Wahl (Cockfield 2020: 83f., Williams 2010: 279). In den beiden Legislaturperioden 2001-2004 und 2004-2006 behandle ich Liberals und Nationals vollständig als einzelne Parteien, um den Problemen, die zu den Aufspaltungen führten, Rechnung zu tragen.

¹⁹ Es war mir nicht möglich, die Wahlkreiszuschnitte der vorherigen Wahlen aus verlässlichen Quellen zu erhalten, aber der aktuelle Wahlkreiszuschnitt sollte nicht substantiell von den vorhergehenden abweichen.

Tabelle 2-5: Sitzverteilung im Parlament von Queensland

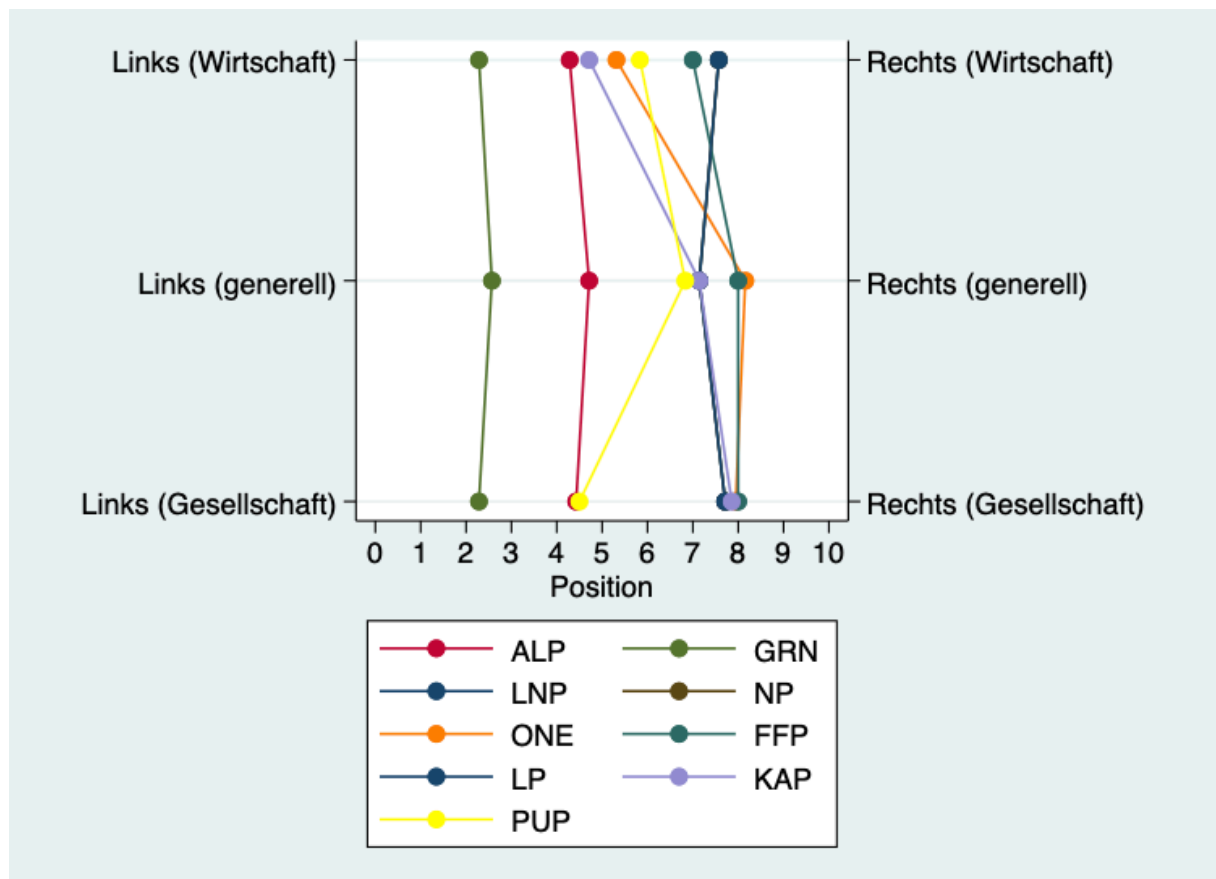
Partei	13.06.1998	17.02.2001	07.02.2004	09.09.2006	21.03.2009	24.03.2012	31.01.2015
Assembly							
ALP	49,4% (44)	74,2% (66)	70,8% (63)	66,3% (59)	57,3% (51)	7,9% (7)	49,4% (44)
Coalition/LNP*	36,0% (32)			28,1% (25)	38,2% (34)	87,6% (78)	47,2% (42)
LP	10,1% (9)	3,4% (3)	5,6% (5)	9,0% (8)			
NP	25,8% (23)	13,5% (12)	16,9% (15)	19,1% (17)			
ONE	12,4% (11)	3,4% (3)	1,1% (1)	1,1% (1)			
KAP						2,2% (2)	2,2% (2)
Sonstige	2,2% (2)	5,6% (5)	5,6% (5)	4,5% (4)	4,5% (4)	2,2% (2)	1,1% (1)
Gesamt	(89)	(89)	(89)	(89)	(89)	(89)	(89)

Angabe der Sitzverteilung in Prozent, absolute Anzahl an Sitzen in Klammern

* Seit der Wahl 2009 treten die Parteien der Coalition als gemeinsame Partei LNP an

Quelle: Carr (2023) und University of Western Australia (2018)

Abbildung 2-5: Parteipositionen in Queensland



Quelle: APPES (Ganghof, Pörschke & Eppner 2016)

Tabelle 2-6: Regierungsstatus Queensland

Wahldatum	Regierungspartei	Koalition	Parlament		
			Sitz-Anteil	Mehrheit	Median
13.06.98	Labor	0%	49%	82%	100%
17.02.01	Labor	0%	74%	100%	100%
07.02.04	Labor	0%	71%	100%	100%
09.09.06	Labor	0%	66%	100%	100%
21.03.09	Labor	0%	57%	100%	100%
24.03.12	Liberal National Party	0%	88%	100%	100%
31.01.15	Labor	0%	49%	0%	100%
Gesamt		0%		83%	100%

Der Sitzanteil bezeichnet den Sitzanteil der neuen Regierung am Tag nach der jeweiligen Wahl der Assembly, während Koalition, Mehrheit und Median den Schnitt der jeweiligen Legislaturperiode darstellen.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Grundlage der offiziellen Angaben zu Regierungs- und Parlamentszusammensetzung bzw. den Daten von Carr (2023) und University of Western Australia (2018) sowie der erhobenen Positionsdaten im APPE (Ganghof, Pörschke & Eppner 2016)

Neben den Parteien der Coalition und Labor sowie einigen unabhängigen Kandidat:innen ist es sonst nur One Nation und der Katter's Australian Party gelungen, eine parlamentarische Repräsentation zu erlangen (Tabelle 2-5). Die Effektive Parteienzahl liegt damit bei durchschnittlich 1,9 (3,1 nach Stimmen).

Katter's Australia Party (KAP) liegt dabei zwischen den beiden großen Parteiblöcken, One Nation (ONE) eher am rechten Rand, aber in ökonomischen Fragen zwischen den großen Parteien. Von den nächststärkeren Parteien ohne parlamentarische Repräsentation liegen die Greens (GRN) links von Labor (ALP), die Palmer United National Party (PUP) eher mittig und Family First (FFP) am rechten Rand (Abbildung 2-5). Die Polarisierung beträgt damit 2,2 und liegt am unteren Ende des Spektrums der australischen Parlamente.

2.4.5 Regierungsstatus im Parlament

Trotz des Mehrheitswahlsystems gibt es nicht in jeder Legislaturperiode eine eindeutige Mehrheit. Labor stellt fünf der sechs Regierungen. 1998 beginnt Labor als Minderheitsregierung, kann aber in einer Ersatzwahl für den zurückgetretenen One Nation-Abgeordneten Charles Rappolt den Sitz für Mulgrave und somit eine Mehrheit im Parlament erobern (Wanna 1999). In der Legislaturperiode ab 2015 kontrolliert die Labor-Regierung dauerhaft nur eine Minderheit der Sitze in der Assembly (Tabelle 2-6).

2.5 South Australia (SA)

In South Australia sind die Wahlen beider Kammern miteinander verbunden, wobei der Council immer nur zur Hälfte neu gewählt wird. Es gibt Möglichkeiten zur Auflösung des Council, aber diese sind sehr umständlich und kaum praktikabel. Auf Grund von Mindest-Amtszeiten der Mitglieder des Council von sechs Jahren würde sich eine Selbst-Auflösung der Assembly nur bedingt eignen, um den Council mit aufzulösen. Es gibt darüber hinaus mehrere Mechanismen zur Auflösung von Blockaden. Diese erfordern aber eine vorherige Neuwahl der Assembly, die den Council nur bedingt betrifft, und ist daher sehr unwahrscheinlich. Anschließend könnten beide Kammern im Rahmen einer Double Dissolution aufgelöst werden oder es könnten je zwei Abgeordnete pro Wahlkreis des Council neu gewählt werden. Da es aber nur einen Wahlkreis gibt, ist es unwahrscheinlich, dass letzteres die Machtverhältnisse ändern würde.

2.5.1 Wahlsystem der Legislative Assembly (erste Kammer)

Die Mitglieder der Assembly werden seit 1936 in Ein-Personen-Wahlkreisen per Alternative Vote gewählt (Jaensch 2002: 77, Newton-Farrelly 2010: 19). Seit 1955 ist das Wahlsystem full preferential, es müssen also alle Kandidaten des Wahlkreises in eine Reihenfolge gebracht werden (Jaensch 2002: 84). Die Zahl der Mitglieder schwankte über die Jahrzehnte, seit 1968 sind es aber konstant 47 (Bastoni 2009: 47). Die Wahlperiode der Assembly beträgt seit 1985 maximal vier Jahre, wobei die Assembly nur in Ausnahmefällen vor Ablauf von drei Jahren neu besetzt werden kann (Bennett 2003: 2, Griffith/Srinivasan 2001: 34, Macintyre/Williams 2008: 216). Seit 1975 gibt es mit der Electoral Districts Boundary Commission (EDBC), eine Kommission die durch den Wahlkreiszuschnitt Malapportionment verhindern soll (Jaensch 2002: 180ff.). 1991 wurde der Auftrag der EDBC zudem ausgeweitet, sodass die Kommission sicher stellen soll, dass eine Partei, die mehr als 50% der Stimmen gewinnt, auch mehr als 50% der Sitze erhält (Economou/Ghazarian 2006: 41f.).

2.5.2 Wahlsystem des Legislative Council (zweite Kammer)

Nach einer Einführung des Single Transferable Vote nach Parteilisten für die Besetzung des Council ab 1973 (Jaensch 2002: 78) wurde 1981 die Parteienwahl wieder zu Gunsten einer Personenwahl abgeschafft (Jaensch 2002: 80). Seit 1985 gibt es jetzt beide Möglichkeiten above-the-line und below-the-line (Jaensch 2002: 85, Newton-Farrelly 2010: 19), wobei below-the-line sämtliche Kandidaten in eine Reihenfolge gebracht werden müssen (Bastoni 2009: 49,

Griffith/Srinivasan 2001: 30). Seit 1973 werden jeweils elf Abgeordnete pro Wahl in einem einzigen Wahlkreis bestimmt (Jaensch 2002: 78). Da die Amtszeit seit 1913 zwei Legislaturperioden der Assembly entspricht und bei jeder Wahl der Assembly jeweils die Hälfte der Abgeordneten gewählt wird (Griffith/Srinivasan 2001: 28), besteht der Council nun aus 22 Abgeordneten.²⁰ Es gibt nur einen einzigen Wahlkreis und somit kein Malapportionment.

2.5.3 Verbindung der Wahlen von erster und zweiter Kammer

Seit 1913 finden die Wahlen für den Council gleichzeitig mit den Wahlen für die Assembly statt (Griffith/Srinivasan 2001: 28); seit 1985 betragen die Amtszeiten der Mitglieder des Council also im Normalfall maximal acht Jahre (Macintyre/Williams 2008: 216). Ihre Amtszeiten enden mit der Neuwahl der Assembly – allerdings nur dann, wenn mindestens sechs Jahre seit ihrer Wahl vergangen sind (South Australia Constitution 2013: sec. 14).²¹

2.5.4 Bestimmungen für die Selbstauflösung der ersten Kammer

Die Assembly darf nur unter bestimmten Voraussetzungen, von denen mindestens eine erfüllt sein muss, aufgelöst werden (South Australia Constitution 2013: sec. 28A):

- Eine verlorene Vertrauensabstimmung der Regierung
- Eine Bill of Special Importance (s. Abschnitt 2.5.7), wurde vom Council abgelehnt (innerhalb eines Monats nach Ablehnung des Gesetzes)
- Eine Double Dissolution wurde ausgelöst im Rahmen des Mechanismus zur Auflösung von Blockaden (s. Abschnitt 2.5.7)

Bis 2013 galten diese Voraussetzungen nur für die ersten drei Jahre einer Legislaturperiode (South Australia Constitution 1997: sec. 28A). Nach Ablauf der drei Jahre durfte die Assembly daher auch ohne Vorliegen einer der Voraussetzungen aufgelöst werden.

²⁰ Die Mindestamtszeit beträgt sechs Jahre. Bei vorzeitigen Wahlen verlängert sich daher möglicherweise die Amtszeit des Council.

²¹ Nach einer Double Dissolution beträgt diese minimale Amtszeit für eine Hälfte der Abgeordneten des Council nur drei Jahre.

2.5.5 Möglichkeiten zur Auflösung der zweiten Kammer

Die Neuwahl der Assembly löst auch die Neuwahl der Hälfte des Council aus, wenn die jeweiligen Abgeordneten schon mindestens sechs Jahre ihrer Amtszeit absolviert haben. Bei einer vorzeitigen Auflösung nach weniger als zwei Jahren verlängert sich daher die Amtszeit der Mitglieder des Council effektiv, da die eine Hälfte zum Zeitpunkt der Auflösung noch keine sechs Jahre im Amt ist und sie somit bis zur nächsten Auflösung der Assembly im Amt bleibt und die andere Hälfte zum Zeitpunkt der Auflösung noch keine zwei Jahre im Amt war und daher bei der nächsten regulären Wahl ebenfalls noch keine sechs Jahre im Amt ist und somit eine zusätzliche Legislaturperiode der Assembly im Amt bleibt. Das schränkt die Wirkung einer Auflösungsdrohung erheblich ein, da die Wirkung stärker ist, je länger die Legislaturperiode noch andauert, je mehr die Abgeordneten also zu verlieren haben (Becher/Christiansen 2015).

Im Rahmen der Regelungen zur Auflösung von Blockaden können theoretisch auch beide Kammern gleichzeitig – und der Council damit komplett unabhängig von den Amtszeiten der Mitglieder – in einer Double Dissolution aufgelöst werden. Allerdings müsste die Assembly dafür mindestens einmal davor neu gewählt werden. Ähnlich wie im C.o.Australia würde es bei einer Double Dissolution und der folgenden Neuwahl zu einer Verdopplung der Wahlkreisgröße von 11 auf 22 kommen. Das entspräche einem Absenken der effektiven Wahlhürde von 6,3% auf 3,3%. Auch hier wäre es also sehr wahrscheinlich, dass die großen Parteien und also auch die Regierungspartei Verluste zu Gunsten kleiner Parteien hinnehmen müsste. Vor allem durch die Neuwahl gilt die Prozedur zur Auflösung von Blockaden aber als zu umständlich, um wirklich praktikabel zu sein.

2.5.6 Blockade der Haushaltsgesetzgebung durch die zweite Kammer

Gesetze oder Gesetzesteile zur Haushaltsgesetzgebung („for appropriating revenue or other public money, or for dealing with taxation, or for raising or guaranteeing any loan, or for providing for the repayment of any loan“) müssen in die Assembly eingebracht werden (South Australia Constitution 2013: sec. 61). Der Council darf sie nicht verändern, aber sie an die Assembly mit Vorschlägen zu Veränderungen zurücksenden oder sie grundsätzlich zurückweisen (Griffith/Srinivasan 2001: 33, South Australia Constitution 2013: sec. 62).

2.5.7 Mechanismen zur Auflösung von Blockadesituationen

Für alle Gesetze gilt: Wird ein Gesetz in zwei aufeinanderfolgenden Legislaturperioden von der Assembly verabschiedet – beim zweiten Mal mit einer absoluten Mehrheit – und vom Council abgelehnt, kann die Gouverneur:in einen von zwei Mechanismen auslösen: Sie kann entweder zwei zusätzliche Abgeordnete für den Council für jeden Wahldistrikt wählen lassen²² oder beide Kammern auflösen (South Australia Constitution 2013: sec. 41).

Da zwischen den beiden Versuchen das Gesetz zu verabschieden eine Wahl liegen muss, wäre der wahrscheinlich praktikabelste Weg, diese Wahl durch eine Bill of Special Importance auszulösen. Das Scheitern einer Bill of Special Importance kann eine Neuwahl der Assembly auslösen (vgl. Abschnitt 2.5.4). Ein Gesetzesvorschlag wird zu einer Bill of Special Importance, indem die Assembly diesen vor oder direkt nach der dritten Lesung in der Assembly desselben dazu erklärt. Wird diese Bill of Special Importance dann vom Council abgelehnt oder nicht innerhalb von zwei Monaten angenommen, kann dies eine Neuwahl auslösen (South Australia Constitution 2013: sec. 28A).

Insgesamt gilt dieser Mechanismus zur Auflösung von Blockaden allerdings als so „cumbersome“, so umständlich, dass es noch nie zu einer Double Dissolution kam (Waugh 2002). Wie schwierig und umständlich dieser Weg für die Regierung ist, verdeutlicht auch der gescheiterte Gesetzesvorschlag von 2015, der die Möglichkeit einer Double Dissolution als direkte Reaktion auf einen geblockten Gesetzentwurf einführen sollte (Manwaring 2016: 318, South Australia House of Assembly 2015: 2991). Eine solche Verfassungsänderung hätte in einem Referendum bestätigt werden müssen, aber das Gesetz, das Constitution (Deadlocks) Amendment, scheiterte schon im Council (Parliament South Australia 2023).²³ Die Conference of Managers, eine nicht stimmberechtigte Versammlung von Repräsentant:innen beider Kammern, die die Mehrheitsverhältnisse der Kammern widerspiegeln sollen, ist somit der hauptsächliche Mechanismus zur Lösung von Blockaden (Crump 2007).

²² Der Council besteht seit 1973 aus nur einem einzigen Wahlkreis. Es würden daher nur zwei Abgeordnete zusätzlich gewählt – somit wahrscheinlich je eine Abgeordnete von Labor und eine der Liberals beziehungsweise der Coalition.

²³ Gleichzeitig eingebracht wurden Reformen, die die Möglichkeit zur Blockade des Haushalts durch den Council abgeschafft und das Wahlsystem des Council weg von einem Präferenz-basierten System geändert hätten, um den automatischen Fluss von Stimmen beim Wählen above-the-line zu beenden, der hauptsächlich sehr kleine Parteien begünstigt (Green 2018, Richardson 2015).

Tabelle 2-7: Sitzverteilung im Parlament von South Australia

Partei	11.10.1997		09.02.2002		18.03.2006		20.03.2010		15.03.2014	
Assembly										
ALP	44,7%	(21)	48,9%	(23)	59,6%	(28)	55,3%	(26)	48,9%	(23)
LP	48,9%	(23)	42,6%	(20)	31,9%	(15)	38,3%	(18)	46,8%	(22)
NP	2,1%	(1)	2,1%	(1)	2,1%	(1)	0,0%		0,0%	
Sonstige	4,3%	(2)	6,4%	(3)	6,4%	(3)	6,4%	(3)	4,3%	(2)
Gesamt	(1)	(47)	(1)	(47)	(1)	(47)	(1)	(47)	(1)	(47)
Council										
ALP	36,4%	(8)	31,8%	(7)	36,4%	(8)	36,4%	(8)	36,4%	(8)
LP	45,5%	(10)	40,9%	(9)	36,4%	(8)	31,8%	(7)	36,4%	(8)
AD	13,6%	(3)	13,6%	(3)	4,5%	(1)				
GRN					4,5%	(1)	9,1%	(2)	9,1%	(2)
FFP			4,5%	(1)	9,1%	(2)	9,1%	(2)	9,1%	(2)
NXT*	4,5%	(1)	4,5%	(1)	9,1%	(2)	9,1%	(2)	4,5%	(1)
D4D							4,5%	(1)	4,5%	(1)
Sonstige			4,5%	(1)						
Gesamt	(1)	(22)	(1)	(22)	(1)	(22)	(1)	(22)	(1)	(22)

Angabe der Sitzverteilung in Prozent, absolute Anzahl an Sitzen in Klammern

*1997 und 2002 saß Nick Xenophon als unabhängiger Abgeordneter No Pokies im Council

Quelle: Carr (2023) und University of Western Australia (2018)

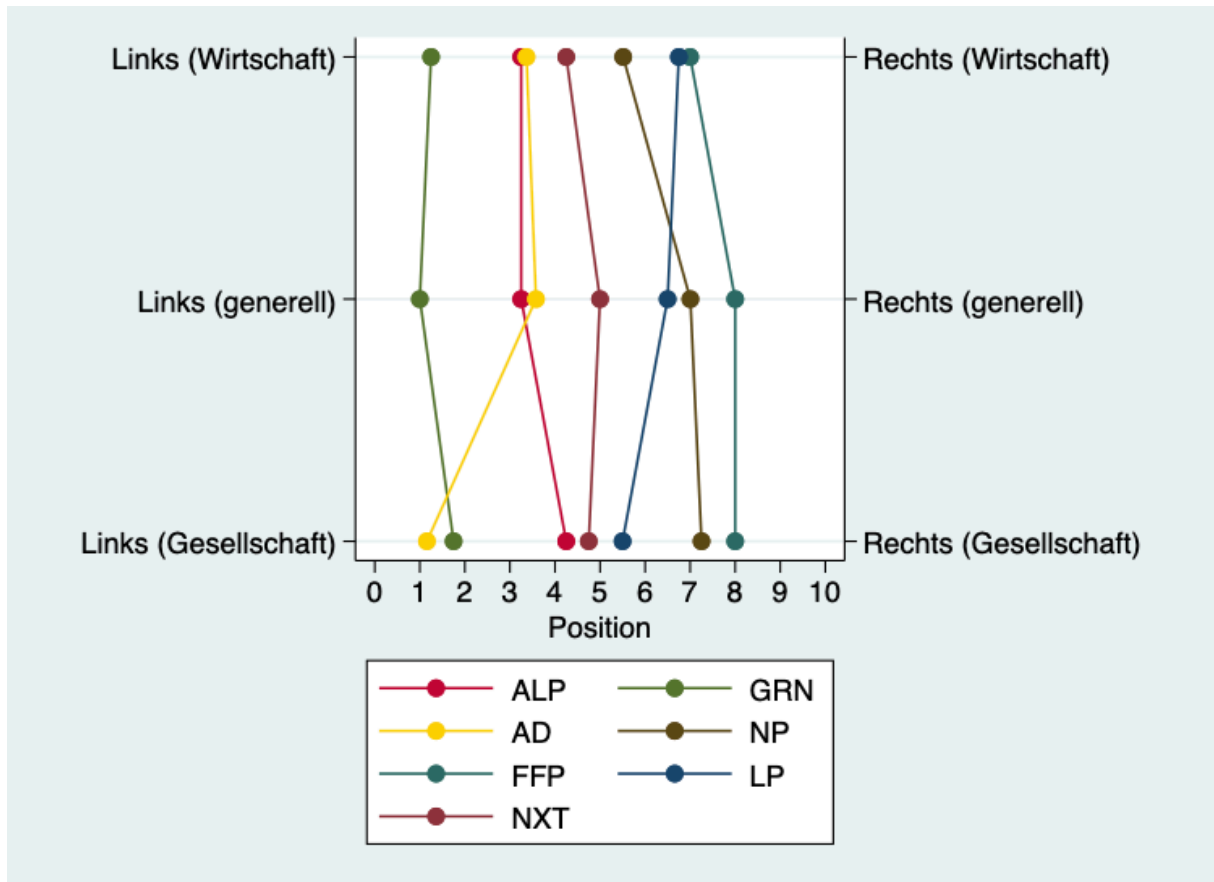
2.5.8 Verfassungsänderungen der Machtbalance

Gesetze zur Abschaffung einer der beiden Kammern, zur Veränderung der Befugnisse des Council oder zur Veränderung der Mechanismen zur Auflösung von Blockadesituationen müssen mit einer absoluten Mehrheit in den beiden Kammern verabschiedet (South Australia Constitution 2013: sec. 8) und in einem Referendum bestätigt werden (South Australia Constitution 2013: sec. 10A).

2.5.9 Parteiensystem

In South Australia gibt es in der Assembly ein fast perfektes Zwei-Parteien-System mit einer durchschnittlichen effektiven Parteienzahl von 2,2 (3,1 nach Stimmen). Liberals und Nationals sind getrennte Parteien und es gibt kein Koalitionsabkommen zwischen Liberals und Nationals (Errington 2018: 173). Im Council gibt es auch einige kleinere Parteien, die regelmäßig eine Repräsentation erreichen (Tabelle 2-7). Dies resultiert in der höheren effektiven Parteienzahl von 3,4 (3,7 nach Stimmen).

Abbildung 2-6: Parteipositionen in South Australia



Quelle: APPES (Ganghof, Pörschke & Eppner 2016)

Im Vergleich zu den meisten anderen Staaten ist die Rechte dabei weniger zersplittert und nur die Family First Party (FFP) liegt rechts von Liberals (LP) und Nationals (NP). Nur die Greens (GRN) liegen deutlich links von Labor (ALP). Die Australian Democrats (AD) und das Nick Xenophon Team (NXT) positionieren sich zwischen dem linken und dem rechten Block (Abbildung 2-1). Die durchschnittliche Polarisierung ist für beide Kammern jeweils die höchste im Datensatz und beträgt 3,2 für die Assembly und 3,7 für den Council.

2.5.10 Regierungsstatus im Parlament

In den fünf Legislaturperioden im Datensatz hat die Regierung nur in dreien dauerhaft die Mehrheit in der Assembly, wobei zwei dieser Regierungen sogar Koalitionsregierungen sind (Tabelle 2-8). Die Regierung stellt allerdings immer den Median der Assembly. Im Council kontrollierte die Regierung in keiner der Legislaturperioden die Mehrheit und nur in der Legislaturperiode 1997-2002 zumindest teilweise den Medianabgeordneten im Council. Die Koalitionen sind jeweils Koalitionen mit einzelnen unabhängigen Abgeordneten und vom

Tabelle 2-8: Regierungsstatus South Australia

Wahldatum	Regierungspartei	Koalition	Erste Kammer			Zweite Kammer		
			Sitz-Anteil	Mehrheit	Median	Sitz-Anteil	Mehrheit	Median
11.10.97	Liberals	0%	49%	13%	100%	45%	0%	62%
09.02.02	Labor	80%	51%	44%	100%	32%	0%	0%
18.03.06	Labor	100%	64%	100%	100%	36%	0%	0%
20.03.10	Labor	0%	55%	100%	100%	36%	0%	0%
15.03.14	Labor	100%	51%	100%	100%	36%	0%	0%
Gesamt		55%		70%	100%		0%	13%

Der Sitzanteil bezeichnet den Sitzanteil der neuen Regierung am Tag nach der jeweiligen Wahl der Assembly, während Koalition, Mehrheit und Median den Schnitt der jeweiligen Legislaturperiode darstellen.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Grundlage der offiziellen Angaben zu Regierungs- und Parlamentszusammensetzung bzw. den Daten von Carr (2023) und University of Western Australia (2018) sowie der erhobenen Positionsdaten im APPES (Ganghof, Pörschke & Eppner 2016)

24.07.2004 bis zur Wahl am 20.03.2010 zusätzlich auch mit Karlene Maywald, der einzigen Abgeordneten der Nationals in diesem Zeitraum.

2.6 Tasmania (TAS)

Tasmania kombiniert als einziger semi-parlamentarischer Staat ein Verhältniswahlssystem in der ersten Kammer mit einem Mehrheitswahlssystem der zweiten Kammer. Jedes Jahr werden einige der Abgeordneten des Council neu gewählt. Zudem unterscheiden sich die Amtszeiten der beiden Kammern und der Council kann nicht vorzeitig aufgelöst werden. Im Ergebnis ist der Council von einem Großteil unabhängiger Abgeordneter geprägt.

2.6.1 Wahlsystem der Legislative Assembly (erste Kammer)

Die Abgeordneten der ersten Kammer werden seit 1906 durch Single Transferable Vote -Haare-Clark²⁴ in Mehr-Personen-Wahlkreisen gewählt (Bennett 1998). Seit 1959 wurden in fünf Wahlkreisen jeweils sieben Abgeordnete bestimmt (Bennett 2011: 38). Seit 1998 entsendet jeder Wahlkreis nur noch fünf Abgeordnete, sodass die Assembly nun aus insgesamt 25

²⁴ Der wesentliche Unterschied des in Tasmania für die erste Kammer genutzten Haare-Clark-Systems zu den Single Transferable Vote -Wahlsystemen, die in den anderen australischen Staaten für die zweiten Kammern genutzt werden, ist die fehlende Möglichkeit für eine Partei oder eine bestimmte Liste zu stimmen. Bennett (2011) gibt eine ausführliche Erläuterung der Herkunft und Funktionsweise.

Abgeordneten besteht (Tasmania Constitution 2022: sec. 22). Die Mitglieder der Assembly werden seit 1972 für maximal vier Jahre gewählt (Tasmania Constitution 2022: sec. 23). In Tasmania entsprachen die Wahlkreise seit 1906 den Wahlkreisen für die Wahl des House des C.o.Australia (Bennett 2011), es gibt daher kein starkes Malapportionment.

2.6.2 Wahlsystem des Legislative Council (zweite Kammer)

Für den Council wurde 1907 Alternative Vote eingeführt und es müssen mindestens drei Präferenzen angeben werden (University of Western Australia 2018). Bei der Einführung gab es noch Ein-, Zwei- und Drei-Personen-Wahlkreise (University of Western Australia 2018). Seit 1946 gibt es nur noch Ein-Personen-Wahlkreise (University of Western Australia 2018). 1998 wurde die Größe des Council von 19 auf 15 reduziert und damit auch die Anzahl der Wahlkreise (Griffith/Srinivasan 2001: 38). Die Amtszeit beträgt schon seit 1907 sechs Jahre, wobei jedes Jahr einige Sitze neu gewählt wurden (University of Western Australia 2018). Seit 1998 stellen sich von den 15 Abgeordneten alternierend zwei oder drei Abgeordnete pro Jahr der Wahl, sodass nach sechs Jahren alle Abgeordneten neu gewählt wurden. Die Wahl findet dabei immer am ersten Samstag im Mai statt (Tasmania Constitution 2022: sec. 19). Der Wahlmodus führt zu einem größtenteils parteiunabhängig besetzten Council (Sharman 2013). Seit 1995 gibt es eine Kommission, die die Wahlkreise des Council so anpasst, dass sie relativ ausgeglichen sind (Tasmania Legislative Council Electoral Boundaries Act 1995).²⁵

2.6.3 Verbindung der Wahlen von erster und zweiter Kammer

Im Council werden jedes Jahr einige Sitze neu besetzt und der Council kann nicht vorzeitig aufgelöst werden, auch nicht durch eine vorzeitige Selbstauflösung der Assembly. Die Wahlen des Council werden immer im Mai abgehalten, für die Assembly gibt es kein festes Datum.

2.6.4 Bestimmungen für die Selbstauflösung der ersten Kammer

Die Gouverneur:in kann die Assembly jederzeit auflösen (Tasmania Constitution 2022: sec. 12, 23).

²⁵ Vgl. auch Economou/Ghazarian (2006: 45ff.), Stone (2008: 177).

2.6.5 Möglichkeiten zur Auflösung der zweiten Kammer

Der Council kann nicht vorzeitig aufgelöst werden (Tasmania Constitution 2022: sec. 12).

2.6.6 Blockade der Haushaltsgesetzgebung durch die zweite Kammer

Gesetze zum Haushalt („for the appropriation of any money, or for the imposition of a tax, rate, duty, or impost“) müssen in die Assembly eingebracht (Tasmania Constitution 2022: sec. 37) und von der Gouverneur:in vorgeschlagen werden (Tasmania Constitution 2022: sec. 38).

Der Council darf Haushaltsgesetze („a Bill for an Appropriation Act that authorizes the issue and application of any part of the revenue or other money from the Public Account to meet the cost of the ordinary annual services of the Government, a Bill for an Income Tax Rating Act; or a Bill for a Land Tax Rating Act.“) nicht verändern (Tasmania Constitution 2022: sec. 42), allerdings darf er die Assembly um Änderungen ersuchen (Tasmania Constitution 2022: sec. 43). Die Zustimmung der Assembly ist auch für die Haushaltsgesetzgebung erforderlich und es gibt keine weitere Einschränkungen des Vetorechts des Council (Tasmania Constitution 2022: sec. 45).

2.6.7 Mechanismen zur Auflösung von Blockadesituationen

Es gibt keine Bestimmungen, um mögliche Blockadesituationen aufzulösen.

2.6.8 Verfassungsänderungen der Machtbalance

Die einzige Beschränkung des Parlaments bei Verfassungsänderungen ist, dass die Assembly ihre eigenen Legislaturperioden nur mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit verändern darf (Tasmania Constitution 2022: sec. 41a).

2.6.9 Parteiensystem

In Tasmania sind die Liberals eine eigenständige Partei. Die Country Party beziehungsweise National Party hat an nur drei Wahlen teilgenommen (1964, 1996, 2014) und erhielt jeweils weniger als 0,1% der Stimmen (University of Western Australia 2018) oder mit anderen Worten „[...] there is no National Party in the state of Tasmania.“ (Errington 2018: 173).

Tabelle 2-9: Sitzverteilung im Parlament von Tasmania

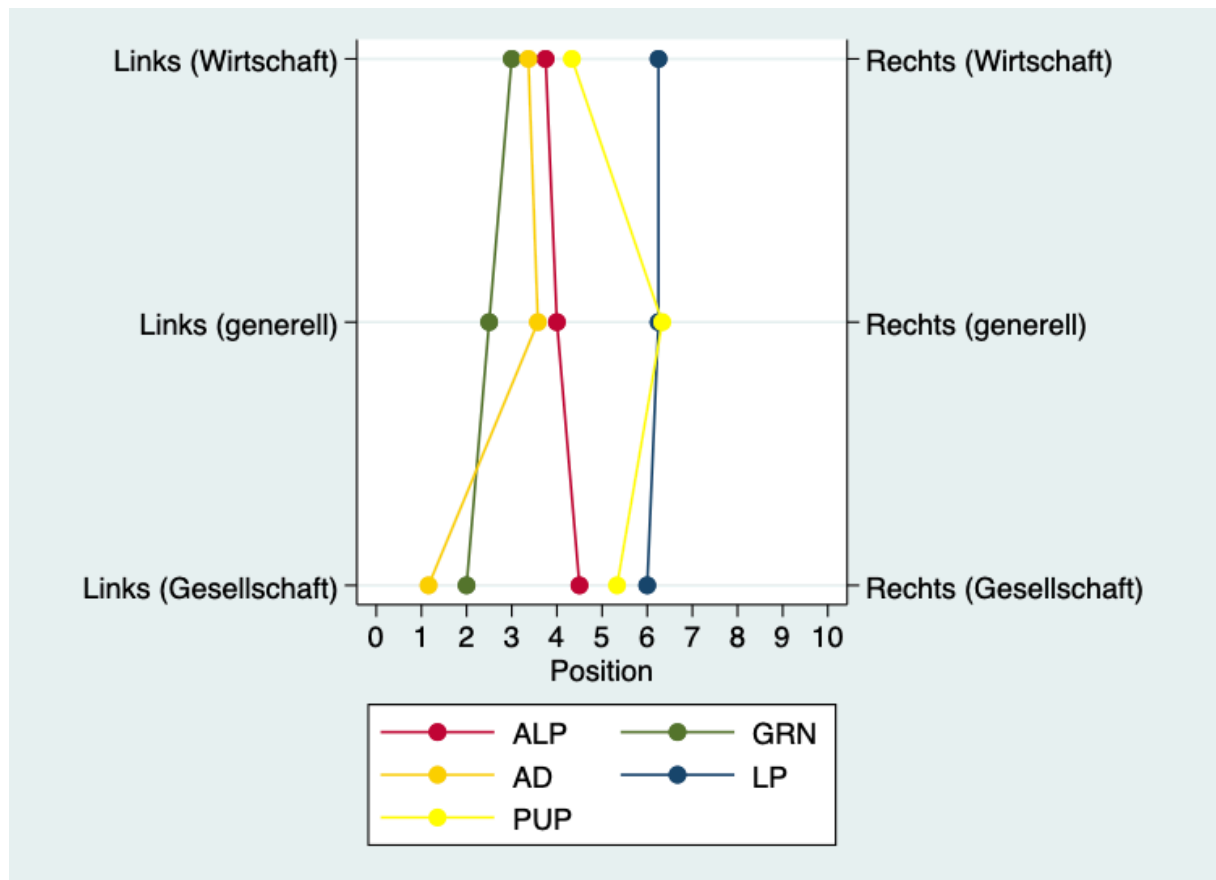
Partei	29.08.98		20.06.02		18.03.06		20.03.10		15.03.14	
Assembly										
ALP	56,0%	(14)	56,0%	(14)	56,0%	(14)	40,0%	(10)	28,0%	(7)
LP	40,0%	(10)	28,0%	(7)	28,0%	(7)	40,0%	(10)	60,0%	(15)
GRN	4,0%	(1)	16,0%	(4)	16,0%	(4)	20,0%	(5)	12,0%	(3)
Gesamt	(1)	(25)	(1)	(25)	(1)	(25)	(1)	(25)	(1)	(25)
Council										
ALP	21,1%	(4)	33,3%	(5)	33,3%	(5)	20,0%	(3)	6,7%	(1)
LP	5,3%	(1)					6,7%	(1)	13,3%	(2)
Sonstige	73,7%	(14)	66,7%	(10)	66,7%	(10)	73,3%	(11)	80,0%	(12)
Gesamt	(1)	(19)	(1)	(15)	(1)	(15)	(1)	(15)	(1)	(15)

Angabe der Sitzverteilung in Prozent, absolute Anzahl an Sitzen in Klammern

Die Wahlen zum Council finden jedes Jahr statt. Die Ergebnisse des Council sind die Ergebnisse der Wahl des Council im Wahljahr (also aus dem Mai desselben Jahres).

Quelle: Carr (2023) und University of Western Australia (2018)

Abbildung 2-7: Parteipositionen in Tasmania



Quelle: APPES (Ganghof, Pörschke & Eppner 2016)

Tabelle 2-10 Regierungsstatus Tasmania

Wahldatum	Regierungspartei	Koalition	Erste Kammer			Zweite Kammer		
			Sitz-Anteil	Mehrheit	Median	Sitz-Anteil	Mehrheit	Median
29.08.98	Labor	0%	56%	100%	100%	21%	0%	100%
20.06.02	Labor	0%	56%	100%	100%	33%	0%	100%
18.03.06	Labor	0%	56%	100%	100%	32%	0%	100%
20.03.10	Labor	100%	60%	100%	100%	12%	0%	100%
15.03.14	Liberals	0%	60%	100%	100%	12%	0%	100%
Gesamt		20%		100%	100%		0%	100%

Der Sitzanteil bezeichnet den Sitzanteil der neuen Regierung am Tag nach der jeweiligen Wahl der Assembly, während Koalition, Mehrheit und Median den Schnitt der jeweiligen Legislaturperiode darstellen.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Grundlage der offiziellen Angaben zu Regierungs- und Parlamentszusammensetzung bzw. den Daten von Carr (2023) und University of Western Australia (2018) sowie der erhobenen Positionsdaten im APPES (Ganghof, Pörschke & Eppner 2016)

Das Parteiensystem von Tasmania unterscheidet sich vor allem im Council von demjenigen aller anderen australischen Staaten. Ein Großteil der Abgeordneten sind unabhängige Kandidaten – im Schnitt über den Untersuchungszeitraum 72,0%. Es ist daher nicht möglich eine sinnvolle effektive Parteienzahl für den Council anzugeben. In der Assembly gibt es durch die Mehr-Personen-Wahlkreise neben Labor und den Liberals eine dritte starke Partei – die Greens (Tabelle 2-9). Dies resultiert in einer effektiven Parteienanzahl von 2,4 (2,8 nach Stimmen).

Nur drei Parteien erreichten im Untersuchungszeitraum eine parlamentarische Repräsentation. Diese sind in den Politikfeldern klar getrennt mit den Greens (GRN) links, Labor (ALP) in der Mitte und den Liberals (LP) rechts. Die beiden nächststärksten Parteien, die Democrats (AD) und die Palmer United Party (PUP) liegen auch eher mittig (Abbildung 2-7). Die Polarisierung beträgt in der Assembly 2,6 – für den Council ist wegen der vielen unabhängigen Abgeordneten auch hier keine sinnvolle Angabe möglich.

2.6.10 Regierungsstatus im Parlament

Die vielen unabhängigen Abgeordneten sorgen dafür, dass die Regierung nie die Mehrheit im Council stellt, aber immer den Median.²⁶ In der Assembly hat sich in den fünf untersuchten

²⁶ Dies liegt vor allem an der hier genutzten Operationalisierung, die unabhängige Abgeordnete als positionslos beziehungsweise auf der Position der Regierung liegend versteht.

Legislaturperioden immer eine Mehrheitsregierung gebildet. Nur eine von ihnen war eine Koalitionsregierung zwischen Labor und Greens (Tabelle 2-10).

2.7 Victoria vor der Reform (VICvr)

Der Datensatz umfasst für Victoria den Zeitraum 1999 bis 2018 und daher auch die Jahre vor der Verfassungsreform von Victoria aus dem Jahr 2003 mit Wirkung zur Wahl 2006. Die Verfassungsreform, die vor allem das Machtverhältnis zwischen den beiden Kammern neu regelte, war so tiefgreifend, dass ich Victoria vor der Reform als eigenen Staat aufführe.

Victoria vor der Reform zeichnete sich im Vergleich zu den anderen semi-parlamentarischen Staaten vor allem durch ein sehr ähnliches Wahlsystem in beiden Kammern aus (Alternative Vote in Ein-Personen-Wahlkreisen).

2.7.1 Wahlsystem der Legislative Assembly (erste Kammer)

Die Assembly wurde seit 1911 durch Alternative Vote besetzt (Tunnecliffe 2005: 130). Seit 1983 bestand die Assembly aus 88 Abgeordneten (University of Western Australia 2018). Die maximale Amtszeit betrug seit 1984 vier Jahre (Strangio 2004: 42). 1983 wurden die Wahlkreise neu gezogen um eine faire Verteilung zu erlauben und insbesondere die Städte ihren Wähler:innen angemessen zu gewichten (Strangio 2004: 42). Das ging einher mit einem Prozess zu regelmäßigen Anpassungen (Stone 2008: 177, Victoria Electoral Boundaries Commission Act 1982).

2.7.2 Wahlsystem des Legislative Council (zweite Kammer)

Vor der Reform wurde der Council durch Alternative Vote besetzt (Tunnecliffe 2005: 130). Seit 1904 entsandte jeder Wahlkreis zwei Abgeordnete, wobei jeweils die Hälfte der Abgeordneten alle drei Jahre neu gewählt wurde (Carr 2023). Die Anzahl der Abgeordneten veränderte sich im Laufe der Zeit und stieg seit 1979 auf 44 Abgeordnete an (Carr 2023). Die Amtszeit betrug seit 1881 sechs Jahre (Cowen 1957: 40), bevor sie 1984 dann von der Assembly abhängig gemacht und auf zwei Amtszeiten der Assembly erhöht wurde (Strangio 2004: 42). Die Wahlkreise für den Council basierten seit 1983 auf den Wahlkreisen der Assembly, wobei vier zusammenhängende Wahlkreise der Assembly einen Wahlkreis des Council bildeten. Es gab daher kein nennenswertes Malapportionment (Victoria Constitution 2002: sec. 27).

2.7.3 Verbindung der Wahlen von erster und zweiter Kammer

Seit der Anpassung der Amtszeit des Council auf zwei Amtszeiten der Assembly wurde der Council bei jeder Wahl der Assembly zur Hälfte neu gewählt (Victoria Constitution 2002: sec. 28).

2.7.4 Bestimmungen für die Selbstauflösung der ersten Kammer

Die Gouverneur:in durfte die Assembly nur vorzeitig auflösen, wenn mindestens eine der folgenden Bedingungen zutraf (Victoria Constitution 2002: sec. 8):

- Die letzte Wahl liegt mindestens drei Jahre zurück.
- Die Assembly verabschiedet ein Misstrauensvotum gegen die Regierung.
- Der Council blockiert bestimmte Gesetze zum Haushalt („a Bill dealing only with the appropriation of the Consolidated Fund for the ordinary annual services of the Government“).
- Der Council blockiert eine Bill of Special Importance (Victoria Constitution 2002: sec. 66).

2.7.5 Möglichkeiten zur Auflösung der zweiten Kammer

Der Council konnte nur im Rahmen der Neuwahl der Assembly mitaufgelöst werden – wobei dann nur die Hälfte der Sitze des Council neu besetzt wurde (Victoria Constitution 2002: sec. 28).

2.7.6 Blockade der Haushaltsgesetzgebung durch die zweite Kammer

Gesetze zur Haushaltsgesetzgebung („Bills for appropriating any part of the Consolidated Fund and for imposing any duty rate tax rent return or impost“) mussten in der Assembly eingebracht werden und durften vom Council nicht verändert werden. Der Council durfte sie aber zurückweisen (Victoria Constitution 2002: sec. 62).

2.7.7 Mechanismen zur Auflösung von Blockadesituationen

Es gab in Victoria keine Bestimmungen zur Auflösung von Blockaden normaler Gesetzgebung. Allerdings konnte die Assembly ein Gesetz, das der Council abgelehnt hat, zu einer Bill of Special Importance erklären. Wenn die Assembly das Gesetz dann wieder verabschiedete und

der Council es dann innerhalb von vier bis acht Monaten nach der ersten Ablehnung wiederum ablehnte, konnte die Gouverneur:in die Assembly auflösen und damit auch die Hälfte des Council (Victoria Constitution 2002: sec. 66).

2.7.8 Verfassungsänderungen

Vor der Reform mussten Gesetze, die die Assembly oder den Council betrafen, mit einer absoluten Mehrheit beider Kammern verabschiedet werden. Davon ausgenommen waren Gesetze zur Wahl der beiden Kammern wie beispielsweise der Zuschnitt und die Anzahl der Wahlkreise, aber auch Anzahl und Qualifikation der Mitglieder (Victoria Constitution 2002: sec. 18).

2.7.9 Parteiensystem

In meinen Analysen zähle ich die Liberals und Nationals für den Zeitraum nach der Wahl vom 18.09.1999 bis zur Wahl am 27.11.2010 als getrennte Parteien, also auch den gesamten Beobachtungszeitraum vor der Reform. Nach jahrelangen Verhandlungen bildeten die Nationals und Liberals am 30.07.1990 die Coalition (Costar 1999: 88-90). 1999 kam es zum Bruch der Coalition, aber 2008 schlossen sich die Parteien in der Opposition wieder zusammen (Costar 2011: 33). Seitdem treten die Parteien auch wieder mit einer gemeinsamen Liste an (Carr 2023).

Die Wahlsysteme der beiden Kammern unterschieden sich vor allem durch die Staffelung der Wahl zum Council und ähnelten sich ansonsten sehr. Dementsprechend ähnelten sich auch die Parteiensysteme beider Kammern, die konkrete Zusammensetzung unterschied sich aber teilweise erheblich (Tabelle 2-11). In der ersten Kammer gab es eine effektive Parteienzahl von im Beobachtungszeitraum durchschnittlich 2,1 (bzw. 2,7 nach Stimmen) und in der zweiten Kammer etwas höher mit durchschnittlich 2,3 (bzw. 2,8 nach Stimmen).

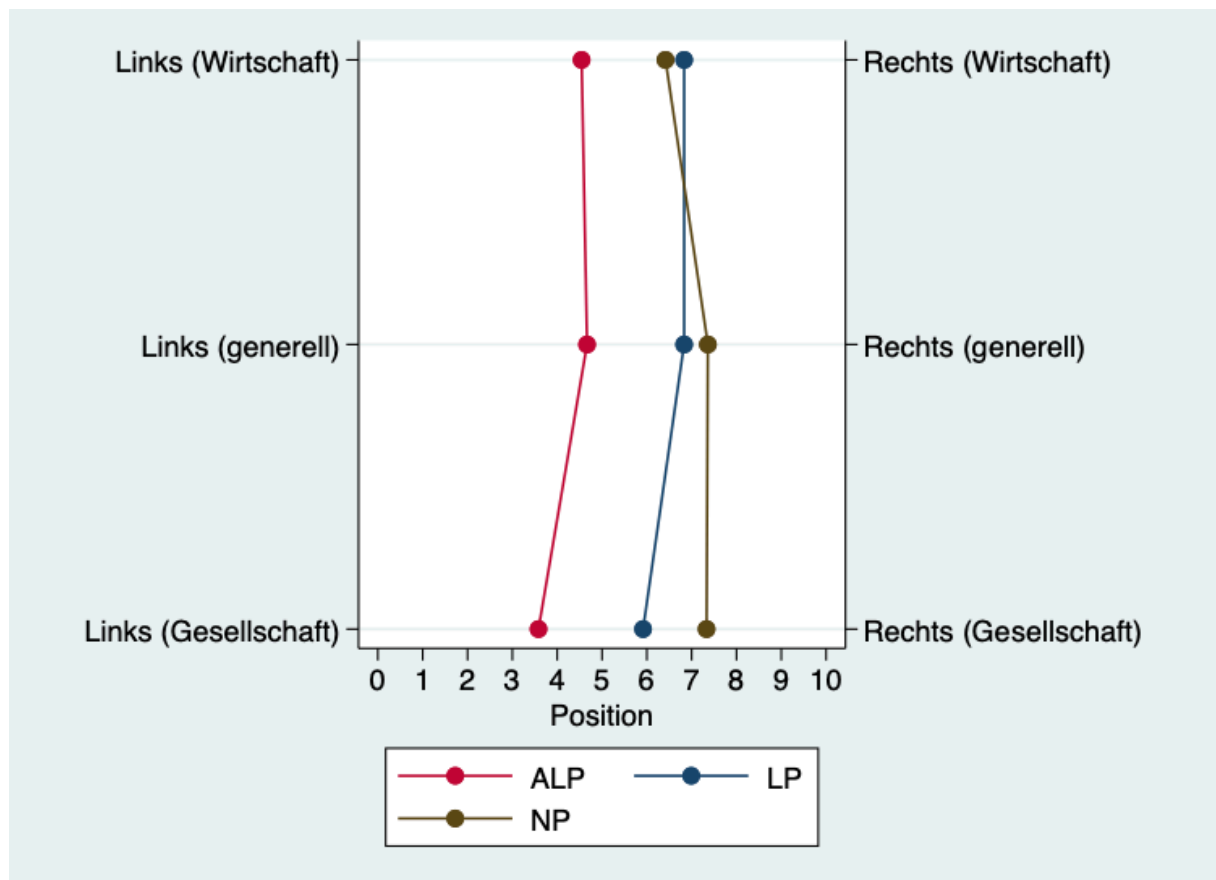
Trotz der Trennung der Coalition ergab sich bei den Positionen eine klare Zweiteilung mit Labor (ALP) auf der linken und den Parteien der Coalition, den Liberals (LP) und den Nationals (NP), auf der rechten Seite (Abbildung 2-8). Analog zum Parteiensystem war auch die Polarisierung in beiden Kammern sehr ähnlich und beträgt jeweils gerundet 2,2.

Tabelle 2-11: Sitzverteilung im Parlament von Victoria vor der Reform

Partei	18.09.1999		30.11.2002	
Assembly				
ALP	47,7%	(42)	70,5%	(62)
LP	40,9%	(36)	19,3%	(17)
NP	8,0%	(7)	8,0%	(7)
Sonstige	3,4%	(3)	2,3%	(2)
Gesamt		(88)		(88)
Council				
ALP	31,8%	(14)	56,8%	(25)
LP	54,5%	(24)	34,1%	(15)
NP	13,6%	(6)	9,1%	(4)
Gesamt		(44)		(44)

Angabe der Sitzverteilung in Prozent, absolute Anzahl an Sitzen in Klammern
 Quelle: Carr (2023) und University of Western Australia (2018)

Abbildung 2-8: Parteipositionen in Victoria vor der Reform



Quelle: APPES (Ganghof, Pörschke & Eppner 2016)

Tabelle 2-12: Regierungsstatus Victoria vor der Reform

Wahldatum	Regierungspartei	Koalition	Erste Kammer			Zweite Kammer		
			Sitz-Anteil	Mehrheit	Median	Sitz-Anteil	Mehrheit	Median
18.09.99	Labor	0%	48%	0%	100%	32%	0%	0%
30.11.02	Labor	0%	70%	100%	100%	57%	100%	100%
Gesamt		0%		55%	100%		55%	55%

Der Sitzanteil bezeichnet den Sitzanteil der neuen Regierung am Tag nach der jeweiligen Wahl der Assembly, während Mehrheit und Median den Schnitt der jeweiligen Legislaturperiode darstellen. Quelle: Eigene Berechnungen auf Grundlage der offiziellen Angaben zu Regierungs- und Parlamentszusammensetzung bzw. den Daten von Carr (2023) und University of Western Australia (2018) sowie der erhobenen Positionsdaten im APPE (Ganghof, Pörschke & Eppner 2016)

2.7.10 Regierungsstatus im Parlament

Zwei der Legislaturperioden im Beobachtungszeitraum in Victoria liegen vor der Reform. Die Ähnlichkeit der Wahlsysteme führt auch beim Regierungsstatus zu ähnlichen Ergebnissen in beiden Kammern (Tabelle 2-12). In der späteren Legislaturperiode hat die Regierung eine Mehrheit in beiden Kammern, in der früheren Periode eine Minderheit in beiden Kammern, wobei die Regierung im Council auch nicht den Median kontrolliert. Diese Minderheitsregierung benötigte die Unterstützung durch drei unabhängige Abgeordnete, was letztlich zur Reform des Council führte.

2.7.11 Reform

Nach der Wahl am 18.09.1999 hatte die Coalition eine klare Sitzmehrheit im Council mit 30 von 44 Sitzen und lag in der Assembly mit 43 Sitzen einen Sitz vor Labor, aber keiner der Parteiblöcke kontrollierte eine Sitzmehrheit in der 88 Abgeordnete umfassenden Assembly. Die drei unabhängigen Abgeordneten Susan Davies, Craig Ingram und Russell Savage unterstützen die Labor-Regierung und verhalfen ihr so zur Macht, erwarteten aber als Gegenleistung die Unterstützung ihrer eigenen Forderungen (Economou 2000). Sie forderten Reformen, um die Kontrolle der Regierung durch das Parlament zu erhöhen, beispielsweise durch eine Reform des Council und hier insbesondere des Wahlsystems zu nicht gestaffelten Verhältniswahlen (Savage, Davies & Ingram 1999). Die Labor-Regierung sagte dies zu und versuchte Reformen durch das Parlament zu bringen, scheiterte aber an der Mehrheit der Coalition im Council. Als Kompromiss wurde 2001 die Constitution Commission Victoria ins Leben gerufen (Costar 2003). Die Empfehlungen der Kommission wurden dann in der nächsten Legislaturperiode mit dem Constitution (Parliamentary Reform) Act 2003 größtenteils umgesetzt (Costar 2004).

In der Verfassungsreform von 2003 wurde vor allem das Machtverhältnis zwischen den beiden Kammern bzw. die Wahl und die Befugnisse des *Council* neu geregelt (Tunnecliffe 2005: 130f.). Die erste Wahl nach der Reform fand am 25.11.2006 statt.

2.8 Victoria (VIC)

Im Vergleich zu anderen Staaten ist besonders bemerkenswert, dass in Victoria beide Parlamentskammern vollständig parallel gewählt werden. Im Falle von Blockaden könnten beide Kammern aufgelöst werden und in einem anschließenden Joint Sitting, einer gemeinsamen Sitzung, in der die Assembly mehr als doppelt so stark wäre, könnte über die strittigen Gesetze entschieden werden.

2.8.1 Wahlsystem der Legislative Assembly (erste Kammer)

Das Wahlsystem der ersten Kammer hat sich in der Reform nicht geändert. Die 88 Abgeordneten werden also wie vor der Reform auch weiterhin durch Alternative Vote für maximal vier Jahre besetzt und die Wahlkreise werden weiterhin regelmäßig darauf überprüft, ob sie gleichmäßig zugeschnitten sind.

2.8.2 Wahlsystem des Legislative Council (zweite Kammer)

Seit der Verfassungsreform kann above-the-line gewählt werden. In acht Wahlkreise werden jeweils fünf Abgeordnete bestimmt. (Strangio 2004: 47f.) Alternativ können die Wähler below-the-line wählen. Die Wahl below-the-line ist partial preferential mit einer Mindestangabe von fünf Präferenzen (ECANZ 2018). Die insgesamt 40 Abgeordneten des Council werden bei jeder Neuwahl der Assembly ebenfalls neu gewählt (Strangio 2004: 47f.). Die Wahlkreise des Council umfassen jetzt jeweils elf Wahlkreise der Assembly, es gibt also weiterhin kein nennenswertes Malapportionment (Victoria Constitution 2016: sec. 27).

2.8.3 Verbindung der Wahlen von erster und zweiter Kammer

Der Council wird immer zusammen mit der Assembly gewählt – das gilt auch für eine vorzeitige Auflösung (Victoria Constitution 2016: sec. 28).

2.8.4 Bestimmungen für die Selbstauflösung der ersten Kammer

Die Gouverneur:in darf die erste Kammer seit der Verfassungsreform nur unter zwei möglichen Bedingungen auflösen (Victoria Constitution 2016: sec. 8):

- Nach einem erfolgreichen Misstrauensvotum in der Assembly gegen die Regierung (Victoria Constitution 2016: sec. 8A)
- Bei der Auflösung beider Kammern auf Anraten der Premierminister:in im Rahmen der Auflösung einer Blockadesituation (Victoria Constitution 2016: sec. 65E)

2.8.5 Möglichkeiten zur Auflösung der zweiten Kammer

Der Council kann durch Selbstauflösung der Assembly jederzeit aufgelöst werden, da jede Neuwahl der Assembly auch zu einer Neuwahl des Council führt (Victoria Constitution 2016: sec. 28).

2.8.6 Blockade der Haushaltsgesetzgebung durch die zweite Kammer

Der Council hat nur ein suspensives Veto von einem Monat über die Haushaltsgesetzgebung („a Bill which deals only with the annual appropriation of the Consolidated Fund for the ordinary annual services of the Government for a particular year only but does not include a Bill to appropriate money for appropriations for or relating to the Parliament.“ (Victoria Constitution 2016: sec. 65)).

2.8.7 Mechanismen zur Auflösung von Blockadesituationen

In Victoria gibt es seit der Verfassungsreform von 2003 sehr umfassende Bestimmungen zur Auflösung von Blockadesituationen. Zu Beginn jeder Legislaturperiode wird ein Ausschuss zur Konfliktlösung eingerichtet, der unter Berücksichtigung der jeweiligen Parteizusammensetzung der Kammern aus fünf Abgeordneten des Council und sieben Abgeordneten der Assembly besteht (Victoria Constitution 2016: sec. 65B). Dieses Dispute Resolution Committee versucht eine Lösung zu finden, sollte es zu Blockaden durch den Council kommen. Sollte das Committee zu keiner Einigung finden oder diese Einigung nicht von beiden Kammern angenommen werden, kommt es zu weitergehenden Maßnahmen (Victoria Constitution 2016: sec. 65C,D). In dem Fall einer solch unauflösbaren Blockade kann

die Premierminister:in der Gouverneur:in empfehlen, die Assembly aufzulösen (Victoria Constitution 2016: sec. 65E); dadurch würde auch der Council mit aufgelöst. Im Fall einer Auflösung oder auch nach einer regulären Neuwahl kann das umstrittene Gesetz erneut eingebracht werden. Bleibt es aber bei der Blockade, so kann die Premierminister:in der Gouverneur:in die Einberufung einer gemeinsamen Sitzung beider Kammern, eines Joint Sittings, empfehlen (Victoria Constitution 2016: sec. 65F). Im Joint Sitting hat jeder Abgeordnete der beiden Kammern eine Stimme – das Verhältnis liegt also bei 88 zu 40 Stimmen zwischen den beiden Kammern. Das Joint Sitting kann mit absoluter Mehrheit über das umstrittene Gesetz entscheiden und auch über andere umstrittene Gesetze aus der vorhergehenden Legislaturperiode (Victoria Constitution 2016: sec. 65G).

2.8.8 Verfassungsänderungen der Machtbalance

Gesetze, die die Assembly oder den Council betreffen oder die Verfassung ändern, müssen nach der Verabschiedung durch beide Kammern in einem Referendum bestätigt werden (Victoria Constitution 2016: sec.18).

2.8.9 Parteiensystem

Ich zähle Liberals und Nationals bis zur Wahl am 27.11.2010 als getrennte Parteien und danach als Coalition. Seit der Reform hat sich die Parteienlandschaft vor allem im Council aufgesplittert (Tabelle 2-13). Die größten Parteien bilden immer noch Labor und die Coalition, aber durch viele neue Kleinparteien ist die effektive Parteienzahl im Council auf 2,7 (bzw. 3,4 nach Stimmen) gestiegen. Auch in der Assembly ist die effektive Parteienzahl leicht auf 2,1 (3,0 nach Stimmen) gestiegen.

Trotz der deutlichen Aufsplitterung der Parteienlandschaft nach der Reform gibt es weiterhin eine relativ klare Links-Rechts-Aufteilung mit den Greens (GRN) und der Sex Party (SEX) links von Labor (ALP) und mit Vote1forLocalJobs (V1LJ) zwischen Labor und den Parteien der Coalition (LP und NP) und den übrigen Parteien weiter rechts. Zudem ist die Democratic Labor Party (DLP) auf der ökonomischen Achse linker als die Coalition, aber dafür in der Lebensgestaltung äußerst rechts (Abbildung 2-9). Die Polarisierung hat sich im Vergleich zu der Zeit vor der Reform nur im Council erhöht. Sie beträgt durchschnittlich 2,3 in der Assembly und 3,0 im Council.

Tabelle 2-13: Sitzverteilung im Parlament von Victoria

Partei	25.11.2006		27.11.2010		29.11.2014	
Assembly						
ALP	62,5%	(55)	48,9%	(43)	53,4%	(47)
Coalition*			51,2%	(45)	43,2%	(38)
LP	26,1%	(23)	39,8%	(35)	34,1%	(30)
NP	10,2%	(9)	11,4%	(10)	9,1%	(8)
GRN					2,3%	(2)
Ind	1,1%	(1)	0,0%		1,1%	(1)
Gesamt		(88)		(88)		(88)
Council						
ALP	47,5%	(19)	40,0%	(16)	35,0%	(14)
Coalition*			52,5%	(21)	40,0%	(16)
LP	37,5%	(15)	45,0%	(18)	35,0%	(14)
NP	5,0%	(2)	7,5%	(3)	5,0%	(2)
GRN	7,5%	(3)	7,5%	(3)	12,5%	(5)
DLP	2,5%	(1)			2,5%	(1)
SEX					2,5%	(1)
SFP					5,0%	(2)
V1LJ					2,5%	(1)
Gesamt		(40)		(40)		(40)

Angabe der Sitzverteilung in Prozent, absolute Anzahl an Sitzen in Klammern

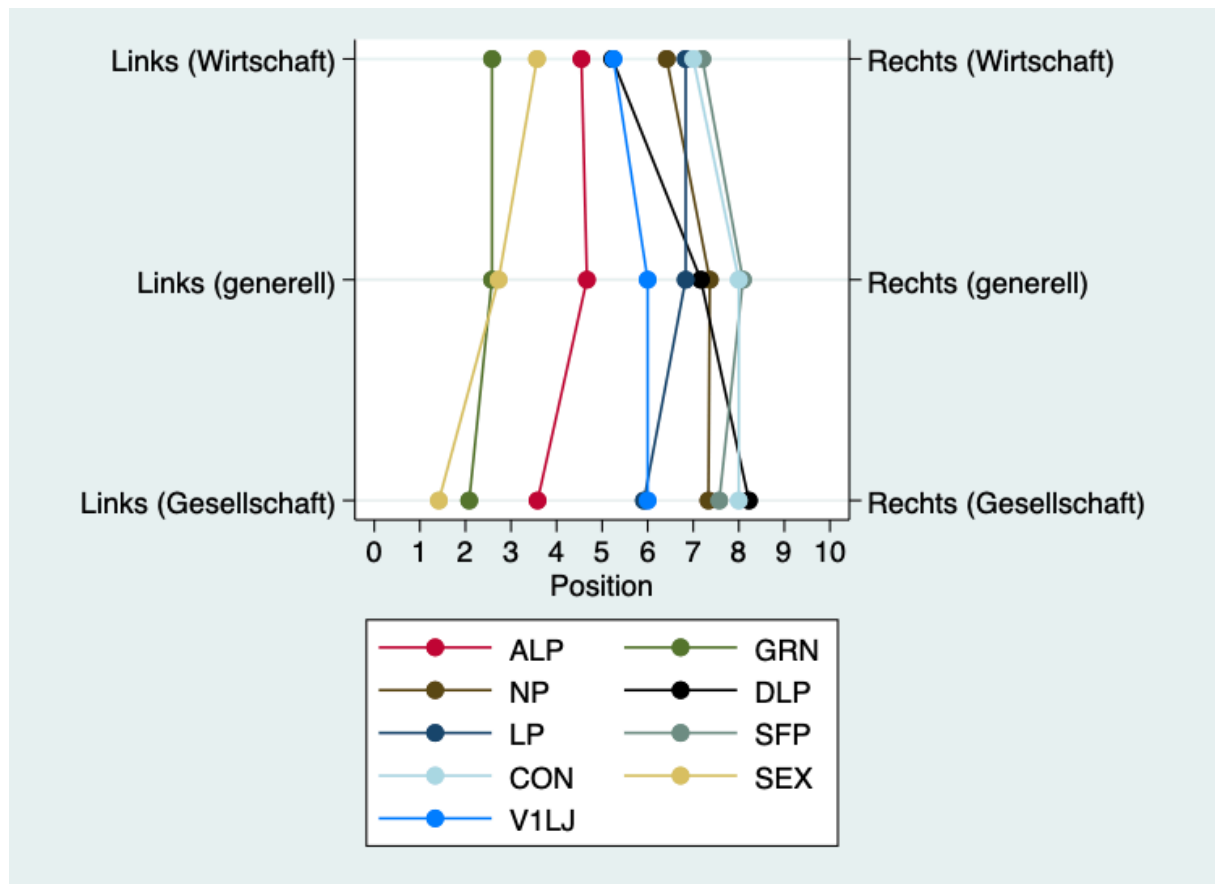
2008 haben sich Liberals und Nationals zur Coalition zusammengeschlossen. Ich führe sie hier seit der Wahl 2010 gemeinsam auf.

Quelle: Carr (2023) und University of Western Australia (2018)

2.8.10 Regierungsstatus im Parlament

Im Untersuchungszeitraum liegen drei Legislaturperioden Victorias nach der Reform (Tabelle 2-14). Die Regierungen sind dabei sehr unterschiedlich. Nur in der ersten der drei Legislaturperioden kontrolliert die Labor-Regierung über die gesamte Zeit eine Mehrheit der ersten Kammer und den Median der zweiten Kammer, ohne die Mehrheit dort zu kontrollieren. In der zweiten Legislaturperiode hat die Regierung der Coalition eine Mehrheit in beiden Kammern, verliert aber gegen Ende der Legislaturperiode die Mehrheit in der ersten Kammer (von 45 auf 44 Sitze, also genau 50%), da ein Abgeordneter, Geoff Shaw, die Liberal Party verlässt und den Rest der Legislaturperiode unabhängig bleibt (Economou 2013). In der dritten Legislaturperiode hat die Labor-Regierung wieder die Mehrheit in der ersten Kammer, aber keine Mehrheit in der zweiten Kammer. Die Labor-Regierung stellt auch größtenteils nicht den Medianabgeordneten der zweiten Kammer. Die Mehrheitsverhältnisse sind aber so knapp, dass

Abbildung 2-9: Parteipositionen in Victoria



Quelle: APPES (Ganghof, Pörschke & Eppner 2016)

Tabelle 2-14: Regierungsstatus Victoria

Wahldatum	Regierungspartei	Koalition	Erste Kammer			Zweite Kammer		
			Sitz-Anteil*	Mehrheit	Median	Sitz-Anteil*	Mehrheit	Median
25.11.06	Labor	0%	63%	100%	100%	47%	0%	100%
27.11.10	Coalition	0%	51%	82%	100%	52%	100%	100%
29.11.14	Labor	0%	53%	100%	100%	35%	0%	21%
Gesamt		0%		94%	100%		33%	74%

Der Sitzanteil bezeichnet den Sitzanteil der neuen Regierung am Tag nach der jeweiligen Wahl der Assembly, während Koalition, Mehrheit und Median den Schnitt der jeweiligen Legislaturperiode darstellen.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Grundlage der offiziellen Angaben zu Regierungs- und Parlamentszusammensetzung bzw. den Daten von Carr (2023) und University of Western Australia (2018) sowie der erhobenen Positionsdaten im APPES (Ganghof, Pörschke & Eppner 2016)

zwei Rücktritte von Abgeordneten der Nationals sie kurzzeitig bis zur Ernennung eines Ersatzes verändern (Economou 2015, 2016). Die Labor-Regierung kontrolliert so in 21% der Legislaturperiode den Median.

2.9 Western Australia (WA)

Western Australia zeichnet sich einerseits dadurch aus, dass der Council niemals vorzeitig aufgelöst werden kann und es insgesamt keinerlei gesetzliche Möglichkeiten zur Auflösung von Blockaden gibt. Zusätzlich bemerkenswert ist das starke Malapportionment im Council, das durch die überproportionale Anzahl von Abgeordneten aus ländlichen Wahlkreisen hervorgerufen wird und möglicherweise die Legitimität des Council einschränkt.²⁷

2.9.1 Wahlsystem der Legislative Assembly (erste Kammer)

Die Mitglieder der Assembly werden seit 1907 durch Alternative Vote bestimmt (Phillips 2013: 15). Seit 1911 müssen alle Kandidaten im Wahlkreis in eine Reihenfolge gebracht werden (de Garis 2003: 148). Die Anzahl der Mitglieder ist im Laufe der Jahre immer weiter angestiegen auf 57 seit 1981 und auf 59 seit der Wahl 2008 (University of Western Australia 2018). Seit 1987 beträgt eine Amtszeit vier Jahre (de Garis 2003: 149) und 2011 wurde diese Amtszeit fixiert und die Assembly kann nur noch in Ausnahmefällen vorzeitig aufgelöst werden. Das Datum der Wahl wurde festgelegt auf den ersten Samstag im März beziehungsweise in Ausnahmefällen auf den nächstfolgenden freien Samstag (Western Australia Electoral Act 2021: sec. 71). Die ländlichen und Bergbau-Gebiete werden gegenüber der Metropol-Region bevorzugt.

Zwischen 1977 und 2005 war der Unterschied zwischen Wähleranteil und Abgeordnetenanteil für die Metropol-Regionen bei ca. 14% (Davies/Tonts 2007: 214f.). Die Wahlkreisreform von 2005 (in Kraft getreten für die Wahl 2008) verringerte das Malapportionment. Zwar haben einige sehr große ländliche Wahlkreise immer noch ungefähr das doppelte Stimmgewicht wie die anderen Wahlkreise, aber das betrifft jetzt nur noch 6 von 59 statt 23 von 57 Wahlkreisen (Kelly 2006: 425). Auf Grundlage der Daten zur Verteilung der Wahlkreise für die Wahlen 2005 beziehungsweise 2013 (Electoral Distribution Commissioners WA 2003, 2011) ergibt sich so ein Malapportionment von 14,1% für die Wahl 2005 (die letzte im Datensatz vor dem

²⁷ Außerhalb meines Beobachtungszeitraums wurde im Jahr 2021 mit der Constitutional and Electoral Legislation Amendment (Electoral Equality) Bill 2021 eine Wahlsystemreform für den Council verabschiedet, die alle Wahlkreise zu einem einzigen zusammenfasst und damit auch jegliches Malapportionment verhindert (Drum 2022).

Neuzuschnitt der Wahlkreise) und von 1,7% für die Wahl 2015 (die letzte im Datensatz).²⁸ Seit dem Inkrafttreten der Reform 2008 gibt es also kein nennenswertes Malapportionment mehr in der Assembly.

2.9.2 Wahlsystem des Legislative Council (zweite Kammer)

Vor 1987 wurden die Abgeordneten des Council in Ein-Personen-Wahlkreisen per Alternative Vote gewählt, wobei aus jedem Wahlkreis insgesamt zwei Abgeordnete bestimmt wurden, allerdings zu jeder Wahl nur jeweils einer mit einer Amtszeit von sechs Jahren (de Garis 2003: 148). Seit 1987 wird der Council bei jeder Wahl komplett gewählt, die Amtszeit beträgt vier Jahre (de Garis 2003: 149). Zudem wurden 1987 die Wahlkreise neu zugeschnitten, so dass 34 Abgeordnete in insgesamt sechs Wahlkreisen mit fünf oder sieben Mandaten gewählt wurden (University of Western Australia 2018). Das entspricht einer effektiven Wahlkreisgröße von 5,8. Die Abgeordneten können seitdem auch above-the-line per Single Transferable Vote gewählt werden (de Garis 2003: 149). Seit der Wahl 2008 sind alle Wahlkreise gleich groß. Sechs Wahlkreise entsenden nun je sechs Abgeordnete, und die Größe des Council beträgt somit 36 Abgeordnete (Phillips 2013: 72). Gewählt wird der Council üblicherweise gemeinsam mit der Assembly. Die Amtszeiten der Abgeordneten des Council starten allerdings immer am 22. Mai und enden vier Jahre später am 21. Mai (Western Australia Constitution Acts Amendment Act 2021: sec. 8). Der Neuzuschnitt der Wahlkreise und die Neuzuteilung von Abgeordneten an die Regionen wirkte sich nur in geringem Maß auf das Malapportionment im Council aus. So lag das Malapportionment bei der Wahl 2005 bei ca. 23,7% und bei der Wahl 2013 bei ca. 22,9% (eigene Berechnungen auf Grundlage der Daten von Electoral Distribution Commissioners WA 2003, 2011).

2.9.3 Verbindung der Wahlen von erster und zweiter Kammer

Im Normalfall findet die Wahl der Assembly gleichzeitig mit der Wahl der Hälfte der Abgeordneten des Council statt. Beide Kammern werden daher im März gewählt, aber die Mitglieder des Council treten ihr Amt erst am 22. Mai an. Die gleichzeitige Wahl ist nicht

²⁸ Ich habe nur das Malapportionment zwischen den Regionen berechnet, innerhalb der Regionen sind die Wahlkreise ungefähr gleich groß.

bindend, wie das folgende Zitat und die weitere Parlamentsdebatte (Parliament of Western Australia 2011: 8657-8668) verdeutlichen:

„The Council changes over physically on 22 May, and that remains the case, so the writs would have to be there for 21 May, which means the election has to precede that. There is still that imbalance, which we have now, whereby Assembly members take up their position after the election, and the Council has a delay before its members physically change over. Absolute synchronisation would require a constitutional amendment. If we wanted, for example, to make it mandatory to automatically hold a Council election when we held an Assembly election, it would require constitutional change“

Colin Barnett, Premier of Western Australia (Parliament of Western Australia 2011: 8661).

Die Synchronisierung der Wahlen in Western Australia bietet der Regierung also keine Möglichkeit, den Council vorzeitig aufzulösen.

2.9.4 Bestimmungen für die Selbstauflösung der ersten Kammer

Im Rahmen der Harmonisierung der Wahlen wurde ein Gesetz verabschiedet, das die Amtszeiten der ersten Kammer festschreibt. Der (Western Australia Constitution Acts Amendment Act 2021: sec. 21) legt die Amtszeit auf vier Jahre fest. Die feste Amtszeit ist allerdings nicht unumstößlich und soll eine vorzeitige Auflösung lediglich unattraktiver machen (Parliament of Western Australia 2011: 8657-8668), sie ist eher ein „disincentive for a government to call an Assembly or general election before“ (Parliament of Western Australia 2011: 8661). Tatsächlich bleibt das Recht der Gouverneur:in erhalten, die Assembly aufzulösen, „whenever he shall think fit“ (Western Australia Constitution 2017: sec. 3).

2.9.5 Möglichkeiten zur Auflösung der zweiten Kammer

Es gibt keine Bestimmungen um den Council vorzeitig aufzulösen (Western Australia Constitution 2017: sec. 3).

2.9.6 Blockade der Haushaltsgesetzgebung durch die zweite Kammer

Es gibt keine Bestimmungen, die das Vetorecht des Council einschränken (Western Australia Constitution 2017: sec. 2).

2.9.7 Mechanismen zur Auflösung von Blockadesituationen

Es gibt keine Bestimmungen, um mögliche Blockadesituationen aufzulösen (Western Australia Constitution 2017: sec. 2).

2.9.8 Verfassungsänderungen der Machtbalance

Gesetze, die die Rechte von Assembly oder Council verändern, eine der beiden Kammern abschaffen, die Direktwahl der Mitglieder verändern oder die Anzahl ihrer jeweiligen Mitglieder senken, müssen nach einer Verabschiedung mit absoluter Mehrheit durch beide Kammern in einem Referendum bestätigt werden (Western Australia Constitution 2017: sec. 73).

2.9.9 Parteiensystem

In Western Australia zähle ich Liberals und Nationals von 1993 bis zur Wahl am 26.2.2005 als eine Partei und ab der folgenden Legislaturperiode als getrennte Parteien. Die National Party hieß bis in die 1970er Country Party und war üblicherweise Teil der Coalition. Nach einer Neugründung verließ die National Country Party 1975 kurzzeitig die Coalition (Phillimore/McMahon 2015: 41). 1978 gründete sich die National Party of Western Australia als Abspaltung der National Country Party. Der Grund für die Abspaltung war, dass die neue National Party die Coalition verlassen wollte (Phillimore/McMahon 2015: 41). Die National Country Party löste sich 1985 auf, die National Party blieb weiterhin eine eigenständige Partei (Phillimore/McMahon 2015: 42). Erst 1993 bildeten Nationals und Liberals wieder die Coalition, die bis 2005 (also auch während der Oppositionszeit) anhielt (Phillimore/McMahon 2015: 42). 2006 verließen die Nationals die Coalition (Phillimore/McMahon 2015: 43) und sind seitdem eigenständig (WA 2021), auch wenn sie direkt nach der Wahl 2008 eine Regierungskoalition mit den Liberals eingingen (University of Western Australia 2018).

In der Assembly sind nur die Coalition beziehungsweise Liberals und Nationals sowie Labor vertreten, im Council gibt es weitere Parteien (Tabelle 2-15). Im Schnitt beträgt die effektive Parteienanzahl in der Assembly 2,3 (3,2 nach Stimmen) und im Council 2,7 (3,1 nach Stimmen).

Die großen Parteien bilden die Mitte ab, die meisten anderen Parteien befinden sich links von Labor (ALP) – die Greens (GRN) und die Democrats (AD) – oder rechts der Liberals (LP) – Family First Party (FFP), Shooters and Fishers (SFP), One Nation (ONE) und New Country

Tabelle 2-15: Sitzverteilung im Parlament von Western Australia

Partei	14.12.1996		10.02.2001		26.02.2005		06.09.2008		09.03.2013	
Assembly										
ALP	33,3%	(19)	56,1%	(32)	56,1%	(32)	47,5%	(28)	35,6%	(21)
Coalition*	61,4%	(35)	36,8%	(21)						
LP	50,9%	(29)	28,1%	(16)	31,6%	(18)	40,7%	(24)	52,5%	(31)
NP	10,5%	(6)	8,8%	(5)	8,8%	(5)	6,8%	(4)	11,9%	(7)
Sonstige	5,3%	(3)	7,0%	(4)	3,5%	(2)	5,1%	(3)		
Gesamt		(57)		(57)		(57)		(59)		(59)
Council										
ALP	35,3%	(12)	38,2%	(13)	47,1%	(16)	30,6%	(11)	30,6%	(11)
Coalition*	50,0%	(17)	38,2%	(13)						
LP	41,2%	(14)	35,3%	(12)	44,1%	(15)	44,4%	(16)	47,2%	(17)
NP	8,8%	(3)	2,9%	(1)	2,9%	(1)	13,9%	(5)	13,9%	(5)
GRN	8,8%	(3)	14,7%	(5)	5,9%	(2)	11,1%	(4)	5,6%	(2)
AD	5,9%	(2)								
ONE			8,8%	(3)						
SFP									2,8%	(1)
Gesamt		(34)		(34)		(34)		(36)		(36)

Angabe der Sitzverteilung in Prozent, absolute Anzahl an Sitzen in Klammern

Die Wahlen für Assembly und Council werden gleichzeitig abgehalten, aber die Abgeordneten des Council treten ihren Posten erst zum 22.Mai an.

*Die Coalition löst sich 2006 auf, ich führe sie hier schon seit der Wahl 2005 getrennt auf.

Quelle: Carr (2023) und University of Western Australia (2018)

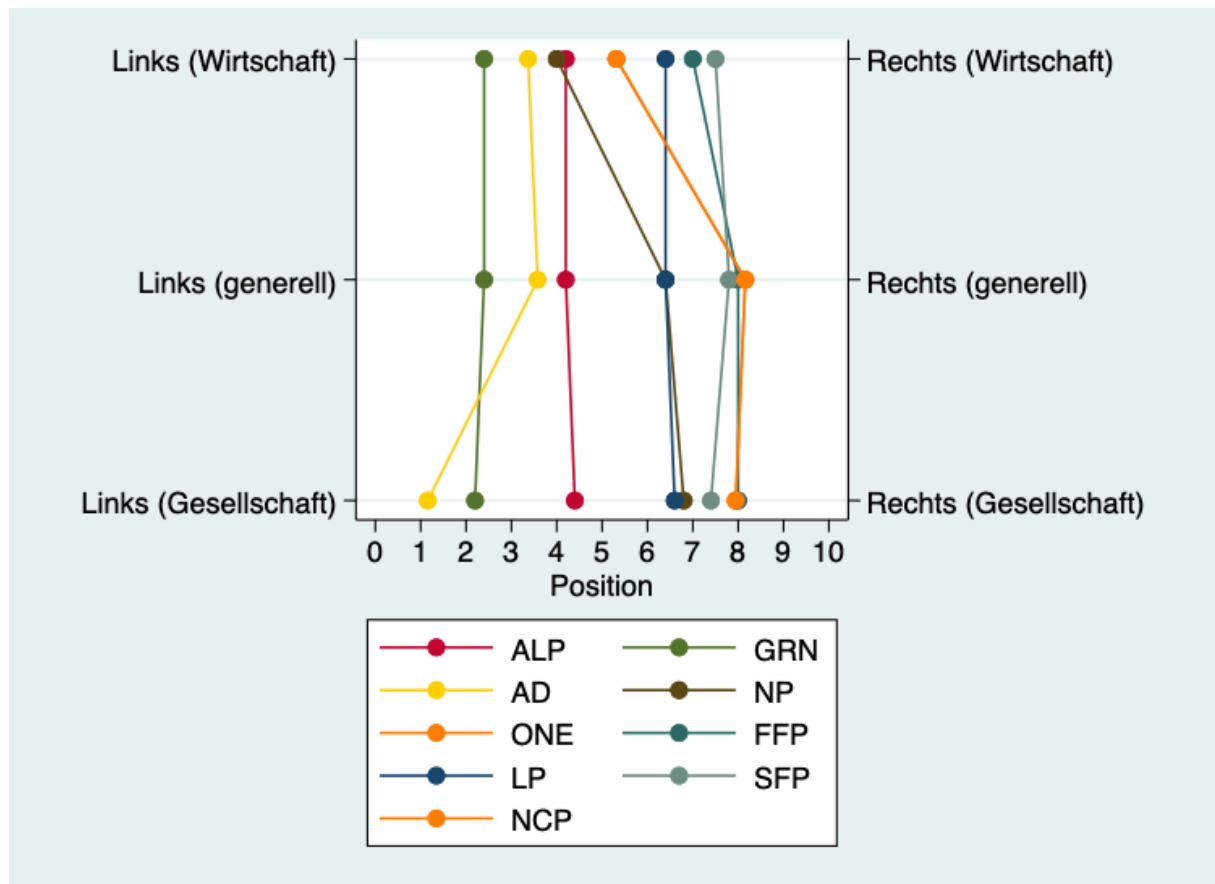
Party (NCP). Nur Nationals (NP) und One Nation beziehungsweise die New Country Party²⁹ liegen zumindest ökonomisch links der Liberals (Abbildung 2-10). Die Polarisierung liegt mit 2,2 für die Assembly und 2,8 für den Council eher am unteren Ende des australischen Spektrums.

2.9.10 Regierungsstatus im Parlament

Im Datensatz sind fünf Legislaturperioden aus Western Australia enthalten. In vier der fünf Legislaturperioden stellt die Regierung die Mehrheit der Assembly-Abgeordneten. Die Minderheitsregierung 2008-2013 war eine Koalitionsregierung zwischen Liberals und

²⁹ Die New Country Party war eine Abspaltung von One Nation. Zwei Abgeordnete verließen One Nation 2003 und gründeten am 9.Januar 2004 die New Country Party, sodass die New Country Party eine parlamentarische Repräsentation erreichte, ohne regulär einen Sitz gewonnen zu haben (University of Western Australia 2018).

Abbildung 2-10: Parteipositionen in Western Australia



Quelle: APPES (Ganghof, Pörschke & Eppner 2016)

Nationals mit der Unterstützung dreier unabhängiger Abgeordneter (Phillips/Kerr 2009). 2013-2017 regierte ebenfalls eine Koalition aus Liberals und Nationals, diesmal aber mit einer eigenen Mehrheit.

In zwei der fünf Legislaturperioden stellt die Regierung zu einem großen Teil auch die Mehrheit des Council, in zwei weiteren zumindest den Median (Tabelle 2-16). Nur in der Legislaturperiode nach 1996 gehört der Medianabgeordnete in weniger als der Hälfte der Zeit zur Regierung.³⁰

³⁰ Mit Amtsantritt der neu gewählten Mitglieder des Council am 22. Mai 1997 verliert die Coalition den Medianstatus in der Regierung. Die Coalition gewann den Medianstatus erst mit dem Austritt des Labor-Abgeordneten Mark Nevill im August 1999 zurück, der von da an als unabhängiger Abgeordneter im Parlament saß (D. W. Black/Phillips 2000).

Tabelle 2-16: Regierungsstatus Western Australia

Wahldatum	Regierungspartei	Koalition	Erste Kammer			Zweite Kammer		
			Sitz-Anteil	Mehrheit	Median	Sitz-Anteil	Mehrheit	Median
14.12.96	Coalition	0%	61%	100%	100%	50%	10%	46%
10.02.01	Labor	0%	56%	100%	100%	38%	0%	100%
26.02.05	Labor	0%	56%	100%	100%	46%	0%	100%
06.09.08	Liberals	100%	47%	0%	100%	57%	84%	84%
09.03.13	Liberals	100%	64%	100%	100%	61%	100%	100%
Gesamt		42%		78%	100%		41%	85%

Der Sitzanteil bezeichnet den Sitzanteil der neuen Regierung am Tag nach der jeweiligen Wahl der Assembly, während Koalition, Mehrheit und Median den Schnitt der jeweiligen Legislaturperiode darstellen.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Grundlage der offiziellen Angaben zu Regierungs- und Parlamentszusammensetzung bzw. den Daten von Carr (2023) und University of Western Australia (2018) sowie der erhobenen Positionsdaten im APPES (Ganghof, Pörschke & Eppner 2016)

2.10 Japan (JPN)

Im Gegensatz zu den australischen semi-parlamentarischen Staaten kann in Japan die erste Kammer im Konfliktfall ein Veto der zweiten Kammer mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit überstimmen.

2.10.1 Wahlsystem des Shūgiin (erste Kammer)

Seit 1994 wird die japanische erste Kammer, das Shūgiin, mit einem gemischten Wahlsystem gewählt. Ursprünglich 300 Sitze (ab 2017 noch 289) werden in Ein-Personen-Wahlkreisen, ursprünglich 200 Sitze (ab 2017 noch 176) in Mehr-Personen-Wahlkreisen gefüllt (Reed 2020: 4). In den elf Mehr-Personen-Wahlkreise werden jeweils zwischen sechs und 28 Abgeordnete bestimmt (Reed 2020: 5). Die effektive Wahlkreisgröße liegt bei den hier betrachteten Wahlen vom 25.06.2000 bis einschließlich dem 20.08.2009 bei 7,8. Eine Legislaturperiode dauert maximal vier Jahre (Japan Constitution 1946: Art. 45). Seit der Wahlreform von 1994 ist das Malapportionment stark gesunken: 1993 betrug es 13,1% und danach pendelte es sich bei ungefähr 5% ein und betrug 1996 noch 4,8% und 2014 dann 5,1%. (Ong, Kasuya & Mori 2017: 124ff.)

2.10.2 Wahlsystem des Sangiin (zweite Kammer)

Die Amtszeit der Abgeordneten der zweiten Kammer, dem Sangiin, beträgt sechs Jahre, wobei alle drei Jahre die Hälfte der Abgeordneten gewählt werden (Japan Constitution 1946: Art. 46). Auch hier ist das Wahlsystem gemischt. Die Wahlkreise werden regelmäßig an die Bevölkerungsgröße angepasst, sind aber nahezu unverändert seit 1947 (Reed 2020: 6). Der größere Teil der Abgeordneten wird in kleinen Wahlkreisen mit einer Größe zwischen eins und sechs gewählt, vor der Wahl 2001 waren es 76 Abgeordnete, seitdem 73 bis 2019 und ab 2019 werden 74 Abgeordnete dort bestimmt. Dazu gibt es einen nationalen Wahlkreis, in dem 50 Abgeordnete gewählt werden, beziehungsweise 48 zwischen 2001 und 2019 (Carr 2023). Zwischen 1983 und 1997 wurden in diesem nationalen Wahlkreis geschlossene Listen genutzt, seit 2001 ein System offener Listen, in dem die Wähler:innen ihre Stimme entweder einer Partei oder einer einzelnen Kandidat:in geben können. Die Stimmen für die Kandidat:innen der Partei sowie der Partei selbst werden zusammen als die Stimmen für die Parteiliste gezählt. Die Reihenfolge der Liste wird über die persönlichen Stimmen der Kandidat:innen ermittelt. Die meisten Wähler:innen geben ihre Stimme aber einer Partei (Reed 2020: 9f.). Aus den beiden Wahlsystemen ergibt sich für die hier relevanten Wahlen durch die leicht geänderte Verteilung von Sitzen auf die Wahlkreise eine effektive Wahlkreisgröße von 20,1 bis 21,0 für die hier relevanten fünf Wahlen vom 12.07.1998 bis einschließlich dem 11.07.2010. Es gibt ein starkes Malapportionment in der zweiten Kammer (Reed 2020).³¹

2.10.3 Verbindung der Wahlen von erster und zweiter Kammer

Die Wahl des Sangiin erfolgt unabhängig von der Wahl des Shūgiin (Japan Constitution 1946: Art. 46).

2.10.4 Bestimmungen für die Selbstaflösung der ersten Kammer

Die Kaiser:in kann die erste Kammer auf Ersuchen und mit Zustimmung des Kabinetts auflösen (Japan Constitution 1946: Art. 7).

³¹ Auf Grund fehlender Sprachkenntnisse war es mir nicht möglich, die Anzahl der Einwohner:innen der einzelnen Wahlkreise zu ermitteln und so das genaue Malapportionment zu berechnen.

2.10.5 Möglichkeiten zur Auflösung der zweiten Kammer

Die zweite Kammer kann nicht vorzeitig aufgelöst werden (Japan Constitution 1946: Art. 46).

2.10.6 Blockade der Haushaltsgesetzgebung durch die zweite Kammer

Der Haushalt muss in die erste Kammer eingebracht werden. Die zweite Kammer hat nur ein suspensives Veto für 30 Tage (Japan Constitution 1946: Art. 60). Allerdings argumentieren Thies/Yanai (2014), dass es Gesetze gibt, die durch beide Kammern angenommen werden müssen und die „budget-enabling-bills“ sind, also Gesetze, ohne die ein Haushalt nicht umsetzbar ist.

2.10.7 Mechanismen zur Auflösung von Blockadesituationen

Sollte es zu einer Blockade (Ablehnung oder max. 60 Tage keine Verabschiedung) durch die zweite Kammer kommen, kann die erste Kammer die zweite mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit überstimmen. Das Gesetz tritt dann ohne Zustimmung der zweiten Kammer in Kraft (Japan Constitution 1946: Art. 59).

2.10.8 Verfassungsänderungen der Machtbalance

Gesetze zur Verfassungsänderung und somit auch zur Machtbalance zwischen den beiden Kammern dürfen nur mit einer zwei-Drittel-Mehrheit in beiden Kammern verabschiedet werden und müssen anschließend in einem Referendum bestätigt werden (Japan Constitution 1946: Art. 96).

2.10.9 Parteiensystem

Die größten Parteien in Japan, die im Untersuchungszeitraum auch immer die Premierminister:in stellen, sind die LDP und die DPJ. Neben diesen beiden Parteien gibt es aber in beiden Kammern Japans mehrere kleine Parteien (Tabelle 2-17), sodass sich insgesamt eine effektive Parteienanzahl von 2,5 in der ersten und 3,5 in der zweiten Kammer ergibt. Die Kombination unterschiedlicher Wahlsysteme verhindert eine sinnvolle Angabe der effektiven Parteienzahl nach Stimmen.

Ökonomisch sind sich die sechs Parteien aus dem Datensatz von Benoit/Laver (2006) sehr ähnlich. Auf der generellen Links-Rechts-Achse liegen die JCP und die JSP weit links, die LDP

Table 2-17: Sitzverteilung im Parlament von Japan

Shūgiin (Erste Kammer)									
Partei	25.06.00		09.11.03		11.09.05		30.08.09		
LDP	48,5%	(233)	50,2%	(241)	61,7%	(296)	24,8%	(119)	
DPJ	26,5%	(127)	36,9%	(177)	23,5%	(113)	65,0%	(312)	
K	6,5%	(31)	7,1%	(34)	6,5%	(31)	4,4%	(21)	
JCP	4,2%	(20)	1,9%	(9)	1,9%	(9)	1,9%	(9)	
JSP	4,0%	(19)	1,3%	(6)	1,5%	(7)	1,5%	(7)	
LPJ	4,6%	(22)							
NCPJ	1,5%	(7)							
PNP					0,8%	(4)	0,6%	(3)	
IC	1,0%	(5)	0,2%	(1)					
YP							1,0%	(5)	
Sonstige	3,3%	(16)	2,3%	(11)	4,2%	(20)	0,8%	(4)	
Gesamt		(480)		(480)		(480)		(480)	

Sangiin (Zweite Kammer)										
Partei	12.07.98		29.07.01		11.07.2004		29.07.07		11.07.10	
LDP	40,5%	(102)	44,5%	(110)	47,5%	(115)	34,3%	(83)	34,7%	(84)
DP	18,7%	(47)	23,9%	(59)	33,9%	(82)	45,0%	(109)	43,8%	(106)
K	8,7%	(22)	9,3%	(23)	9,9%	(24)	8,3%	(20)	7,9%	(19)
JCP	9,1%	(23)	8,1%	(20)	3,7%	(9)	2,9%	(7)	2,5%	(6)
JSP	5,2%	(13)	3,2%	(8)	2,1%	(5)	2,1%	(5)	1,7%	(4)
LPJ	4,8%	(12)	3,2%	(8)	0,0%					
YP									4,5%	(11)
PNP							1,7%	(4)	1,2%	(3)
NCPJ			2,0%	(5)						
Sonstige	13,1%	(33)	5,7%	(14)	2,9%	(7)	5,8%	(14)	3,7%	(9)
Gesamt		(252)		(247)		(242)		(242)		(242)

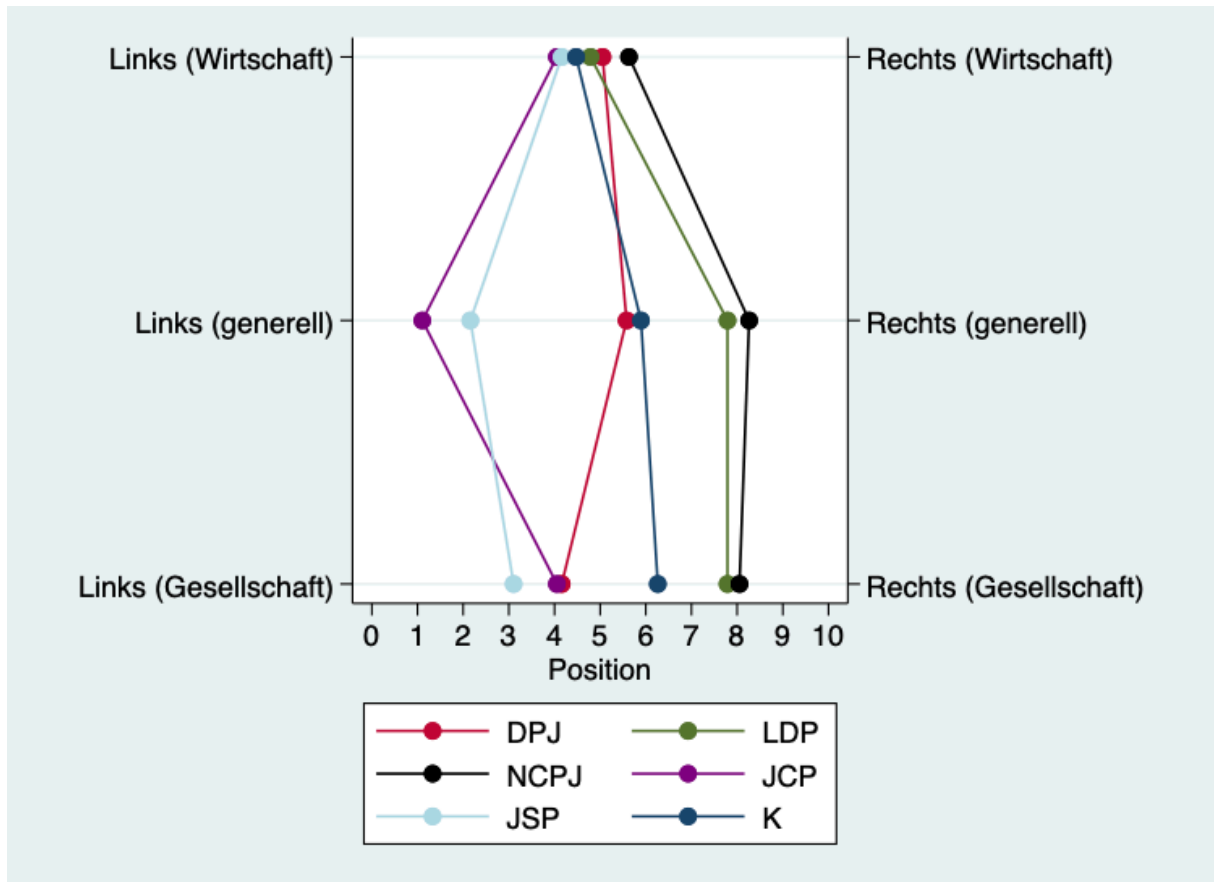
Angabe der Sitzverteilung in Prozent, absolute Anzahl an Sitzen in Klammern

Die Wahlen der beiden Kammern finden nicht gleichzeitig statt. Angegeben sind immer die Sitzverteilungen nach der jeweiligen Wahl.

Quelle: Für den Shūgiin: Holger Döring, Huber und Manow (2022); Für den Sangiin: Wikipedia (2023a, 2023b, 2023c, 2023d, 2023e)³²

³² Für die Ergebnisse der Wahl der japanischen zweiten Kammer musste ich auf Wikipedia zurückgreifen. Das Wahlarchiv von Carr (2023) geht nicht weit genug zurück und die berichteten Sitzzahlen scheinen für Japan nicht überall zu stimmen. Die Werte von Wikipedia habe ich abgeglichen mit unterschiedlichen Artikeln, die zwar die Ergebnisse der Wahlen oder die Mehrheitsverhältnisse nicht aber die Sitzverteilungen berichtet haben (Gallagher 2001, Inoguchi 2002, Jou 2009, Kato/Kannon 2008). Durch Partei-Ein- und Austritte konnte ich die Sitzverteilung nicht aus Basis der vorhergehenden Wahlergebnisse berechnen (vgl. Kato/Kannon 2008). Die auf Wikipedia angegebenen japanischen Originalquellen konnte ich auf Grund fehlender Sprachkenntnisse nicht

Abbildung 2-11: Parteipositionen in Japan



Quelle: Eigene Darstellung auf Basis der Daten von Benoit/Laver (2006)

und die NCPJ weit rechts und die DPJ und die K zentral. Gesellschaftlich ist das Bild ähnlich nur die DPJ ist etwas weiter links. Es gibt also eine relativ klare Reihenfolge der Parteien, nur die Spannweite ihrer Positionen unterscheidet sich zwischen den Dimensionen (Abbildung 2-11). Die Polarisierung beträgt durchschnittlich 2,9 in der ersten und 3,5 in der zweiten Kammer.

2.10.10 Regierungsstatus im Parlament

In allen Legislaturperioden im Datensatz gibt es eine Koalitions-Mehrheitsregierung (Tabelle 2-18). In den ersten zwei Perioden kontrolliert die Regierung die Mehrheit beider Kammern. In der dritten Periode 2005-2009, in der die Regierung weder dauerhaft die Mehrheit noch den

nutzen. Die Übereinstimmung der Daten bringt mich aber dazu, die hier berichteten Sitzverteilungen als korrekt anzunehmen.

Tabelle 2-18: Regierungsstatus Japan

Wahldatum	Regierungs- partei	Koalition	Erste Kammer				Zweite Kammer		
			Sitz- Anteil	Mehrheit	Median	2/3- Mehrheit	Sitz-Anteil	Mehrheit	Median
25.06.00	LDP	100%	56%	100%	100%	0%	56%	100%	100%
09.11.03	LDP	100%	57%	100%	100%	0%	56%	100%	100%
11.09.05	LDP	100%	68%	100%	100%	100%	48%	47%	47%
30.08.09	DPJ	100%	66%	100%	100%	23%	45%	0%	100%
Gesamt		100%		100%	100%	38%		57%	83%

Der Sitzanteil bezeichnet den Sitzanteil der neuen Regierung am Tag nach der jeweiligen Wahl der Assembly, während Koalition, Mehrheit, Median und 2/3-Mehrheit den Schnitt der jeweiligen Legislaturperiode darstellen.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Grundlage der Wahldaten von Holger Döring, Huber und Manow (2022) für die erste und Wikipedia (2023a, 2023b, 2023c, 2023d, 2023e) für die zweite Kammer sowie den Positionsdaten von Benoit/Laver (2006).

Median in der zweiten Kammer stellt, kontrolliert sie aber mehr als zwei Drittel der Sitze der ersten Kammer. In der vierten Legislaturperiode 2009-2012 kontrolliert sie niemals die Mehrheit des Zweiten Kammer aber immer den Median und in 23% der Zeit auch eine Zwei-Drittel-Mehrheit in der ersten Kammer. In den späteren Analysen zähle ich die Zeiten der Zwei-Drittel-Mehrheiten in der ersten Kammer immer auch als eine Mehrheit in der zweiten Kammer, da deren Veto in diesem Fall überstimmt werden kann.

2.11 Gesamtüberblick Australien und Japan

In Tabelle 2-19 gebe ich einen zusammenfassenden Überblick der australischen Staaten und Japan in den für diese Arbeit relevanten Faktoren. Bis auf Tasmania und Victoria vor der Reform nutzen alle semi-parlamentarischen Staaten in der ersten Kammer ein Wahlsystem mit geringerer Wahlkreisgröße und auch einer geringeren Parteienzahl. Darüber hinaus unterscheiden sich die Staaten sehr deutlich – sowohl in den institutionellen Faktoren wie beispielsweise der Mitauflösungsmöglichkeit der zweiten Kammer oder auch der genauen Ausgestaltung der jeweiligen Wahlsysteme als auch in den eher behavioralen Faktoren wie dem Mehrheits- oder Medianstatus der Regierung in den beiden Kammern. Diese Vielfalt erlaubt es im weiteren Verlauf der Arbeit die unterschiedlichen Konsequenzen der institutionellen Settings zu analysieren.

Tabelle 2-19: Gesamtüberblick Australien und Japan

Staat/Kammer	Größe	Effektive Wahlkreisgröße	Amtszeit (in Jahren bzw. Amtszeiten der ersten Kammer) ¹	gestaffelte Wahlen	Malapportionment (in %)	Effektive Anzahl Parteien (Stimmen)	Effektive Anzahl Parteien (Sitze)	Polarisierung	Regierungs-Mehrheit (in %)	Regierungs-Median (in %)	Koalition (in %)	Mitauflösung 2. Kammer	Haushaltsveto	Auflösung von Blockaden ²	Verfassungsänderung ³
C.o.Australia (2.3.1996-17.5.2019 / 8 Legislaturperioden)															
HOR	148/150	1	3	-	3	2,9	2,0	2,6	87	100	0	DD	j	DD	Abs+Ref ⁴
SEN	76	5,6	6	ja	30	3,1	2,7	3,1	10	55					
New South Wales (27.3.1999-22.3.2019 / 5 Legislaturperioden)															
LA	93	1	4	-	-	3,1	2,0	2,5	100	100	0	halb	n	Ref	Maj+Ref
LC	42	21	2xLA	ja	-	3,6	3,3	3,7	0	100					
Queensland (13.6.1998-24.11.2017 / 7 Legislaturperioden)															
LA	89	1	3	-	7	3,1	1,9	2,2	83	100	0	-	-	-	Abs
South Australia (11.10.1997-16.3.2018 / 5 Legislaturperioden)															
LA	47	1	4	-	-	3,1	2,2	3,2	70	100	55	DD ⁵	j	NW=>DD	Abs+Ref
LC	22	11	2xLA ⁵	ja	-	3,7	3,4	3,7	0	13					
Tasmania (29.8.1998-2.3.2018 / 5 Legislaturperioden)															
LA	25	5	4	-	-	2,8	2,4	2,6	100	100	20	n	j	n	Maj
LC	15	1	6	ja	-	-	-	-	0	100					
VIC vor der Reform (18.9.1999-24.11.2006 / 2 Legislaturperioden)															
LA	88	1	4	-	-	2,7	2,1	2,2	56	100	0	halb	j	n	Abs
LC	44	1	2xLA	ja	-	2,8	2,3	2,2	56	56					
Victoria (25.11.2006-23.11.2018 / 3 Legislaturperioden)															
LA	88	1	4	-	-	3,0	2,1	2,3	87	100	0	ja	n	DD=>JS	Maj+Ref
LC	40	5	1xLA	-	-	3,4	2,7	3,0	33	74					
Western Australia (14.12.1996-10.3.2017 / 5 Legislaturperioden)															
LA	57/59	1	4	-	14/2	3,2	2,3	2,2	78	100	42	n	j	n	Abs+Ref
LC	34/36	5,8/6,0	4	-	24/23	3,1	2,7	2,8	41	85					
Japan (25.06.2000-15.12.2012 / 4 Legislaturperioden)															
SHU	500	7,8	4	-	5	-	2,5	2,9	100	100	100	n	n	2/3	2/3+Ref
SAN	252/242	20,1/21,0	6	ja	hoch	-	3,5	3,5	57(80) ⁶	83(100) ⁶					

/= Vor bzw. nach einer Reform.

1: Amtszeit: ? x LA bedeutet die ?-fache Amtszeit der LA, (ausgelöst durch die jeweiligen Neuwahlen der LA).

2: Auflösung von Blockaden: DD – Double Dissolution; JS – Joint Sitting; NW – Neuwahl; Ref – Referendum ; 2/3 – Zwei-Drittel-Mehrheit im Unterhaus.

3: Verfassungsänderungen: Maj – Einfache Mehrheit (in beiden Kammern); Abs – Absolute Mehrheit (in beiden Kammern); Ref – Referendum; 2/3 – Zwei-Drittel-Mehrheit (in beiden Kammern)

4: C.o.Australia: Verfassungsänderungen können auch bei Ablehnung durch eine Kammer zum Referendum freigegeben werden.

5 : Der Council von South Australia wird erst nach einer Mindestamtszeit von sechs Jahren durch reguläre Neuwahlen aufgelöst

6: Japan: in Klammern Regierungskontrolle Median/Mehrheit der zweiten Kammer ergänzt durch 2/3-Mehrheit erste Kammer

Quelle: Eigene Zusammenstellung

2.12 Zusammenfassung

Ziel dieses Kapitels war es, die Fallauswahl dieser Arbeit, also die australischen Staaten und Japan, vorzustellen. Sowohl der C.o.Australia als auch alle Einzelstaaten Australiens sind semi-parlamentarisch – mit der Ausnahme von Queensland. Von den australischen semi-parlamentarischen Staaten kombinieren alle Staaten ein Mehrheitswahlssystem in der ersten Kammer mit einem Verhältniswahlssystem in der zweiten Kammer – mit Ausnahme von Victoria vor der Reform und Tasmania. Trotz dieser Ähnlichkeit und der sehr begrenzten Anzahl von Staaten bieten sie eine große Vielfalt in weitergehenden gesetzlichen Bestimmungen wie der konkreten Ausgestaltung des Wahlsystems sowie den Möglichkeiten zur Auflösung der beiden Kammern oder weitergehenden Mechanismen zur Überwindung von Konflikten. Darüber hinaus bieten die Staaten eine große Vielfalt an unterschiedlichen Regierungen – von kompletten Minderheits-/Mehrheitsregierungen über Regierungen, die nur in der ersten Kammer über eine Mehrheit verfügen und teilweise den Median in der zweiten Kammer besetzen oder auch nicht.

Nur die australischen Staaten und Japan entsprechen einer Realisierung des Semi-Parlamentarismus. Mein Datensatz umfasst daher im Beobachtungszeitraum die Gesamtheit des Semi-Parlamentarismus und erlaubt somit einen belastbaren Vergleich semi-parlamentarischer mit anderen Systemen. Durch die große geographische und kulturelle Nähe sind insbesondere die australischen Staaten auch untereinander sehr gut vergleichbar und bieten so die Möglichkeit, den Einfluss unterschiedlicher Settings zu überprüfen.

3 Parteigeschlossenheit im Semi-Parlamentarismus

Einer der offensichtlichsten Unterschiede zwischen präsidentiellen und parlamentarischen Systemen ist die Existenz starker Parteien und daraus hervorgehend eine hohe Parteigeschlossenheit. Als potentielle Ursachen werden dafür in der Literatur insbesondere zwei Punkte verantwortlich gemacht: Einerseits fehlt präsidentiellen Regierungen durch die Gewaltenteilung mit der fehlenden Vertrauensfrage ein wichtiges Instrument zur Herstellung der Parteidisziplin und zum Durchsetzen der eigenen Vorhaben gegen den Willen der eigenen Abgeordneten (Huber 1996). Außerdem fehlt durch die Unabhängigkeit der Regierung der Anreiz für die eigenen Abgeordneten, „ihre“ Regierung an der Macht zu halten und gemeinsam Projekte umzusetzen (Diermeier/Feddersen 1998). Andererseits unterminiert die persönliche Wahl der Präsident:in und die damit einhergehende persönliche Legitimation klare Parteistrukturen (Carey 2009). Diesen exekutiven Personalismus, der verantwortlich sein könnte für die geringe Parteigeschlossenheit (Ganghof 2021: 16f.), gibt es im Semi-Parlamentarismus nicht, da die Regierung nicht persönlich legitimiert ist und wechselseitig vom Vertrauen der ersten Kammer abhängt.

Die Existenz geschlossener Parteien ist vor allem für die Koalitionsbildung von großer Bedeutung. In Systemen ohne geschlossene Parteien können sich Mehrheitsregierungen nicht auf ihre Mehrheit verlassen und Minderheitsregierungen bilden häufig flexible Koalitionen mit einzelnen Abgeordneten (Linz 1994). In Systemen mit geschlossenen Parteien sind Mehrheitsregierungen nicht auf weitere Partner angewiesen und Minderheitsregierungen können mit gegebenenfalls auch wechselnden Parteien vorübergehende legislative Mehrheitskoalitionen bilden (Green-Pedersen 2001).

In diesem Kapitel untersuche ich daher die Geschlossenheit der australischen Parteien, um Rückschlüsse zu ziehen auf die grundsätzliche Parteigeschlossenheit in semi-parlamentarischen Staaten und so die Grundlage zu legen für die weiteren Analysen in dieser Arbeit. Ich stütze mich dabei vor allem auf einen selbst erhobenen Datensatz, der die namentlichen Abstimmungen von 35 Legislaturperioden aus dem Zeitraum 1997-2018 in den australischen Parlamentskammern und somit 20.670 Abstimmungen umfasst. Ich beginne mit einer Herleitung der Hypothesen auf Basis bisheriger Befunde und Theorien aus der Literatur. Anschließend vergleiche ich die semi-parlamentarischen Geschlossenheitswerte mit denen anderer Systeme aus dem umfangreichen Datensatz von Coman (2015) und zeige, dass in den semi-parlamentarischen Staaten beide Kammern vergleichbare Geschlossenheitswerte

vorweisen können wie parlamentarische Staaten und deutlich höhere als präsidentielle Staaten. Im nächsten Schritt analysiere ich die einzelnen Staaten und dabei insbesondere die potenziellen Regierungsparteien. Es zeigt sich, dass der Regierungsstatus nicht grundsätzlich zu höherer Geschlossenheit führt und dass sich die Muster verschiedener Indikatoren der Geschlossenheit in beiden Kammern sehr ähneln. Darauf aufbauend zeige ich auch mit Hilfe eine Mixed-Effects-Logit-Regression, dass die Abstimmungen in der zweiten Kammer nicht grundsätzlich weniger geschlossen erfolgen. Abschließend fasse ich die Ergebnisse zusammen.

3.1 Hypothesenbildung

Der Fokus dieses Kapitels liegt auf der Parteigeschlossenheit im Semi-Parlamentarismus. Die Parteigeschlossenheit bezieht sich dabei auf das beobachtbare Verhalten in namentlichen Abstimmungen. Für die Analyse der Gesetzgebung ist interessant, ob die Parteien geschlossen abstimmen und somit einheitliche verlässliche Akteure darstellen. Ich stütze mich dabei auf die Konzeptualisierung nach Hazan (2003) auf der Grundlage rationaler Abgeordneter, die nach den Zielen Politikinhalt, Ämter und Stimmen beziehungsweise „Policy, Office, or Votes?“ (Müller/Strøm 1999) streben. Die beobachtbare Parteigeschlossenheit setzt sich aus der Disziplin und der Kohäsion zusammen. Die Kohäsion bezieht sich dabei auf den Teil der Parteigeschlossenheit, bei dem die Abgeordneten auf Grund ihrer ähnlich gelagerten Präferenzen gemeinsam abstimmen. Im Gegensatz dazu bezeichnet die Disziplin den Teil der Parteigeschlossenheit, bei dem Abgeordnete auch gegen ihre persönlichen Präferenzen die Partei unterstützen und nach Parteilinie abstimmen.

Einige Studien versuchen diese beiden Konzepte zu trennen, Sie finden einen eher geringen Einfluss der Sanktionen, also der Disziplin, und eher einen höheren Einfluss der Homogenität der Abgeordneten und der Gruppenidentität, also der Kohäsion, auf eine hohe Parteigeschlossenheit (Andeweg/Thomassen 2011, Russell 2014). Das bedeutet aber nicht, dass die Partei keinen Einfluss auf diese Ergebnisse hat. Eine gute Vorauswahl der Abgeordneten führt zu einer höheren Kohäsion oder wie Reuven Y. Hazan eingängig formuliert:

„Cohesion thus results from actions that took place prior to the legislators’ arrival in parliament, whereas discipline is based on rules working on those already in parliament.“
(Hazan 2003: 4)

Als besonders entscheidende institutionelle Faktoren für das Ausmaß an Parteigeschlossenheit gelten in der Literatur das Wahlsystem und das Regierungssystem. Für die Analyse des Semi-

Parlamentarismus sind dabei natürlich die mit dem Regierungssystem in Verbindung stehenden Faktoren besonders entscheidend, während das Wahlsystem hier vor allem als Kontrollvariable von Bedeutung ist.

Die Parteien in parlamentarischen Systemen sind im Schnitt deutlich weniger geschlossen als in präsidentiellen Systemen (Kailitz 2008). Parlamentarische Systeme unterscheiden sich vor allem durch zwei Dinge von präsidentiellen Systemen: Vertrauensfrage und Misstrauensvotum einerseits und eine fehlende Direktwahl der Präsident:in andererseits. In Bezug auf Parteigeschlossenheit sehen die meisten Autoren vor allem die Vertrauensbeziehung als entscheidend an, während die Direktwahl zu vernachlässigen ist. So findet beispielsweise Coman (2015) in seinem umfangreichen Datensatz keinen Einfluss der Direktwahl, aber einen klaren Zusammenhang zwischen der Parteigeschlossenheit und der Vertrauensbeziehung. Als Bestandteil der Vertrauensbeziehung wird besonders der Einfluss der Vertrauensfrage, also die Drohung der Regierung mit der Selbst-Auflösung und mittelbar mit der Parlamentsauflösung und Neuwahlen, als entscheidend angesehen (Diermeier/Feddersen 1998). Die Vertrauensfrage ermöglicht es der Regierung, ein letztes Angebot an ihre Parlamentsmehrheit zu machen und mit der Auflösung zu drohen, wenn diese Mehrheit das Gesetz in der vorgegebenen Form nicht annimmt. Sie kann somit ihr präferiertes Ergebnis durchsetzen, wahrscheinlich sogar dann wenn es etwas außerhalb der Präferenzmenge der eigenen Parlamentsmehrheit liegt – das Gesetz also etwas weiter entfernt liegt vom präferierten Ergebnis der eigenen Parlamentsmehrheit als der aktuelle Status Quo (Heller 2001, Huber 1996).

Es ist dabei nicht entscheidend, dass es auch glaubhaft zu Neuwahlen kommt. Gibt es eine Vertrauensfrage, müssen Abgeordnete auch ohne Neuwahl befürchten, dass eine mangelnde Unterstützung für die Regierung zu ihrem Wechsel führt und die Abgeordneten so ihre Regierung und somit den Zugang zu deren Ressourcen zur Gesetzgebung verlieren (Diermeier/Vlaicu 2011). Das Misstrauensvotum des Parlaments gegenüber der Regierung verstärkt eher indirekt die Parteigeschlossenheit. Da die Regierung befürchten muss aus dem Amt gewählt zu werden, entwickelt sie stärkere Mechanismen zur Kontrolle und Auswahl ihrer Abgeordneten (Coman 2015).

Beobachtungen aus semi-präsidentiellen Systemen erhärten die Befunde über den Einfluss der Vertrauensfrage auf die Parteigeschlossenheit. In einem semi-präsidentiellen System gibt es eine geteilte Exekutive, die Präsident:in wird direkt gewählt, die Premierminister:in hängt aber vom Vertrauen des Parlaments ab. Die Parteigeschlossenheit in Systemen mit geteilter

Exekutive entspricht eher dem eines parlamentarischen Systems als einem präsidentiellen System (Kailitz 2008).

Im Semi-Parlamentarismus entspricht die Vertrauensbeziehung zwischen der Regierung und der ersten Kammer derjenigen in parlamentarischen Systemen. Daraus ergibt sich folgende Annahme:

H.3.1: Semi-parlamentarische Parteien agieren in der ersten Kammer ähnlich geschlossen wie parlamentarische Parteien in der ersten Kammer.

Tatsächlich ist Australien bekannt für die Geschlossenheit der Parteien in Abstimmungen (Carey 2009, Kam 2009, Sieberer 2006). Allerdings beziehen sich diese Beobachtungen nur auf den Bundesstaat und vor allem nur auf die erste Kammer. In den meisten parlamentarischen bikameralen Systemen gibt es keine Vertrauensfrage für die zweite Kammer. Daher sollte dort die Parteigeschlossenheit insbesondere für die Regierungsparteien geringer sein (Russell 2001). Zudem sind die Karriereoptionen für Abgeordnete der zweiten Kammer oft limitiert. Der Wunsch nach dem Karriereaufstieg ist aber für die Abgeordneten auch ein wesentlicher Faktor, der ihr Verhalten beeinflusst und somit die Parteigeschlossenheit fördern kann (Depauw/Martin 2009, Kam 2009). Ebenso ist die Vergabe von Kabinettsposten und wichtigen parlamentarischen Ämtern ein Faktor, der die Parteigeschlossenheit beeinflussen kann (Becher/Sieberer 2008, S. Martin 2014). In vielen parlamentarischen bikameralen Staaten kommen die Minister:innen ausschließlich aus der ersten Kammer. Teilweise gibt es sogar ein Verbot für Minister:innen einen Sitz in der zweiten Kammer zu halten. In diesen Systemen sind die Karriereoptionen der Mitglieder der zweiten Kammer also limitiert und es wäre eine niedrigere Parteigeschlossenheit zu erwarten. In Australien ist dies aber anders und es gibt im Beobachtungszeitraum mit Ausnahme einzelner Kabinette in Tasmanien kein Kabinett ohne Minister:innen, die zeitgleich Abgeordnete der zweiten Kammer sind. Allerdings entspricht es den Konventionen, dass Regierungschef:innen Abgeordnete der ersten Kammer sind (A. J. Ward 2012: 207). Im Untersuchungszeitraum gibt es daher keine Regierungschef:in, die nicht Abgeordnete der ersten Kammer ist. Viele Abgeordnete wechseln aber auch im Laufe ihrer Karriere in die erste Kammer, sodass Abgeordneten der zweiten Kammer nicht grundsätzlich geringere Karriereaussichten und -ambitionen unterstellt werden sollten.

Aber auch ohne die Berücksichtigung eines fehlenden Karriereanreizes, der den Effekt noch verstärken könnte, sollten die fehlende Vertrauensbeziehung zwischen der Regierung und der zweiten Kammer einen einschränkenden Einfluss auf die Parteigeschlossenheit insbesondere der Regierungsparteien haben. Es ergeben sich die Hypothesen:

H.3.2a: Alle semi-parlamentarischen Parteien agieren im Council weniger geschlossen als in der Assembly.

H.3.2b: Semi-parlamentarische Regierungsparteien agieren im Council weniger geschlossen als in der Assembly.

Aus diesen beiden Hypothesen in Verbindung mit der vergleichbaren Parteigeschlossenheit zwischen parlamentarischen Parteien und semi-parlamentarischen Parteien in der ersten Kammer ergibt sich eine dritte Hypothese:

H.3.3: Semi-parlamentarische Parteien agieren im Council weniger geschlossen als parlamentarische Parteien in der ersten Kammer.

Gleichzeitig sollten Parteien ein Interesse daran haben, ihr „Label“, also ihre Marke, zu schützen und nicht durch Unstimmigkeiten zwischen den Parteiteilen in den unterschiedlichen Kammern zu verwässern (Heller 2007). So ergibt sich ein indirekter Effekt des Bikameralismus: Um ihre Marke zu erhalten, zentrieren Parteien die Kandidat:innenauswahl stärker (VanDusky-Allen/Heller 2014). Eine stärker zentrierte Kandidat:innenauswahl führt wiederum zu höherer Parteigeschlossenheit (Hazan/Rahat 2006, Rahat/Hazan 2001, Sieberer 2006).

Allerdings wird sowohl bei Labor als auch den Liberals in nahezu allen Staaten die Auswahl der Kandidat:innen für das Bundesparlament neben den Zentralorganisationen auch durch die Parteibasis getroffen (Cross/Gauja 2014). In einem Vergleich mit parlamentarischen und semi-präsidentiellen Staaten ist die Parteiführung der australischen Parteien eher schwach (Poguntke et al. 2016). Es ist also nicht zu erwarten, dass in Australien der Bikameralismus im Vergleich mit parlamentarischen Parteien einen durch die Zentralisierung der Kandidat:innenauswahl positiven Einfluss auf die Parteigeschlossenheit hat. Allerdings sollte sich die fehlende

Vertrauensfrage durch die Existenz einer ersten Kammer mit einer Vertrauensbeziehung zur Regierung und daraus folgend starken Parteien nicht so deutlich negativ auf die Parteigeschlossenheit auswirken wie im Präsidentialismus.

Im Präsidentialismus gibt es auch einen weiteren Faktor, der neben der Vertrauensfrage die Parteigeschlossenheit beeinträchtigt. So argumentiert Carey (2009), dass die Parteiführung und die Regierungschef:in konkurrierende Prinzipale für die Abgeordneten darstellen und diese sich in Abstimmungen entscheiden müssen und somit häufig nicht einheitlich abstimmen. Es gibt also nicht nur Anreize im Parlamentarismus für eine stärkere Parteigeschlossenheit, sondern zusätzlich gibt es im Präsidentialismus auch Anreize zu abweichendem Abstimmungsverhalten. Der negative Effekt auf die Parteigeschlossenheit durch die zwei Prinzipale im Präsidentialismus wird noch dadurch verstärkt, dass es im Präsidentialismus Außenseiter:innen ohne lange Parteierfahrung leichter fällt, Regierungschef:in zu werden (Carreras 2017, Samuels/Shugart 2010). Im Semi-Parlamentarismus Australiens haben allerdings alle Regierungschef:innen im Beobachtungszeitraum eine langjährige politische Erfahrung im jeweiligen Parlament.

Aber auch im Präsidentialismus kann es geschlossene Parteien geben (Cheibub 2007, Kailitz 2008). So argumentieren beispielsweise Figueiredo/Limongi (2000), dass eine hohe Agenda-Setzer-Macht der Präsident:in in Brasilien zu einer höheren Parteigeschlossenheit führen. Im Semi-Parlamentarismus kann die Regierung in Verbindung mit der sie tragenden Mehrheit der ersten Kammer ebenfalls jedes Gesetz blockieren und die legislative Agenda bestimmen.³³

Aus der Existenz starker Parteien in der ersten Kammer, der Agenda-Setzer-Macht der Regierung und der politischen Erfahrung der Regierungschef:in ergibt sich im Vergleich zum Präsidentialismus folgende Hypothese:

³³ Ganghof erläutert unterschiedliche Möglichkeiten der Ausgestaltung eines semi-parlamentarischen Systems. In einer dieser Möglichkeiten hätte der die Regierung tragende Parlamentsteil kein Veto-Recht. Dennoch hätte die Regierung weitreichende legislative Agenda-Setzungs-Rechte (Ganghof 2021: 142ff.). In den existierenden Varianten des Semi-Parlamentarismus hat der die Regierung tragende Parlamentsteil immer ein Veto-Recht zu jeglicher Gesetzgebung.

*H.3.4: Semi-parlamentarische Parteien agieren auch in der zweiten Kammer geschlossener als präsidentielle Parteien.*³⁴

Neben dem Einfluss des Regierungssystems gilt das Wahlsystem als entscheidende Variable für die Parteigeschlossenheit. Abgeordnete folgen umso treuer der Parteilinie, je eher die Wahlen über Parteilisten als über persönliche Stimmen erfolgen. Müssen die Kandidat:innen persönlich gewählt werden, sogar gegen ihre Parteifreund:innen antreten oder können sie sich ohne die Zustimmung der Parteiführung aufstellen lassen, beispielsweise über lokale Vorwahlen, erzeugt dies einen Anreiz sich persönlich zu profilieren, also auch abweichend von der Parteilinie (Carey/Shugart 1995). Diesen Effekt kann man auch in gemischten Wahlsystemen, also solchen mit einer Listenwahl und einer persönlichen Direktwahl, beobachten. Abgeordnete weichen häufiger von der Parteilinie ab, je mehr Stimmen sie persönlich erhalten haben (Stegmaier, Marcinkiewicz & Jankowski 2016) und je stärker umkämpft ihr Direktwahl-Bezirk ist (Becher/Sieberer 2008). Der Profilierungseffekt in gemischten Wahlsystemen wird noch weiter verstärkt, da Parteien Abgeordnete, die viele persönliche Stimmen erhalten, mit höheren Listenplätzen belohnen (Crisp et al. 2013).

Bei geschlossenen Listen führen höhere Wahlkreisgrößen zu weniger persönlicher Profilierung und damit auch zu weniger abweichendem Abstimmungsverhalten, da die persönliche Reputation der Abgeordneten im Vergleich zur Partei an Bedeutung verliert. Gibt es aber Anreize zur persönlichen Profilierung wie beispielsweise offene Listen, auf denen die Wähler:innen einzelne Abgeordnete wählen können, führt eine höhere Wahlkreisgröße durch höheren Konkurrenzdruck zu mehr persönlicher Profilierung (Carey/Shugart 1995, Crisp et al. 2004).

Im den meisten australischen semi-parlamentarischen Staaten werden die Abgeordneten der ersten Kammer in Ein-Personen-Wahlkreisen bestimmt, während die Abgeordneten der zweiten Kammer in Mehr-Personen-Wahlkreisen bestimmt werden. Dies würde eine höhere Parteigeschlossenheit in der zweiten Kammer begünstigen. In der zweiten Kammer haben die Wähler:innen below-the-line die Möglichkeit, die Listenreihenfolge zu ändern. Auch wenn sie weit überwiegend nicht von dieser Möglichkeit Gebrauch machen und stattdessen above-the-

³⁴ Im Präsidentialismus mit zwei in der Gesetzgebung gleichberechtigten Kammern verliert die Unterscheidung von erster und zweiter Kammer an Bedeutung, da im Gegensatz zum Parlamentarismus keine Kammer die Regierung trägt.

line Parteilisten wählen (Sawer 2005: 286, Smith 2003: 58), können Willumsen, Stecker und Goetz (2019) dennoch zeigen, dass die Abgeordneten des australischen Senate mehr Fragen stellen je mehr Wähler:innen ihr Wahlkreis repräsentiert und sie weniger aktiv sind, je diverser ihr Wahlkreis ist. Sie interpretieren diese Beobachtung als einen Versuch der Abgeordneten, ihre Wähler:innen möglichst effektiv zufriedenzustellen, sich also persönlich zu profilieren – mehr Wähler:innen verringern die Wirksamkeit von persönlichen Auftritten gegenüber einer möglichst sichtbaren Arbeit im Parlament, wogegen ein diverser Wahlkreis es schwieriger macht durch Aktivität im Parlament alle potenziellen Wähler:innen gleichzeitig anzusprechen. Die bloße Möglichkeit der Wahl below-the-Line scheint also einen Anreiz zu einer persönlichen Profilierung zu bieten.

Die Kombination der Möglichkeit einer persönlichen Wahl mit einer höheren Wahlkreisgröße in der zweiten Kammer führt zu einem unklaren Einfluss des Wahlsystems auf die Parteigeschlossenheit. Da die Möglichkeit der persönlichen Wahl aber kaum genutzt wird, gehe ich zunächst von folgender Hypothese aus:

H.3.5: Die höhere Wahlkreisgröße der zweiten Kammern erhöht die Geschlossenheit.

3.2 Messung von Parteigeschlossenheit

In diesem Abschnitt gehe ich auf die Möglichkeiten und die Probleme bei der Messung von Parteigeschlossenheit ein.

3.2.1.1.1 Rice-Index

Das einfachste und gängigste Maß für die Bewertung der Parteigeschlossenheit ist der Rice-Index (Rice 1925). Der Rice-Index bewertet, wie groß die Differenz zwischen Zustimmungen und Ablehnung innerhalb einer Partei ist. Er erreicht 100 Prozent bei vollkommener Geschlossenheit und 0 Prozent bei zwei gleich starken Gruppen, die gegeneinander stimmen.

Ich berechne den Rice-Index Rice nach Carey (2007: 96):

$$Rice_{ij} = |\%Aye_{ij} - \%Noe_{ij}|$$

für Partei i bei der Abstimmung j. Die Prozentwerte für Aye und Noe werden dabei als Anteil der Summe der Zustimmungen und Ablehnungen gemessen, also ohne Enthaltungen, und addieren sich so zu 100%.

Der Rice-Index ist für einzelne Abstimmungen berechenbar, wird aber meist als Aggregat über einen größeren Zeitraum wie einem Jahr oder einer Legislaturperiode berechnet. Bei der Nutzung des Rice-Index und ähnlicher Maße müssen einige Aspekte bedacht werden, um die Ergebnisse korrekt zu interpretieren. Die wichtigsten Aspekte sind dabei die nicht-zufällige Auswahl der namentlichen Abstimmungen, die unterschiedliche Größe von Parteien und der Umgang mit Enthaltungen (Depauw/Martin 2009).

3.2.1.1.2 Auswahl von namentlichen Abstimmungen

Ein grundsätzliches Problem bei der Nutzung von namentlichen Abstimmungen ist, dass bereits das generelle Abstimmungsverhalten nur eine Näherung an die latente Variable ist, die gemessen werden soll. Für die Parteigeschlossenheit argumentieren beispielsweise Cowley/Norton (1999), dass das rebellische Verhalten von Abgeordneten möglicherweise vor den Abstimmungen stattgefunden haben könnte und die Regierung eingelenkt hat. Die Abstimmungen also nicht dem tatsächlichen rebellischen Verhalten entsprechen.

Solange nicht alle Abstimmungen namentlich erfolgen, gibt es darüber hinaus einen Auswahl-Bias. Parteien verfolgen mit der Beantragung einer namentlichen Abstimmung ein Ziel, beispielsweise wollen sie ihre eigenen Geschlossenheit präsentieren oder das uneinheitliche Abstimmungsverhalten der anderen Parteien offenlegen (Stecker 2010). Parteien, die eine namentliche Abstimmung beantragt haben, agieren deutlich geschlossener (Stecker 2015); oder sie wollen gerade in Wahlkreisen begrenzter Größe die Positionen einzelner Abgeordneter signalisieren (Stecker 2011). Namentliche Abstimmungen entsprechen also nicht der Gesamtheit der Abstimmungen. Die namentlichen Abstimmungen sind dennoch die beste Annäherung an das Abstimmungsverhalten in der Gesamtheit der Abstimmungen, die zur Verfügung steht. In Australien kann in allen Staaten sehr leicht eine namentliche Abstimmung beantragt werden, sodass zumindest kein weiterer Bias durch hohe Hürden entsteht.³⁵

3.2.1.1.3 Gewichteter Rice-Index

Darüber hinaus könnte es auch sein, dass besonders knappe Abstimmungen häufiger namentlich durchgeführt werden als andere. In diesen Abstimmungen hat die Parteigeschlossenheit auch eine besondere Bedeutung. Um den Einfluss unterschiedlich knapper Abstimmungen zu berücksichtigen, nutze ich den gewichteten Rice-Index WRice, bei

³⁵ In New South Wales und dem C.o.Australia können je zwei Abgeordnete der unterlegenen Abstimmungsseite eine namentliche Abstimmung („Division“) beantragen. In allen anderen Staaten reicht eine Abgeordnete.

dem Abstimmungen umso stärker gewichtet werden, je enger sie ausgehen. Ich errechne den gewichten Rice-Index $WRice$ für Partei i über einen Zeitraum (beispielsweise Legislaturperioden oder Jahre) nach Carey (2007: 97):

$$Wrice_i = \sum(Rice_{ij} * Close_j) / \sum Close_j$$

mit der Knappheit $Close$ für die Abstimmung j :

$$Close_j = 1 - (1/Threshold * |Threshold - \%Aye_j|)$$

Der $Threshold$ bezeichnet dabei den Anteil (in Prozent), ab dem eine Abstimmung gewonnen würde und $\%Aye_j$ den Anteil an Zustimmung bei der jeweiligen Abstimmung.

3.2.1.1.4 Kleine-Parteien-Bias

Die Geschlossenheitswerte kleiner Parteien werden überschätzt (Desposato 2005). Zur Verdeutlichung kann man sich Münzen vorstellen, die geworfen werden: bei wenigen Münzen ist die Wahrscheinlichkeit deutlich höher, dass sie zufällig gleich fallen, als bei vielen Münzen (Carey 2009). Carey (2009) und Coman (2015) nutzen auf Basis der Überlegungen von Desposato (2005) einen Korrektur-Term, der von den Rice-Werten abgezogen wird. Um die Vergleichbarkeit mit den Daten von Coman (2015) zu gewährleisten, ziehe ich die Korrektur-Term vom gewichteten Rice-Wert ab und nicht bereits vor der Gewichtung von den ursprünglichen Rice-Werten. Der Korrekturterm ist dabei der durchschnittliche Anteil von abstimmenden Abgeordneten der jeweiligen Partei, die gegen die Parteilinie stimmen, über den jeweiligen Berechnungszeitraum (beispielsweise Legislaturperioden oder Jahre). Da der Bias für sehr geschlossen agierende Parteien kaum ins Gewicht fällt (Desposato 2005), verändert auch die Korrektur die Werte kaum.³⁶

Die Errechnung der korrigierten Rice-Werte $ADJRice$ einer Partei erfolgt nach (Coman 2015: 386)

$$ADJRice = Rice - RiceDEVIANCE$$

mit

$$RiceDEVIANCE = D_i / N_i$$

³⁶ Im Schnitt über alle Parteien in allen Legislaturperioden und Kammern liegt der Korrekturterm bei 0,13 Prozentpunkten mit einer Standardabweichung von 0,35 Prozentpunkten. In nur vier der 248 Fälle ist der Korrekturterm größer als ein Prozentpunkt. Zwei dieser Fälle – auch das Maximum von 3,4 Prozentpunkten – sind aus dem Council von Tasmania.

mit N_i als der Anzahl Mitglieder der jeweiligen Partei und dem Discount-Faktor D_i als

$$D_i = \sum D_{ij} / \text{NUMVotes}$$

wobei D_{ij} für den Anteil der Abweichungen steht, in der Partei i bei der Abstimmung j und NUMVotes für die Anzahl der Abstimmungen, an denen die jeweilige Partei im jeweiligen Untersuchungszeitraum teilgenommen hat.

3.2.1.1.5 Agreement Index/ Enthaltungen

Ein weiteres gravierendes Problem bei der Nutzung des Rice-Index ist der Umgang mit fehlenden Abstimmungen, also Enthaltungen und Abwesenheit. Carey nutzt teilweise einen Unity-Index, bei dem die Enthaltungen einem Votum gegen die Partei entsprechen (Carey 2009). In der Literatur wird außerdem häufig der Agreement-Index genutzt (beispielsweise Hix, Noury & Roland 2005, Stecker 2015). Dieser entspricht ungefähr dem Unity-Index von Carey, lässt aber die Möglichkeit zu, dass die Enthaltungen die tatsächliche Parteilinie darstellen und somit sowohl Zustimmung als auch Ablehnung in der Abstimmung als Abweichung von der Parteilinie gewertet werden.

Ich lasse Enthaltungen und Abwesenheit außen vor, da die Codierung auf Basis der Parlamentsprotokolle nicht eindeutig ist. Zudem gibt es häufig „Pairs“ in Abstimmungen. Dabei finden sich üblicherweise zwei Abgeordnete verschiedener Parteien zusammen, die sonst gegeneinander stimmen würden. Auch wenn diese Abgeordneten nicht direkt abstimmen, entsprechen sie also wahrscheinlich der Parteilinie. Eindeutig zuzuordnen sind diese Abstimmungen aber nicht. Es ist auch wahrscheinlich, dass Abstimmungsergebnisse vorhersehbar sind und abwesende Abgeordnete im Falle knapper Entscheidungen auftauchen würden. Zudem lässt auch Coman (2015), der meines Wissens nach den umfangreichsten Datensatz zur Parteigeschlossenheit in unterschiedlichen Regierungssystemen vorgelegt hat, die Enthaltungen außen vor und mit dessen Werten werde ich die australischen Werte vergleichen.

3.2.1.1.6 Freie Abstimmungen

Problematisch bei der Analyse von Geschlossenheitswerten sind auch Abstimmungen, bei denen der Fraktionszwang aufgehoben ist. Das betrifft häufig ethische Fragen wie Sterbehilfe oder Abtreibung. Einige Autor:innen entfernen diese Abstimmungen aus dem Datensatz (Sieberer 2006). Das ist besonders dann sinnvoll, wenn es um die Messung von Disziplin geht, während es für die Messung der Kohäsion nicht zwangsläufig die richtige Entscheidung ist

(Owens 2003). Ich untersuche die Geschlossenheit der Parteien ohne Unterscheidung dieser beiden Aspekte. Zudem könnte die Parteiführung auch dann den Fraktionszwang aufheben um eine Niederlage zu vermeiden, wenn sie weiß, dass die Partei sehr gespalten ist (Owens 2003). In meinem Datensatz bleiben diese Abstimmungen daher enthalten. Das ist einerseits zwar dem Umfang meiner Datensammlung und dem Fehlen eines im Rahmen meiner Möglichkeiten automatisierbaren Auffindens aller dieser Abstimmungen geschuldet. Andererseits senken diese Abstimmungen die Geschlossenheitswerte eher, sodass das Beibehalten aller Abstimmungen das konservative Vorgehen darstellt, da so die Geschlossenheitswerte im Semi-Parlamentarismus im Vergleich zu anderen Systemen eher unterschätzt als überschätzt werden.

3.3 Internationaler Vergleich

In diesem Abschnitt vergleiche ich die von mir gefundenen Geschlossenheitswerte der australischen Staaten mit den Geschlossenheitswerten anderer Systeme aus dem Datensatz von Coman (2015). Ich überprüfe so die Hypothesen H.3.2a-H.3.4, dass die semi-parlamentarischen Parteien vor allem im Council weniger geschlossen sind als in der Assembly und somit weniger geschlossen als parlamentarische Parteien aber geschlossener als präsidentielle Parteien. Wie Coman (2015) nutze ich den gewichteten Rice-Index WRice, der für kleine Parteien korrigiert wurde. Die Werte der einzelnen Legislaturperioden sind die Mittelwerte der WRice-Werte der Parteien und der Gesamtwert eines Staates ist der Mittelwert über alle Legislaturperioden.

Die Parteien des House des C.o.Australia erreichen erwartungsgemäß sehr hohe Geschlossenheitswerte (Tabelle 3-1). Tatsächlich agierten die Parteien des House in meinem Beobachtungszeitraum noch etwas geschlossener als in der Literatur berichtet (Carey 2007, 2009, Coman 2015, Sieberer 2006). Den Hypothesen entsprechend sind die semi-parlamentarischen Parteien auch in den zweiten Kammern geschlossener als die präsidentiellen Parteien. Mit Ausnahme beider Kammern von Tasmania weisen in allen semi-parlamentarischen Staaten beide Kammern höhere Geschlossenheitswerte auf als alle präsidentiellen Staaten. Wenig überraschend und in Einklang mit den Hypothesen erreichen die semi-parlamentarischen Parteien in den ersten Kammern ebenfalls sehr hohe Geschlossenheitswerte. Überraschend ist allerdings, dass die beiden Kammern der semi-parlamentarischen Staaten so häufig so eng beieinander liegen. Überraschend ist auch, dass die Mittelwerte der semi-parlamentarischen Staaten in beiden Kammern etwas über den Mittelwerten der parlamentarischen Staaten liegen. Inwiefern diese geringen Unterschiede allgemeingültig sind, bleibt angesichts der begrenzten Fallauswahl dahingestellt. Deutlich

Table 3-1: Parteilichkeit (WRice) im internationalen Systemvergleich

Land	Parlamentarismus	Semi-Präsidentialismus	Präsidentialismus	Semi-Parlamentarismus (erste Kammer)	Semi-Parlamentarismus (zweite Kammer)
Australien (HOR)				100%	
Victoria (vor Reform) (LA/LC)				100%	100%
Australien (SEN)					99%
Belgien	99%				
Dänemark	99%				
New South Wales (LA)				99%	
Niederlande	99%				
Schweden	99%				
Deutschland	98%				
Estland	98%				
Slowakei	98%				
Victoria (LA)				98%	
Western Australia (LA/LC)				98%	98%
Queensland	97%				
Ungarn	97%				
Vereinigtes Königreich	97%				
Frankreich		96%			
Neuseeland	96%				
New South Wales (LC)					96%
Victoria					96%
Finnland		95%			
Polen		95%			
South Australia (LC/LA)				94%	95%
Slowenien		93%			
Ecuador			92%		
Tschechien	92%				
Griechenland	91%				
Lettland	91%				
Mexiko			91%		
Italien	90%				
Tasmania (LA/LC)				90%	89%
Kanada	87%				
Litauen	87%				
Chile			85%		
Rumänien		84%			
USA			84%		
Brasilien			80%		
Argentinien			76%		
Uruguay			76%		
Peru			70%		
Philippinen			66%		
Gesamt	95%	93%	80%	97%	96%

Quelle für australische Werte: Eigene Erhebung

Quelle für andere Werte: Coman (2015): Israel, Schweiz und Australien entfernt

erkennbar sind aber die geringeren Geschlossenheitswerte in präsidentiellen Staaten im Vergleich zu allen anderen Systemen.³⁷

3.4 Detailanalyse der Parteigeschlossenheit in den australischen Staaten

In diesem Abschnitt untersuche ich die Geschlossenheitswerte der jeweiligen Parteien in den einzelnen Staaten. Der Fokus dabei liegt auf den Unterschieden zwischen den beiden Kammern, insbesondere auch für die Regierungsparteien. Nach der Hypothesen H.2a und H2.b sollten die Parteien in den zweiten Kammern weniger geschlossen sein als in den ersten Kammern, auch wenn das bei den aggregierten Werten aus (Tabelle 3-1) nicht so scheint. Hier untersuche ich die australischen Staaten noch einmal detaillierter und konzentriere mich dabei in erster Linie auf die potenziellen Premier-Parteien, also Labor und die Coalition/die Liberals. Zudem untersuche ich, ob die Parteien in ihrer Regierungszeit geschlossener agieren als in der Oppositionszeit und inwiefern sich dies zwischen den Kammern unterscheidet.

In einem ersten Schritt berichte ich daher jeweils die durchschnittlichen Geschlossenheitswerte aller Parteien beider Kammern. Im nächsten Schritt habe ich die Geschlossenheitswerte in Anlehnung an Kam (2009) graphisch aufbereitet, sodass die Muster zwischen den Kammern und zwischen Zeiten der Regierung mit Zeiten der Opposition verglichen werden können. Die Daten sind nach Jahren aufgeschlüsselt, um einzelne Phasen besser unterscheiden zu können. In den jeweiligen Grafiken sind folgende Werte aufgetragen:

- Die Häufigkeit (Frequency) der Abweichungen: Anteil der Abstimmungen mit abweichendem Verhalten (durchgezogene Linie).
- Das Ausmaß (Extent) der Abweichungen: Anteil der Abgeordneten, die in dem jeweiligen Jahr mindestens einmal von der Parteilinie abweichend gestimmt haben. Gezählt werden dabei alle Abgeordneten, die in dem jeweiligen Jahr Teil der Fraktion waren, auch wenn sie im Laufe des Jahres der Fraktion beitraten oder sie verließen (gestrichelte Linie).
- Die Tiefe (Depth) der Abweichungen: die durchschnittliche Abweichung pro Abstimmung im jeweiligen Jahr (durchgezogene Linie mit Kreuzen).

³⁷ Israel und die Schweiz als Vertreter des Direktwahl-Parlamentarismus und des versammlungsunabhängigen Systems sind hier außen vor geblieben sind. Beide haben im Datensatz von Coman (2015) deutlich niedrigere Geschlossenheitsraten.

Tabelle 3-2: Parteigeschlossenheit (WRice) im C.o.Australia

	ALP	Coalition	GRN	AD
	Labor	Coalition	Greens	Democrats
Assembly	99,8%	99,5%		
Council	99,2%	98,7%	99,9%	98,8%

Mittelwerte über die nach Dauer gewichteten Legislaturperioden

Quelle: Eigene Zusammenstellung

- Der gewichtete Rice-Index WRice: die Differenz des Anteils von zustimmenden und ablehnenden Abgeordneten gewichtet nach der Knappheit der Abstimmung (durchgezogene Linie mit Punkten).

Um den Rice-Index einer Partei in einer Abstimmung zu bestimmen, muss die Partei mindestens zwei Sitze, um die anderen Werte zu bestimmen, mindestens drei Sitze in der jeweiligen Kammer zum Zeitpunkt der jeweiligen Abstimmung haben. Das trifft aber auf die potenziellen Premier-Parteien in allen Kammern außer dem Council von Tasmania zu.

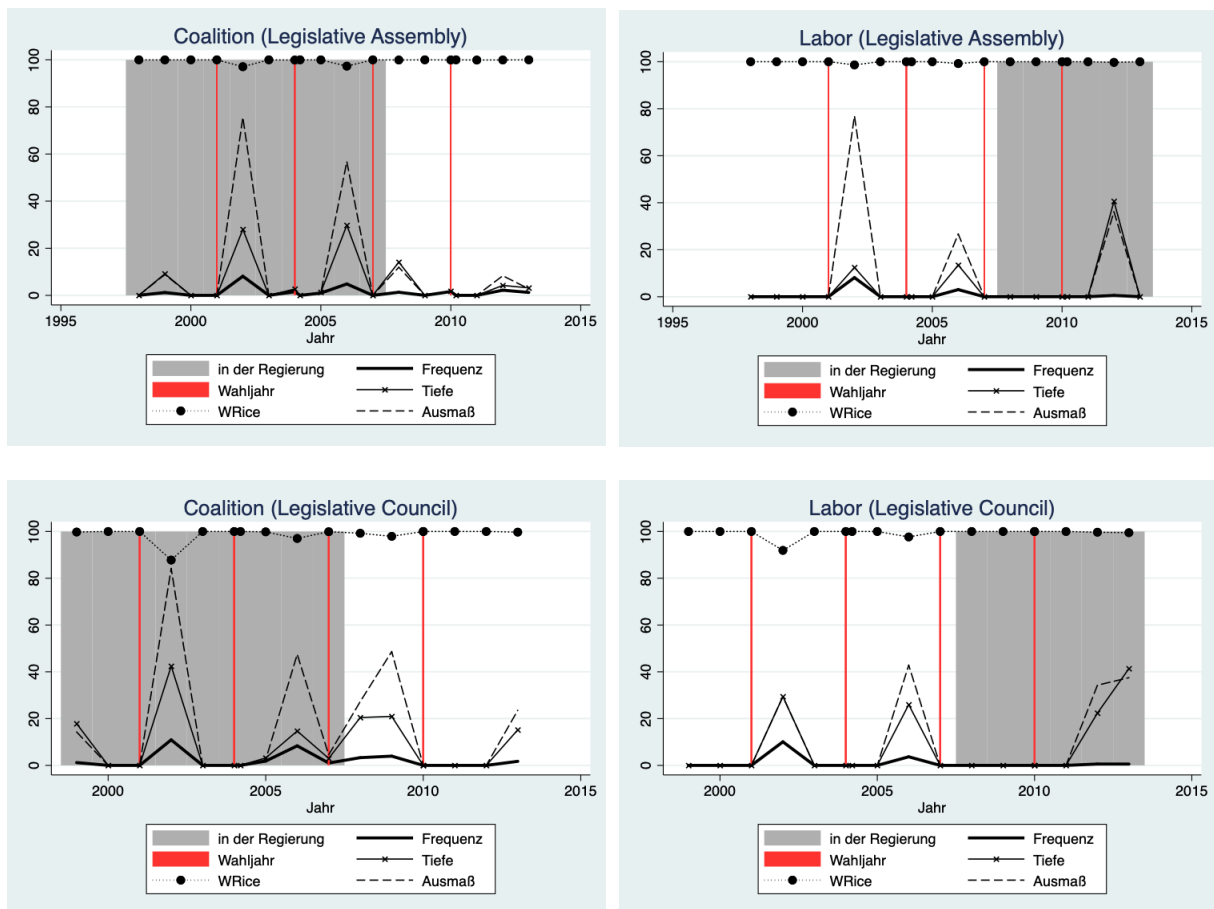
3.4.1 C.o.Australia

Im C.o.Australia erreichen alle Parteien sehr hohe Geschlossenheitswerte von knapp 99% oder höher. Für die beiden Parteien, die in beiden Kammern vertreten sind, liegen die Werte im House allerdings noch etwas höher als im Senate (Tabelle 3-2).

In zwei der fünf Legislaturperioden im Beobachtungszeitraum stellt Labor die Regierung, in den anderen drei Perioden die Coalition. Im House ist der Unterschied zwischen Regierung und Opposition nicht eindeutig zu erkennen. Beide Parteien haben auch in ihrer Regierungszeit einzelne Jahre, in denen die Abweichungen sehr hoch sind. Das gleiche gilt auch für den Council. Die Coalition scheint hier sogar eher geschlossener zu agieren, wenn sie in der Opposition ist (Abbildung 3-1).

Es gibt auch darüber hinaus große Ähnlichkeiten zwischen den beiden Kammern für beide Parteien. Die Parteigeschlossenheit der einzelnen Parteien entspricht im Senate ungefähr denen im House, allerdings sind Abweichungen, wenn sie vorkommen, deutlicher ausgeprägt – insbesondere der gewichtete Rice-Index WRice zeigt zeitgleiche Ausschläge in beiden Kammern, aber im Senate fallen sie deutlich stärker aus. Fast alle Abweichungen betreffen nur einzelne Jahre in den Legislaturperioden, nicht die gesamte Legislaturperiode. Der gewichtete

Abbildung 3-1: Abweichungen im Abstimmungsverhalten im C.o.Australia



Quelle: Eigene Zusammenstellung

Rice-Index WRice befindet sich trotz aller Abweichungen immer nahe 100%. Nur in den Jahren 2002 und 2006 fällt er für beide Parteien in beiden Kammern ab, wobei der Abfall im Jahr 2002 insbesondere im Senate deutlich stärker ist. Der erste Abfall hat möglicherweise mit dem veränderten Mehrheitsstatus im Laufe der Legislaturperiode zu tun. Die Wahlen fanden am 10.11.2001 statt und der Senate wurde dem Wahlergebnis entsprechend erst am 30.07.2002 neu besetzt. Vor der Neubesetzung kontrollierte die Opposition den Median des Senate, nach der Neubesetzung die Regierung. Die Abweichungen fanden aber alle nach dem 30.07.2002 statt. Für das Jahr 2006 gibt es keine derartige Erklärung. Seit der Neubesetzung des Senates am 30.07.2005 bis zum Ende der Legislaturperiode am 23.11.2007 kontrollierte die Coalition-Regierung die Mehrheit in beiden Kammern. Von den 100 Abstimmungsentscheidungen in den beiden Jahren mit Abweichungen entscheiden 22 über zweite oder dritte Lesungen von Gesetzen (es gibt Dopplungen über die beiden Parteien). Abstimmungen zu zweiten oder dritten Lesungen habe ich konkreten Gesetzen zugeordnet. Von diesen 22 Abstimmungen beschäftigen

Tabelle 3-3: Parteigeschlossenheit (WRice) in New South Wales

	ALP	Coalition	GRN	SFP	CDP
	Labor	Coalition	Greens	Shooters and Fishers	Christian-Democrats
Assembly	99,7%	99,4%	97,4%		
Council	99,2%	98,6%	99,0%	83,5%	95,2%

Mittelwerte über die nach Dauer gewichteten Legislaturperioden

Quelle: Eigene Zusammenstellung

sich wiederum 20 mit diesen drei Gesetzen, für die der Fraktionszwang auf Grund der ethischen Relevanz wahrscheinlich aufgehoben war:

- Prohibition of Human Cloning for Reproduction and the Regulation of Human Embryo Research Amendment 2006
- Research Involving Embryos 2002
- Therapeutic Goods Amendment (Repeal of Ministerial responsibility for approval of RU486) 2005³⁸

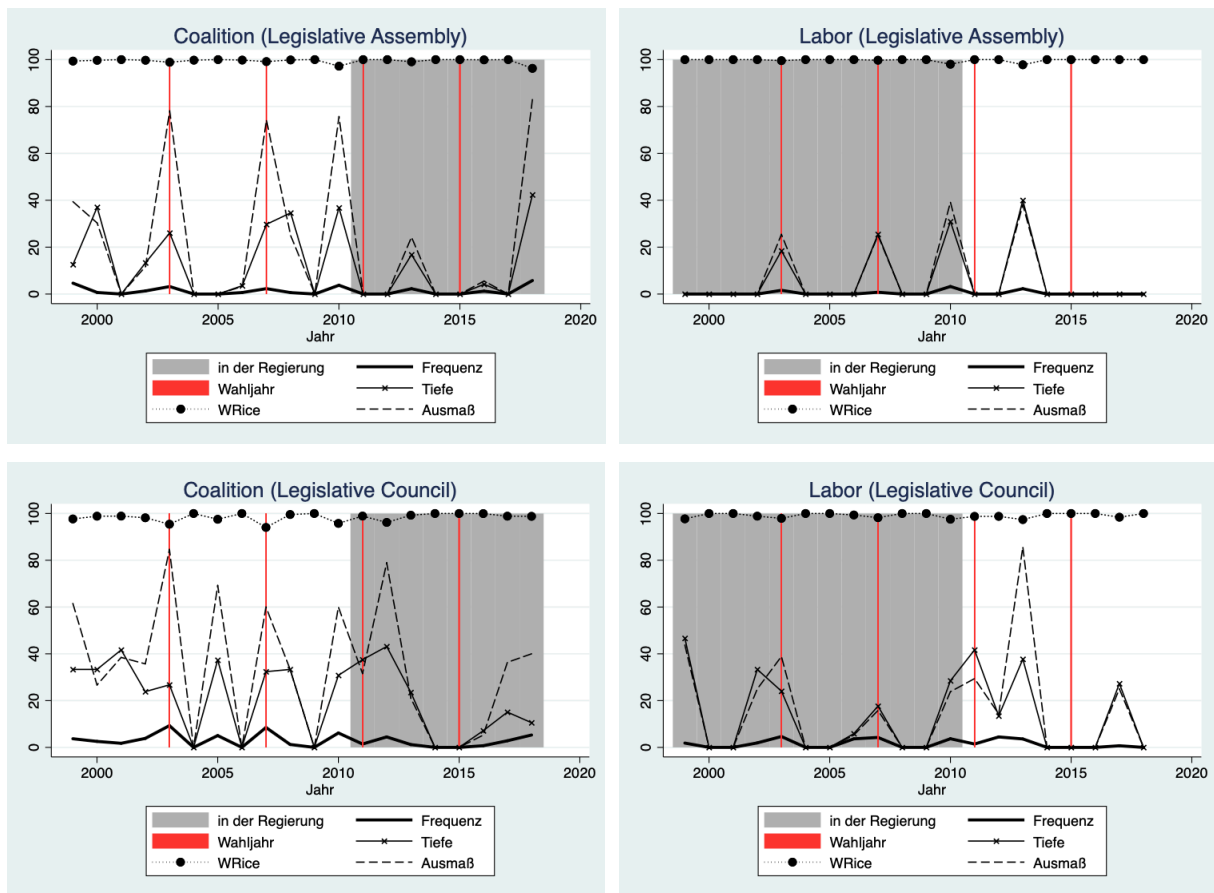
3.4.2 New South Wales

In New South Wales erreichen fast alle Parteien sehr hohe Geschlossenheitswerte. Insbesondere die beiden großen Parteien in beiden Kammern, aber auch die Greens im Council erreichen Geschlossenheitswerte von knapp 99 Prozent und höher. In der Assembly liegt die Geschlossenheit der Greens etwas darunter. Auch die beiden Parteien, die ausschließlich im Council vertreten sind, haben niedrigere Werte (Tabelle 3-3).

In den ersten drei der fünf Legislaturperioden im Datensatz stellt Labor die Regierung, in den anderen beiden die Coalition. In der Assembly sind keine eindeutigen Unterschiede zwischen der Regierungs- und der Oppositionszeit erkennbar (Abbildung 3-2). In allen drei Regierungsjahren gibt es Abstimmungen mit deutlichen Abweichungen innerhalb der Laborfraktion. In den Perioden in der Opposition ist die Abweichung einmal stärker, einmal gibt es keine Abweichungen. Die Coalition scheint in der Assembly in der Opposition deutlich regelmäßiger Abweichungen in Kauf nehmen zu müssen als in der Regierungszeit. Es gibt Ähnlichkeiten zwischen den Abweichungsmustern in beiden Kammern, aber im Council sind

³⁸ RU486 ist eine Abtreibungspille.

Abbildung 3-2: Abweichungen im Abstimmungsverhalten in New South Wales



Quelle: Eigene Zusammenstellung

die Abweichungen deutlich stärker und häufiger. Hier scheint es insbesondere bei der Coalition in der Regierungszeit weniger stark zu Abweichungen zu kommen als in der Oppositionszeit.

3.4.3 Queensland

Im unikameralen Queensland ist die Parteigeschlossenheit bei den beiden großen Blöcken sehr hoch, wobei Liberals und Nationals sowohl gemeinsam in der Coalition und später in der Liberal National Party ähnlich geschlossen sind wie einzeln. Katter's Australian Party liegt mit einem Geschlossenheitswert von knapp 73% deutlich niedriger, die anderen beiden kleineren Parteien liegen niedriger als die großen aber noch deutlich über einem Geschlossenheitswert von 90% (Tabelle 3-4). Labor stellt in allen Legislaturperioden bis auf eine die Regierung. In allen Legislaturperioden agiert Labor sehr geschlossen. Die Legislaturperiode in der Opposition gehört zu den am stärksten gespaltenen. Für die Coalition ist das andersherum. Bis auf eine Phase um die Wahl 2004 agiert sie sehr geschlossen, wobei die Legislaturperiode, in der sie die

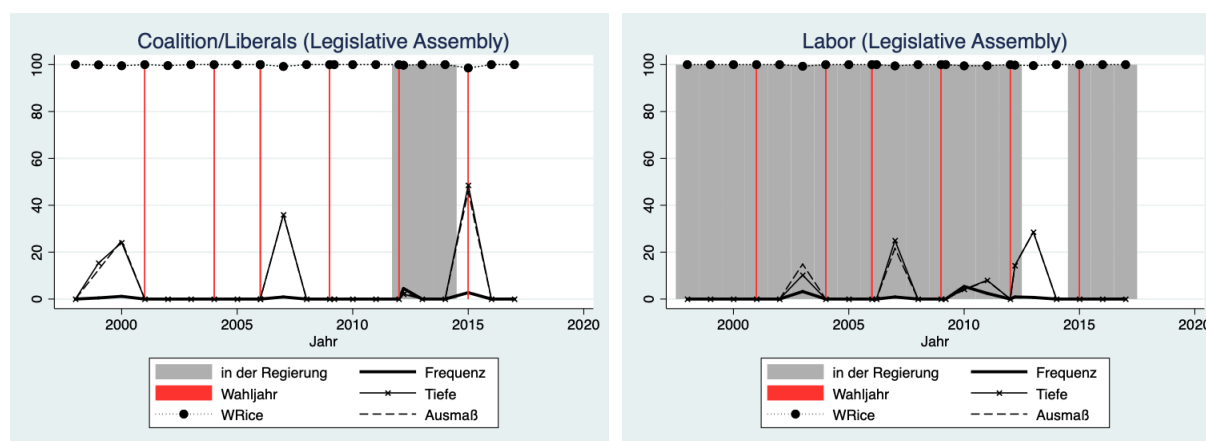
Tabelle 3-4: Parteigeschlossenheit (WRice) in Queensland

	ALP	LNP	LP	NP	ONE	KAP	PUP
	Labor	Liberal Nationals	Liberals	Nationals	One Nation	Katter's Party	Palmer United
Assembly	99,9%	99,8%	99,9%	99,5%	96,7%%	72,7%	94,4%

Mittelwerte über die nach Dauer gewichteten Legislaturperioden

Quelle: Eigene Zusammenstellung

Abbildung 3-3: Abweichungen im Abstimmungsverhalten in Queensland



In den Legislaturperioden 2001-2004 und 2004-2006 sind nur die Liberals aufgetragen.

Quelle: Eigene Zusammenstellung

Regierung stellt, zu den am stärksten geschlossenen gehört. In Queensland scheint es also einen Zusammenhang zu geben zwischen der Regierungsbeteiligung und geschlossenem Abstimmungsverhalten (Abbildung 3-3).

3.4.4 South Australia

Nur Labor und die Liberals sind im Untersuchungszeitraum mit mindestens zwei Abgeordneten in der Assembly vertreten. Beide Parteien sind im Council noch etwas geschlossener als in der Assembly. Im Council sind fast alle kleineren Parteien – mit der Ausnahme des Nick Xenophon Teams – noch geschlossener als die großen Parteien (Tabelle 3-5).

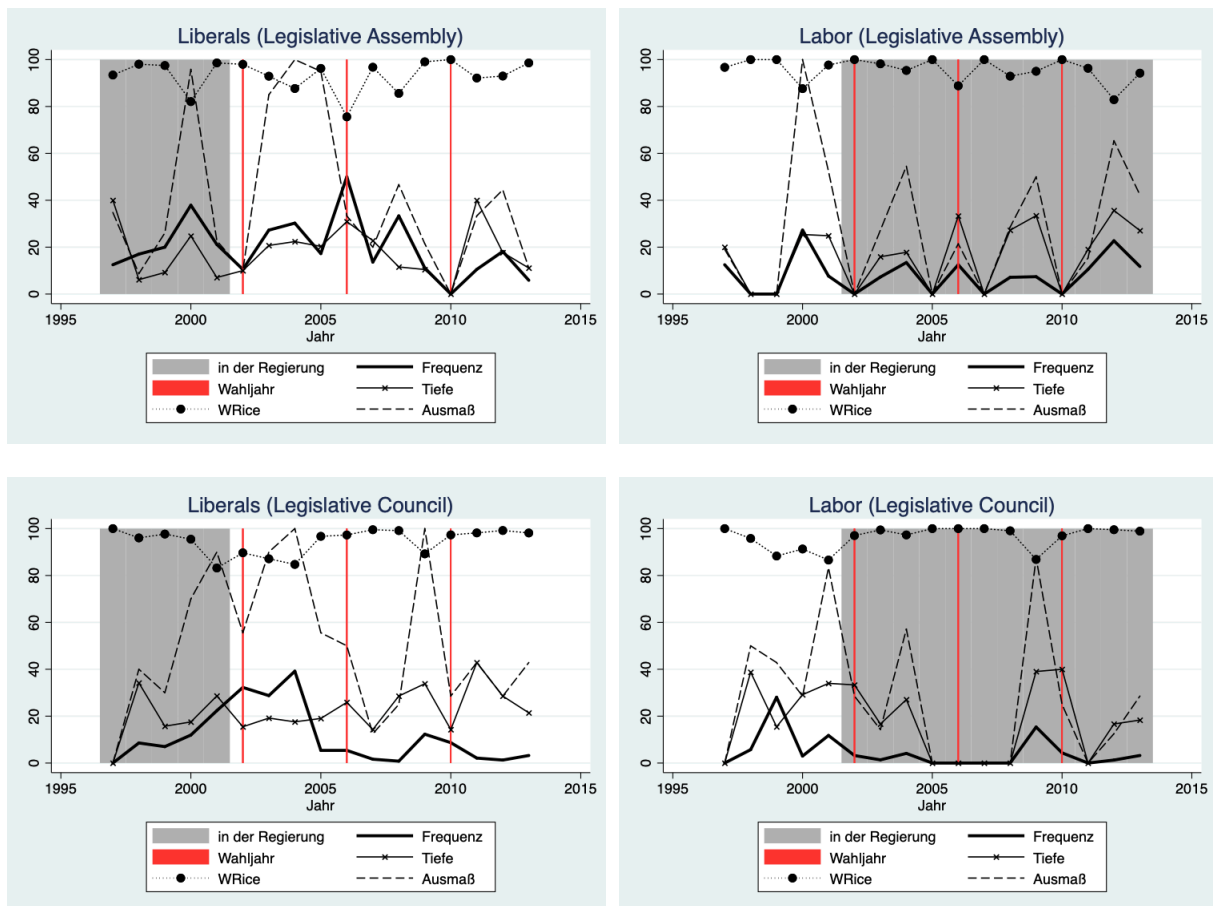
Table 3-5: Parteiloyalität (WRice) in South Australia

	ALP Labor	LP Liberals	GRN Greens	AD Democrats	FFP Family First	NXT Nick Xenophon Team
Assembly	95,3%	93,2%				
Council	95,9%	94,4%	99,5%	97,1%	96,6%	83,6%

Mittelwerte über die nach Dauer gewichteten Legislaturperioden

Quelle: Eigene Zusammenstellung

Abbildung 3-4: Abweichungen im Abstimmungsverhalten in South Australia



Quelle: Eigene Zusammenstellung

Labor stellt die Regierung in drei der vier Legislaturperioden im Beobachtungszeitraum. In der Assembly gibt es bei beiden Parteien in allen Legislaturperioden starke und häufige Abweichungen. Es scheint keinen eindeutigen Unterschied zwischen der jeweiligen Regierungs- und der Oppositionszeit zu geben (Abbildung 3-4). Im Council gibt es ebenfalls sehr starke und häufige Abweichungen. Es scheint eine Ähnlichkeit zwischen beiden Kammern zu geben, aber die vielen Ausschläge erschweren den Vergleich. Die Parteien scheinen im Council nicht systematisch weniger geschlossen zu agieren als in der Assembly. Insbesondere

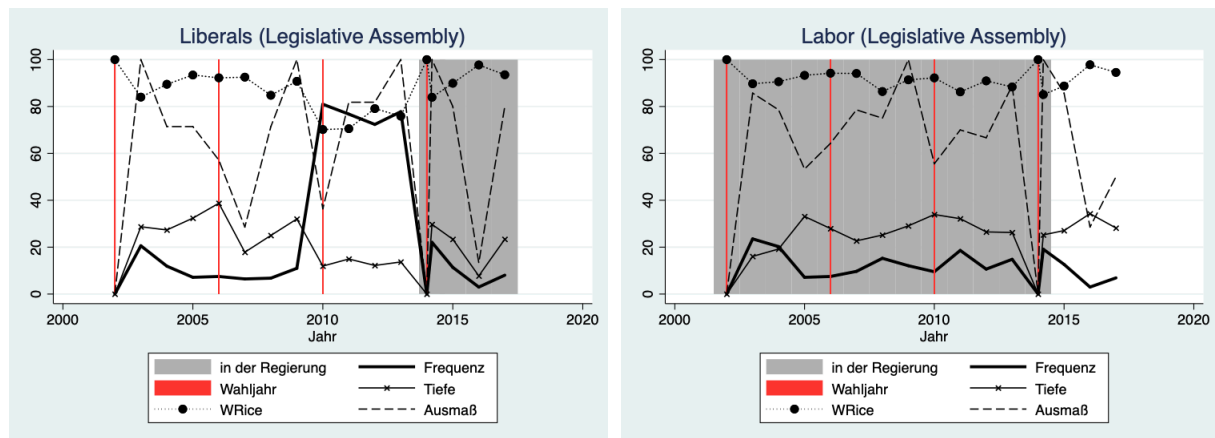
Tabelle 3-6: Parteigeschlossenheit (WRice) in Tasmania

	ALP	LP	GRN
	Labor	Liberals	Greens
Assembly	90,9%	86,5%	91,4%
Council	90,9%	89,4%	

Mittelwerte über die nach Dauer gewichteten Legislaturperioden

Quelle: Eigene Zusammenstellung

Abbildung 3-5: Abweichungen im Abstimmungsverhalten in Tasmania



Quelle: Eigene Zusammenstellung

bei den Liberals ist der gewichtete Rice-Index oft niedriger in der Assembly als im Council.

3.4.5 Tasmania

Die im Vergleich zu den anderen semi-parlamentarischen Staaten umgekehrte Nutzung von Mehrheits- und Verhältniswahl sorgt in Tasmania für mehr Parteien in der Assembly als im Council. Diese sind mit WRice-Werten von weniger als 92% eher weniger geschlossen als in anderen Staaten. Labor agiert in beiden Kammern ungefähr gleich geschlossen, die Liberals sind geschlossener im Council. Die Greens sind in Tasmania die am stärksten geschlossene Partei (Tabelle 3-6). Im Council kontrollieren auch die beiden großen Parteien gemeinsam nie mehr als fünf der insgesamt fünfzehn Sitze. Die verschiedenen Werte sind daher wenig aussagekräftig und ich zeige nur die Daten aus der Assembly. Im Großteil der Zeit stellt Labor die Premierminister:in. Bei Labor ist kaum ein Unterschied zwischen der Regierungszeit und der einen Legislaturperiode in der Opposition zu erkennen – die Geschlossenheitswerte sind eher niedriger als in anderen Staaten. Es gibt Jahre, in denen alle Abgeordneten mindestens

Tabelle 3-7: Parteigeschlossenheit (WRice) in Victoria vor der Reform

	ALP	LP	NP
	Labor	Liberals	Nationals
Assembly	100,0%	99,8%	99,9%
Council	100,0%	99,7%	99,6%

Mittelwerte über die nach Dauer gewichteten Legislaturperioden

Quelle: Eigene Zusammenstellung

einmal abgewichen sind. Der WRice-Index ist fast durchgängig deutlich niedriger als 100%. Das gleiche gilt für die Liberals. Allerdings scheinen sie etwas geschlossener in der Regierungszeit zu sein als in der Oppositionszeit (Abbildung 3-5).

3.4.6 Victoria vor der Reform

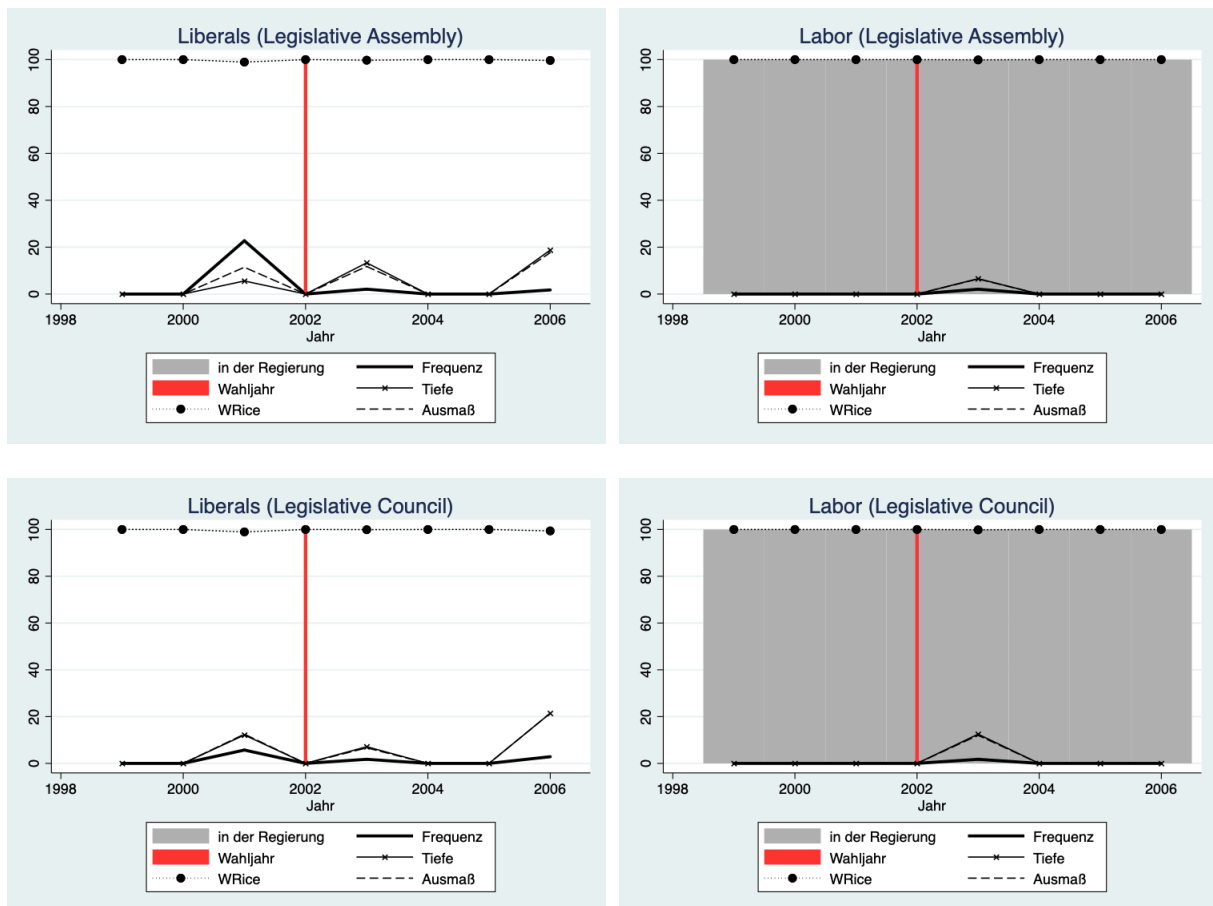
Vor der Reform gibt es in Victoria in beiden Kammern ein Mehrheitswahlssystem und daraus folgend ein sehr ähnliches Parteiensystem in beiden Kammern. Nach dem Bruch der Coalition 1999 sind so neben Labor auch Liberals und Nationals als getrennte Partei vertreten. Alle drei Parteien agieren sehr geschlossen mit Werten deutlich über 99% (Tabelle 3-7). Labor erreicht in beiden Kammern sogar eine Geschlossenheit von 100,0% (gerundet).

In beiden Legislaturperioden regiert Labor. Lediglich im Jahr 2003 gibt es etwas Dissens, der sich dann in beiden Kammern niederschlägt, im Council aber etwas höher ausfällt. Auch für die Liberals ähneln sich die Muster beider Kammern deutlich. Es gibt in beiden Legislaturperioden Dissens, aber insgesamt befindet sich die Geschlossenheit auf einem sehr hohen Niveau (Abbildung 3-6).

3.4.7 Victoria

Die Reform des Council und seines Wahlsystems führt zu mehr Parteien im Council. Liberals und Nationals zähle ich seit der Wahl vom 27.11.2010 wieder als Coalition. Die Coalition erreicht dann höhere Geschlossenheitswerte als vorher die Liberals und Nationals einzeln. Insbesondere die Liberals hatten mit Werten zwischen 91,0% und 91,6% eine deutlich niedrigere Geschlossenheit gezeigt als die anderen Parteien. Für die Liberals entspricht die Geschlossenheit beide Kammern einander, wobei sie im Council etwas höher liegt. Für alle anderen Parteien sind die Werte im Council etwas niedriger als in der Assembly. Die Greens sind sehr geschlossen, wobei sie im Council etwas weniger geschlossen sind. Die Shooters and

Abbildung 3-6: Abweichungen im Abstimmungsverhalten in Victoria vor der Reform



Quelle: Eigene Zusammenstellung

Fishers sind nur im Council vertreten und gehören mit einem Geschlossenheitswert von 92,9% zu den am wenigsten geschlossenen Parteien in Victoria (Tabelle 3-8).

In zwei der drei Legislaturperioden im Beobachtungszeitraum aus Victoria nach der Reform regiert Labor. Nur in diesen beiden Phasen gibt es in der Labor-Fraktion der Assembly Abweichungen. Im Council gibt es in allen drei Legislaturperioden einige Abweichungen. Diese fallen in der Regierungszeit aber etwas höher aus.

Die Liberals existieren nur noch eine Legislaturperiode nach der Reform als eigenständige Partei und befinden sich in dieser Zeit in der Opposition. In der Assembly ist erkennbar, dass es besonders am Anfang Konflikte gibt, die sich zum Ende der Legislaturperiode beruhigen. Im Council ist dieses Muster nicht so eindeutig und es gibt im gesamten Zeitraum Abweichungen. Die Coalition regiert in der ersten Legislaturperiode nach ihrem Wiederentstehen. In dieser Zeit agiert sie in der Assembly äußerst geschlossen und deutlich geschlossener als in der darauffolgende Oppositionszeit. Im Council ähneln sich die Geschlossenheitswerte der Coalition dagegen in beiden Legislaturperioden, wobei es in der Regierungszeit weniger häufig

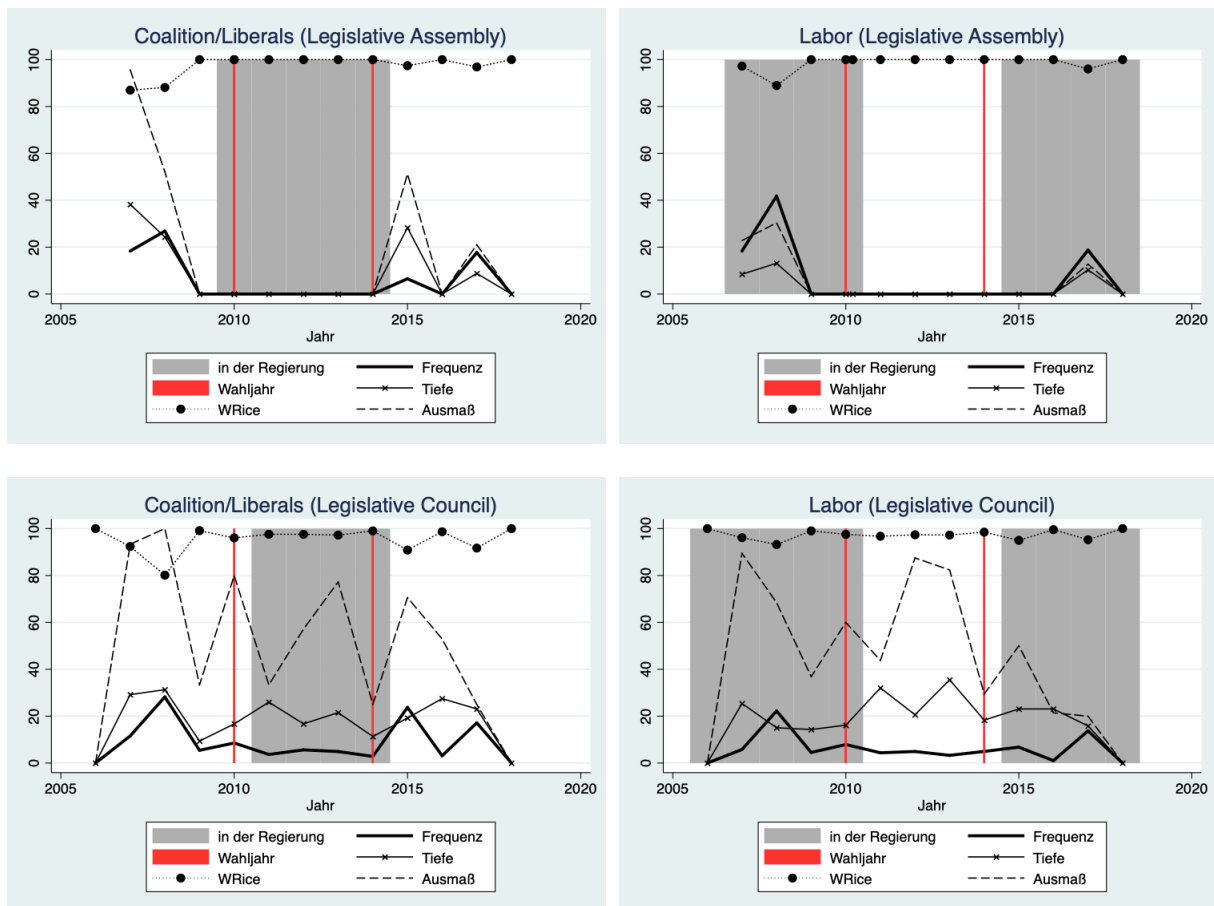
Tabelle 3-8: Parteigeschlossenheit (WRice) in Victoria

	ALP Labor	Coalition Coalition	LP Liberals	NP Nationals	GRN Greens	SFP Shooters and Fishers
Assembly	97,7%	99,2%	91,0%	97,9%	99,1%	
Council	97,1%	96,7%	91,6%	95,2%	97,2%	92,9%

Mittelwerte über die nach Dauer gewichteten Legislaturperioden

Quelle: Eigene Zusammenstellung

Abbildung 3-7: Abweichungen im Abstimmungsverhalten in Victoria



In der Legislaturperiode 2006-2010 sind nur die Liberals aufgetragen.

Quelle: Eigene Zusammenstellung

zu nicht geschlossenen Abstimmungen kommt; und so liegt auch der WRice-Index dort höher (Abbildung 3-7).

Tabelle 3-9: Parteigeschlossenheit (WRice) in Western Australia

	ALP	Coalition	LP	NP	GRN	SFP	AD	ONE	NCP
	Labor	Coalition	Liberals	Nationals	Greens	Shooters and Fishers	Democrats	One Nation	National Country Party
Assembly	97,6%	96,9%	98,9%	98,4%					
Council	99,0%	98,7%	98,7%	96,3%	97,7%	81,6%	100,0%	98,0%	98,3%

Mittelwerte über die nach Dauer gewichteten Legislaturperioden

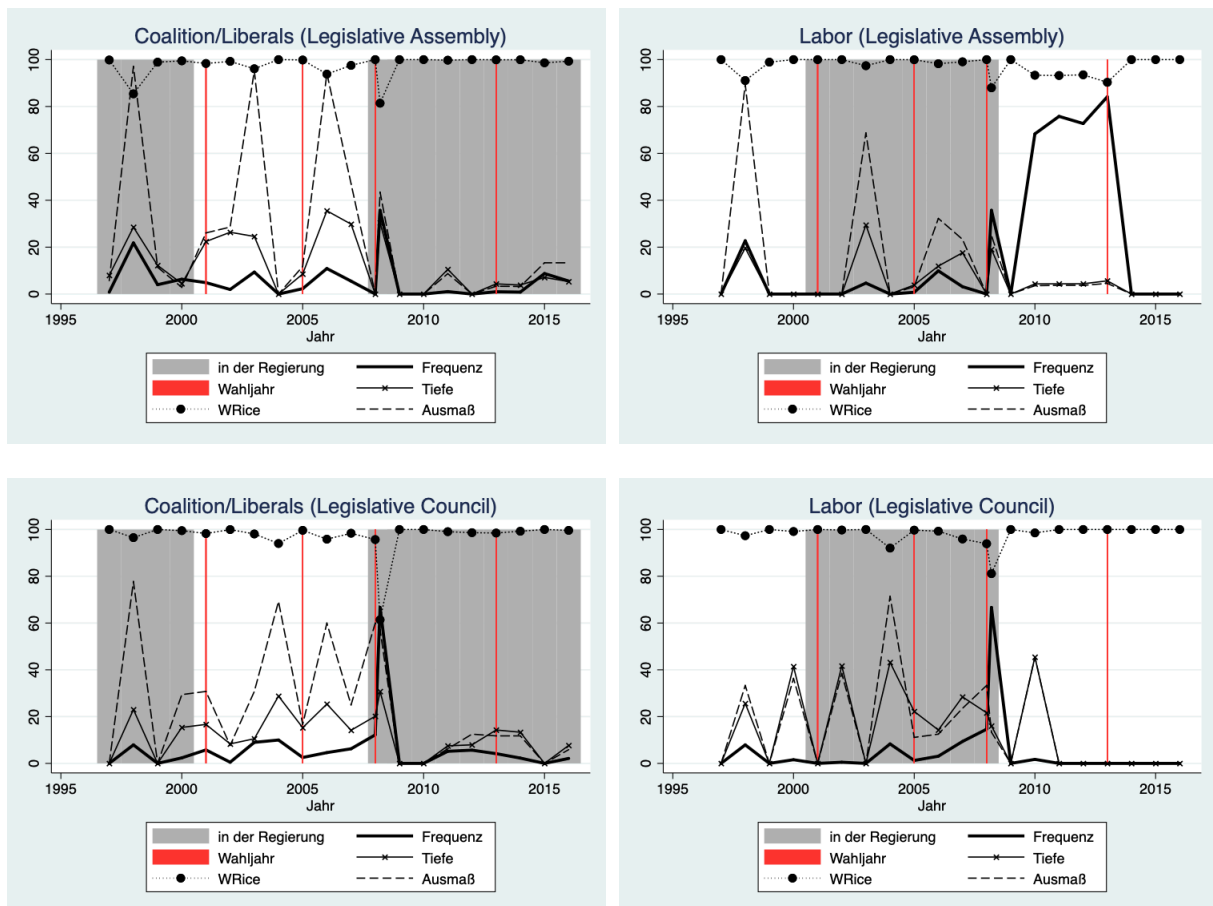
Quelle: Eigene Zusammenstellung

3.4.8 Western Australia

In Western Australia gibt es über den gesamten Untersuchungszeitraum viele Parteien. Nach der Wahl vom 26.02.2005 zähle ich in Western Australia Liberals und Nationals getrennt und nicht mehr als Coalition. In der Assembly hat die Coalition mit knapp 96,9% die niedrigsten Geschlossenheitswerte und deutlich niedrigere als Labor mit einer Geschlossenheit von 99,0% im Council. Liberals und Nationals erreichen einzeln noch höhere Werte als Labor. Coalition und Labor sind im Council geschlossener als in der Assembly, Liberals ähnlich und Nationals deutlich weniger geschlossen. Bis auf die Shooters and Fishers erreichen auch die anderen Parteien sehr hohe Geschlossenheitswerte im Council (Tabelle 3-9).

Labor stellt zwischen 2001 und 2008 in zwei Legislaturperioden die Regierung, in der Legislaturperiode davor die Coalition, in den beiden Legislaturperioden danach die Liberals und die Nationals als einzelne Parteien aber in einer Koalition. In Western Australia ähneln sich die Muster der beiden Kammern etwas, aber die vielen Ausschläge erschweren einen Vergleich. Es ist jedenfalls kein deutlicher Unterschied zwischen den Kammern erkennbar. Auch der Unterschied zwischen Regierung und Opposition ist nicht sehr deutlich auch wenn die Liberals in ihrer Regierungsphase geschlossener zu sein scheinen als in der Oppositionsphase. Für Labor gilt das nur in der Assembly, im Council scheint die Parteigeschlossenheit in der Regierungszeit eher niedriger als in der Oppositionszeit (Abbildung 3-8).

Abbildung 3-8: Abweichungen im Abstimmungsverhalten in Western Australia



In den Legislaturperioden 2005-2008, 2008-2013 und 2013-2016 sind nur die Liberals aufgetragen.
Quelle: Eigene Zusammenstellung

3.4.9 Zusammenfassung

In den meisten Staaten fällt die Ähnlichkeit zwischen beiden Kammern ins Auge. Es gibt auch keinen Staat, in dem die Parteien im Council deutlich weniger geschlossen wären als in der Assembly. Auch der Unterschied zwischen Phasen der Regierung und der Opposition ist deutlich weniger ausgeprägt, als es zu erwarten gewesen wäre. Insgesamt ziehen diese Beobachtungen die disziplinierende Wirkung der Vertrauensfrage in Zweifel. Möglicherweise fehlen aber weitere Kontextvariablen, um die Beobachtungen richtig deuten zu können. Im nächsten Abschnitt werde ich daher mit Hilfe einer Mixed-Effects-Logit-Regression den Einfluss weiterer Variablen kontrollieren und somit die Beobachtung eines fehlenden Unterschieds zwischen Assembly und Council weiter erhärten oder einordnen zu können.

3.5 Regressionsanalyse der Parteigeschlossenheit im Semi-Parlamentarismus

Aus dem Vergleich der Geschlossenheitswerte der Parteien in den einzelnen Staaten ergibt sich, dass es keinen systematischen Unterschied zwischen der Geschlossenheit in beiden Kammern gibt. Diese Beobachtung widerspricht Hypothese H.3.2a. In diesem Abschnitt untersuche ich, ob es auch dann keinen erkennbaren Unterschied zwischen der Geschlossenheit in beiden Kammern gibt, wenn ich für weitere Kontextvariablen kontrolliere.

3.5.1 Abhängige Variable: geschlossene Abstimmungen

Um die Unterschiede zwischen den Kammern untersuchen zu können, analysiere ich die namentlichen Abstimmungen in den australischen Staaten, wobei ich Queensland und Tasmania vernachlässige, da Queensland unikameral ist und in Tasmania die Parteienvertretung im Council kaum vorhanden ist. In den sechs ausgewählten Staaten (C.o.Australia, New South Wales, South Australia, Victoria (vor und nach der Reform) und Western Australia) gibt es im Untersuchungszeitraum 17.371 namentliche Abstimmungen mit insgesamt 1.448.037 Abstimmungsentscheidungen durch die einzelnen Abgeordneten ohne Enthaltungen. Für die Analyse der Geschlossenheit fasse ich die Abstimmungen nach Parteien zusammen. Es ergeben sich somit 50.653 Abstimmungen durch Parteien mit mindestens zwei Abgeordneten. Die Anzahl der Abstimmungen sind ungefähr gleich verteilt zwischen den beiden Kammern, durch die höhere Parteienzahl gibt es in den zweiten Kammern aber mehr Parteiabstimmungen (Tabelle 3-10).

In 92,7% dieser Abstimmungen stimmen alle Parteien geschlossen ab. Auf die Parteien gerechnet sind 96,6% der Abstimmungen geschlossen erfolgt. Von den verbleibenden Abstimmungen ist der Großteil durch nur eine Abweichung gekennzeichnet. In weniger als einem Prozent der Abstimmungen der Parteien über beide Kammern gerechnet gibt es mehr als fünf Abweichungen (betrachtet man nur die erste Kammer sind es mit ca. 1,1% etwas mehr). In nur ungefähr zwei Prozent der Abstimmungen gibt es mehr als fünf Abweichungen in allen Parteien zusammen.

In vielen internationalen Studien werden Geschlossenheitsmaße genutzt, die das tatsächliche Ausmaß der Geschlossenheit berücksichtigen wie beispielsweise der (gewichtete) Rice-Index

Tabelle 3-10: Abweichungen in Abstimmungen im Überblick

Anzahl von Abweichungen	In den Parteien						In Abstimmungen insgesamt					
	Erste Kammer		Zweite Kammer		Gesamt		Erste Kammer		Zweite Kammer		Gesamt	
0	18775	95,50%	30320	97,32%	49095	96,61%	7931	91,90%	8165	93,41%	16096	92,66%
1	410	2,09%	384	1,23%	794	1,56%	375	4,35%	236	2,70%	611	3,52%
2-5	259	1,32%	352	1,13%	611	1,20%	116	1,34%	200	2,29%	316	1,82%
6-10	154	0,78%	78	0,25%	232	0,46%	87	1,01%	94	1,08%	181	1,04%
11-20	43	0,22%	22	0,07%	65	0,13%	94	1,09%	35	0,40%	129	0,74%
> 20	19	0,10%	0	0,00%	19	0,04%	27	0,31%	11	0,13%	38	0,22%
Total	19660	100%	31156	100%	50816	100%	8630	100%	8741	100%	17371	100%

Quelle: Eigene Zusammenstellung

(beispielsweise Carey 2007, 2009, Coman 2015, Sieberer 2006) oder der Agreement-Index (beispielsweise Hix, Noury & Roland 2005, Stecker 2015). Für die australischen Fälle scheint aber die Hauptfrage zu sein, wann es überhaupt zu irgendeiner Aufweichung der Parteigeschlossenheit kommt. In den folgenden Analysen ist meine abhängige Variable daher die Wahrscheinlichkeit, dass eine Partei komplett geschlossen abstimmt.

3.5.2 Modell

Es ist anzunehmen, dass die jeweiligen Parteien ähnlich geschlossen abstimmen. Die Abstimmungsentscheidungen der einzelnen Parteien sind also nicht unabhängig voneinander. Mithilfe eines Mixed-Effects-Modells kontrolliere ich für die Parteien in den jeweiligen Staaten. Das bedeutet, für jede Partei jedes Staates wird eine grundsätzliche Zustimmungsbereitschaft angenommen, die durch die verschiedenen Variablen verändert wird. Das entspricht ungefähr einem Modell mit Fixed Effects für jede Partei jedes Staates und ist daher nicht gut geeignet, Unterschiede zwischen den Parteien zu erklären, da diese vorausgesetzt und kontrolliert werden. Es ist aber besonders gut dafür geeignet unterschiedliches Verhalten der jeweiligen Parteien in Abhängigkeit der anderen Variablen zu erklären. Das bedeutet auch, dass die Variable zweite Kammer nur auf denjenigen Parteien beruht, die in beiden Kammern vertreten sind. Die Abstimmungsentscheidungen der kleineren Parteien dienen lediglich dazu, die Effekte der anderen Variablen besser abschätzen zu

können.³⁹ Das Problem betrifft letztlich aber nur die Oppositionsparteien, da alle Regierungsparteien in beiden Kammern vertreten sind.

3.5.3 Unabhängige Variablen

3.5.3.1 Zweite Kammer

Die zentrale Fragestellung in diesem Abschnitt ist, ob die Abstimmungen in den zweiten Kammern systematisch weniger geschlossen sind. Die wichtigste unabhängige Variable ist daher, ob die Abstimmung in der zweiten Kammer stattgefunden hat.

3.5.3.2 Regierungsstatus

Die Vertrauensfrage gilt als eine der wesentlichen Ursachen für die Unterschiede in der Parteigeschlossenheit zwischen parlamentarischen und präsidentiellen Systemen. Die Existenz einer Vertrauensfrage sollte unterschiedliche oder mindestens unterschiedlich starke Auswirkungen auf die Parteigeschlossenheit haben für Regierungs- oder Oppositionsparteien, da die Oppositionsparteien nur indirekt der Drohung mit einer Auflösung unterliegen. Aber auch für die anderen Variablen wie beispielsweise die Auswirkungen einer Abstimmung gegen die Regierung oder die Knappheit der Abstimmung sollte der Einfluss von der Regierungsbeteiligung der jeweiligen Partei abhängen. Ich teile den Datensatz daher für die Analyse auf, statt einen Interaktionseffekt des Regierungsstatus mit der jeweiligen Variablen für alle Variablen aufzunehmen. Es ist daher dann nicht mehr ohne weiteres möglich, die Auswirkungen der Regierungsbeteiligung an sich erkennen, aber der Fokus der Analyse liegt auf den Unterschieden zwischen den Kammern.

3.5.3.3 Gegen die Regierung

Stimmt eine Partei gegen die Regierungsposition, obwohl sie Teil der Regierung ist, ist anzunehmen, dass vermehrt Abgeordnete auch gegen die Parteilinie stimmen werden. Regierungsparteien stimmen allerdings nur äußerst selten gegen die Regierung.⁴⁰ Für Parteien

³⁹ Im Anhang C: Robustheitstests gibt es daher aber einen Robustheitscheck, in den nur die Daten der beiden potenziellen Premier-Parteien eingehen. Die wesentlichen Ergebnisse bleiben dabei erhalten. Der Einfluss der Kontrollvariablen ändert sich aber teilweise in Signifikanz und Stärke.

⁴⁰ Tatsächlich sind es nur die Nationals in Western Australia, die in den beiden Legislaturperioden 2008-2013 und 2013-2017 innerhalb der Regierung gegen ihren Koalitionspartner die Liberals stimmten.

der Opposition gilt das andersherum: Hier werden Abweichungen wahrscheinlich eher durch Abstimmungen mit der Regierung begünstigt. Die Variable Abstimmung gegen die Regierung gibt an, ob die Partei gegen die Mehrheit der Partei der Premierminister:in gestimmt hat.

3.5.3.4 Lesung

Stecker (2015) zeigt ebenso wie Coman (2012) und Høyland (2010), dass der Typ der Abstimmung einen Unterschied macht. In „legislative votes“, also Abstimmungen mit der Konsequenz von Annahme oder Ablehnung eines Gesetzes, fallen die Effekte auf die Parteigeschlossenheit in den deutschen Bundesländern stärker aus. In Australien werden die Gesetze dreimal gelesen. Die Abstimmungen zu den Lesungen sind die entscheidenden Abstimmungen im Gesetzgebungsprozess. Deshalb könnte man erwarten, dass gerade hier die Parteigeschlossenheit besonders hoch ist. Zudem ist es wahrscheinlich, dass die Öffentlichkeit nur von diesen Abstimmungen Notiz nimmt und daher die Anreize, um der Wähler:innenschaft ein bestimmtes Verhalten zu signalisieren, am ehesten bei diesen Abstimmungen wirken sollten. Die Variable Lesung gibt an, ob die jeweilige Abstimmung die Lesung eines Gesetzes zum Inhalt hat.

3.5.3.5 Knappheit der Abstimmung

Je enger das Abstimmungsergebnis, desto mehr kommt es auf jede Stimme an. Gerade in sehr engen Abstimmungen sollten die Mechanismen zur Herstellung von Geschlossenheit greifen. So zeigt beispielsweise Stecker (2015) einen positiven Einfluss knapper Mehrheiten auf die Parteigeschlossenheit, aber nur bei Regierungsparteien (in den deutschen Bundesländern). Stecker (2015) betrachtet dabei zwar Regierungskoalitionen, aber die Logik sollte auch auf legislative Koalitionen übertragbar sein.

Carey (2007, 2009) nutzt den Close-Index vor allem um für konsensuale, also einstimmige, Abstimmungen kontrollieren zu können. Er bezieht sich dabei vor allem auf die unterschiedlichen Regelungen in den von ihm untersuchten Ländern zur Nutzung von namentlichen Abstimmungen. Unter der Bedingung, dass namentliche Abstimmungen nicht automatisch erfolgen und somit zu einem bestimmten Zwecke beantragt werden müssen, ist es aber unwahrscheinlich, dass über konsensuale Gesetze besonders häufig namentlich abgestimmt wird. Ich nutze daher den Close-Index von Carey als Indikator für die Knappheit der Abstimmung, gehe aber davon aus, dass die Knappheit einen eher dämpfenden Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit von abweichendem Stimmverhalten hat, insbesondere in

Regierungsparteien. Der Close-Index liegt zwischen 0 und 1, im Datensatz im Schnitt bei 0,74 (Standardabweichung 0,25).

3.5.3.6 Mehrheitsstatus der Regierung

Je mehr Kompromisse die Abgeordneten machen müssen, desto häufiger kommt es zu Abweichungen. Je größer also der Abstand zwischen der Parteilinie und der eigenen Position ist, desto schwerer fällt Abgeordneten die Zustimmung und sie werden abweichen. So führt beispielsweise ein höherer Abstand zwischen Regierung und der Opposition zu höherer Parteigeschlossenheit, da die Alternativen für die Abgeordneten so weit voneinander entfernt sind (Stecker 2015). Ich kann nicht alle Abstimmungen bestimmten Gesetzen zuweisen und wäre daher auf grundsätzliche Links-Rechts-Abstände angewiesen. Da ich aber eine Mixed-Effects-Modell nutze und somit in dieser Analyse keine Aussage über Unterschiede zwischen den Parteien treffen kann, wäre der Abstand auf der generellen Links-Rechts-Achse letztlich nur der Unterschied zwischen einer Labor- und einer Coalition-Regierung.

Über die möglichen Kompromisse kann ich aber dennoch eine Aussage machen. Unter der Annahme, dass die Abgeordneten einer Partei relativ ähnliche Positionen haben, sollten Abgeordnete eher abweichen, je mehr Kompromisse eine Partei machen muss. Auf die semi-parlamentarischen Regierungen übertragen sollte es also zu weniger Abweichungen kommen, je eher die Regierung ihre eigene Position durchsetzen kann. Kontrolliert die Regierung die Mehrheit beider Kammern, muss weder sie noch die Opposition Kompromisse machen. Kontrolliert sie den Median, kann sie wahrscheinlich die Oppositionsparteien gegeneinander ausspielen, muss ihrem jeweiligen Partner aber möglicherweise etwas entgegenkommen. Das könnte abweichendes Stimmverhalten begünstigen. Kontrolliert sie auch den Median nicht, ist sie auf Partner angewiesen, die sie zu Kompromissen zwingen können. In diesem Fall sollten eher Abgeordnete und insbesondere der Regierung zugehörige von der Parteilinie abweichen.

Ich kontrolliere den Mehrheitsstatus der Regierung über beide Kammern mit einer kategorialen Variablen mit drei Ausprägungen:

1. Keine Mehrheit und kein Median
2. Median, aber keine Mehrheit
3. Mehrheit

3.5.3.7 Wahlkreisgröße (ln)

Eine höhere Wahlkreisgröße sollte zu höherer Parteigeschlossenheit führen (vgl. Hypothese H.3.5). Die Wahlkreisgröße habe ich logarithmiert, um dem Umstand Rechnung zu tragen, dass eine Vergrößerung des Wahlkreises um einen weiteren Abgeordneten wahrscheinlich bei kleineren Wahlkreisen wichtiger ist als bei größeren. In den untersuchten australischen Systemen werden (mit Ausnahme von Victoria vor der Reform) alle zweiten Kammern durch Mehr-Personen-Wahlkreise gewählt, während alle ersten Kammern durch Ein-Personen-Wahlkreise gewählt werden. Der Effekt der Wahlkreisgröße ist daher schwer zu trennen vom Effekt der zweiten Kammer (s.u.). Um dem Rechnung zu tragen, rechne ich alle Modelle einmal mit und einmal ohne Kontrolle der Wahlkreisgröße.

3.5.4 Problem der ungleichen Verteilung der unabhängigen Variablen auf die Kammern

Neben dem (Nicht-)Vorhandensein der Vertrauensfrage gibt es weitere Unterschiede zwischen den Kammern, die so klar auf die Kammern verteilt sind, dass für sie kaum kontrolliert werden kann. In Tabelle 3-11 sind die Verteilungen der Variablen in Abhängigkeit von der Kammer und dem Regierungsstatus der jeweiligen Parteien aufgetragen. Die wesentlichen Unterschiede zwischen den Kammern sind vor allem die Anzahl der Entscheidungen und hier insbesondere der Oppositionsparteien, sowie die Wahlkreisgröße. Gerade die Wahlkreisgröße als zusätzliche Kontrollvariable muss daher mit Vorsicht betrachtet werden. Unter der Annahme, dass eine höhere Wahlkreisgröße zu mehr Parteigeschlossenheit führt, führt das Vernachlässigen der Wahlkreisgröße zu einer systematischen Überschätzung der Parteigeschlossenheit in der zweiten Kammer im Vergleich zur ersten Kammer. Auf der anderen Seite kann der Effekt von Wahlkreisgröße und zweiter Kammer kaum unabhängig voneinander beobachtet werden. Der Effekt der zweiten Kammer ist also immer auch ein Effekt der Wahlkreisgröße, selbst wenn für diese kontrolliert wird.

Auch der durchschnittliche Sitzanteil liegt in der ersten Kammer deutlich höher als in der zweiten Kammer. Dies ist vor allem eine Auswirkung der Wahlkreisgröße. Es ist unklar, ob der Sitzanteil eine darüberhinausgehende Wirkung haben sollte. Am überzeugendsten sind Argumentationen, dass große Parteien möglicherweise über eine stärkere Parteistruktur

Table 3-11: Verteilung von Variablen auf die Kammern

	Erste Kammer			Zweite Kammer		
	Regierung	Opposition	Gesamt	Regierung	Opposition	Alle
Regierungspartei kontrolliert in beiden Kammern:						
Nicht beide Mediane	21,5%	21,6%	21,6%	27,8%	26,5%	26,9%
Den Median	61,3%	63,9%	62,7%	54,8%	57,7%	56,9%
Die Mehrheit	17,2%	14,5%	15,8%	17,4%	15,8%	16,3%
Gegen die Regierung	0,1%	94,4%	49,3%	0,1%	68,0%	48,2%
Lesung	10,3%	11,5%	10,9%	14,3%	14,5%	14,4%
Knappheit	0,80 (0,17)	0,79 (0,18)	0,80 (0,17)	0,70 (0,29)	0,71 (0,29)	0,71 (0,29)
Wahlkreisgröße	1,00 (0,00)	1,00 (0,00)	1,00 (0,00)	8,57 (6,12)	9,27 (6,62)	9,06 (6,49)
Sitzanteil	0,52 (0,14)	0,33 (1,33)	0,42 (0,17)	0,42 (0,08)	0,20 (0,15)	0,26 (0,17)
Abstimmungen	9403	10257	19660	9111	22045	31156

Quelle: Eigene Erhebung

verfügen. In diesem Fall wäre der Sitzanteil aber lediglich ein Indikator für die eigentliche Ursache, nämlich den Parteityp, dessen Einfluss ja aber durch das Mixed-Effects-Modell nicht verlässlich quantifiziert werden kann.⁴¹

3.5.5 Ergebnisse

In Tabelle 3-12 sind die Ergebnisse der Regression aufgeteilt nach Regierungs- und Oppositionsparteien dargestellt. Da es sich um ein Logit-Modell handelt und die Größe der Koeffizienten nicht direkt interpretiert werden kann, sind in Tabelle 3-13 zudem die durchschnittlichen marginalen Effekte dargestellt, die ähnlich wie die Koeffizienten linearer Regressionen interpretiert werden können, auch wenn die Signifikanz weniger aussagekräftig ist (vgl. Anhang B: Methoden).

Der wesentliche Befund ist, dass die zweite Kammer für die Regierungsparteien einen unsicheren Einfluss geringer Größe hat, der auch Hypothese H.3.2b widersprechen würde, da die Parteigeschlossenheit in den zweiten Kammern eher höher ist als in den ersten. Für

⁴¹ Neben dem Robustheitstest lediglich mit den beiden potenziellen Premierparteien, habe ich dennoch auch einen Robustheitstest unter Kontrolle des Sitzanteils durchgeführt (Anhang C: Robustheitstests). Der Sitzanteil wirkt dann negativ auf die Wahrscheinlichkeit einer geschlossenen Abstimmung. Die wesentlichen Ergebnisse bleiben auch in diesem Robustheitstest erhalten.

Tabelle 3-12: Regression der Wahrscheinlichkeit einer vollständig geschlossenen Abstimmung einer Partei in den australischen Staaten (Mixed-Effects-Logit)

	Regierungsparteien				Oppositionsparteien			
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)
Fixed Effects								
Zweite Kammer	0,215* (0,091)	0,224* (0,091)	0,139 (0,373)	0,152 (0,374)	0,895** (0,075)	0,909** (0,075)	1,519** (0,299)	1,561** (0,301)
Gegen die Regierung	-3,581** (0,478)	-3,659** (0,480)	-3,579** (0,478)	-3,657** (0,480)	0,916** (0,113)	0,871** (0,114)	0,909** (0,112)	0,863** (0,114)
Lesung	-0,411** (0,110)	-0,416** (0,110)	-0,413** (0,110)	-0,418** (0,110)	-0,732** (0,077)	-0,718** (0,077)	-0,722** (0,077)	-0,708** (0,077)
Knappheit	0,533** (0,170)	0,496** (0,170)	0,531** (0,170)	0,495** (0,170)	0,095 (0,176)	0,170 (0,178)	0,103 (0,176)	0,182 (0,179)
Regierungs- median		-0,262* (0,123)		-0,262* (0,123)		-0,387** (0,106)		-0,388** (0,106)
Regierungs- mehrheit		-0,459* (0,181)		-0,458* (0,181)		0,065 (0,139)		0,070 (0,139)
Wahlkreis- größe (ln)			0,038 (0,182)	0,036 (0,183)			-0,322* (0,148)	-0,336* (0,149)
Constant	3,308** (0,376)	3,577** (0,400)	3,312** (0,378)	3,580** (0,402)	2,855** (0,318)	3,036** (0,328)	2,875** (0,321)	3,055** (0,331)
Random Effects								
Konstante (Partei pro Staat)	1,524* (0,652)	1,630* (0,695)	1,534* (0,658)	1,641* (0,702)	2,609** (0,790)	2,633** (0,793)	2,669** (0,808)	2,707** (0,815)
Beobachtungen	18520	18520	18520	18520	32320	32320	32320	32320
AIC	4645,94	4642,46	4647,90	4644,42	8068,13	8050,81	8065,37	8047,67
BIC	4692,90	4705,07	4702,69	4714,86	8118,43	8117,88	8124,05	8123,12

Mixed-Effects-Logit-Regression

Standardfehler in Klammern

* p < 0.05, ** p < 0.01

Oppositionsparteien ist die Parteigeschlossenheit in der zweiten Kammer signifikant und um ca. 3,8 bis 7,7 Prozentpunkte durchschnittlichem marginalem Effekt erhöht. Das widerspricht klar der Hypothese H.3.2.a.

Tabelle 3-13: Durchschnittliche marginale Effekte auf die Wahrscheinlichkeit einer vollständig geschlossenen Abstimmung einer Partei in den australischen Staaten

	Regierungsparteien				Oppositionsparteien			
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)
Zweite Kammer	0,008 (0,004)	0,009* (0,004)	0,005 (0,014)	0,006 (0,015)	0,038** (0,009)	0,040** (0,009)	0,073** (0,023)	0,077** (0,024)
Gegen die Regierung	-0,424** (0,105)	-0,435** (0,104)	-0,423** (0,105)	-0,434** (0,104)	0,041** (0,010)	0,039** (0,010)	0,041** (0,010)	0,040** (0,010)
Lesung	-0,016* (0,006)	-0,016* (0,007)	-0,016* (0,006)	-0,016* (0,007)	-0,028** (0,007)	-0,028** (0,007)	-0,028** (0,007)	-0,028** (0,007)
Knappheit	0,020* (0,009)	0,019* (0,009)	0,020* (0,009)	0,019* (0,009)	0,004 (0,007)	0,007 (0,007)	0,004 (0,007)	0,007 (0,007)
Regierungs- median		-0,009 (0,005)		-0,009 (0,005)		-0,015** (0,005)		-0,015** (0,005)
Regierungs- mehrheit		-0,018 (0,009)		-0,018 (0,009)		0,002 (0,005)		0,002 (0,005)
Wahlkreisgröße (ln)			0,001 (0,007)	0,001 (0,007)			-0,013 (0,007)	-0,013* (0,007)
Beobachtungen	18520	18520	18520	18520	32320	32320	32320	32320

Durchschnittliche marginale Effekte der Mixed-Effects-Logit-Regression

Standardfehler in Klammern

* p < 0.05, ** p < 0.01

Kontrolliert die Regierung den Median beider Kammern, verringert sich die Geschlossenheit sowohl der Regierung als auch der Opposition. Kontrolliert die Regierung sogar die Mehrheit beider Kammern, fällt dieser Effekt für die Regierungsparteien noch etwas stärker aus, befindet sich aber immer noch nur bei 1,8 Prozentpunkten durchschnittlichem marginalem Effekt. Dennoch widerspricht dies den obigen Annahmen. Für die Oppositionsparteien gibt es keinen Effekt einer Regierungsmehrheit. Das bedeutet, dass Oppositionsparteien bei einer Regierung, die nicht den Median kontrolliert, und einer Regierung, die die Mehrheit beider Kammern kontrolliert, ähnlich geschlossen sind. Nur wenn die Regierung den Median kontrolliert, verringert dies die Parteigeschlossenheit der Oppositionsparteien um 1,5 Prozentpunkte. Dies deutet womöglich darauf hin, dass die Oppositionsparteien in diesem Fall Kompromisse schließen müssen. Für die Oppositionsparteien entspricht der Effekt von Median- und Mehrheitsregierung also den Annahmen.

Abstimmungen gegen die Regierung haben den erwarteten starken Effekt und verringern die Parteigeschlossenheit der Regierung deutlich um mehr als 40 Prozentpunkte, während die

Parteilichkeit der Opposition um ca. vier Prozentpunkte zunimmt. Knappe Abstimmungen haben nur für die Regierungsparteien einen geschlossenheitssteigernden Effekt um ca. zwei Prozentpunkte für den Unterschied einer einstimmigen zu einer maximal knappen Abstimmung. Das entspricht den Erwartungen. In Lesungen verhalten sich sowohl Regierungs- als auch Oppositionsparteien weniger geschlossen als in den sonstigen Abstimmungen um 1,6 beziehungsweise 2,8 Prozentpunkte. Die Wahlkreisgröße wirkt den Annahmen widersprechend negativ auf die Parteilichkeit der Oppositionsparteien.

3.6 Zusammenfassung

Ziel dieses Kapitels war die Analyse der Parteilichkeit der australischen Parteien in namentlichen Abstimmungen. Der Fokus lag dabei einerseits auf dem Vergleich der semi-parlamentarischen Systeme mit anderen Systemen und andererseits auf dem Vergleich innerhalb der semi-parlamentarischen Staaten zwischen den Kammern und zwischen der Regierung und der Opposition. Zu diesem Zweck habe ich einen umfangreichen Datensatz selbst erhoben und zunächst mit Daten anderer Systeme verglichen und anschließend mit Hilfe von Mixed-Effects-Logit-Regression analysiert.

Der wesentliche Befund dabei ist, dass die Parteien der semi-parlamentarischen Systeme in der zweiten Kammer nicht systematisch weniger geschlossen agieren. Auch innerhalb der zweiten Kammern sind die Parteien daher ähnlich geschlossen wie in parlamentarischen Systemen und deutlich geschlossener als in präsidentiellen Systemen. Die jeweiligen Geschlossenheitsmuster der beiden Kammern in den einzelnen Staaten ähneln sich deutlich und auch Regierungsparteien scheinen trotz fehlender Vertrauensfrage in den zweiten Kammern dort nicht weniger geschlossen zu agieren. Der Semi-Parlamentarismus kann somit ein System der Gewaltenteilung mit starken und geschlossenen Parteien verbinden.

Ein weiterer interessanter Befund ist, dass Oppositionsparteien unter Regierungen, die nicht die Mehrheit, aber den Median beider Kammern kontrollieren, etwas geringere Geschlossenheitswerte aufweisen. Die Geschlossenheit ist weiterhin sehr hoch, aber dieser Effekt deutet möglicherweise darauf hin, dass die Parteien in diesen Fällen zu Kompromissen gezwungen sind und sich somit die Median-Regierungen eher durchsetzen können. Im nächsten Kapitel werde ich die Koalitionsmuster insbesondere für diese Regierungen genauer analysieren.

4 Koalitionsbildung

In diesem Kapitel analysiere ich die Koalitionsbildung der australischen Regierungen, die in der zweiten Kammer nur eine Minderheit der Sitze kontrollieren. Ich nenne diese Regierungen im Kontext des Semi-Parlamentarismus Minderheitsregierungen oder Mehrheits-Minderheits-Regierungen bei einer Mehrheit in der ersten Kammer, da ich weiter unten argumentiere, dass sie sich ähnlich verhalten sollten wie parlamentarische Minderheitsregierungen und es deutlich weniger „echte“ Minderheitsregierungen mit einer Sitzminderheit in der ersten Kammer in Australien gibt.⁴² Im vorherigen Kapitel konnte ich bereits zeigen, dass die Parteien im Semi-Parlamentarismus sehr geschlossen agieren und die Koalitionsbildung sollte daher zwischen Parteien statt einzelnen Abgeordneten stattfinden. Ganghof (2021) argumentiert, dass gerade das spezielle Design des Semi-Parlamentarismus, das eine stabile regierungstragende Ein-Parteien-Mehrheit in der ersten Kammer mit einem Mehrparteiensystem in der zweiten Kammern kombinieren kann, dazu führen könnte, dass die Regierungen flexible Koalitionen bilden und sich somit in allen Politikfeldern der Parlamentsmedian durchsetzt. Zentral für die Möglichkeit der Regierung flexible Koalitionen zu bilden ist ihre Position im politischen Raum. Nur wenn sie den Median des Parlaments beziehungsweise beider Parlamentskammern besetzt, kann sie in beide Richtungen Koalitionen bilden, die potenziellen Koalitionspartner gegeneinander ausspielen und somit ihre eigene Position durchsetzen. Die Regierung wird in den meisten australischen Staaten durch ein Mehrheitswahlssystem mit Präferenzordnung bestimmt – ein solches System sollte dazu führen, dass sich die potentiellen Regierungsparteien zur Mitte beziehungsweise zur Medianwähler:in hin orientieren (Cox 1987).⁴³ Viele der australischen Regierungen mit einer Mehrheit in der ersten Kammer kontrollieren in der zweiten Kammer den Median, aber keine Mehrheit (vgl. Kapitel 2: Darstellung der Fallauswahl). Diese Regierungen nenne ich Mehrheits-Minderheits-Median-Regierungen.

Auf Basis räumlicher Modelle sollte die Regierung den Status Quo in eine bestimmte Richtung schieben wollen, und zwar am ehesten weg von der Alternativregierung⁴⁴. Potenzielle

⁴² Griffith (2010) und Brenton/Pickering (2022) geben umfangreiche Darstellungen solcher Minderheitsregierungen, die teilweise auch in meinem Untersuchungszeitraum liegen.

⁴³ Es ist umstritten, wie sehr dieser Effekt auftritt, wenn die Gesellschaft besonders gespalten ist, was für die australische Gesellschaft aber nicht zutrifft. Reilly (2021) gibt einen guten Überblick des aktuellen Stands der Debatte.

⁴⁴ Mit der Alternativregierung bezeichne ich immer die alternative Premierpartei, also Labor oder Liberals beziehungsweise die Coalition.

Koalitionspartner sollten immer dann zustimmen, wenn sie in der Richtung liegen, in die die Regierung den Status Quo verschieben will. Über die meisten Politikfelder hinweg gibt es in Australien ein klares Links-Rechts-Schema mit den beiden potentiellen Regierungsparteien in der Mitte (vgl. Ganghof, Eppner & Pörschke 2018). Daraus folgt, dass es eigentlich trotz der potenziellen Flexibilität in der Koalitionsbildung dennoch zu klaren Koalitionsmustern kommen sollte: Vorschlägen von Labor sollten vor allem linke Parteien zustimmen, während Vorschlägen der Coalition vor allem rechte Parteien zustimmen sollten. Allerdings würde dies dazu führen, dass potenzielle Partner auf der anderen Seite keinerlei Einfluss auf die Politik mehr haben. Es ist also anzunehmen, dass sie kompromissbereiter sind, um zumindest teilweise ihre Positionen durchzusetzen. Dies sollte wiederum auch für die Parteien der ursprünglichen Seite gelten, die ebenfalls kompromissbereiter werden sollten. Je näher die Parteien der Regierung sind, desto mehr haben sie daher durch übermäßige Kompromisse zur anderen Seite zu verlieren. Ebenso sollte auch die Regierung ein Interesse daran haben, mit weniger weit entfernten Parteien zusammenzuarbeiten, da sich mit ihnen leichter Kompromisse schließen lassen sollten. Es ist daher anzunehmen, dass neben der bloßen Richtung (hier vereinfacht operationalisiert als der Zugehörigkeit zum jeweiligen Block), auch der Abstand eine wesentliche Rolle spielt für die Kooperationsbereitschaft von Parteien. Das sollte insbesondere dann der Fall sein, wenn die Regierung bereits in der Legislaturperiode zuvor regiert hat und so den Status Quo in ihre Nähe verschieben konnte. Sollte es tatsächlich flexible Koalitionen geben, stellt sich darüber hinaus die Frage, ob es nur zwischen den Politikfeldern flexible Koalitionen gibt oder die Regierungen auch innerhalb der Politikfelder unterschiedliche Koalitionspartner finden können.

Zur Analyse der Koalitionsbildung habe ich einen umfangreichen Datensatz aller namentlichen Abstimmungen in beiden Kammern von 35 Legislaturperioden aller australischen Staaten aus dem Zeitraum 1997-2018 erhoben. Die Abstimmungen zu Lesungen der Gesetze habe ich dabei den Gesetzen zugordnet, die ich wiederum den unterschiedlichen Politikfeldern zugeordnet habe, für die der APPES, der Australian Party Positions Expert Survey (Ganghof, Pörschke & Eppner 2016), Parteipositionen erhoben hat. Ich kann so jeder Abstimmung zu einem Gesetz auch einen Abstand der Parteien zuordnen. Ich interessiere mich für die erfolgreiche Koalitionsbildung, also erfolgreiche Abstimmungen in der zweiten Kammer mit der Regierung zu Gesetzen, die später verabschiedet wurden. Daher schließe ich die Fälle aus Tasmania und Queensland aus. Für diese Analyse verbleiben so die Koalitionsbildungen zu 910 Gesetzen. Auf Basis dieser Daten kann ich Aussagen zu unterschiedlichen Koalitionsmustern in Abhängigkeit von der Stärke der Regierung in den beiden Kammern machen.

Für eine detailliertere Analyse nutze ich speziell die Mehrheits-Minderheits-Medianregierungen. Diesen Regierungen sollte es möglich sein, die potenziellen Koalitionspartner gegeneinander auszuspielen und flexible Koalitionen zu bilden. Für die Analyse der Koalitionsbildungen dieser Regierungen kann ich so die Abstimmungen zu 485 Gesetzen aus fünf Staaten nutzen. Bei der Untersuchung der Abstimmungscoalitionen kann ich dabei nicht unterscheiden, ob die Regierung diese Koalition geschaffen hat oder ob die Oppositionsparteien der Regierung zugestimmt haben, welche Seite also Kompromisse eingehen musste. Im Laufe des Kapitels untersuche ich die Koalitionsbildung daher sowohl aus Sicht der Regierung als auch aus Sicht der einzelnen Parteien.

Im Folgenden arbeite ich zunächst auf Basis der Literatur zur Koalitionsbildung die Hypothesen zur Bildung von (Abstimmungs-)Koalitionen heraus. Anschließend zeige ich, dass die Regierungen abhängig von ihrer Machtposition in der zweiten Kammer flexible Koalitionen bilden, wenn sie können. Die Regierungen bilden verstärkt Koalitionen in ihre eigene Richtung, wenn sie den Median kontrollieren, beschränken sich aber nicht darauf. In einer detaillierten Analyse untersuche ich die drei Staaten genauer, bei denen es eine Vielzahl von namentlichen Abstimmungen unter solchen Regierungen gibt, nämlich New South Wales, Victoria nach der Reform und Western Australia. Diese eignen sich zudem, um den Einfluss eines Regierungswechsels zu überprüfen. So kann ich zeigen, dass diese Regierungen auch innerhalb der Politikfelder flexible Koalitionen bilden, die auch vom Abstand der Parteien im jeweiligen Politikfeld abzuhängen scheinen. Ein vorhergehender Regierungswechsel scheint ebenfalls einen Einfluss zu haben und Koalitionen mit dem eigenen Block zu begünstigen.

Um den Einfluss des Abstandes und des eigenen Blocks gegeneinander abzuwägen und zu quantifizieren, analysiere ich mit Hilfe einer Mixed-Effects-Logit-Regression, welche Gründe ausschlaggebend sind für die Wahrscheinlichkeit, dass eine Partei mit der Regierung stimmt. Ich finde abhängig von der Vorgängerregierungen einen Einfluss sowohl des Abstandes im jeweiligen Politikfeld als auch der Zugehörigkeit zum selben Block. Ich schließe mit einer Zusammenfassung meiner Ergebnisse.

4.1 Hypothesenbildung

In diesem Abschnitt stelle ich den hier relevanten Forschungsstand zur Koalitionsbildung vor, insbesondere zur flexiblen Koalitionsbildung in den verschiedenen Regierungssystemen, und leite daraus Hypothesen für die semi-parlamentarischen Staaten ab. Die Literatur zur Koalitionsbildung unterscheidet vor allem zwischen präsidentiellen und parlamentarischen

Systemen und zusätzlich, ob eine Partei eine Mehrheit der Sitze im Parlament erringen kann. Die weniger geschlossen agierenden Parteien erlauben es präsidentiellen Regierungen flexible ad-hoc Koalitionen mit gegebenenfalls auch einzelnen Abgeordneten aus den Oppositionsparteien zu bilden. Die geschlossener agierenden Parteien sowie die mögliche Abwahl der Regierung führen dazu, dass es im Parlamentarismus häufig stabile Regierungskoalitionen gibt, bei denen mehrere Parteien Teil des Kabinetts sind und bei denen die Koalition gemeinsam abstimmt. Parlamentarischen Minderheitsregierungen ist es dabei grundsätzlich möglich, mit unterschiedlichen Koalitionspartnern flexible Koalitionen zu bilden. Ganghof argumentiert, dass eine solche flexible Koalitionsbildung im Semi-Parlamentarismus mindestens genauso gut möglich sein sollte. Im Gegensatz zum Parlamentarismus, bei dem Ein-Parteien-Minderheitsregierungen unwahrscheinlich sind, ist es im Semi-Parlamentarismus möglich, eine Ein-Parteien-Regierung zu legitimieren, die keine Mehrheit in der zweiten Kammer hat und dennoch nicht abgewählt werden kann. So sollte die Regierung auch leicht Koalitionen in beide Richtungen finden können (Ganghof 2021).

In einem idealtypischen Parlament mit einer ungeraden Anzahl unabhängiger Abgeordneter, die zu jedem Gesetz ehrlich nach ihren Präferenzen abstimmen, setzt sich immer die Abgeordnete durch, die links und rechts von sich gleich viel Abgeordnete hat, die sogenannte Medianabgeordnete. Würde ein Gesetz links von ihr verabschiedet, würde sich eine Mehrheit rechts dieses Gesetzes, also des aktuellen Status Quo finden, die das Gesetz weiter nach rechts verschieben würde. Das gleiche gilt für die andere Seite. Da die Abgeordneten keinem Gesetz zustimmen würden, das weiter entfernt von ihren Präferenzen liegt als das vorhergehende, würde sich der Status Quo immer weiter an die Präferenz der Medianabgeordneten annähern. Entspricht der Status Quo dieser Präferenz, gäbe es weder links noch rechts eine Mehrheit, die willig wäre, den Status Quo zu verschieben (D. Black 1948). Die Medianabgeordnete hat also eine sehr mächtige Position, die sie aber nicht auf Grund eines Amtes erhält, sondern nur deshalb, weil sie den Mehrheitswillen repräsentiert. Ist die Reihenfolge der Präferenzen in den Politikfeldern unterschiedlich, kann eine andere Abgeordnete jeweils die Medianabgeordnete sein.

Gibt es Parteien, die geschlossen abstimmen, sollte sich immer die Partei durchsetzen, zu der die Medianabgeordnete gehört, solange die Parteien strikt nach ihren Politikpräferenzen abstimmen. Das würde auch dazu führen, dass es zu unterschiedlichen Koalitionen in unterschiedlichen Politikfeldern kommen könnte. Eine solche flexible Koalitionsbildung wird von Ganghof als komplexe Mehrheitsbildung bezeichnet. Im Gegensatz zur einfachen Mehrheitsbildung wird nicht versucht, alle Politikentscheidungen auf eine einzige Konflikt-

Dimensionen zu bringen, für die dann der globale Median entscheiden kann, sondern zu jedem Themenbereich den jeweilige Median zu finden (Ganghof 2015, 2021: 70) Das käme einer demokratiethoretisch idealtypischen Mehrheitsentscheidung am nächsten (H. Ward/Weale 2010).

In den gängigen Koalitionstheorien, die sich zunächst auf parlamentarische Systeme beziehen, gibt es aber vor allem zwei Annahmen über die Motive von Politiker:innen bzw. Parteien: Neben den Politikgehalten (*Policy*) wollen sie auch Ämter (*Office*) erlangen. Die beiden Motive hängen allerdings zusammen und sind daher empirisch schwer zu trennen. Einerseits benötigt man Ämter für die Durchsetzung von Politikgehalten, andererseits müssen Politiker:innen das Streben nach Politikgehalten wenigstens simulieren, um langfristig gewählt zu werden und Ämter zu erlangen (Budge/Laver 1986). Aus dem Streben nach Ämtern ergibt sich, dass Parteien versuchen, selbst in die Regierung zu gelangen und Regierungen abzuwählen, wenn sie die Möglichkeit dazu haben. Es bilden sich daher Koalitionen, die eine Mehrheit der Sitze kontrollieren. Da Politikinhalt aber eine Rolle spielen, sollten sich die Parteien entsprechend ihrer Position verhalten und vor allem solche Koalitionen bilden, deren Bestandteile nebeneinander im politischen Raum liegen, die also verbunden (*connected*) sind. Haben sich Mehrheitskoalitionen gebildet, können sie ihre Politik durchsetzen, ohne auf die Unterstützung der Opposition angewiesen zu sein. In diesem Fall ist also nicht mehr die Position der Mehrheit der Abgeordneten und somit der Medianabgeordneten entscheidend für die Verabschiedung von Gesetzen, sondern der koalitionsinterne Kompromiss. So finden beispielsweise L. W. Martin/Vanberg (2014) Hinweise für Politikergebnisse, die eher einem Koalitionskompromiss als der Position des Medians entsprechen. Unterscheiden sich die Präferenzen zwischen den Politikfeldern, liegen die Parteien möglicherweise nicht in allen Politikfeldern nebeneinander. Zusätzlich können Koalitionen über mehrere Themenbereiche hinweg Kompromisse schließen, sodass die Koalitionspartner sich eher in einem Themenbereich durchsetzen können im Tausch gegen ein Nachgeben in einem anderen Themenbereich. Durch dieses sogenannte Logrolling setzt sich auch der Koalitionsmedian nicht zwangsläufig in den einzelnen Bereichen durch (McGann 2019).

Als ein wesentliches Problem im Präsidentialismus gilt die Kompromisslosigkeit der Präsident:innen, die unwillig seien, Kompromisse einzugehen, und somit ohne eigene Mehrheit keine Koalitionen eingehen würden und somit keine echte Mehrheit finden würden (Linz 1990). Dieses Problem wäre nur durch die geringe Parteigeschlossenheit zu umgehen, da es so möglich würde, mit Hilfe einzelner Abgeordneter Gesetze durchzubringen (Linz 1994). Eine solche

Koalitionsbildung wäre sehr flexibel und käme dem Ideal sehr nahe, bei dem sich letztlich die jeweilige Medianabgeordnete im Parlament durchsetzen würde.

Tatsächlich aber bilden auch Präsident:innen häufig Parteien-Koalitionen (Chaisty, Cheeseman & Power 2018). Im Datensatz von Cheibub, Przeworski und Saiegh (2004) bildet die präsidentielle Regierungspartei, wenn sie keine eigene Mehrheit hat, in 53,6% der Fälle eine Koalition, allerdings nur in 32,0% der Fälle eine Mehrheitskoalition. Die Koalitionspartner stimmen dann auch im Präsidentialismus häufiger mit der Regierung, als sie es auf Grund der Parteipositionen tun sollten (Zucco 2009, 2013). In einigen Fällen erhalten die Koalitionspartner sogar, vergleichbar zum Parlamentarismus, ein Vetorecht (Amorim Neto, Cox & McCubbins 2003). Zudem bieten diese Koalitionen im Präsidentialismus noch eine weitere Flexibilität, da es häufig zu Koalitionswechseln kommt (Altman 2000).

Wie aus den Zahlen von Cheibub, Przeworski und Saiegh (2004) aber andersherum hervorgeht, kommt es in 46,4% der Minderheitssituationen in präsidentiellen Staaten in ihrem Sample zu Ein-Parteien-Minderheitsregierungen und in 68,0% der Minderheitssituationen erreicht die Regierung keine Mehrheit. Auch in anderen Erhebungen werden hohe Anteile an Minderheitsregierungen beobachtet. Beispielsweise in der Zusammenstellung von Morgenstern, Javier Negri und Pérez-Liñán (2008) sind 52% aller lateinamerikanischen Ein-Parteien-Regierungen Minderheitsregierungen und 51% aller lateinamerikanischen Präsident:innen haben keine parlamentarische Mehrheit, auch nicht wenn sie eine Koalition bilden. Begünstigend für die Bildung von Koalitionen scheint dabei besonders die Veto-Macht der Präsident:in zu sein, weil sie die Kompromissbereitschaft der anderen Parteien erhöht, während die Existenz einer sehr starken Oppositionspartei die Wahrscheinlichkeit mindert – wahrscheinlich wegen fehlender Kompromissbereitschaft dieser Partei und deren potentieller Koalitionspartner (Chaisty/Power 2019). Einige der präsidentiellen Minderheitsregierungen haben allerdings feste Unterstützungsparteien, die mit anderen Gütern als Kabinettsposten belohnt werden (Chaisty/Chernykh 2015, 2017). Diese Regierungen entsprechen also nur noch formal Minderheitsregierungen. Allerdings hält gerade eine solche Koalitionsbildung mit Parteien, die mit anderen Gütern als Kabinettsposten belohnt werden, häufig nicht über die gesamte Legislaturperiode (Kellam 2015).

Generell gilt für präsidentielle Minderheits- oder Koalitionsregierungen, dass das Abstimmungsverhalten – ebenso wie in parlamentarischen Minderheitsregierungen – sich eher nach der Links-Rechts-Orientierung richtet, als nach dem Unterschied zwischen Regierung und

Opposition (Hix/Noury 2016). Daher sollte die Position der Medianabgeordneten entscheidend oder zumindest äußerst einflussreich sein.

Parlamentarische Minderheitsregierungen gibt es trotz der möglichen Abberufung durch eine alternative Parlamentsmehrheit häufig (Strøm 1990). Eine solche Regierung lässt sich nicht ohne das Streben nach der Durchsetzung von Politikgehalten erklären, da bei einem reinen Streben nach Ämtern die Parlamentsmehrheit die Minderheitsregierung immer absetzen würde. So bilden sich aber diejenigen Minderheitsregierungen (bzw. bleiben im Amt), für die es keine Alternativregierung gibt, die auf Grund der Politikpositionen von einer Mehrheit der Abgeordneten bevorzugt wird (Budge/Laver 1986). In diesem Fall kann die Opposition die Regierung nicht stürzen und hat so nur die Wahl zwischen einem Politikeinfluss und einem klaren Oppositionsprofil (Green-Pedersen 2001). Ein wesentlicher Faktor für die Entstehung von Minderheitsregierungen ist dabei die Investiturabstimmung: muss eine Mehrheit des Parlaments die Regierung bei Amtsantritt wählen, verringert sich die Wahrscheinlichkeit einer Minderheitsregierung (Bergman 1993).

In den hier untersuchten australischen Systemen stellt sich die Frage nach Minderheitsregierungen vor allem in der zweiten Kammer, da sich aus dem Parteiensystem in der ersten Kammer meist eine klare Mehrheit ergibt. Es gibt keine Investiturabstimmung der zweiten Kammer. Dennoch diskutieren mehrere Autor:innen die Möglichkeit, dass die Mehrheitsverhältnisse zweiter Kammern in bikameralen Systemen die Regierungsbildung beeinflussen und vermehrt zu übergroßen Koalitionen in der ersten Kammer führen, um die Mehrheit der zweiten Kammer zu vereinnahmen (Druckman, Martin & Thies 2005, Druckman/Thies 2002, Ganghof 2010, Volden/Carrubba 2004). Die Befunde sind allerdings widersprüchlich und nicht vollständig überzeugend. Zuletzt kann Eppner (2014) aber einen Einfluss legislativer Vetopunkte nachweisen, auch wenn hier die Kontrolle der pivotalen Akteur:innen ausreichen kann. Im bikameralen Fall würde das beispielsweise den Median der zweiten Kammern statt der Mehrheit umfassen.

Im australischen Semi-Parlamentarismus hat häufig eine einzelne Partei die Sitzmehrheit der ersten Kammer, kontrolliert aber nicht die Mehrheit der zweiten Kammer. Auf Grund des Zwei-Parteien-Systems bildet sich so auch keine übergroße Koalition in der ersten Kammer und es gibt auch keine alternative Möglichkeit für eine Regierung, die sich bilden könnte. Die Regierung könnte Parteien der zweiten Kammer aufnehmen, um die Mehrheit der zweiten Kammer zu gewinnen. In den Fällen, in denen sie den Median kontrolliert, ist das unnötig, in den anderen Fällen müsste sie meistens eine Koalition mit der Alternativregierung eingehen.

Folglich bleibt es beim Minderheitsstatus in der zweiten Kammer. Im Beobachtungszeitraum gibt es kaum Koalitionen: eine in Tasmania, zwei in South Australia und zwei in Western Australia. Und nur zwei dieser Koalitionen, nämlich die aus Liberals und Nationals in Western Australia, erreicht dadurch zumindest größtenteils eine Mehrheit der zweiten Kammer. Wobei nur eine der beiden Koalitionen eine übergroße Koalition ist, da die Liberals in der Legislaturperiode 2013-2017 auch allein die Mehrheit der Stimme in der ersten Kammer hätten. Von den Regierungen der 33 Legislaturperioden aus den australischen bikameralen Staaten sind 28 vollständig oder überwiegend Minderheitsregierungen in der zweiten Kammer.

Wie wichtig die erste Kammer im Vergleich zur zweiten Kammer für die Regierungsbildung ist, ist auch an der Legislaturperiode 1999-2002 in Victoria (vor der Reform) zu erkennen. Sowohl Labor als auch die in dieser Zeit getrennte Koalition aus Liberals und Nationals hatten allein keine Mehrheit, da noch drei unabhängige Abgeordnete in der Assembly saßen. Im Council aber hatten die Liberals sogar allein eine deutliche Mehrheit. Da sich die unabhängigen Abgeordneten der Assembly aber im Gegenzug für zugesagte Reformen des Council für die Unterstützung von Labor entschieden, kam es zu einer Minderheitsregierung in der ersten Kammer, die gegen eine klare Oppositionsmehrheit im Council regieren musste

4.1.1 Regierungsstatus im Parlament

Zwei der Legislaturperioden im Beobachtungszeitraum in Victoria liegen vor der Reform. Die Ähnlichkeit der Wahlsysteme führt auch beim Regierungsstatus zu ähnlichen Ergebnissen in beiden Kammern (Tabelle 2 12). In der späteren Legislaturperiode hat die Regierung eine Mehrheit in beiden Kammern, in der früheren Periode eine Minderheit in beiden Kammern, wobei die Regierung im Council auch nicht den Median kontrolliert. Diese Minderheitsregierung benötigte die Unterstützung durch drei unabhängige Abgeordnete, was letztlich zur Reform des Council führte (vgl. Abschnitt 2.7.11: Reform).

Parlamentarische Minderheitsregierungen müssen auch ohne Investiturabstimmung um ihr Überleben fürchten. In parlamentarischen Systemen gibt es daher häufig Absprachen zwischen den Minderheitsregierungen und einzelnen Unterstützerparteien – zur Unterstützung der Regierung und zur Zusammenarbeit in allen oder zumindest in einigen politischen Themenfeldern (Bale/Bergman 2006, Christiansen/Damgaard 2008, Christiansen/Pedersen 2014). Möglich sind auch explizite *agree-to-disagree*-Vereinbarungen wie beispielsweise in Neuseeland, in denen sich die Kooperationspartner auf bestimmte Felder einigen, in denen sie abweichende Positionen vertreten dürfen (Boston 2011, Boston/Bullock 2012). In einer

Erhebung europäischer Minderheitsregierungen findet Thürk (2022) für 57% dieser Minderheitsregierungen öffentliche Vereinbarungen zur Unterstützung der Regierung. Solche formalen oder unterstützten Minderheitsregierungen entsprechen in ihrem Abstimmungsverhalten eher Mehrheitsregierungen (Otjes/Louwerse 2014, Strøm 1990: 61). Auch die australischen Minderheitsregierungen der ersten Kammern schließen häufig Unterstützungsabkommen mit einzelnen Abgeordneten oder kleineren Parteien (vgl. Brenton/Pickering 2022).

Die australischen Minderheitsregierungen der zweiten Kammern müssen keine feindliche Mehrheit fürchten, die sie stürzen könnte, und sollten daher keine Unterstützungsabkommen abschließen.⁴⁵ Meine folgenden Hypothesen beziehen sich also nicht auf die Regierungen, die von vornherein eine Mehrheit in beiden Kammern kontrollieren, sondern auf Mehrheits-Minderheits-Regierungen, die in der zweiten Kammer Abstimmungscoalitionen formen müssen.

Um Gesetze zu verabschieden, muss eine Regierung in beiden Kammern eine Mehrheit gewinnen. Sie muss also mindestens die Zustimmung der Medianabgeordneten bekommen. Am leichtesten geht dies, wenn die Regierung selbst den Median stellt. In diesem Fall ist die Regierung nicht gezwungen mit einer bestimmten Seite zusammenzuarbeiten, sondern kann auswählen, ob sie links, rechts oder gemischt eine Abstimmungscoalition bildet.

In den meisten Fällen sollten die Minderheitsregierungen den Status Quo von der Position der Vorgänger- oder Alternativregierungen in ihre Richtung schieben wollen. Daher sind innerhalb der einzelnen Bereiche trotz der möglichen Flexibilität relativ konstante Koalitionen zu erwarten. So zeigen Ganghof et al. (2019) in einer Detailanalyse der Minderheitsregierung im deutschen Gliedstaat Nordrhein-Westfalen, dass es auch ohne explizite Absprachen zu festen Koalitionsmustern kommt, aber die Diversität der Koalitionen zunimmt mit der Anzahl von minimalen Gewinn-Koalitionen, die den Status Quo in die gleiche Richtung verändern wollen, also mit den Möglichkeiten, eine Mehrheit auf der eigenen Seite zu finden. Die häufig gleichen Abstimmungscoalitionen sind in diesem Fall also auf die Positionen der Parteien in der jeweiligen Abstimmung zurückzuführen. Diese konstanten Abstimmungscoalitionen könnten

⁴⁵ Tatsächlich kam es in der Whitlam-Affäre 1974-75 einmalig zu der Situation, dass eine feindliche Mehrheit im Senate über die Verweigerung der Zustimmung zum Haushalt letztlich die Regierung stürzte (Bach 2003a, Twomey 2018b: 333ff.).

sich aber zwischen den Politikfeldern abhängig von den Positionen der Parteien unterscheiden und somit gäbe es eine gewisse Flexibilität.

In Australien gibt es allerdings in allen Staaten eine relativ klare Struktur des Parteiensystems über alle Politikfelder hinweg (vgl. Ganghof, Eppner & Pörschke 2018). Das würde bedeuten, dass sich trotz einer potenziellen Flexibilität immer ähnliche Koalitionen bilden würden – wengleich nicht auf Grund vorhergehender Verhandlungen, sondern als Ergebnis der Positionen. Daraus ergibt sich die folgende Hypothese:

H.4.1: Parteien des eigenen Blocks sollten häufiger mit der Regierung stimmen

Das bedeutet aber gleichzeitig auch, dass Parteien, die zuvor die Regierung gestellt haben, wahrscheinlich dann ihre eigenen Vorstellungen durchsetzen konnten. Diese Parteien sollten daher weniger bereit sein, der Regierung zu helfen, sich durchzusetzen, da diese den Status Quo wahrscheinlich (wieder) in Richtung ihrer eigenen Präferenzen verschieben möchte. Daraus folgt:

H.4.2: Nach einem Regierungswechsel sollten verstärkt Koalitionen mit dem eigenen Block gebildet werden.

Diese großen Parteien sollten auch grundsätzlich weniger bereit sein, die Regierung zum Erfolg zu verhelfen um bestimmte Ziele durchzusetzen als die kleineren Parteien, da sie selbst die potentielle Alternativregierungen darstellen (Ganghof/Bräuninger 2006). Auch führt eine stärkere Parteiorganisation, wie sie von größeren beziehungsweise in Wahlen erfolgreicherer Parteien eher zu erwarten ist (Tavits 2012a), zu klareren Politik-Zielen und einer geringeren Kompromissbereitschaft (Pedersen 2012). Insbesondere sollte das für die Zeiten nach einem Regierungswechsel gelten. Daraus folgt:

H.4.3a: Die Alternativregierung sollte seltener mit der Regierung stimmen.

H.4.3b: Die Alternativregierung sollte nach einem Regierungswechsel seltener mit der Regierung stimmen.

Hat die Regierung durch die Kontrolle des Medians die Möglichkeit auf ihrer eigenen Seite eine Mehrheit zu finden, führt dies auch zu Kompromissbereitschaft auf der anderen Seite, da diese andere Seite sonst die Gesetzgebung überhaupt nicht beeinflussen könnte (Green-Pedersen 2004, Green-Pedersen/Thomsen 2005). Eine derartig zentral positionierte Minderheitsregierung kann sich auf wechselnde Mehrheiten stützen und auch die großen Oppositionsparteien verweigern sich der Kooperation nicht grundsätzlich (Field 2009, Mújica/Sánchez-Cuenca 2006). Da die Regierung auf ihrer eigenen Seite eine Mehrheit finden würde, haben die Parteien der eigenen Seite zwar eigentlich ein höheres Verhandlungspotential und könnten die Regierung zwingen, den Status Quo über ihre eigene Position hinaus zu verschieben. Aber da alle Akteur:innen sich dessen bewusst sind, haben auch die Parteien der anderen Seite dadurch ein Interesse an einer Kooperation, um ebendies zu verhindern. Ebenso sollten daher wiederum die Parteien der eigenen Seite kompromissbereiter sein. Die Regierung kann somit die verschiedenen potenziellen Koalitionspartner gegeneinander ausspielen. So zeigen auch Ganghof et al. (2019), dass die Position relativ zum Status Quo, also die Zuordnung zum jeweiligen Block, nicht ausreicht, um die Gesetzgebungscoalitionen in Nordrhein-Westfalen zu erklären.

Gibt es keine festen Mehrheitskoalitionen spielt auch der Abstand eine große Rolle bei der Wahrscheinlichkeit/Häufigkeit einer legislativen Koalition zwischen den Parteien (Hix, Noury & Roland 2005), wobei die Größe des Einflusses umstritten ist (Raile, Pereira & Power 2011, Zucco 2009). Die Koalitionspartner sollten ein höheres Interesse an einer Zusammenarbeit haben, je weniger sich ihre Position von der Regierungsposition unterscheidet, da ein Verschieben des Status Quo in Richtung der Regierungsposition für sie nicht so gravierend ist und im Vergleich zu einer deutlichen Verschiebung auf die andere Seite relativ weniger ins Gewicht fällt. Auf der anderen Seite sollte auch die Regierung ein Interesse daran haben, mit Parteien (in Abstimmungen) zu koalieren, deren Position nicht weit von ihrer eigenen entfernt ist und mit denen sich daher leichter Kompromisse schließen lassen. Daraus ergibt sich:

H.4.4: Der Abstand der Parteien zur Regierung sollte die Bereitschaft zur Kooperation verringern.

Tabelle 4-1: Erfolgreiche finale Abstimmungen im Datensatz

Staat	C.o.Australia	New South Wales	South Australia	Victoria vor der Reform	Victoria	Western Australia	Gesamt
Anzahl	140	335	63	99	143	130	910

Quelle: Eigene Zusammenstellung

4.2 Datensatz

Zur Analyse der Koalitionsbildung und Überprüfung der Hypothesen stütze ich mich auf einen selbst erhobenen Datensatz, der alle namentlichen Abstimmungen („divisions“) in den Parlamenten der australischen Staaten aus dem Untersuchungszeitraum umfasst (vgl. Anhang A: Datensätze). Für die Analyse der Koalitionsbildung untersuche ich nur zweite Kammern. Das bedeutet auch, dass ich die Daten aus Queensland (keine zweite Kammer) und Tasmania (kaum Parteien in der zweiten Kammer) nicht nutze. Gesetze werden in Australien drei Mal gelesen, wobei heutzutage üblicherweise nur der Titel gelesen wird. Mit der ersten Lesung wird das Gesetz in das Parlament eingebracht, mit der Abstimmung über die zweite Lesung stimmen die Parlamentarier:innen über die grundsätzliche Idee des Gesetzes ab. Für die dritte Lesung wird über die finale Form abgestimmt. Üblicherweise ist die zweite Lesung die entscheidende, bei der ein Gesetzesvorschlag zurückgewiesen würde (Odgers 2008: 229, 237f., 252f., PEO 2023). In meinem Datensatz finden aus den sechs ausgewählten Staaten in der zweiten Kammer von den 47.918 Divisions 5.689 (11,9%) zur zweiten Lesung und 3.326 (6,9%) zur dritten Lesung statt. Abstimmungen zur zweiten oder dritten Lesung unterscheiden sich meist nicht. Für die Analyse der Koalitionsbildung nutze ich nur die Abstimmungen zur zweiten bzw. dritten Lesung eines Gesetzes und sollte beides vorkommen nur die dritte Lesung. Das sind noch 7.252 Abstimmungen (15,1%). Von diesen nutze ich wiederum nur diejenigen Abstimmungen, die erfolgreich waren, bei denen die Regierung zugestimmt hat und bei denen das zur Abstimmung stehende Gesetz von der Regierung eingebracht und letztlich auch verabschiedet wurde. Nur diese Abstimmungen sind tatsächlich erfolgreiche Koalitionsbildungen. Damit bleiben noch 1,9% der Abstimmungen. Insgesamt umfasst der in diesem Kapitel genutzte Datensatz somit noch 910 Abstimmungen zu Gesetzen aus sechs Bundesstaaten (s. Tabelle 4-1).⁴⁶

⁴⁶ Victoria vor und nach der Reform werden einzeln gezählt (vgl. Kapitel 2: Darstellung der Fallauswahl).

4.3 Detailanalyse der Koalitionsbildung in den australischen Staaten

In diesem Abschnitt stelle ich jeden Staat anhand der untersuchten Legislaturperioden vor. Ich untersuche, ob die Regierungen unterschiedliche Koalitionen bilden und ob dies vom Mehrheitsstatus und auch der Vorgängerregierung abhängt. Ich untersuche außerdem, inwiefern die jeweilige Alternativregierung, also Labor oder Liberals/Coalition, die Regierung unterstützt.

Ich gebe für jede Legislaturperiode die Partei an, die die Premierminister:in stellt, sowie den Mehrheitsstatus in der jeweiligen Kammer und über wie viele Gesetze jeweils erfolgreich namentlich abgestimmt wurde. Ich nutze tagesaktuelle Daten zur Zusammensetzung des Parlaments, daher kommt es durch Rücktritte, Parteiwechsel oder ähnliches teilweise zu Änderungen im Mehrheitsstatus. Da ich die Abstimmungen klar den Tagen zuordnen kann, kann ich jeweils angeben, wie viele Abstimmungen in den jeweiligen Zeitraum fallen. Auf Grund der Häufigkeit von Statusänderungen in manchen Legislaturperioden fasse ich innerhalb der Legislaturperioden die unterschiedlichen Perioden mit gleichem Mehrheitsstatus der Regierung zusammen. Es ist dabei nicht klar, ob die Regierungen auf den Statuswechsel reagieren können, da zwar die Abstimmung an einem bestimmten Tag mit einem bestimmten Mehrheitsverhältnis stattfindet, aber das Gesetz wahrscheinlich länger vorbereitet wurde. Die bloße Existenz eines Statuswechsels hat also möglicherweise bereits einen Einfluss auf die restliche Legislaturperiode.

Meine Hypothesen beziehen sich auf Minderheitsregierungen, da nur diese auf Unterstützung zur Verabschiedung von Gesetzen angewiesen sind. Ganz besonders gilt dies für die Mehrheits-Minderheits-Medianregierungen – gerade diese Regierungen haben die Möglichkeit, nur mit ihrem eigenen Block Gesetze zu verabschieden oder die verschiedenen Oppositionsparteien beider Seiten gegeneinander auszuspielen. Gemäß Hypothese H.4.1 sind für diese Minderheitsregierungen, die den Median kontrollieren, vor allem Koalitionen innerhalb des eigenen Blocks zu erwarten.

Zudem untersuche ich Hypothese H.4.2, die besagt, dass Regierungen, die frisch an die Macht kommen, vermehrt mit Unterstützung ihrer eigenen Seite regieren im Vergleich zu Regierungen, die auch in der vorherigen Legislaturperiode regierten. Die Alternativregierungen sollten grundsätzlich seltener mit der Regierung stimmen (H.4.3a). Das gilt besonders für die Legislaturperioden nach dem Machtwechsel, da die jetzige Alternativregierung als vormalige

Tabelle 4-2: Koalitionen nach Legislaturperioden (C.o.Australia)

Wahl- jahr	Premier- Partei	Erste Kammer		Zweite Kammer		Anzahl Gesetze	Koalitionstyp				
		Mehr- heit	Median	Mehr- heit	Median		links	gemischt	rechts	Inkl. Alternativ- regierung	Nur mit Alternativ- regierung
1998	Coalition	1	1	0	0	6	50,0%	50,0%	0,0%	66,7%	33,3%
2001	Coalition	1	1	0	0	4	100,0%	0,0%	0,0%	100,0%	100,0%
					1	23	69,6%	21,7%	4,3%	73,9%	47,8%
2004	Coalition	1	1	0	1	3	100,0%	0,0%	0,0%	100,0%	100,0%
					1	33	3,0%	18,2%	60,6%	21,2%	3,0%
2007	Labor	1	1	0	0	11	0,0%	72,7%	27,3%	36,4%	0,0%
2010	Labor	0	1	0	0	9	0,0%	88,9%	11,1%	11,1%	0,0%
					1	51	33,3%	43,1%	23,5%	23,5%	5,9%
Gesamt						140					

Innerhalb der Legislaturperioden sind die Phasen nach Mehrheitsstatus zusammengefasst und nicht chronologisch sortiert.

Quelle: Eigene Zusammenstellung

Regierung federführend an der Positionierung des jetzigen Status Quo beteiligt war und somit die meisten Veränderungen eine Verschlechterung darstellen sollten (H.4.3b).

4.3.1 C.o.Australia

Es gibt im C.o.Australia im Untersuchungszeitraum keine Regierung, die durchgängig eine Mehrheit in der ersten und trotz Minderheitsstatus den Median in der zweiten Kammer kontrolliert (s. Tabelle 4-2).

Auch In der Phase, in der die Coalition die Mehrheit beider Kammern kontrolliert und auf keine weiteren Stimmen angewiesen ist, setzt die absolute Mehrheitsregierung der Coalition dennoch mehr als 80 Prozent mit einer Koalition um – davon aber knapp drei Viertel der Gesetze (60,6% alle Gesetze) ausschließlich mit rechten Parteien. Die Kooperation mit Labor ist erwartungsgemäß sehr gering. Während die Labor-Regierung in den Phasen, in denen sie den Medianabgeordneten der zweiten Kammer stellt, ungefähr ein Drittel der Gesetze mit der Unterstützung einer linken Koalition, also dem eigenen Block, verabschiedet, erhält die Coalition mit eigenem Medianstatus in fast allen Fällen Unterstützung von linken Parteien. Es gibt keine Regierung, die nach dem Regierungswechsel den Median kontrolliert und somit nach ihren Vorstellungen regieren könnte.

Tabelle 4-3: Koalitionen nach Legislaturperioden (NSW)

Wahl-jahr	Premier-Partei	Erste Kammer		Zweite Kammer		Anzahl Gesetze	Koalitionstyp				
		Mehrheit	Median	Mehrheit	Median		links	gemischt	rechts	Inkl. Alternativ-regierung	Nur mit Alternativ-regierung
1999	Labor	1	1	0	1	47	8,5%	29,8%	61,7%	74,5%	0,0%
2003	Labor	1	1	0	1	70	8,6%	31,4%	60,0%	47,1%	0,0%
2007	Labor	1	1	0	1	78	7,7%	23,1%	69,2%	66,7%	3,8%
2011	Coalition	1	1	0	1	73	4,1%	42,5%	53,4%	38,4%	1,4%
2015	Coalition	1	1	0	1	67	4,5%	40,3%	55,2%	40,3%	0,0%
Gesamt						335					

Innerhalb der Legislaturperioden sind Phasen nach Mehrheitsstatus zusammengefasst und nicht chronologisch sortiert.

Quelle: Eigene Zusammenstellung

Im C.o.Australia ist ein eindeutiger Unterschied abhängig vom Regierungsstatus in der Koalitionsbildung erkennbar. Aber auch mit einer absoluten Mehrheit in beiden Kammern wird ein Großteil der Gesetze mit Zustimmung anderer Parteien, größtenteils des eigenen Blocks, verabschiedet. Kontrolliert die Regierung allerdings keine Mehrheit, aber den Median, so setzt sie zwar einen großen Teil der Gesetzgebung mit Hilfe von Parteien des eigenen Blocks um, in der Mehrheit der Fälle sind aber auch Parteien des anderen Blocks mindestens beteiligt.

4.3.2 New South Wales

In New South Wales ist der Mehrheitsstatus der Regierung in allen Phasen im Untersuchungszeitraum derselbe. Keine der Regierungen verabschiedet viele Gesetze mit der ausschließlichen Unterstützung der Alternativregierung. Labor erhält etwas mehr Unterstützung von der Coalition als andersherum (s. Tabelle 4-3).

Die Labor- und die Coalition-Regierungen unterscheiden sich kaum in der Art der Koalitionen – so gibt es kaum Koalitionen ausschließlich mit linken Partnern und der Großteil der Koalitionen stützt sich ausschließlich auf rechte Partner, wobei für Labor-Regierungen auch die Coalition ein rechter Partner ist. Es gibt kaum Gesetze, die nur durch die beiden großen Parteien unterstützt werden. Labor stützt sich etwas häufiger auf die Hilfe der Coalition als andersherum. Den einzigen Machtwechsel im Untersuchungszeitraum gibt es mit der Wahl 2011. Die Koalitionen dieser Coalition-Regierung und der nachfolgenden unterscheiden sich aber kaum. Die sehr geringen Unterschiede würden den Hypothesen eher widersprechen: Direkt nach dem Regierungswechsel gibt es etwas mehr gemischte Koalitionen und etwas weniger

Tabelle 4-4: Koalitionen nach Legislaturperioden (SA)

Wahl- jahr	Premier- Partei	Erste Kammer		Zweite Kammer		Anzahl Gesetze	Koalition				
		Mehr- heit	Median	Mehr- heit	Median		links	gemischt	rechts	Inkl. Alternativ- regierung	Nur mit Alternativ- regierung
1997	Liberals	0	1	0	0	3	100,0%	0,0%	0,0%	100,0%	33,3%
		0	1		1	7	85,7%	0,0%	0,0%	71,4%	14,3%
		1	1	0	1	5	80,0%	0,0%	0,0%	40,0%	40,0%
2002	Labor	0	1	0	0	11	0,0%	0,0%	100,0%	90,9%	18,2%
		1	1			11	0,0%	0,0%	100,0%	72,7%	27,3%
2006	Labor	1	1	0	0	18	0,0%	50,0%	50,0%	55,6%	11,1%
2010	Labor	1	1	0	0	8	12,5%	25,0%	62,5%	75,0%	0,0%
Gesamt						63					

Innerhalb der Legislaturperioden sind Phasen nach Mehrheitsstatus zusammengefasst und nicht chronologisch sortiert.

Quelle: Eigene Zusammenstellung

rechte als eine Legislaturperiode später. Die Zusammenarbeit mit Labor steigt aber leicht an.

Da der Regierungsstatus in allen Legislaturperioden gleich ist, kann der Einfluss des Regierungsstatus hier nicht verglichen werden. Es gibt aber in jeder Legislaturperiode unterschiedliche Koalitionen und auch die Alternativregierung wird häufig einbezogen.

4.3.3 South Australia

In South Australia stellt die Regierung nur in der Legislaturperiode ab 1997 teilweise den Median im Council, wobei sie in diesem Zeitraum aber teilweise keine Mehrheit in der ersten Kammer hat. Auch in der Legislaturperiode 2002-2006 hat die Regierung teilweise keine Mehrheit in der ersten Kammer (s. Tabelle 4-4). Das bedeutet, dass es fast keine Situation gibt, in der die Regierung ihre Partner flexibel wählen kann.

Während die Liberals-Regierung den Median stellt, verabschiedet sie etwas weniger Gesetze mit einer linken Koalition. Sie verabschiedet auch ein Gesetz ohne eine Koalition, in diesem Fall durch die Zustimmung der zwei unabhängigen Abgeordneten, die zusammen mit den Stimmen der Liberals für die Mehrheit ausreichen. Grundsätzlich fällt auf, dass die Regierung in den Phasen, in denen sie keine eigene Mehrheit in der Assembly hat, einen sehr großen Anteil mit Hilfe der Alternativregierung verabschiedet. Das widerspricht insofern nicht den Erwartungen, als die Regierung bereits in der Assembly auf die Kooperation der Opposition

Table 4-5: Koalitionen nach Legislaturperioden (VICvr)

Wahl-jahr	Premier-Partei	Erste Kammer		Zweite Kammer		Anzahl Gesetze	Koalitionstyp				
		Mehrheit	Median	Mehrheit	Median		links	gemischt	rechts	Inkl. Alternativregierung	Nur mit Alternativregierung
1999	Labor	0	1	0	0	6	0,0%	0,0%	100,0%	100,0%	100,0%
2002	Labor	1	1	1	1	93	0,0%	0,0%	35,5%	21,5%	17,2%
Gesamt						99					

Innerhalb der Legislaturperioden sind Phasen nach Mehrheitsstatus zusammengefasst und nicht chronologisch sortiert.

Quelle: Eigene Zusammenstellung

angewiesen ist und es neben der Alternativregierungen kaum weitere Koalitionsmöglichkeiten gibt. So hatte die Liberals-Regierung im Council als Alternative nur die Democrats; und die Labor-Regierung musste eine Koalition mit mindestens drei der vier kleineren Parteien bilden. Das erklärt auch, warum es nach dem Machtwechsel 2002 weniger gemischte Koalitionen gibt als in der darauffolgenden Legislaturperiode. Auch wenn die Regierung den Status Quo eher nach links verschieben wollen würde, war das Schmieden einer Koalition mit den linken Parteien wahrscheinlich sehr aufwändig und nicht ohne die rechten Parteien möglich. Bemerkenswert ist auch, dass es in der Legislaturperiode 2010-2014 sogar eine linke Koalition gab (Work Health and Safety Bill). Diese war nur durch Enthaltungen, insbesondere des Nick Xenophon Teams und Dignity for Disability, erfolgreich. Ein solcher Abstimmungssieg durch Enthaltungen spricht allerdings für eine gewisse Kooperation.

Die geringen Unterschiede im Regierungsstatus in der zweiten Kammer lassen es nicht zu, Aussagen zu den Unterschieden abhängig vom Regierungsstatus zu machen. In South Australia gibt es aber sehr wenige unterschiedliche Koalitionsarten (links, rechts, gemischt) innerhalb der einzelnen Legislaturperioden und die Alternativregierung wird sehr häufig mit einbezogen.

4.3.4 Victoria vor der Reform

In den beiden Legislaturperioden vor der Reform gibt es nahezu ein Zwei-Parteien-System beziehungsweise eine 2,5-Parteien-System, da die Liberals und Nationals in diesem Zeitraum einzeln gezählt werden. Erwartungsgemäß verabschiedet die Labor-Minderheitsregierung alle Gesetze zusammen mit der Coalition. Aber auch bei eigener Mehrheit erhält die Labor-Regierung noch zu mehr als einem Drittel der Gesetze die Zustimmung rechter Parteien (s. Tabelle 4-5). Es gibt keinen Regierungswechsel im Beobachtungszeitraum.

Tabelle 4-6: Koalitionen nach Legislaturperioden (VIC)

Wahl-jahr	Premier-Partei	Erste Kammer		Zweite Kammer		Anzahl Gesetze	Koalitionstyp				
		Mehrheit	Median	Mehrheit	Median		links	gemischt	rechts	Inkl. Alternativregierung	Nur mit Alternativregierung
2006	Labor	1	1	0	1	40	20,0%	32,5%	47,5%	52,5%	0,0%
2010	Coalition	0	1	1	1	26	53,8%	0,0%	0,0%	53,8%	50,0%
		1	1			38	65,8%	0,0%	0,0%	52,6%	52,6%
2014	Labor	1	1	0	0	32	0,0%	71,9%	28,1%	53,1%	0,0%
					1	7	0,0%	71,4%	28,6%	42,9%	0,0%
Gesamt						143					

Innerhalb der Legislaturperioden sind Phasen nach Mehrheitsstatus zusammengefasst und nicht chronologisch sortiert.

Quelle: Eigene Zusammenstellung

4.3.5 Victoria

Nach der Reform stellt die Regierung in den meisten Legislaturperioden den Median in der zweiten Kammer, in der Legislaturperiode 2010-2014 sogar teilweise die Mehrheit (s. Tabelle 4-6).

Insbesondere die erste Legislaturperiode nach der Reform (2006-2010) zeigt im Vergleich zu den anderen Perioden, dass eine Mehrheits-Minderheits-Median-Regierung flexible Koalitionen bilden kann. Wobei es interessant ist, dass die Labor-Regierung hier noch häufiger mit rein linken Koalitionen zusammenarbeitet als nach der Rückkehr zur Macht 2014. Auch wenn die Regierung 2014-2018 den Großteil der Zeit den Median nicht kontrolliert, hätte es nach Hypothese H.4.2 zumindest in den Phasen der Mediankontrolle verstärkt zu rein linken Koalitionen kommen sollen. Allerdings hat im Vergleich zu 2006-2010 der Anteil rein rechter Koalitionen stark abgenommen und somit entspricht der Einfluss des Regierungswechsels zumindest teilweise den Erwartungen. Die Alternativregierung wird in allen Fällen in ungefähr der Hälfte der Gesetze mit einbezogen.

4.3.6 Western Australia

Die beiden Legislaturperioden unter der Labor-Regierung (2001-2005 und 2005-2008) sind die einzigen, in denen die Regierung in der zweiten Kammer vollständig nur eine Minderheit der Sitze, aber den Median kontrolliert. Diese Legislaturperioden sind dementsprechend diejenigen

Tabelle 4-7: Koalitionen nach Legislaturperioden (WA)

Wahl- jahr	Premier- Partei	Erste Kammer		Zweite Kammer		Anzahl Gesetze	Koalitionstyp				
		Mehr- heit	Median	Mehr- heit	Median		links	gemischt	rechts	Inkl. Alternativ- regierung	Nur mit Alternativ- regierung
1996	Coalition	1	1	0	0	7	100,0%	0,0%	0,0%	57,1%	57,1%
				0	1	14	50,0%	0,0%	0,0%	35,7%	28,6%
				1	1	1	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%
2001	Labor	1	1	0	1	42	45,2%	14,3%	40,5%	54,8%	19,0%
2005	Labor	1	1	0	1	16	43,8%	25,0%	31,3%	37,5%	18,8%
2008	Liberals	0	1	0	0	1	100,0%	0,0%	0,0%	100,0%	0,0%
				1	1	31	74,2%	0,0%	0,0%	74,2%	67,7%
2013	Liberals	1	1	1	1	18	5,6%	44,4%	38,9%	38,9%	5,6%
Gesamt						130					

Innerhalb der Legislaturperioden sind Phasen nach Mehrheitsstatus zusammengefasst und nicht chronologisch sortiert.

Quelle: Eigene Zusammenstellung

mit der höchsten Flexibilität in der Koalitionsbildung (Tabelle 4-7). Zu erwarten wäre gewesen, dass die Regierung nach dem Machtwechsel 2001 verstärkt auf linke Koalitionen zurückgreift im Vergleich zur nachfolgenden Legislaturperiode, bei der wieder Labor regiert. Dies ist nicht der Fall, der Anteil rein linker Koalitionen ist ähnlich. Der Anteil von Koalitionen unter rechter Beteiligung ist ebenfalls ähnlich, allerdings sind dies 2001-2005 mehr rein rechte Koalitionen, während es 2005-2008 vermehrt gemischte Koalitionen sind. Diese Beobachtung widerspricht der Hypothese H.4.2. Hypothese H.4.3b widersprechend nimmt der Anteil von Gesetzen, die in Kooperation mit der Alternativregierung verabschiedet wurden, ab. Die Regierung 2008-2013, die keine Mehrheit in der ersten Kammer hat, arbeitet erwartungsgemäß am häufigsten mit der Alternativregierung zusammen, aber auch in den anderen Legislaturperioden wird die Alternativregierung häufig einbezogen. Die Kombination aus Mehrheit in der ersten Kammer und Minderheit aber Median in der zweiten Kammer erzeugt in Western Australia die größte Flexibilität in der Koalitionsbildung.

4.3.7 Zwischenergebnisse

Die Daten aus den einzelnen Staaten zeigen, dass in allen Fällen der Minderheitsregierungen die Alternativregierung häufig einbezogen wird. In den Fällen, in denen die Regierung den Median stellt, scheint sie die dadurch ermöglichte Flexibilität auch zu nutzen, indem sie einerseits mit Parteien ihres eigenen Blocks zusammenarbeitet, aber auch andere Koalitionen

Table 4-8: Übersicht Koalitionsbildung Mehrheits-Minderheitsregierungen (alle Staaten)

Legis- latur- perio- den	Premier- Partei	Erste Kammer		Zweite Kammer		Anzahl Gesetze	Koalitionstyp				
		Mehr- heit	Median	Mehr- heit	Median		links	gemischt	rechts	Inkl. Alternativ- regierung	Nur mit Alternativ- regierung
Ohne Median im Council											
5	Labor	1	1	0	0	80	1,3%	52,5%	46,3%	56,3%	6,3%
3	Coalition	1	1	0	0	17	82,4 %	17,6%	0,0%	70,6%	58,8%
Mit Median im Council											
7	Labor	1	1	0	1	300	16,7 %	27,3%	56,0%	57,7%	4,7%
6	Coalition	1	1	0	1	185	19,5 %	34,1%	41,6%	44,3%	11,4%

Quelle: Eigene Zusammenstellung

bildet und somit wahrscheinlich am ehesten ihre eigene Position durchsetzen kann. In Tabelle 4-8 sind die Mehrheits-Minderheits-Regierungen in einem Überblick dargestellt.

Es gibt für die Regierungen mit Median deutlich mehr namentlich abgestimmte Gesetze. Möglicherweise ist das ein Zeichen für die stärkeren Kompromisse in den Koalitionsverhandlungen, da andere Parteien dann ein Interesse daran haben könnten, namentlich abzustimmen um potenziellen Wähler:innen das Abstimmungsverhalten zu zeigen (Stecker 2011). In Kapitel 5 (Blockaden und legislative Erfolgsraten im Semi-Parlamentarismus) gehe ich zudem auf mögliche Unterschiede in der Anzahl eingebrachter und verabschiedeter Gesetze ein.

Die Regierungen ohne Median in der zweiten Kammer sind auf die Kooperation des anderen Blocks angewiesen. Folgerichtig gibt es (fast) keine Koalitionen nur mit dem eigenen Block. Labor setzt dabei verstärkt auf gemischte Koalitionen, während die Coalition den Großteil der Gesetze mit einer linken Koalition verabschiedet, allerdings ist die Zahl der Beobachtungen hier sehr klein. Die Regierungen der Coalition arbeiten sehr oft mit Labor zusammen (71%) und in mehr als der Hälfte der Fälle verabschiedet die Coalition Gesetze nur mit der Unterstützung von Labor. Die Labor-Regierungen bilden jeweils in knapp der Hälfte der Fälle eine Koalition nur mit rechten Partner:innen oder mit Partner:innen sowohl links als auch rechts von ihnen. In etwas mehr als der Hälfte der Fälle erhalten sie die Unterstützung der Alternativregierung, diese Koalitionen schließen aber fast immer weitere Partner:innen ein.

In den Fällen, in denen die Regierung den Median stellt, ist die Regierung nicht mehr auf die „Gegenseite“ angewiesen. Sie könnte also nur mit den Partner:innen des eigenen Blocks Gesetze verabschieden. Eine dauerhafte quasi-Koalition mit den linken Partner:innen würde allerdings bedeuten, dass diese Partner:innen eine starke Verhandlungsposition hätten und die Regierung zu Zugeständnissen zwingen könnten. Es zeigt sich aber insgesamt, dass die Regierungen deutlich weniger als die Hälfte der Gesetze ausschließlich mit dem eigenen Block verabschieden, bei Labor sind es sogar nur 17%. Labor stützt sich sogar in 56% der Fälle ausschließlich auf die „Gegenseite“, die Coalition immerhin noch in 19% der Fälle. In ungefähr der Hälfte der Fälle ist die Alternativregierung Teil der verabschiedenden Koalition, allerdings nutzten beide Parteien auch in diesen Fällen fast immer weitere Partner:innen.

4.4 Analyse der Koalitionsbildung nach Themenfeldern

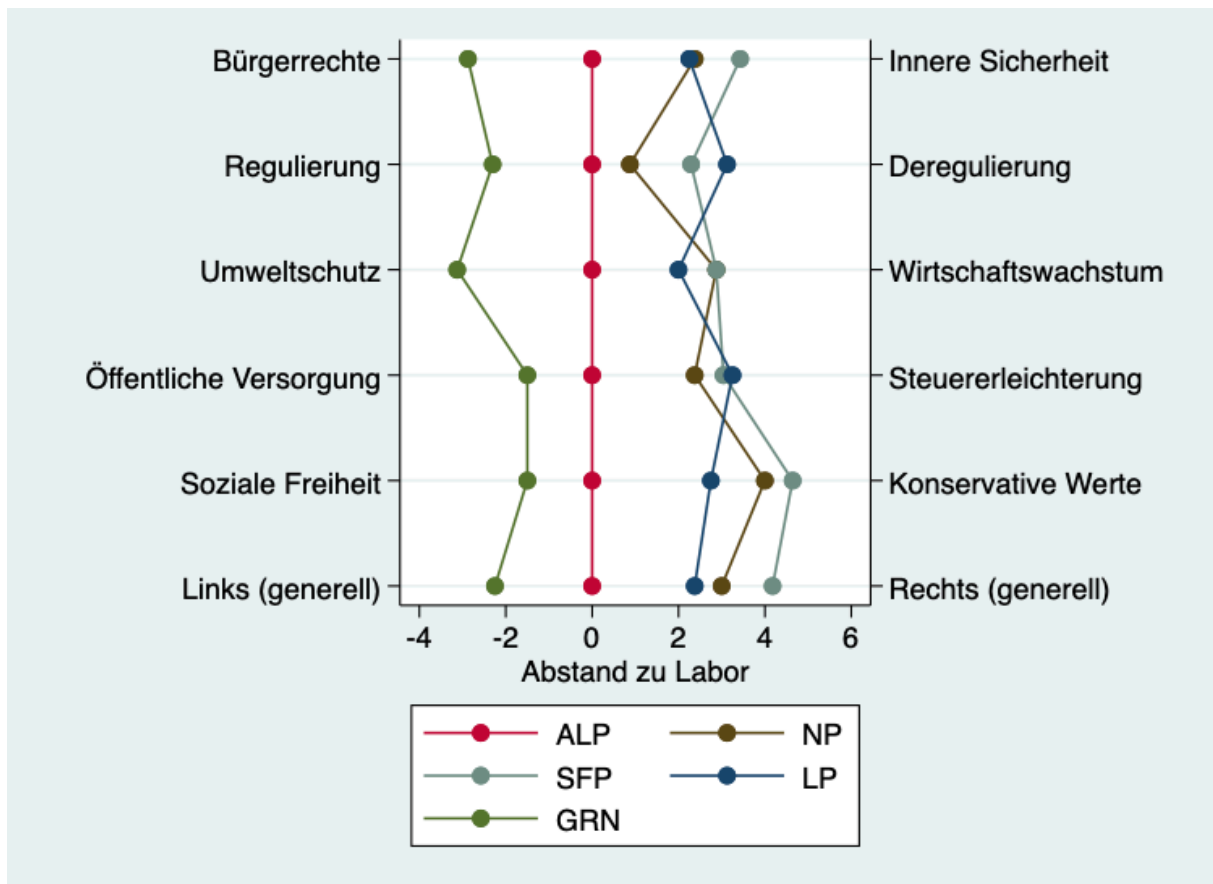
Die australischen Regierungen bilden wechselnde Koalitionen zur Verabschiedung der Gesetze und verlassen sich deutlich seltener auf den eigenen Block als anzunehmen wäre. Möglich wäre aber, dass dies an den Positionen in den jeweiligen Politikfeldern liegt und es innerhalb der einzelnen Politikfeldern doch zu einer stärkeren Zusammenarbeit im eigenen Block kommt. In diesem Abschnitt untersuche ich daher, ob die Koalitionen innerhalb der einzelnen Politikfeldern wechseln. Für die wechselnden Koalitionen untersuche ich Hypothese H.4.4, nach der der Abstand der Parteien zur Regierung von Bedeutung ist. Zudem untersuche ich, ob sich die Muster nach einem Regierungswechsel ändern (Hypothesen H.4.2 und H.4.3b).

Im Folgenden stelle ich die Koalitionen für die nach Anzahl der Abstimmungen wichtigsten fünf Politikfelder für die wichtigsten Parteien dar. Das sind die folgenden Bereiche:

- Bürgerrechte/Innere Sicherheit
- Regulierung/Deregulierung
- Umweltschutz/Wirtschaftswachstum
- Öffentliche Versorgung/Steuererleichterung
- Soziale Freiheit/Konservative Werte

Ich beschränke mich in der Darstellung auf die Staaten New South Wales, Victoria nach der Reform und Western Australia, da es nur hier eine größere Menge von Abstimmungen gibt, bei denen unter einer Mehrheits-Minderheits-Median-Regierung über Gesetze abgestimmt wurde, die eindeutig den Politikfeldern zugeordnet werden konnten.

Abbildung 4-1: Abstände zur Labor-Regierung in New South Wales



Quelle: Eigene Zusammenstellung

4.4.1 New South Wales

In New South Wales sind alle Regierungen, sowohl Labor- als auch Coalition-Regierungen, im Beobachtungszeitraum Mehrheits-Minderheits-Median-Regierungen. Ich beginne mit den Labor-Regierungen und stelle anschließend die Coalition-Regierungen dar, die ich auch nochmal auf die Auswirkung des Regierungswechsels untersuche.

4.4.1.1 Labor

In Abbildung 4-1 sind die Abstände zu Labor in den jeweiligen Politikfeldern dargestellt. Die größte Nähe zwischen Greens und Labor gibt es in den Politikfeldern Öffentliche Versorgung/Steuererleichterung und Soziale Freiheit/Konservative Werte. Den größten Abstand haben die Greens von Labor in den Feldern Bürgerrechte/Innere Sicherheit und Umweltschutz/Wirtschaftswachstum. Die Coalition besteht aus den Liberals und den Nationals. Die beiden Parteien haben dennoch etwas unterschiedliche Positionen. Im Bereich Bürger-

Tabelle 4-9: Koalitionen der Labor-Regierung nach Politikfeldern (NSW)

Politikfeld	Koalitionstyp			Anzahl Gesetze	Koalitionspartner		
	Links	Gemischt	Rechts		Greens	Coalition	Shooters and Fishers
Bürgerrechte <-> innere Sicherheit	8,9%	8,9%	82,1%	56	14,3% (56)	82,1% (56)	67,9% (56)
Regulierung <-> Deregulierung	0,0%	38,5%	61,5%	26	30,8% (26)	50,0% (26)	53,8% (26)
Umweltschutz <-> Wirtschaftswachstum	6,1%	28,6%	65,3%	49	32,7% (49)	53,1% (49)	63,3% (49)
Öffentliche Versorgung <-> Steuerleichterung	6,3%	37,5%	56,3%	16	43,8% (16)	50,0% (16)	43,8% (16)
Soziale Freiheit <-> konservative Werte	16,7%	50,0%	33,3%	12	66,7% (12)	66,7% (12)	50,0% (12)
Sonstige	13,9%	36,1%	50,0%	36	36,1% (36)	52,8% (36)	55,6% (36)
Gesamt	8,2%	27,7%	64,1%	195	30,8% (195)	61,5% (195)	59,5% (195)

In Klammern die Anzahl an Abstimmungen, bei denen diese Partei im Council vertreten war.

Quelle: Eigene Erhebung

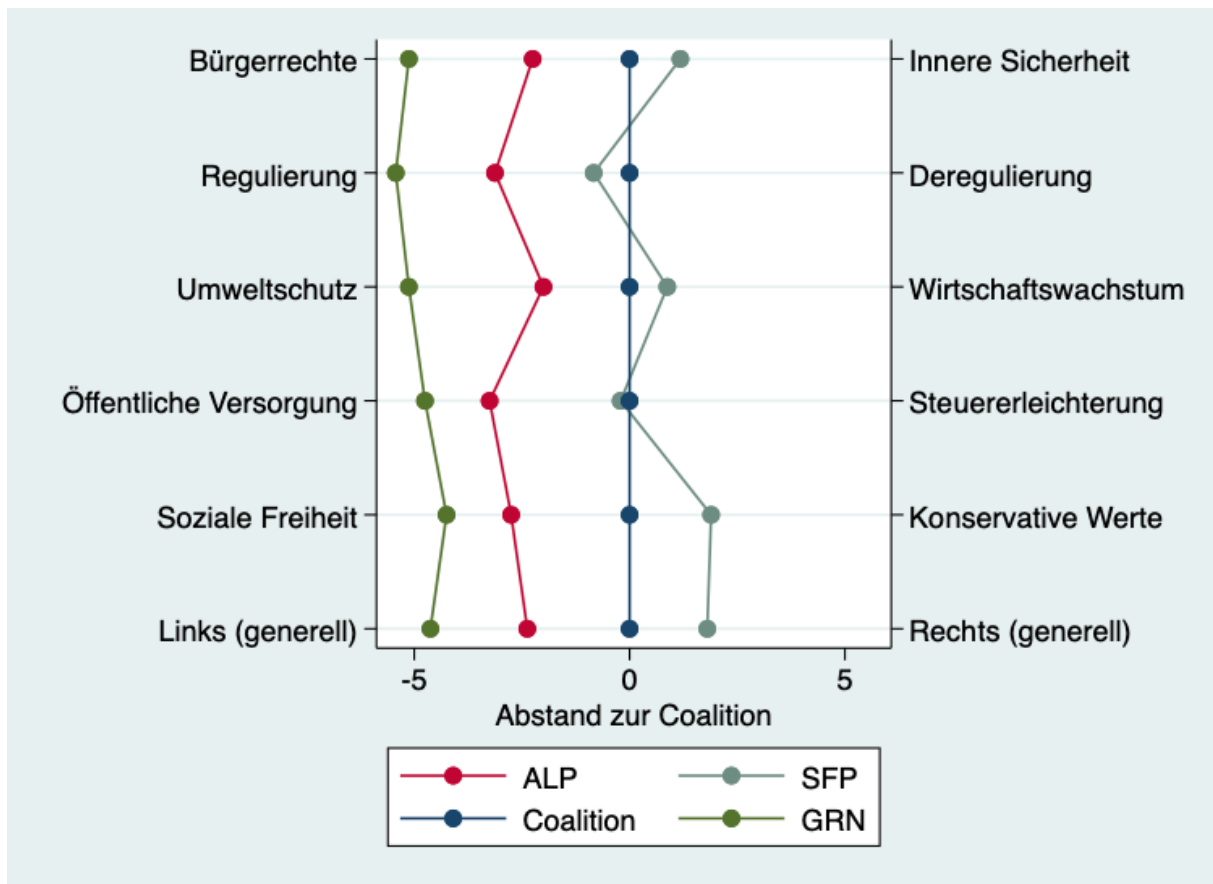
rechte/Innere Sicherheit ist der Abstand zur weiter entfernten der beiden Parteien am niedrigsten. Im Bereich Soziale Freiheit/Konservative Werte ist der Abstand zur näheren der beiden am größten. Für die Shooters and Fishers Party ist der Abstand im Feld Regulierung/Deregulierung am geringsten und in den Feldern Soziale Freiheit/Konservative Werte sowie Bürgerrechte/Innere Sicherheit am höchsten.

In Tabelle 4-9 sind die jeweiligen Koalitionen eingetragen. Der erste Befund ist, dass es keine festen Koalitionen in den jeweiligen Themenfeldern gibt. Lediglich im Bereich

Regulierung/Deregulierung gibt es keine rein linken Koalitionen, in allen anderen Themenfeldern nutzt Labor alle möglichen Koalitionen.

Für die einzelnen Parteien bestätigt sich die Hypothese H.4.4. zum Einfluss des Abstands weitestgehend. Die Greens haben vor allem in den Bereichen Öffentliche Versorgung/Steuerleichterung und Soziale Freiheit/Konservative Werte zugestimmt, im Bereich Bürgerrechte/Innere Sicherheit gab es die geringste Zustimmung, im Bereich Umweltschutz/Wirtschaftswachstum ist die Zustimmung höher als erwartet. Die Coalition stimmt vor allem im Bereich Bürgerrechte/Innere Sicherheit zu. Allerdings ist die Zustimmung im Bereich Soziale Freiheit/Konservative Werte deutlich höher als erwartet. Insgesamt sind die

Abbildung 4-2: Abstände zur Coalition-Regierung in New South Wales



Quelle: Eigene Zusammenstellung

Zustimmungsraten der Coalition sehr hoch. Interessant ist auch, dass die Shooters and Fishers in den Bereichen Bürgerrechte/Innere Sicherheit und Umweltschutz/Wirtschaftswachstum am häufigsten zustimmen, obwohl sie gerade im Bereich Bürgerrechte/Innere Sicherheit im Vergleich zu den anderen Politikfeldern relativ weit entfernt sind von Labor. Möglicherweise ist hier aber entscheidend, dass die Greens ebenfalls sehr weit entfernt sind.

4.4.1.2 Coalition

Die Coalition befindet sich deutlich weiter rechts als Labor und die Greens, wie Abbildung 4-2 zu entnehmen ist. In den meisten Bereichen ist daher nur eine geringe Flexibilität zu erwarten. Zu erwarten sind vor allem Koalitionen mit den Shooters and Fishers, die der Coalition in allen Bereichen am nächsten sind. Überraschend häufig arbeitet die Coalition dennoch mit Labor zusammen, wobei dies meist gemischte Koalitionen sind, also mit den Shooters and Fishers zusammen (Tabelle 4-10). Labor liegt der Coalition in den Bereichen Bürgerrechte/Innere Sicherheit und Umweltschutz/Wirtschaftswachstum am nächsten und stimmt in diesen Berei-

Tabelle 4-10: Koalitionen der Coalition-Regierung nach Politikfeldern (NSW)

Politikfeld	Koalitionstyp			Anzahl Gesetze	Koalitionspartner		
	Links	Gemischt	Rechts		Greens	Labor	Shooters and Fishers
Bürgerrechte <-> innere Sicherheit	0,0%	72,7%	27,3%	33	3,0% (33)	69,7% (33)	81,8% (33)
Regulierung <-> Deregulierung	10,0%	40,0%	50,0%	30	6,7% (30)	43,3% (30)	73,3% (30)
Umweltschutz <-> Wirtschaftswachstum	4,2%	41,7%	54,2%	24	8,3% (24)	41,7% (24)	66,7% (24)
Öffentliche Versorgung <-> Steuererleichterung	0,0%	6,3%	93,8%	16	0,0% (16)	6,3% (16)	81,3% (16)
Soziale Freiheit <-> konservative Werte	100,0%	0,0%	0,0%	1	100,0% (1)	100,0% (1)	0,0% (1)
Sonstige	2,8%	30,6%	66,7%	36	13,9% (36)	19,4% (36)	83,3% (36)
Gesamt	4,3%	41,4%	54,3%	140	7,9% (140)	39,3% (140)	77,1% (140)

In Klammern die Anzahl an Abstimmungen, bei denen diese Partei im Council vertreten war.

Quelle: Eigene Erhebung

chen auch sehr häufig mit der Coalition. Im Bereich Regulierung/Deregulierung liegen die Shooters and Fishers ebenfalls links der Coalition. Die rechten und gemischten Koalitionen sind daher in diesem Politikfeld tatsächlich eher linke Koalitionen und so erklären sich wahrscheinlich auch die relativ hohen Zustimmungsraten von Labor. Die linke Koalition im Bereich Soziale Freiheit/Konservative Werte ist überraschend, allerdings ist es nur ein Gesetz und daher nur begrenzt aussagekräftig.

4.4.1.3 Regierungswechsel

Zur Untersuchung, inwiefern sich das Koalitionsverhalten in Abhängigkeit von der Vorgängerregierung verändert, untersuche ich hier die Coalition-Regierungen der Legislaturperioden 2011-2015 und 2015-2019 gesondert. Oben habe ich bereits gezeigt, dass sich die grundsätzliche Koalitionsbildung kaum unterscheidet zwischen den beiden Legislaturperioden. Hier untersuche ich, ob dieser Befund auch in den einzelnen Politikfeldern gültig ist.

Gemäß den Hypothesen sollte die Coalition-Regierung nach dem Regierungswechsel einerseits verstärkt (oder hauptsächlich) rechte Koalitionen bilden und vor allem rechte Parteien

Tabelle 4-11: Koalitionen in Abhängigkeit der Vorgängerregierung (NSW)

Nach Regierungswechsel (2011-2015)							
Politikfeld	Koalitionstyp			Anzahl Gesetze	Koalitionspartner		
	Links	Gemischt	Rechts		Greens	Labor	Shooters and Fishers
Bürgerrechte <-> innere Sicherheit	0,0%	75,0%	25,0%	20	0,0%	75,0%	85,0%
Regulierung <-> Deregulierung	14,3%	35,7%	50,0%	14	7,1%	50,0%	85,7%
Umweltschutz <-> Wirtschaftswachstum	11,1%	22,2%	66,7%	9	11,1%	22,2%	88,9%
Öffentliche Versorgung <-> Steuererleichterung	0,0%	0,0%	100,0%	6	0,0%	0,0%	100,0%
Soziale Freiheit <-> Konservative Werte				0			
Sonstige	0,0%	37,5%	62,5%	24	20,8%	16,7%	95,8%
Gesamt	4,1%	42,5%	53,4%	73	9,6%	38,4%	90,4%

Ohne Regierungswechsel (2015-2019)							
Politikfeld	Koalition			Anzahl Gesetze	Koalitionspartner		
	Links	Gemischt	Rechts		Greens	Labor	Shooters and Fishers
Bürgerrechte <-> innere Sicherheit	0,0%	69,2%	30,8%	13	7,7%	61,5%	76,9%
Regulierung <-> Deregulierung	6,3%	43,8%	50,0%	16	6,3%	37,5%	62,5%
Umweltschutz <-> Wirtschaftswachstum	0,0%	53,3%	46,7%	15	6,7%	53,3%	53,3%
Öffentliche Versorgung <-> Steuererleichterung	0,0%	10,0%	90,0%	10	0,0%	10,0%	70,0%
Soziale Freiheit <-> Konservative Werte	100,0%	0,0%	0,0%	1	100,0%	100,0%	0,0%
Sonstige	8,3%	16,7%	75,0%	12	0,0%	25,0%	58,3%
Gesamt	4,5%	40,3%	55,2%	67	6,0%	40,3%	62,7%

Quelle: Eigene Erhebung

zustimmen (H.4.2) und andererseits sollte insbesondere die vormalige Regierungspartei Labor deutlich seltener zustimmen (H.4.3b). Die Arten der Koalitionen ähneln sich zwischen den beiden Legislaturperioden über alle Bereiche hinweg (Tabelle 4-11). Im Bereich Umweltschutz/Wirtschaftswachstum wurden aber tatsächlich etwas mehr rechte Koalitionen gebildet nach dem Regierungswechsel. Ebenso bei den Gesetzen, die in keines der fünf hier detailliert dargestellten Politikfelder fallen. Allerdings wurden im Bereich

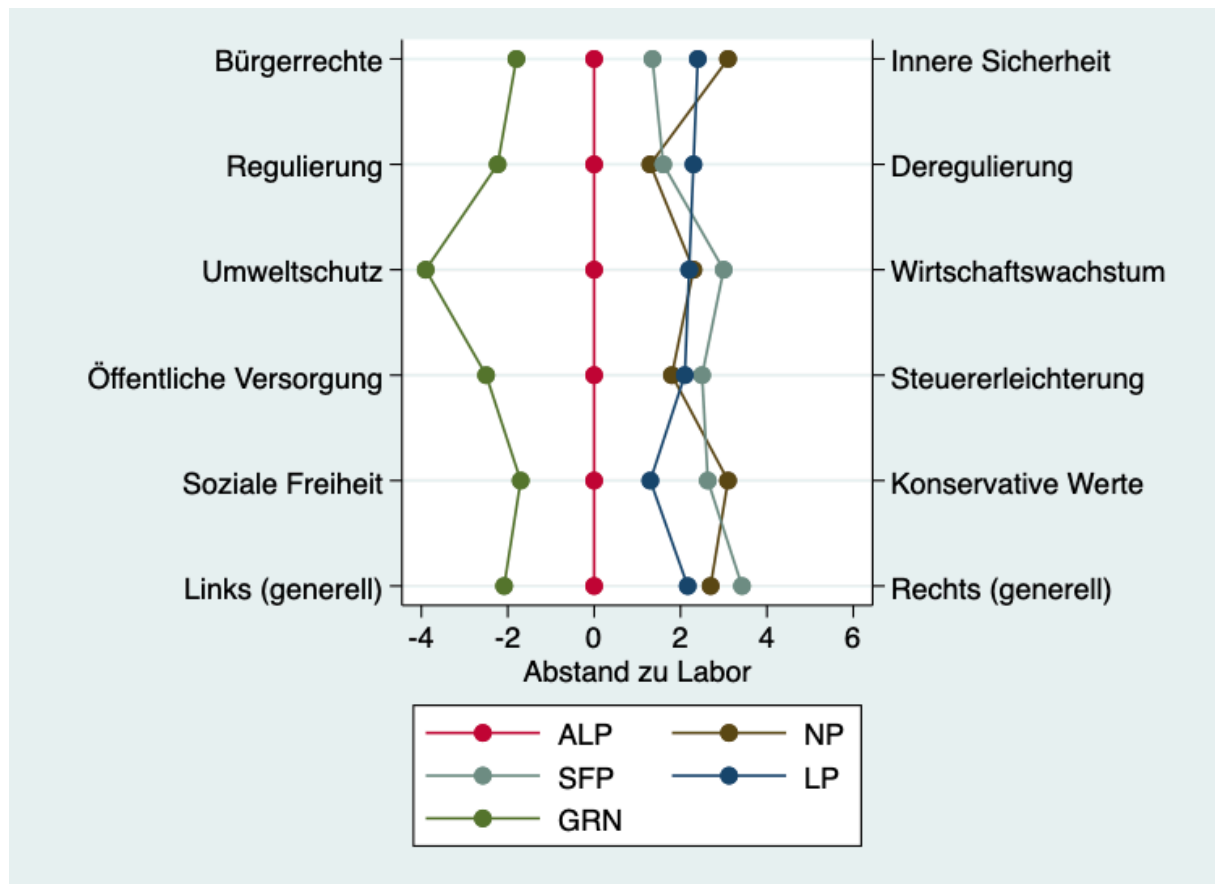
Umweltschutz/Wirtschaftswachstum und Regulierung/Deregulierung auch mehr linke Koalitionen gebildet direkt nach dem Regierungswechsel.

Bei der Zusammenarbeit mit den Parteien und insbesondere Labor ergibt sich ein differenzierteres Bild. Insgesamt fällt die Zusammenarbeit mit Labor direkt nach dem Regierungswechsel etwas geringer aus. Das ist vor allem auf den Bereich Umweltschutz/Wirtschaftswachstum zurückzuführen und auf die Gesetze, die keinem der hier dargestellten Bereiche entsprechen. Dagegen ist in den Bereichen Bürgerrechte/Innere Sicherheit und Regulierung/Deregulierung die Zusammenarbeit sogar höher. Eine Erklärung wäre, dass der Status Quo in diesen Bereichen nicht so weit weg gewesen ist von den Idealvorstellungen der Coalition, wie man nach einer Labor-Regierung annehmen könnte. Tatsächlich hat gerade in diesen Bereichen Labor in den drei untersuchten Legislaturperioden fast ausschließlich gemischte oder sogar rechte Koalitionen gebildet und die Coalition war an der Hälfte der namentlich verabschiedeten Gesetze im Bereich Regulierung/Deregulierung und an mehr als 80% der Gesetze im Bereich Bürgerrechte/Innere Sicherheit beteiligt.

4.4.2 Victoria

In Victoria gibt es nicht viele Gesetze, die unter einer Mehrheits-Minderheits-Median-Regierung verabschiedet wurden. Seit 2008, also fast den gesamten Zeitraum nach der Reform in Victoria, agieren Liberals und Nationals als eine Partei. In der Darstellung nutze ich dennoch die Positionsdaten der einzelnen Parteien, da mehr als eine Legislaturperiode von Interesse ist und sich die Gewichtung zwischen den beiden Parteien daher ändert. Den Positionen nach zu urteilen, sollten die Greens im Bereich Umweltschutz/Wirtschaftswachstum am seltensten mit der Labor-Regierung zusammenarbeiten (s. Abbildung 4-3). In allen anderen Bereichen sind die Entfernungen von Labor zu den Greens links und den anderen Parteien rechts sehr ähnlich. Tatsächlich stimmen die Greens im Bereich Umweltschutz/Wirtschaftswachstum am seltensten von allen Bereichen mit der Labor-Regierung – die 0,0% Zustimmung im Bereich Öffentliche Versorgung/Steuererleichterung sind wenig aussagekräftig, da es sich nur um ein einziges Gesetz handelt (s. Tabelle 4-12). Allerdings ist die Zustimmung auch im Bereich Bürgerrechte/Innere Sicherheit sehr niedrig, obwohl die Entfernung hier deutlich geringer ist. Wahrscheinlich ist dies auf die relative Nähe der Shooters and Fishers zurückzuführen. Für die Zeit, in der Liberals und Nationals getrennt agieren, unterscheiden sich ihr Abstimmungsverhalten sehr selten voneinander. Lediglich im Bereich Soziale Freiheit/Konservative Werte ist der Unterschied deutlich. Dies ist auch der Bereich, in dem sich

Abbildung 4-3: Abstände zur Labor-Regierung in Victoria



Quelle: Eigene Zusammenstellung

die Positionen der beiden Parteien am deutlichsten unterscheiden. Während sie im Parlament saßen, stimmten die Shooters and Fishers in allen Bereichen Gesetzen zu, die verabschiedet wurden. Das sind nur sehr wenige und somit nur bedingt aussagekräftig. Es wäre aber zu erwarten gewesen, dass die Zustimmung im Bereich Bürgerrechte/Innere Sicherheit am höchsten wäre.

Tabelle 4-12: Koalitionen der Labor-Regierung nach Politikfeldern (VIC)

Politikfeld	Koalitionstyp			Anzahl Gesetze	Koalitionspartner				
	Links	Gemischt	Rechts		Greens	Liberals	Coalition	Nationals	Shooters and Fishers
Bürgerrechte <-> innere Sicherheit	11,1%	33,3%	55,6%	9	33,3% (9)	80,0% (5)	50,0% (4)	80,0% (5)	50,0% (4)
Regulierung <-> Deregulierung	0,0%	64,3%	35,7%	14	64,3% (14)	50,0% (12)	0,0% (2)	41,7% (12)	100,0% (2)
Umweltschutz <-> Wirtschaftswachstum	18,2%	9,1%	72,7%	11	27,3% (11)	72,7% (11)		72,7% (11)	
Öffentliche Versorgung <-> Steuererleichterung	0,0%	0,0%	100,0%	1	0,0% (1)	0,0% (0)	100,0% (1)	0,0% (0)	100,0% (1)
Soziale Freiheit <-> konservative Werte	66,7%	33,3%	0,0%	6	100,0% (6)	33,3% (6)		0,0% (6)	
Sonstige	16,7%	50,0%	33,3%	6	66,7% (6)	16,7% (6)		50,0% (6)	
Gesamt	17,0%	38,3%	44,7%	47	53,2% (47)	52,5% (40)	42,9% (7)	50,0% (40)	71,4% (7)

In Klammern die Anzahl an Abstimmungen, bei denen diese Partei im Council vertreten war.

Quelle: Eigene Zusammenstellung

4.4.2.1 Regierungswechsel

Für die Untersuchung eines Unterschieds nach dem Regierungswechsel bieten sich in Victoria nur zwei Legislaturperioden an, die allerdings beide problematisch sind. In der Legislaturperiode 2006-2010 folgt eine Labor-Regierung auf eine Labor-Regierung und es sollten daher weniger linke Koalitionen zu beobachten sein. Das ist aber die erste Legislaturperiode nach der Reform und möglicherweise sind dort die Mechanismen eines Mehrparteien-Parlaments noch nicht so eingespielt. In der Legislaturperiode 2014-2018 kommt Labor nach einer Legislaturperiode in der Opposition wieder an die Regierung. Die meiste Zeit der Legislaturperiode kontrolliert die Regierung aber nicht den Median – nur in drei kurzen Abschnitten (maximal viereinhalb Monate vom 27.05.-12.10.2016). Daher wurde auch nur über wenige Gesetze unter einer Mehrheits-Minderheits-Median-Regierung in diesem Zeitraum abgestimmt. Die Aussagen zu linken Koalitionen müssen hier mit Vorsicht interpretiert werden, da zu bedenken bleibt, dass eine linke Koalition in einem Großteil der Legislaturperiode keine Stimmenmehrheit hätte. Da ich nur wenige Fälle zur Verfügung habe, um die Auswirkungen der Vorgängerregierung zu testen, nutze ich den Fall dennoch.

Tabelle 4-13: Koalitionen in Abhängigkeit der Vorgängerregierung (VIC)

Nach Regierungswechsel (2014-2018)							
	Koalition			Anzahl Gesetze	Koalitionspartner		
	Links	Gemischt	Rechts		Greens	Coalition	Shooters and Fishers
Bürgerrechte <-> innere Sicherheit	0,0%	75,0%	25,0%	4	50,0%	50,0%	50,0%
Regulierung <-> Deregulierung	0,0%	100,0%	0,0%	2	100,0%	0,0%	100,0%
Umweltschutz <-< Wirtschaftswachstum				0			
Öffentliche Versorgung <-> Steuererleichterung	0,0%	0,0%	100,0%	1	0,0%	100,0%	100,0%
Soziale Freiheit <-> Konservative Werte				0			
Sonstige				0			
Gesamt	0,0%	71,4%	28,6%	7	57,1%	42,9%	71,4%

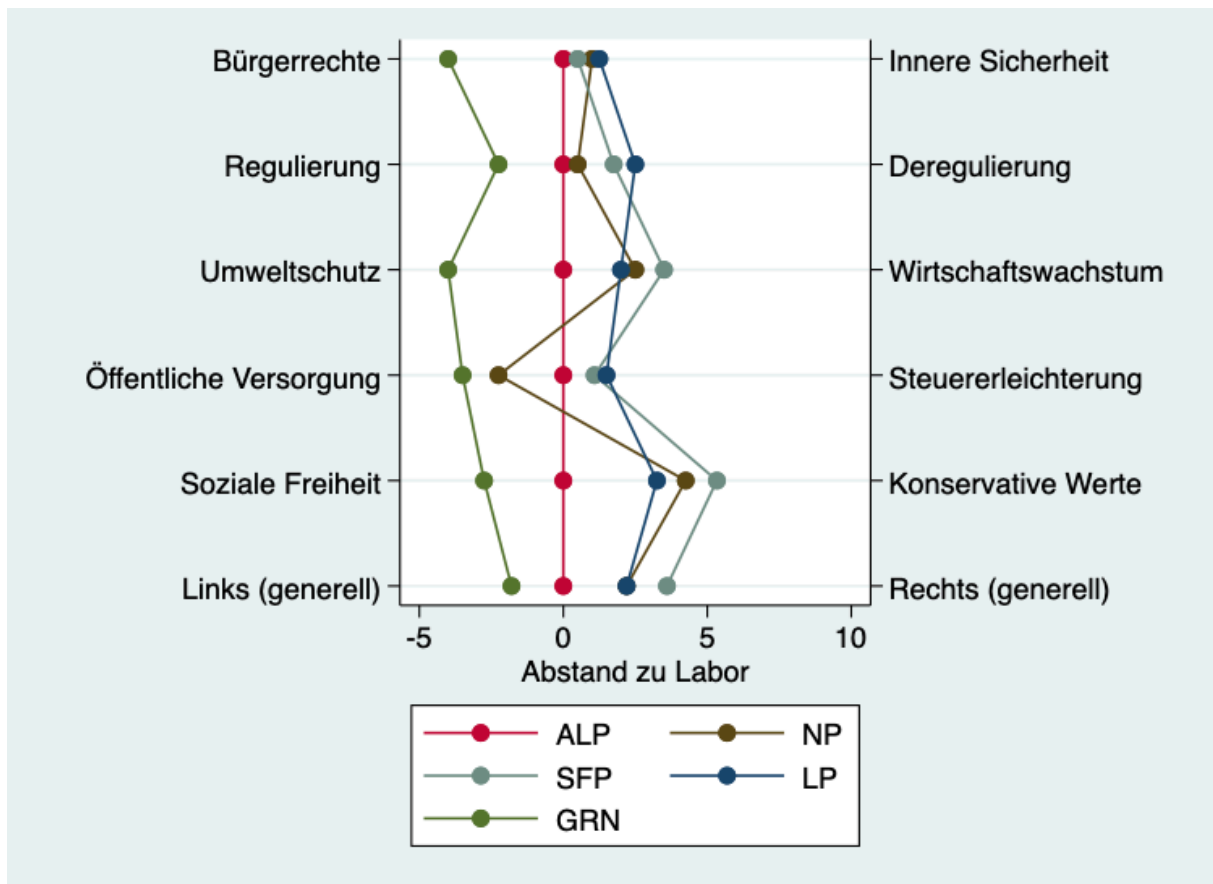
Ohne Regierungswechsel (2006-2010)							
	Koalition			Anzahl Gesetze	Koalitionspartner		
	Links	Gemischt	Rechts		Greens	Liberals	Nationals
Bürgerrechte <-> innere Sicherheit	20,0%	0,0%	80,0%	5	20,0%	80,0%	80,0%
Regulierung <-> Deregulierung	0,0%	58,3%	41,7%	12	58,3%	50,0%	41,7%
Umweltschutz <-< Wirtschaftswachstum	18,2%	9,1%	72,7%	11	27,3%	72,7%	72,7%
Öffentliche Versorgung <-> Steuererleichterung				0			
Soziale Freiheit <-> Konservative Werte	66,7%	33,3%	0,0%	6	100,0%	33,3%	0,0%
Sonstige	16,7%	50,0%	33,3%	6	66,7%	16,7%	50,0%
Gesamt	20,0%	32,5%	47,5%	40	52,5%	52,5%	50,0%

Quelle: Eigene Erhebung

Im Vergleich zur Legislaturperiode direkt nach der Reform regiert Labor nach dem Regierungswechsel entgegen der Hypothese H.4.2 ohne linke Koalitionen (Tabelle 4-13). Bemerkenswert ist aber, dass es trotzdem deutlich weniger rechte Koalitionen gibt als nach der Reform mit einer vorhergehenden Labor-Regierung. Da die linken Koalitionen über einen Großteil der übrigen Legislaturperiode keine Mehrheit gehabt hätten, lässt sich das als Unterstützung der Hypothese H.4.2 ansehen.

Interessant ist auch, dass die Zusammenarbeit mit der Coalition nach dem Regierungswechsel geringer ausfällt. Stattdessen stützt sich die Regierung vermehrt auf die Shooters and Fishers,

Abbildung 4-4: Abstände zur Labor-Regierung in Western Australia



Quelle: Eigene Zusammenstellung

die in der Legislaturperiode 2006-2010 auch noch nicht im Parlament vertreten waren. Das gilt insbesondere für den Bereich Bürgerrechte/Innere Sicherheit – ist aber nicht zwangsläufig auf die Abneigung der Coalition zurückzuführen, gegen den von ihnen eingeführten Status Quo zu stimmen, denn im Bereich Bürgerrechte/Innere Sicherheit sind die Shooters and Fishers der Labor-Regierung auch näher als die Coalition bzw. Liberals und Nationals.

4.4.3 Western Australia

In Western Australia gibt es nur wenige Parteien. Möglicherweise wirkt sich dies auch auf den Wettkampf der Parteien aus. Abbildung 4-4 ist zu entnehmen, dass die Greens eher weit entfernt sind von Labor. Lediglich im Bereich Soziale Freiheit/Konservative Werte liegen sie näher an Labor als die anderen Parteien. In diesem Bereich stimmen die Greens dementsprechend in allen vier Gesetzen im Datensatz mit der Labor-Regierung, wobei die Coalition auch bei zwei

Tabelle 4-14: Koalitionen der Labor-Regierung nach Politikfeldern (WA)

Politikfeld	Koalitionstyp			Anzahl Gesetze	Koalitionspartner			
	Links	Gemischt	Rechts		Greens	Liberals	Coalition	Nationals
Bürgerrechte <-> innere Sicherheit	9,1%	18,2%	72,7%	11	27,3% (11)	100,0% (4)	85,7% (7)	75,0% (4)
Regulierung <-> Deregulierung	47,1%	11,8%	41,2%	17	58,8% (17)	16,7% (6)	63,6% (11)	16,7% (6)
Umweltschutz <-> Wirtschaftswachstum	25,0%	25,0%	50,0%	4	50,0% (4)	(0)	75,0% (4)	(0)
Öffentliche Versorgung <-> Steuererleichterung	75,0%	12,5%	12,5%	8	87,5% (8)	(0)	25,0% (8)	(0)
Soziale Freiheit <-> konservative Werte	50,0%	50,0%	0,0%	4	100,0% (4)	(0)	50,0% (4)	(0)
Sonstige	57,1%	14,3%	28,6%	14	71,4% (14)	16,7% (6)	37,5% (8)	33,3% (6)
Gesamt	44,8%	17,2%	37,9%	58	62,1% (58)	37,5% (16)	54,8% (42)	37,5% (16)

In Klammern die Anzahl an Abstimmungen, bei denen diese Partei im Council vertreten war.

Quelle: Eigene Zusammenstellung

der Gesetze mit der Regierung stimmt (Tabelle 4-14). In den Politikfeldern Öffentliche Versorgung/Steuererleichterung und Regulierung/Deregulierung sind die Greens Labor ebenfalls relativ nah und stimmen dort auch einem Großteil der Gesetze zu.

In allen Staaten sind wirtschaftliche Politikfelder (Regulierung/Deregulierung und Öffentliche Versorgung/Steuererleichterung) die wichtigsten für Labor und Liberals und teilweise auch die wichtigsten für Nationals (Ergebnis des APPEs (Ganghof, Pörschke & Eppner 2016), nicht dargestellt). Während die Erwartungen in allen anderen Politikfeldern bezüglich des Koalitionsverhaltens erfüllt werden (Gesetze aus dem Feld Bürgerrechte/Innere Sicherheit werden eher mit rechten Parteien verabschiedet, die Kooperation im Feld Umweltschutz/Wirtschaftswachstum ist relativ gleich verteilt zwischen den Greens und der Coalition), entsprechen die Muster auf diesen wirtschaftlichen Politikfeldern in Western Australia nicht den Entfernungen.

Eine Erklärung wäre, dass die geringe Zahl an Parteien den Wettbewerb auf diese Politikfelder lenkt und die Parteien das Konfliktlevel hier künstlich hochhalten. Interessant ist hier auch, dass die Unterstützung durch Liberals und Nationals nach Bruch der Coalition, wenn Liberals und Nationals einzeln abstimmen, noch geringer ausfällt. Das deutet möglicherweise auch hier auf die Abgrenzungsversuche dieser beiden Parteien hin – selbst untereinander.

Tabelle 4-15: Koalitionen in Abhängigkeit der Vorgängerregierung (WA)

Nach Regierungswechsel (2001-2005)						
	Koalition			Anzahl Gesetze	Koalitionspartner	
	Links	Gemischt	Rechts		Greens	Coalition
Bürgerrechte <-> innere Sicherheit	14,3%	14,3%	71,4%	7	28,6%	85,7%
Regulierung <-> Deregulierung	36,4%	9,1%	54,5%	11	45,5%	63,6%
Umweltschutz <-< Wirtschaftswachstum	25,0%	25,0%	50,0%	4	50,0%	75,0%
Öffentliche Versorgung <-> Steuererleichterung	75,0%	12,5%	12,5%	8	87,5%	25,0%
Soziale Freiheit <-> Konservative Werte	50,0%	50,0%	0,0%	4	100,0%	50,0%
Sonstige	62,5%	0,0%	37,5%	8	62,5%	37,5%
Gesamt	45,2%	14,3%	40,5%	42	59,5%	54,8%

Ohne Regierungswechsel (2005-2008)							
	Koalition			Anzahl Gesetze	Koalitionspartner		
	Links	Gemischt	Rechts		Greens	Liberals	Nationals
Bürgerrechte <-> innere Sicherheit	0,0%	25,0%	75,0%	4	25,0%	100,0%	75,0%
Regulierung <-> Deregulierung	66,7%	16,7%	16,7%	6	83,3%	16,7%	16,7%
Umweltschutz <-< Wirtschaftswachstum				0			
Öffentliche Versorgung <-> Steuererleichterung				0			
Soziale Freiheit <-> Konservative Werte				0			
Sonstige	50,0%	33,3%	16,7%	6	83,3%	16,7%	33,3%
Gesamt	43,8%	25,0%	31,3%	16	68,8%	37,5%	37,5%

Quelle: Eigene Erhebung

4.4.3.1 Regierungswechsel

In der Legislaturperiode 2001-2005 kommt Labor an die Macht und kann die Mehrheit für die Legislaturperiode 2005-2008 verteidigen. In beiden Legislaturperioden kontrolliert die Regierung auch durchgehend den Median der zweiten Kammer, aber keine Mehrheit. Im Jahr 2006 trat Geoffrey Gallop als Premierminister zurück und wurde von Alan Carpenter ersetzt (Phillips/Kerr 2006). Möglicherweise ist das der Grund für die deutlich weniger namentlich abgestimmten erfolgreichen Gesetze. Den Hypothesen H.4.2 und H.4.3b zufolge müsste es

nach dem Regierungswechsel mehr linke und weniger rechte Koalitionen geben und die Coalition (bzw. ihre Bestandteile) sollte seltener zustimmen.

Tatsächlich findet sich aber das Gegenteil. Nach dem Regierungswechsel gibt es ähnlich viele linke Koalitionen und deutlich mehr rechte. Die Coalition (hier noch als gemeinsame Partei) stimmt häufiger zu als später Liberals und Nationals. In der späteren Legislaturperiode gibt es deutlich weniger namentliche Abstimmungen und somit auch weniger Themengebiete. Deutlich erkennbar ist aber der Unterschied im Bereich Regulierung/Deregulierung mit deutlich mehr rechten Koalitionen nach dem Regierungswechsel. Gerade in diesem Themengebiet sind die Greens Labor aber relativ nah, die Coalition aber auch nicht weit weg und insbesondere die Nationals haben fast die gleiche Idealposition wie Labor. Im Bereich Bürgerrechte/Innere Sicherheit wurden direkt nach dem Regierungswechsel tatsächlich etwas mehr linke Koalitionen gebildet als in der folgenden Legislaturperiode

4.4.4 Zwischenergebnisse

In allen drei genauer analysierten Staaten gibt es in nahezu jedem Politikfeld unterschiedliche Koalitionen – es gibt also nicht nur Koalitionen mit Parteien des eigenen Blocks. Nach dem Regierungswechsel scheinen die Koalitionen des eigenen Blocks etwas zuzunehmen. Der Abstand der Oppositionsparteien von der Regierung im jeweiligen Politikfeld scheint eine Rolle zu spielen für ihre jeweilige Kooperationsbereitschaft. Das spricht dafür, dass Medianregierungen ihre potenziellen Koalitionspartner gegeneinander ausspielen und sich so möglicherweise selbst durchsetzen können. Zu bedenken ist auch, dass die Mehrheitsverhältnisse selten mehrere Koalitionen pro Richtung zulassen. So gibt es meist nur eine potenzielle Koalitionspartner:in im eigenen Block.

4.5 Regressionsanalyse der Parteigeschlossenheit im Semi-Parlamentarismus

In diesem Abschnitt untersuche ich quantitativ, wie sich die Zugehörigkeit zum gleichen Block wie die Regierung auswirkt. Oben habe ich gezeigt, dass diejenigen Regierungen, die den Median kontrollieren, sich nicht nur auf ihren eigenen Block stützen, sondern mit allen möglichen Partner:innen einzelne Gesetze verabschieden. Zudem konnte ich zeigen, dass der Abstand zur Regierung im jeweiligen Politikfeld wichtig zu sein scheint für die Kooperation von Oppositionsparteien. Auch die Alternativregierungen verweigern nicht die

Zusammenarbeit. Nach einem Regierungswechsel scheint es allerdings verstärkt zu Koalitionen mit dem eigenen Block zu kommen.

Die folgende Regression untersucht unter Kontrolle wesentlicher Einflussfaktoren, welche Bedeutung in Abhängigkeit von einem Regierungswechsel dem eigenen Block (Hypothesen H.4.1 und H.4.2) beziehungsweise dem Abstand von der Regierung (Hypothese H.4.4) zukommt für die Entscheidung einer Partei mit der Regierung abzustimmen. Ich untersuche hier nur Mehrheits-Minderheits-Medianregierungen: Eine Minderheit in der ersten Kammer führte dazu, dass die Regierung wahrscheinlich fest auf einen Koalitionspartner angewiesen wäre; eine Mehrheit in der zweiten Kammer führte dazu, dass sie keinen Partner bräuchte. Der fehlende Medianstatus in der zweiten Kammer würde flexible Koalitionen in beide Richtungen unmöglich machen. Nur in den Fällen, in denen die Regierung die Mehrheit in der ersten Kammer und in der zweiten Kammer nur den Median, aber keine Mehrheit stellt, wäre also eine flexible Koalitionsbildung zu erwarten und ist, wie ich oben gezeigt habe, auch tatsächlich zu beobachten.

Da ich hier die Koalitionsbildung innerhalb der Politikfelder untersuchen möchte, nutze ich nur die Abstimmungen, die einem bestimmten Politikfeld zugeordnet werden konnten und nur die Parteientscheidungen, bei denen der jeweiligen Partei auch eine Position in dem jeweiligen Politikfeld aus dem APPES (Ganghof, Pörschke & Eppner 2016) zugeordnet werden konnte (vgl. Anhang A: Datensätze). Insgesamt umfasst der genutzte Datensatz 1952 Entscheidungen von Oppositionsparteien mit oder gegen die Regierung zu stimmen. Die Entscheidungen verteilen sich dabei auf 33 Parteien (bzw. Abteilungen in den jeweiligen Staaten) und Abstimmungen zu 445 Gesetzen aus 13 Legislaturperioden von 5 Staaten. Ungefähr 71% der Abstimmungen und ungefähr 77% der Abstimmungsentscheidungen stammen dabei aus New South Wales. Das ist vor allem darauf zurückzuführen, dass nur in New South Wales in allen Legislaturperioden Mehrheits-Minderheits-Median-Regierungen regieren. Zudem ist die Parteienzahl in New South Wales relativ hoch.⁴⁷

⁴⁷ Ich habe daher einen Robustheitscheck ohne die Werte aus New South Wales durchgeführt. Dann ist der Einfluss der Blockzugehörigkeit nicht mehr erkennbar, was vielleicht an der deutlich geringeren Fallzahl liegt (Anhang C: Robustheitstests).

4.5.1 Abhängige Variable: Abstimmung mit der Regierung

Die abhängige Variable ist die Wahrscheinlichkeit, dass eine Partei in einer der hier genutzten Abstimmungen mit der Regierung stimmt.

4.5.2 Modell

Die abhängige Variable (Abstimmung gemeinsam mit der Regierung) ist dichotom – ich nutze daher ein Logit-Modell. Die Struktur der Daten entspricht Panel-Daten: Dieselben Parteien stimmen immer wieder ab. Um der Mehr-Ebenen Struktur der Daten und damit der fehlenden Unabhängigkeit zwischen den Abstimmungen der einzelnen Parteien Rechnung zu tragen, nutze ich ein Mixed-Effects-Modell mit einem variablen konstanten Effekt für jede Partei jedes Staates (vgl. Anhang B: Methoden). Dies entspricht der Annahme, dass die Parteien unterschiedliche Basis-Level für die Wahrscheinlichkeit der Zustimmung haben, die von Faktoren außerhalb des Modells beeinflusst werden und die Abstimmungsentscheidungen der jeweiligen Parteien daher nicht unabhängig voneinander sind. Inhaltlich ist das vergleichbar mit einem Fixed-Effects-Modell, in dem die Parteien jeweils als Dummy in das Modell eingehen. Ich untersuche hier also nur, inwiefern sich das Verhalten der jeweiligen Parteien verändert, wenn beispielsweise die Regierung dem eigenen Block angehört oder der Abstand in einem bestimmten Themenfeld geringer/höher ist als in einem anderen. Ich untersuche nicht, inwiefern sich die Parteien grundsätzlich unterscheiden in ihrem Abstimmungsverhalten.⁴⁸

4.5.3 Unabhängige Variablen

4.5.3.1 Regierungswechsel/Lage des Status Quo

Solange sich die Regierungen durchsetzen können, sollten sie den Status Quo auf die von ihnen präferierte Position verschieben. Nach einem Regierungswechsel liegt der Status Quo daher wahrscheinlich eher bei der Position der Alternativregierung. In Legislaturperioden ohne Regierungswechsel sollte der Status Quo dagegen schon nahe an der Regierung liegen. Gemäß Hypothese H.4.2 sollte insbesondere nach einem Regierungswechsel die Blockzugehörigkeit eine große Rolle spielen, da die Regierung den Status Quo vor allem in ihre eigene Richtung

⁴⁸ Im Anhang C: Robustheitstests habe ich zusätzlich noch einen Robustheitstest durchgeführt, bei dem die Parteien nicht nur unterschiedliche Basis-Level für die Wahrscheinlichkeit der Zustimmung haben, sondern auch unterschiedlich sensibel auf den Abstand reagieren. Die Ergebnisse bleiben dabei erhalten.

und somit in Richtung des eigenen Blocks verschieben will. In den Legislaturperioden ohne Regierungswechsel sollte die Blockzugehörigkeit nur noch eine geringere Rolle spielen und eher der Abstand in dem konkreten Politikfeld an Bedeutung gewinnen.

Da die Lage des Status Quo sich grundsätzlich auf die Koalitionsbildung auswirken sollte und der Regierungswechsel meine beste Annäherung an den Status Quo darstellt, sollte der Regierungswechsel mit allen Variablen interagieren. Ich teile daher den Datensatz und berichte jeweils die Ergebnisse für Legislaturperioden mit und ohne Regierungswechsel. Es ist daher dann nicht mehr ohne weiteres möglich, die Auswirkungen des Regierungswechsels an sich zu erkennen, aber der Fokus der Analyse liegt vor allem auf den Variablen Abstand und Blockzugehörigkeit.⁴⁹

4.5.3.2 Blockzugehörigkeit

Minderheitsregierungen, die den Median stellen, könnten sich auf ihren eigenen Block stützen, um Gesetze zu verabschieden, also Labor-Regierungen auf generell linke Parteien und Coalition-Regierungen auf generell rechte Parteien. In den meisten Fällen sollten die Regierungen den Status Quo auch von der Position der Alternativregierung in ihre eigene Richtung verschieben wollen. Daher sollten die einzelnen Parteien besonders dann mit der Regierung stimmen, wenn diese zum eigenen Block gehört und somit den Status Quo wahrscheinlich in Richtung der jeweiligen Partei verschieben möchte (H.4.1). Das gilt besonders nach einem Regierungswechsel (H.4.2).

4.5.3.3 Abstand

Ich untersuche hier auch die Frage, ob eine Partei in den unterschiedlichen Politikfeldern eher mit der Regierung stimmt, wenn sie dort eher mit der Regierung übereinstimmt, der Abstand also geringer ist (Hypothese H.4.4). Die oben analysierten Koalitionsmuster ließen diese Interpretation zu. Ich nutze hier die Positionsdaten aus dem APPES (Ganghof, Pörschke & Eppner 2016). Für Koalitionsregierungen nutze ich den Mittelwert der Positionen der beteiligten Parteien.

⁴⁹ Im Anhang C: Robustheitstests habe ich einen Robustheitstest durchgeführt, bei dem ich den Regierungswechsel außen vorgelesen habe. Dann ergänzen sich die Ergebnisse aus der hier durchgeführten Regression und sowohl die Blockzugehörigkeit als auch der Abstand haben einen signifikanten Effekt, wobei die Effektstärke der Blockzugehörigkeit dann abnimmt.

4.5.3.4 Regierungssitzanteil (2.K.)

Denkbar wäre, dass der Sitzanteil der jeweiligen Partei einen Einfluss auf die Zusammenarbeit mit der Regierung hat. Allerdings haben fast alle Parteien einen sehr geringen Sitzanteil, nur die Alternativregierungen haben einen deutlich höheren Anteil. Es gibt also kaum Varianz und es ist theoretisch auch plausibler, dass für die großen Parteien ihre Rolle als Alternativregierungen entscheidender ist als ihr konkreter Sitzanteil. Die Eigenschaften der einzelnen Parteien werden aber durch den variablen Parteien-Term bereits kontrolliert.⁵⁰

Ein größerer Sitzanteil der Regierung führt allerdings dazu, dass sie weniger Koalitionspartner benötigt. Einerseits kann die Regierung daher potenzielle Koalitionspartner besser gegeneinander ausspielen und somit könnte der Abstand an Bedeutung gewinnen. Andererseits senkt das Erfordernis weniger Koalitionspartner grundsätzlich die Wahrscheinlichkeit, dass eine Partei Teil der Koalition ist. Ich kontrolliere also für den Sitzanteil der Regierung. Der Sitzanteil ist dabei immer kleiner als 0,5, da es sich ja um Minderheitsregierungen handelt.

4.5.3.5 Labor-Regierung

Aus den Befunden oben ließ sich schließen, dass Labor möglicherweise häufiger mit Parteien des „anderen“ Blocks zusammenarbeitet. Ich kontrolliere daher auch nochmal für Labor-Regierungen, um auszuschließen, dass meine Befunde lediglich auf einer besonderen Einstellung der jeweiligen Regierungspartei beruhen.

4.5.4 Ergebnisse

In Tabelle 4-16 sind die Ergebnisse der Regression dargestellt. Da es sich um ein Logit-Modell handelt und die Größe der Koeffizienten nicht direkt interpretiert werden kann, sind in Tabelle 4-17 zusätzlich die durchschnittlichen marginalen Effekte dargestellt (vgl. Anhang B: Methoden).

Es gibt einen deutlichen Unterschied in der Koalitionsbildung unter Regierungen, die neu ins Amt gekommen sind und solchen, die bereits in der vorherigen Legislaturperiode regiert haben. Bei neuen Regierungen ist vor allem die Blockzugehörigkeit von entscheidender Bedeutung für die Wahrscheinlichkeit, dass eine Partei mit der Regierung stimmt. Die Wahrscheinlichkeit für

⁵⁰ Im Anhang C: Robustheitstests habe ich einen Robustheitstest durchgeführt, bei dem ich dennoch zusätzlich für den Status als Alternativregierung kontrolliert habe. Die Ergebnisse bleiben im Wesentlichen erhalten.

Tabelle 4-16: Regression der Wahrscheinlichkeit für Oppositionsparteien mit der Regierung zu stimmen (Mixed-Effects-Logit)

	Nach Regierungswechsel				Ohne Regierungswechsel			
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)
Fixed Effects								
Blockzugehörigkeit	1,479* (0,693)	1,463* (0,592)	1,481* (0,597)	1,467* (0,591)	0,687** (0,198)	0,102 (0,224)	0,113 (0,224)	0,299 (0,247)
Abstand		-0,198 (0,141)	-0,194 (0,141)	-0,199 (0,142)		-0,261** (0,054)	-0,272** (0,054)	-0,272** (0,055)
Regierungssitzanteil (2.K.)			-2,027 (5,874)	-4,463 (8,862)			-4,115 (2,252)	-1,113 (2,454)
Labor-Regierung				-0,331 (0,899)				0,649** (0,217)
Konstante	-0,136 (0,441)	0,252 (0,466)	1,044 (2,340)	2,230 (3,992)	-0,513* (0,204)	0,340 (0,246)	2,230* (1,061)	0,433 (1,210)
Random Effects								
Konstante (Partei pro Staat)	1,074 (0,611)	0,696 (0,495)	0,706 (0,497)	0,676 (0,486)	0,779** (0,276)	0,505** (0,191)	0,485** (0,186)	0,485* (0,189)
Beobachtungen	394	394	394	394	1558	1558	1558	1558
AIC	416,148	416,274	418,154	420,020	1936,760	1915,646	1914,298	1906,722
BIC	428,077	432,179	438,035	443,878	1952,814	1937,050	1941,054	1938,829

Mixed-Effects-Logit-Regression
Standardfehler in Klammern
* p < 0.05, ** p < 0.01

Parteien des gleichen Blocks wie die Regierung mit dieser zu stimmen ist um 28,0 bis 29,5 Prozentpunkte höher als für Regierungen des anderen Blocks. Der Abstand spielt dagegen keine signifikante Rolle.

Ganz anders sieht es für Regierungen aus, die bereits in der vorherigen Legislaturperiode im Amt waren. Hier spielt die Blockzugehörigkeit keine Rolle mehr, sobald auch für den Abstand im jeweiligen Politikfeld kontrolliert wird. Mit jedem Punkt Abstand (auf einer Skala von 0-10) sinkt die Wahrscheinlichkeit einer Partei mit der Regierung zu stimmen um 5,6 bis 5,9 Prozentpunkte.

Der Sitzanteil der Regierung hat darüber hinaus keinen Einfluss. Unter den Modellen nach einem Regierungswechsel ist nach den Informations-Kriterien zu urteilen Modell (1), in das

Tabelle 4-17: Durchschnittliche marginale Effekte auf die Wahrscheinlichkeit für Oppositionsparteien mit der Regierung zu stimmen

	Nach Regierungswechsel				Ohne Regierungswechsel			
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)
Blockzugehörigkeit	0,280* (0,128)	0,290* (0,115)	0,295* (0,116)	0,292* (0,115)	0,145** (0,041)	0,022 (0,048)	0,025 (0,049)	0,064 (0,052)
Abstand		-0,037 (0,026)	-0,036 (0,026)	-0,037 (0,026)		-0,056** (0,012)	-0,059** (0,012)	-0,058** (0,012)
Regierungssitzanteil (2.K.)			-0,377 (1,092)	-0,830 (1,651)			-0,887 (0,486)	-0,236 (0,522)
Labor-Regierung				-0,062 (0,167)				0,138** (0,044)
Beobachtungen	394	394	394	394	1558	1558	1558	1558

Durchschnittliche marginale Effekte der Mixed-Effects-Logit-Regression

Standardfehler in Klammern

* $p < 0.05$, ** $p < 0.01$

nur die Blockzugehörigkeit eingetragene das beste. Unter den Modellen ohne Regierungswechsel scheint Modell (8) die Daten am besten abzubilden. Das liegt vor allem daran, dass die Wahrscheinlichkeit einer Partei mit der Regierung zu stimmen ohne Regierungswechsel um 13,8 Prozentpunkte steigt, wenn Labor regiert. Es ist unklar, worauf das zurückzuführen ist. Womöglich ist es ein Relikt der Parteienzahl im linken und rechten Block. Entscheidend ist hier aber, dass die Einflüsse der Blockzugehörigkeit und des Abstands erhalten bleiben, wenn für die Regierungspartei kontrolliert wird. Das Modell (5) ohne den Abstand ist den Modellen mit Abstand klar unterlegen.

4.6 Zusammenfassung

Ziel dieses Kapitels war die Untersuchung der Koalitionsbildung in den australischen semi-parlamentarischen Staaten. Mit Hilfe eines umfangreichen selbst erstellten Datensatzes konnte ich zeigen, dass die Mehrheits-Minderheits-Median-Regierungen flexible Koalitionen mit den Oppositionsparteien bilden. Auch die Alternativregierungen kooperieren entgegen den Annahmen häufig mit der Regierung. Die Befunde sprechen dafür, dass die Regierungen die flexible Koalitionsbildung nutzen können, um ihre eigene Position und damit die des Parlamentsmedians durchzusetzen. Liegt der Status Quo bei der Alternativregierung (also nach einem Regierungswechsel), stimmt die Regierung vermehrt mit dem eigenen Block. Konnte die

Regierungspartei selbst den Status Quo in der vorherigen Legislaturperiode in ihre Nähe verschieben, ist die weitere Koalitionsbildung vor allem abhängig vom Abstand der Parteien im jeweiligen Politikfeld.

Der Semi-Parlamentarismus scheint daher tatsächlich besonders gut geeignet, eine flexible Koalitionsbildung zu ermöglichen. Meine Analysen konnten so die theoretischen Überlegungen von Ganghof (2021) weiter empirisch unterfüttern.

5 Blockaden und legislative Erfolgsraten im Semi-Parlamentarismus

In den vorhergehenden Kapiteln habe ich gezeigt, dass die Parteien im Semi-Parlamentarismus trotz der doppelten Wahlen und der Gewaltenteilung sehr geschlossen agieren. Ich konnte weiterhin zeigen, dass sich die Mehrheits-Minderheits-Median-Regierungen keine feste Unterstützungspartei suchen. Stattdessen bilden sie flexible Ad-hoc-Koalitionen in beide Richtungen des politischen Spektrums. Sie sind also tatsächlich substantielle Minderheitsregierungen. Ich habe dabei nur die erfolgreiche Koalitionsbildung untersucht. Aber wie häufig ist die Koalitionsbildung erfolgreich im Semi-Parlamentarismus?

Der Semi-Parlamentarismus ist ebenso wie der Präsidentialismus ein System der Gewaltenteilung. Im Präsidentialismus ist der Gridlock oder Deadlock, also der Gesetzesstillstand, ein bekanntes Problem. Auf der einen Seite wird die Gewaltenteilung selbst und damit einhergehend die fehlende verlässliche Mehrheit der Präsident:in durch die fehlende Mehrheit oder durch die mangelnde Geschlossenheit der eigenen Partei dafür verantwortlich gemacht.

Die Parteien sind im Semi-Parlamentarismus deutlich geschlossener als im Präsidentialismus (vgl. Kapitel 3: Parteigeschlossenheit im Semi-Parlamentarismus). Aber gerade in Systemen mit geschlossenen Parteien, also parlamentarischen Systemen, galten Minderheitsregierungen lange Zeit als Krisensymptom bis Strøm (1990) zeigte, dass sie häufig, erfolgreich und vergleichbar stabil wie Koalitions-Mehrheitsregierungen sind. Gerade in der deutschen Öffentlichkeit gelten sie aber immer noch als instabil und ineffizient. Alle existierenden semi-parlamentarischen Staaten sind zudem bikameral. Die zweiten Kammern sind besonders stark, da ihre Zustimmung für die normale Gesetzgebung zwingend erforderlich ist und sie meist anders besetzt sind als die ersten Kammern. Solche starken zweiten Kammern sollten die Gesetzgebung deutlich erschweren.

Auf der anderen Seite gilt vor allem die persönliche Wahl der Präsident:in als problematisch. Sie führt dazu, dass die persönlich legitimierte Präsident:in weniger kompromissbereit ist und auch politisch unerfahrene Außenseiter:innen ins Amt gewählt werden können. Im Semi-Parlamentarismus gibt es diesen exekutiven Personalismus so nicht, da die Regierungschef:in durch die Mehrheit in der ersten Kammer gewählt wird und jederzeit wieder abberufen werden kann. Da die Regierungschef:in nicht persönlich legitimiert ist, ist auch das Risiko einer Machtübernahme geringer und so können ihr weitreichende Möglichkeiten zur Überwindung von Gesetzesblockaden zugestanden werden.

Im Semi-Parlamentarismus herrscht also eine Gewaltenteilung durch eine unabhängige zweite Kammer. Die Ausgestaltung der Wahlsysteme führt dazu, dass sich die meisten Regierungen in der zweiten Kammer auf keine eigene Mehrheit stützen können. Alle normalen Gesetze benötigen die Zustimmung der zweiten Kammer. So sollten es die semi-parlamentarischen Regierungen außerordentlich schwer haben, erfolgreich zu regieren. Tatsächlich wurde die Verfassungskrise von 1974-75 im C.o.Australia auch genau durch die Kombination dieser Faktoren ausgelöst – eine feindliche Mehrheit in der zweiten Kammer blockierte jegliche Gesetzgebung, insbesondere auch die Finanzgesetzgebung – und endete mit einer umstrittenen Abberufung des Premierministers durch den General-Gouverneur und einer Neuwahl (Bach 2003a, Twomey 2018b: 333ff.). Aber es gibt keinen exekutiven Personalismus, sodass die Regierungschef:in kompromissbereiter und erfahrener sein sollte als im Präsidentialismus und die semi-parlamentarischen Regierungen somit erfolgreicher sein sollten als die präsidentiellen.

Ziel dieses Kapitels ist es zu untersuchen, wie erfolgreich die semi-parlamentarischen Regierungen tatsächlich sind. Ich stütze mich dabei vor allem auf die legislativen Erfolgsraten, also den Anteil der von der Regierung eingebrachten Gesetze, der tatsächlich verabschiedet wurde, auf Grundlage eines kombinierten Datensatzes auf Basis von Saiegh (2011), McKelvy (2016) sowie meinen eigenen Erhebungen zu den australischen Staaten. Mein eigener Datensatz umfasst in der hier größtenteils genutzten Version 38 Legislaturperioden aus dem Zeitraum 1997-2019 aus den acht australischen Staaten (Victoria vor und nach der Reform werden einzeln gezählt) bzw. 143 Länderjahre. Der gesamte Datensatz umfasst in der hier größtenteils genutzten Version 856 Länderjahre aus 50 Staaten ab 1979.

Das Kapitel ist folgendermaßen aufgebaut. Zunächst leite ich aus der Literatur Hypothesen zu den legislativen Erfolgsraten der semi-parlamentarischen Staaten im Vergleich zu anderen Systemen her. Daraus ergeben sich zudem weitere Hypothesen zu Unterschieden zwischen den semi-parlamentarischen Staaten. In den darauffolgenden Abschnitten untersuche ich die Hypothesen empirisch. Zunächst stelle ich meinen Datensatz vor und stelle einen ersten Vergleich des semi-parlamentarischen System mit anderen Systemen an und kann zeigen, dass die parlamentarischen Systeme deutlich höhere legislative Erfolgsraten erzielen als präsidentielle Staaten und die Unterschiede zu parlamentarischen Staaten unerheblich sind. In einer Fractional-Response-Regression bestätige ich diese Ergebnisse. Anschließend analysiere ich die semi-parlamentarischen Staaten untereinander. Hier kann ich zunächst zeigen, dass die legislativen Erfolgsraten eher auf den Regierungsstatus als auf die Zurückhaltung der Regierung bei der Einbringung von Gesetzen zurückzuführen sind. In einer weiteren Fractional-Response-Analyse zeige ich dann, dass die legislativen Erfolgsraten insbesondere von der

Kontrolle des Medians beider Kammern abhängen und dass eine möglichst hürdenfreie Möglichkeit der Mitauflösung der zweiten Kammern die legislativen Erfolgsraten deutlich erhöht. Ich schließe mit einer Zusammenfassung und Diskussion der Ergebnisse.

5.1 Hypothesenbildung

Für meine Analysen der australischen Gesetzgebung stütze ich mich vor allem auf die legislativen Erfolgsraten. Die legislative Erfolgsraten sind der Anteil der von der Regierung eingebrachten Gesetzen, die auch tatsächlich verabschiedet wurden. Der wesentliche Vorteil der legislativen Erfolgsraten ist, dass sie einen relativen Wert angeben und somit besser vergleichbar sind zwischen verschiedenen Staaten als absolute Werte wie beispielsweise der Output, also die Anzahl von verabschiedeten Gesetzen. Absolute Werte können sich durch kulturelle Faktoren zwischen Staaten erheblich unterscheiden, wie beispielsweise einem unterschiedlichen Umfang der Gesetze. So liegt die Spannweite für die Anzahl eingebrachter verabschiedeter Gesetze pro Tag selbst in meinem sehr begrenzten und kulturell eher einheitlichen Datensatz australischer semi-parlamentarischer Staaten zwischen 0,1 und 0,3 – und das ohne das C.o.Australia, das noch höhere Raten erreicht. Die legislativen Erfolgsraten sind auch relativ gut verfügbar, da nur die Anzahl eingebrachter Gesetze und die Anzahl verabschiedeter Gesetze benötigt wird. Und mit dem Datensatz von Saiegh (2011) gibt es einen umfangreichen Datensatz zum Vergleich – auch wenn dieser sehr problembehaftet ist (s. unten).

Im Gegensatz zu anderen Indikatoren wie beispielsweise dem Pledge Fulfilment, also dem Anteil an Wahlversprechen, der erfüllt wird (beispielsweise genutzt von Artés 2013, Matthieß 2019, Moury/Fernandes 2018, Naurin 2014), messen die legislativen Erfolgsraten nicht zwangsläufig die Durchsetzungskraft der Regierung, sondern eher die grundsätzliche Fähigkeit des Regierungssystems, Kompromisse zu finden und Gesetze zu verabschieden. Die legislativen Erfolgsraten erfassen somit vor allem das Konfliktpotential beziehungsweise die Kooperationsfähigkeit zwischen Regierung und Parlament und entsprechen somit eher einem Indikator wie der Dauer der Gesetzgebung, wie sie beispielsweise von L. W. Martin/Vanberg (2004) genutzt wird. Da die Dauer aber auch von kulturellen Eigenheiten abhängt, beispielsweise ebenfalls dem Umfang von Gesetzen, sind die legislativen Erfolgsraten besser geeignet für internationale Vergleiche.

Ein wesentlicher Nachteil der legislativen Erfolgsraten ist, dass sie nicht unterscheiden zwischen wichtigen und eher unwichtigen Gesetzen, wie es beispielsweise Tsebelis (1999) gelingt auf Basis eines von Herbert Döring (1995) und seinem Team zusammengestellten

Datensatzes im Bereich des Arbeitsrechts (vgl. Scholz/Trantas 1995). Eine solche Unterscheidung wäre zwar durchaus wünschenswert, ist aber im Rahmen dieser Arbeit und der Anzahl von Legislaturperioden und Gesetzen zu aufwändig.

Ein weiterer Nachteil an den legislativen Erfolgsraten als Indikator für die erfolgreiche Gesetzgebung ist, dass nur die Ergebnisse der Koalitionsbildungen und nicht die Prozesse dahinter beobachtbar sind. Gerade für die Diskussion des Einflusses der zweiten Kammern in Australien werden häufig auch die Amendments, die Änderungsanträge zu den Gesetzesvorschlägen, ausgewertet. Es ist aber nicht klar, welche Schlussfolgerungen aus Art, Anzahl und Erfolg von Amendments zu ziehen sind (Bach 2003b, 2008, Russell/Benton 2010). Die Art und Richtung der Amendments wären vor allem interessant, um Verhandlungsprozesse- und Erfolge im Parlament nachzuverfolgen. Eine solche Erhebung wäre ebenfalls sehr aufwändig und würde vor allem wie die legislativen Erfolgsraten erst nach der Einbringung des Gesetzes einsetzen. Ich habe aber bereits in den vorherigen Kapiteln gezeigt, dass die australischen Parteien sehr geschlossen agieren und es unter Minderheitsregierungen (in der zweiten Kammer), die den Median kontrollieren zu einer flexiblen Koalitionsbildung kommt, die darauf hindeutet, dass die Regierung ihre potenziellen Partner im Verhandlungsprozess gegeneinander ausspielen kann, um sich selbst durchzusetzen.

Problematisch bei der Nutzung legislativer Erfolgsraten könnte es auch sein, wenn hohe legislative Erfolgsraten durch eine starke Zurückhaltung bei der Einbringung der Gesetze erzeugt würden. Wären die legislativen Erfolgsraten nur auf diese Zurückhaltung zurückzuführen, würden sie wenig über die Kooperation zwischen Regierung und Parlament aussagen können, sondern wären vor allem ein Maß für die Vorhersehbarkeit der Akteure und die Furcht der Regierung vor einer Abwahl. Cheibub, Przeworski und Saiegh (2004) argumentieren beispielsweise, dass parlamentarische Regierungen nur deshalb höhere legislative Erfolgsraten haben könnten, weil sie die Niederlage mehr fürchten müssen und daher nur die Gesetze einbringen, bei denen sie einen Erfolg absehen können – sie also weniger Gesetze einbringen. Burkhart/Manow (2006) zeigen auch, dass Regierungen vermeiden, Gesetze einzubringen, die wahrscheinlich scheitern und es somit vor allem dann zum Scheitern eines Gesetzes kommt, wenn die Mehrheitsverhältnisse nicht vorab klar waren. Bräuninger, Debus und Wüst (2017) argumentieren einerseits zwar ähnlich, dass Akteur:innen immer nur dann realisierbare Gesetze einbringen, wenn sie davon ausgehen, dass diese auch durchkommen. Gleichzeitig argumentieren sie aber auch, dass die Akteur:innen auch dann Gesetze einbringen, wenn keine Chance zur Durchbringung von Gesetzen besteht, um der Wähler:innenschaft zu signalisieren, wofür die Akteur:innen jeweils stehen. Saieghs eigene

Befunde sprechen dagegen, dass hohe legislative Erfolgsraten auf eine Zurückhaltung bei der Einbringung zurückgehen, auch wenn sein Test wenig überzeugend ist, da er die eingebrachten und verabschiedeten Gesetze international vergleicht (Saiegh 2011: 93) und die absolute Anzahl von Gesetzen nicht sinnvoll über verschiedene Staaten hinweg verglichen werden kann.

Auch wenn die empirischen Befunde und Argumente nicht eindeutig sind, ist es durchaus plausibel, dass sich Regierungen zurückhalten könnten, um nicht zu häufig zu scheitern. Einerseits würde das trotzdem aussagekräftig sein für die Möglichkeit der Regierung, erfolgreiche Koalitionen zu schmieden. Allerdings würden die legislativen Erfolgsraten dann je nach Zurückhaltung der Regierung unterschiedliche Dinge messen. Für ein besseres Verständnis berichte ich daher auch für alle Legislaturperioden die Einbringungsraten und den Output und überprüfe damit folgende Hypothese:

H.5.1: Regierungen mit höheren legislativen Erfolgsraten bringen weniger Gesetze ein und verabschieden auch weniger als solche mit geringeren legislativen Erfolgsraten.

Die legislativen Erfolgsraten sind relativ einfach verfügbar und gut vergleichbar. Ergänzt durch den legislativen Output bieten sie einen umfassenden Einblick in das Konflikt- und Kooperationslevel zwischen Regierung und Parlament und die Regierungsfähigkeit des Systems an sich. Auf dieser Basis gibt es deutliche Befunde in der Literatur, die insbesondere die Systemunterschiede aufzeigen.

Es ist unbestritten, dass Präsident:innen häufiger blockiert werden und somit weniger ihrer Gesetze verabschieden können als ihre parlamentarischen Entsprechungen (Cheibub 2007, Saiegh 2011). Cheibub, Przeworski und Saiegh (2004) zeigen zwar, dass die Gefahr einer totalen Blockade auch in einem System der Gewaltenteilung eher gering ist, finden aber dennoch deutlich geringere legislative Erfolgsraten der Gesetzgebung der präsidentiellen Regierungen im Vergleich zu parlamentarischen. Umstritten ist aber einerseits, ob der häufigere Zusammenbruch der Demokratie seine Ursache tatsächlich im Präsidentialismus selbst hat und falls ja, ob die Blockaden damit zusammenhängen (Cheibub 2007, Linz 1990, Maeda 2010). Andererseits ist auch umstritten, welche Gründe die legislativen Erfolgsraten der Präsident:innen in der Gesetzgebung mindern.

Teilweise wird der exekutive Personalismus für die geringeren legislativen Erfolgsraten verantwortlich gemacht. Linz argumentiert, dass es gerade die Kompromisslosigkeit der

persönlich legitimierten Präsident:in ist, die zu Blockaden führt (Linz 1990). Und tatsächlich zeigen Arnold, Doyle und Wiesehomeier (2017), dass kompromissbereite Präsident:innen höhere legislative Erfolgsraten haben. Das System der persönlichen Wahl führt auch häufiger zu politischen Außenseiter:innen in der Regierungsführung (Linz 1994, Samuels/Shugart 2010). Und gerade unter Außenseiter:innen als Regierungschef:in kommt es häufiger zu Konflikten zwischen Legislative und Exekutive, wahrscheinlich weil die geringere politische Erfahrung zu geringerer Kompromissbereitschaft führt (Carreras 2014).

Diermeier/Vlaicu (2011) geben noch eine weitere Begründung für den unterschiedlichen Erfolg an, die den Erklärungen zur Auswirkung der Gewaltenteilung auf die unterschiedliche Parteigeschlossenheit zwischen Parlamentarismus und Präsidentialismus ähnelt: Gibt es eine Vertrauensfrage, müssen Abgeordnete befürchten, dass eine mangelnde Unterstützung für die Regierung zu ihrem Wechsel führt und die Abgeordneten so ihre Regierung verlieren. Im Präsidentialismus gibt es diesen Anreiz zur Unterstützung der Regierung nicht. Die weniger geschlossen agierenden Parteien führen dazu, dass es nur einen geringen Unterschied (im US-Kongress) macht für die Verabschiedung von Gesetzen, die die Regierung unterstützt, ob die Regierungspartei die Mehrheit stellt – die Präsident:in muss in jedem Fall um die Unterstützung kämpfen (Edwards III, Barrett & Peake 1997). Allerdings scheint trotz dieser geringeren Parteigeschlossenheit für US-Präsident:innen eine eigene Parlamentsmehrheit dennoch wichtig zu sein, um mehr ihrer Vorstellungen in den einzelnen Gesetzen durchsetzen zu können (Barrett/Eshbaugh-Soha 2007) und wichtige Gesetze zu verabschieden (Howell et al. 2000). Howell et al. (2000) findet aber einen umgekehrten Zusammenhang für unwichtigere Gesetze, sodass der tatsächliche Einfluss auf die legislativen Erfolgsraten aller Gesetze unklar ist. Andere Studien zeigen, dass unter anderem eigene Parlamentsmehrheiten (Alcántara Sáez/García Montero 2008) bzw. ein höherer Sitzanteil in der ersten Kammer der Parteien, die die Präsident:in stützen (Alemán/Navia 2009), zu erhöhten legislativen Erfolgsraten führt. Möglicherweise ist die geringe Parteigeschlossenheit für Präsident:innen daher nicht das entscheidende Problem bei der Verabschiedung eigener Gesetze.

Im Gegensatz zum Präsidentialismus wird die Regierung im Semi-Parlamentarismus aber nicht direkt gewählt und kann jederzeit aus politischen Gründen von den sie tragenden Parteien der ersten Kammer abberufen werden. Somit haben die Regierungschef:innen häufig mehr Erfahrung und verfügen über keine persönliche Legitimation, sind also wahrscheinlich kompromissbereiter. Die Parteien agieren zudem sehr geschlossen (vgl. Kapitel 3: Parteigeschlossenheit im Semi-Parlamentarismus), sodass sich die Regierung auf eine

geschmiedete Koalition verlassen kann und mit weniger Akteur:innen verhandeln muss. Daraus ergibt sich folgende Hypothese:

H.5.2: Semi-parlamentarische Regierungen erreichen höhere legislative Erfolgsraten als präsidentielle Regierungen.

Ein weiterer Grund für die im Vergleich zum Parlamentarismus niedrigeren legislativen Erfolgsraten des Präidentialismus ist die Gewaltenteilung in Form der fehlenden Vertrauensfrage und damit der fehlenden Auflösungsdrohung. Die Vertrauensfrage ist ein überragendes Agenda-Setting-Instrument (Huber 1996). So zeigen beispielsweise auch Becher/Christiansen (2015), dass parlamentarische Regierungen durch die Auflösungsdrohung ihre Position je nach wahrscheinlichem Wahlergebnis besser gegenüber potentiellen Partner:innen durchsetzen können – auch in Minderheitsregierungen. Eine ähnliche Form der Gewaltenteilung wie im Präidentialismus gibt es auch im Semi-Parlamentarismus. Alle existenten semi-parlamentarischen Systeme sind bikameral. Für die zweite Kammer gibt es keine Vertrauensfrage und so gibt es eine Trennung zwischen Regierung und erster Kammer auf der einen Seite und der zweiten Kammer auf der anderen Seite. Eine solche Unabhängigkeit zwischen der zweiten Kammer und der Regierung entspricht daher eher dem Verhältnis von Regierung und Parlament im Präidentialismus (Russell 2001).

Auf diese Weise führen zweite Kammern potenziell einen weiteren Vetospieler ein, also einen Akteur, der Veränderungen des Status Quo zustimmen muss, sodass Blockaden im Bikameralismus wahrscheinlicher sein sollten (Tsebelis 2002). Zweite Kammern erschweren grundsätzlich die Veränderung des Status Quo und auch zweite Kammern, die nur ein suspensives Veto haben, also Gesetze nicht dauerhaft verhindern können, haben einen bedeutenden Einfluss auf die Gesetzgebung (Tsebelis/Money 1997). Das Verzögern der Gesetzgebung wird auch häufig als Vorteil gesehen, da die so geschaffene Bedenkzeit für bessere Gesetze sorgen soll (Riker 1992). Ebenso argumentiert Russell (2001), dass auch kurze Verzögerungen einen Effekt haben könnten.

Wie Lijphart (1999) argumentiert Russell (2001) aber auch, dass ein effektiver Bikameralismus stark sein muss. Das bedeutet er muss erstens symmetrisch sein, zweite Kammern sollten also mit einem absoluten Veto ausgestattet sein. Um dieses auch nutzen zu können, sollten sie zweitens eine gewisse demokratische Legitimität durch Wahlen besitzen. Drittens sollten sie außerdem inkongruent sein, also durch einen anderen Wahl- oder Auswahlprozess besetzt sein

und andere Mehrheiten hervorbringen, um von Bedeutung zu sein. Dies könnte aber potentiell zu Blockadesituationen führen (Russell 2001). Hiroi (2008) zeigt dementsprechend, dass vor allem Inkongruenz und Symmetrie der zweiten Kammern zu häufigerer Ablehnung von Gesetzen führen. McKelvy (2016) kann in seinem Datensatz ohne präsidentielle Staaten eine negative Korrelation zwischen der Stärke der zweiten Kammer und den legislativen Erfolgsraten nachweisen. Ebenso argumentieren Weber/Praça (2014), dass höhere legislative Erfolgsraten der deutschen Bundesländer im Vergleich zum Bundesstaat vor allem auf das Fehlen einer zweiten Kammer auf substaatlicher Ebene zurückzuführen sind und Lehnert, Linhart und Shikano (2008) finden einen deutlichen Unterschied mit niedrigeren legislativen Erfolgsraten, wenn Gesetze in Deutschland zustimmungspflichtig sind, also die zweite Kammer ein absolutes Vetorecht hat. Auf der anderen Seite zeigen Burkhart/Manow (2006), dass eine starke zweite Kammer auch zu Selbstbeschränkungen seitens der Regierung und Kompromissen führt (vgl. auch Fisk 2011). Saiegh (2011) findet in seinen Daten keinen Zusammenhang zwischen zweiten Kammern und legislativen Erfolgsraten.

Die semi-parlamentarischen Regierungen haben grundsätzlich zwei Kammern. Es gibt keine Vertrauensfrage der Regierung für die zweite Kammer, um diese zu disziplinieren. Die zweiten Kammern sind zudem auch besonders stark. Sie haben in allen Belangen (außer teilweise in der Finanzgesetzgebung) ein absolutes Vetorecht. In den meisten Fällen unterscheidet sich die Besetzung der Kammern deutlich. Die hohe Legitimität durch deren Wahl sollte die zweiten Kammern dazu animieren, die Regierungen zu überprüfen und gegebenenfalls zu blockieren. Es gibt also eine Form der Gewaltenteilung, die im parlamentarischen System nicht vorliegt. Daraus ergibt sich:

H.5.3: Die semi-parlamentarischen Regierungen sollten geringere legislative Erfolgsraten haben als parlamentarische Regierungen.

Die Gewaltenteilung im Semi-Parlamentarismus zwischen Regierung/erster Kammer einerseits und zweiter Kammer andererseits führt wahrscheinlich wie im Präsidentialismus zu häufigeren Blockaden. Im Gegensatz zum Präsidentialismus, wo die Gefahr einer Machtübernahme zu groß ist, um der persönlich legitimierten Regierungschef:in stärkere Mittel zur Durchbrechung von Blockaden zu geben – wie beispielsweise eine Parlamentsauflösung – können diese im Semi-Parlamentarismus erlaubt werden, weil die Regierungschef:in jederzeit durch die sie stützenden Parteien im Parlament abrufbar bleibt. Dieser indirekte Effekt des Semi-

Parlamentarismus (Ganghof 2021: 5, 98) führt in den australischen Staaten zu einer großen Vielfalt an institutionellen Regelungen für die Auflösung von Blockaden. Von besonderem Interesse ist dabei die Möglichkeit der Mitauflösung der zweiten Kammer. Nicht in allen Staaten gibt es diese Möglichkeit. Gibt es sie aber, sollte sie je nach konkreter Ausgestaltung ähnlich wirken, wie eine Vertrauensfrage. Auch wenn sie wahrscheinlich etwas schwächer wirkt, da es keine Möglichkeit gibt sie als unvermeidbare Konsequenz an die Verabschiedung eines Gesetzes zu koppeln (vgl. Huber 1996). Es folgt also:

H.5.4: Regierungen, die die Möglichkeit haben, Blockaden durch die Auflösung beider Kammern zu beenden, haben höhere legislative Erfolgsraten als solche, die die zweite Kammer nicht auflösen können.

Während in einigen der Staaten die Auflösung der zweiten Kammer einfach zusammen mit der ersten Kammer erfolgt, ist es in anderen Staaten deutlich komplizierter oder mit Wahl-Nachteilen für die Regierung verbunden. Je schwieriger die Auflösung ist, desto schwächer ist die Drohung mit dieser:

H.5.5: Je leichter die zweite Kammer aufgelöst werden kann, desto höher sind die legislativen Erfolgsraten.

Neben der Ausgestaltung der Mechanismen zur Überwindung der Blockaden unterscheiden sich die australischen semi-parlamentarischen Staaten vor allem in der konkreten Ausgestaltung des Wahlsystems der zweiten Kammer und damit auch im Parteiensystem und der Häufigkeit von Minderheitsregierungen. Minderheitsregierungen müssen für die Verabschiedung eines Gesetzes Partner:innen finden und können sich nicht auf feste Mehrheiten stützen. So zeigen Cheibub, Przeworski und Saiegh (2004) in einer vergleichenden Untersuchung, dass präsidentielle Ein-Parteien-Minderheitsregierungen deutlich weniger erfolgreich sind als präsidentielle Ein-Parteien-Mehrheitsregierungen, aber erfolgreicher als präsidentielle Koalitions-Mehrheitsregierungen. Bei der Untersuchung eines erweiterten Datensatzes erhärtet Cheibub (2007) diese Befunde. Im nochmals erweiterten Datensatz von Saiegh (2011) ist dies aber nicht mehr erkennbar und die präsidentiellen Minderheitsregierungen sind grundsätzlich weniger erfolgreich als die Mehrheitsregierungen. Insgesamt wirkt der Mehrheitsstatus im

Präsidentialismus also eher positiv auf den Erfolg der Regierung, auch wenn das tatsächliche Ausmaß unklar ist. Ganz besonders gilt das für Ein-Parteien-Regierungen.

Auch im Parlamentarismus stellt sich die Frage, ob Minderheitsregierungen ähnlich durchsetzungsstark sind wie Mehrheitsregierungen. Einerseits findet Conley (2011), dass Minderheitsregierungen in Kanada weniger Gesetze pro Sitzungstag verabschieden bei einem ähnlichem Niveau eingebrachter Gesetze und somit deutlich niedrigere legislative Erfolgsraten erzielen als Mehrheitsregierungen, auch wenn er die Wichtigkeit von Kontextfaktoren hervorhebt. Dagegen gibt es einige Hinweise, dass die Unterschiede nicht so hoch sind, wie von Conley ermittelt. Die Minderheitsregierung des 38. Kanadischen Parlaments (04.10.2004 – 29.11.2005) hat nur geringfügig niedrigere legislative Erfolgsraten als die beiden vorhergehenden Mehrheitsregierungen (Thomas 2007). Auch die spanischen Minderheitsregierungen verabschieden je nach dem gewählten Zeitraum gleich hohe oder etwas geringere Anteile ihrer eingebrachten Gesetze (Field 2009). Weiter verfeinert werden die Befunde durch Thürk (2022). Sie zeigt, dass formale Minderheitsregierungen (also solche mit einer festen Unterstützungspartei) ähnliche hohe legislative Erfolgsraten erreichen wie Mehrheitsregierungen und nur legislative Erfolgsraten substanzieller Minderheitsregierungen (ohne feste Unterstützung) niedriger sind.

Ähnliches gilt für die Umsetzung von Regierungsprogrammen. Es gibt nur sehr geringe Unterschiede zwischen den spanischen Minderheits- und Mehrheitsregierungen (Artés 2013) und auch in Portugal scheint der Mehrheitsstatus keinen Unterschied für die Umsetzung von Regierungsprogrammen zu machen (Moury/Fernandes 2018). In einer etwas differenzierten Betrachtung zeigt Matthieß (2019) allerdings, dass es zwar keine Unterschiede im Anteil umgesetzter Versprechen zwischen Minderheits- und Mehrheitsregierungen gibt (in NRW in Koalitionsregierungen). Allerdings findet sie Hinweise, dass Minderheitsregierungen ihre Versprechen seltener vollständig erfüllen können und somit vermutlich Kompromisse schließen müssen. Für die Kompromisse spricht auch, dass Oppositionsparteien unter Minderheitsregierungen einen größeren Teil ihrer Versprechen umsetzen können (Moury/Fernandes 2018).

Auch die Umsetzung von Wahlversprechen australischer Minderheitsregierungen wurde bereits untersucht. Dabei werden die australischen Staaten allerdings als parlamentarisch begriffen und die Rolle der zweiten Kammer und somit auch ihre Zusammensetzung weitgehend ignoriert. Fast alle diese Minderheitsregierungen haben auch in der zweiten Kammer keine Mehrheit. Brenton/Pickering (2022) zeigen anhand von Unterstützungs-/Koalitionsabkommen und den

Reden der Gouverneur:innen, dass australische Minderheitsregierungen der ersten Kammer weniger Versprechen machen und davon weniger halten. Andererseits untersuchen Carson, Gibbons und Martin (2019) die Minderheitsregierung Gilliard im C.o.Australia von 2010 bis 2013 und finden mit Mehrheitsregierungen vergleichbar hohe Anteile von eingehaltenen Versprechen.

Die Befunde zu den legislativen Erfolgsraten von Minderheitsregierungen sind also gemischt. Aber zumindest Ein-Parteien-Regierungen, wie sie im Semi-Parlamentarismus die Regel sind, sollten erfolgreicher sein, wenn sie die Mehrheit der beiden Kammern kontrollieren und somit keine weiteren Partner zur Umsetzung von Gesetzen benötigen.

H.5.6: Semi-parlamentarische Minderheitsregierungen haben geringere legislative Erfolgsraten als die Mehrheitsregierungen.

Während die Kombination der Wahlsysteme im australischen Semi-Parlamentarismus einerseits Minderheitsregierungen in der zweiten Kammer begünstigt, führt es auf der anderen Seite dazu, dass die Minderheitsregierungen häufig den Median kontrollieren (vgl. Kapitel 2: Darstellung der Fallauswahl). Der Medianstatus und somit die Möglichkeit flexible Koalitionen zu bilden ist aber entscheidend für den relativen Erfolg von parlamentarischen (substanziellen) Minderheitsregierungen, weil es unter anderem leichter ist, die Gegenseite zur Mitarbeit zu bewegen (Green-Pedersen 2001, 2004, Green-Pedersen/Thomsen 2005). Die spanische Regierung Zapatero I (2004-2008) war gerade durch die Ausnutzung wechselnder Mehrheiten so erfolgreich (Field 2009). Auch in präsidentiellen Staaten scheint es seltener zu Blockaden zu kommen, wenn präsidentielle Minderheitsregierungen den Median kontrollieren (Negretto 2006). Da die Flexibilität der Koalitionsbildung einen demokratischen Wert an sich darstellen könnte (vgl. Kapitel 4: Koalitionsbildung), interessiere ich mich besonders auch für die Performance dieser Regierungen. Daher teste ich die folgende Hypothese:

H.5.7: Semi-parlamentarische Minderheitsregierungen, die den Median kontrollieren, haben höhere legislative Erfolgsraten als solche, die den Median nicht kontrollieren.

5.2 Datensatz

Zunächst untersuche ich, inwiefern die unterschiedlichen Regierungssysteme systematisch unterschiedliche legislative Erfolgsraten erzeugen. Gemäß den Hypothesen H.5.2 und H.5.3 sollten semi-parlamentarische Regierungen legislative Erfolgsraten hervorbringen, die zwischen denen präsidentieller und parlamentarischer Staaten liegen. Im Folgenden untersuche ich diese Hypothesen.

Zum Vergleich der legislativen Erfolgsraten der semi-parlamentarischen Staaten mit anderen Systemen nutze ich eine Kombination von drei jeweils sehr umfangreichen Datensätze mit einem jeweils etwas anderen Fokus:

Der Datensatz von Saiegh ist meines Wissens nach der umfangreichste Datensatz zu legislativen Erfolgsraten und die aktuellste Erweiterung des Datensatzes von Cheibub, Przeworski und Saiegh (2004). Ich beziehe diesen Datensatz daher trotz der Schwächen in meine Analysen ein. Der von Saiegh zur Verfügung gestellte Datensatz enthält Länderjahre. Die Zuordnung von Gesetzen zu einzelnen Jahren ist aus meiner Sicht aber durchaus problematisch. Für einzelne Gesetze ist es schwer zu entscheiden, zu welchem Datum sie gehören, da der Gesetzgebungsprozess von der Einbringung bis zur Verabschiedung einige Zeit benötigt. Zudem verändern sich manche Variablen im Laufe der Legislaturperiode und auch innerhalb des Gesetzgebungsprozesses wie beispielsweise der genaue Sitzanteil. Eine korrekte Analyse müsste aus meiner Sicht daher ganze Legislaturperioden oder zumindest Kabinette umfassen. McKelvy nennt einen weiteren zentralen Kritikpunkt an Saieghs Daten (McKelvy 2016: 29). Die legislativen Erfolgsraten in seinem Datensatz beziehen sich nach Aussage von Saiegh (2011: 76) nur auf die erste Kammer. Wie ich im Anhang A: Datensätze aber darlege, scheint das nicht richtig zu sein oder zumindest nicht in allen Fällen. Aber selbst wenn das zuträfe, wäre das zwar unpräzise, aber für den Hypothesentest konservativ, da die legislativen Erfolgsraten anderer Systeme im Vergleich zu den semi-parlamentarischen überschätzt würden in den Fällen, in denen ein Gesetz noch in der zweiten Kammer scheitert, und somit die semi-parlamentarischen Staaten im Vergleich in Wirklichkeit noch besser abschneiden würden.

Die Daten, die McKelvy (2016) mir zur Verfügung gestellt hat, umfassen ganze Legislaturperioden nicht-präsidentieller Staaten. Um die Daten gemeinsam nutzbar zu machen, werte ich die legislativen Erfolgsraten als konstant für die einzelnen Jahre jeder Legislaturperiode. Ein Jahr zähle ich immer zu derjenigen Legislaturperiode, in der es mehr-

**Tabelle 5-1: Vergleich der legislativen Erfolgsraten der verschiedenen Regierungssysteme
(Saiegh/McKelvy/Pörschke)**

	Gesamt	Parlamentarismus	Semi-Präsidentialismus	Präsidentialismus	Semi-Parlamentarismus	
					Gesamt	Mehrheit-Minderheit
Insgesamt	80,5%	85,6%	82,2%	66,4%	83,3%	82,5%
	(856)	(396)	(117)	(189)	(154)	(99)
Koalitionsstatus						
Ein-Parteien-Regierung	79,7%	86,4%	78,7%	64,1%	84,1%	83,7%
	(404)	(166)	(23)	(101)	(114)	(84)
Koalition	81,1%	85,0%	83,1%	69,0%	80,8%	75,3%
	(452)	(230)	(94)	(88)	(40)	(15)
Minderheitsregierung	75,1%	85,3%	75,4%	61,0%	80,0%	
	(278)	(125)	(27)	(100)	(26)	
Ein-Parteien-Minderheitsregierung	71,0%	83,3%	69,0%	60,9%	78,4%	
	(148)	(50)	(13)	(70)	(15)	
Minderheitskoalition	79,8%	86,6%	81,3%	61,2%	82,2%	
	(130)	(75)	(14)	(30)	(11)	
Mehrheitsregierung	83,0%	85,7%	84,3%	72,4%	83,9%	
	(578)	(271)	(90)	(89)	(128)	
Ein-Parteien-Mehrheitsregierung	84,8%	87,7%	91,3%	71,1%	85,0%	
	(256)	(116)	(10)	(31)	(99)	
Mehrheitskoalition	81,6%	84,2%	83,4%	73,1%	80,3%	
	(322)	(155)	(80)	(58)	(29)	

Anzahl genutzter Länderjahre in Klammern

Quelle: Zum Datensatz siehe Anhang A: Datensätze; eigene Darstellung, angelehnt an Cheibub (2007: 89)

heitlich liegt. Mein eigener Datensatz umfasst alle australischen Staaten. Diese Daten kann ich auf die einzelnen Jahre aufschlüsseln (vgl. Anhang A: Datensätze).

Die Daten von Saiegh umfassen einen sehr großen Zeitraum von 1946 bis 2006, wobei sich die genutzten Jahre für die einzelnen Länder stark unterscheiden. McKelvy und ich versuchen einen einheitlichen Zeitraum für alle von uns einbezogenen Länder abzubilden, starten aber deutlich später (1993-2013 bzw. 1997-2019). Um die Daten besser vergleichbar zu machen, aber nicht zu viele der präsidentiellen Fälle aus Saieghs Datensatz zu verlieren, nutze ich nur Daten seit

1979.⁵¹ Insgesamt umfasst der genutzte Datensatz somit 856 Beobachtungen aus 50 Staaten aus dem Zeitraum 1979 bis 2019.⁵²

Zunächst vergleiche ich die Systeme anhand der mittleren legislativen Erfolgsraten, die sie erzielen (Tabelle 5-1). Mit Ausnahme des Präsidentialismus haben alle Systeme ähnliche legislative Erfolgsraten (82,2%-85,6%), auch die semi-parlamentarischen.

Besonders interessieren mich die semi-parlamentarischen Mehrheits-Minderheits-Regierungen, da diese flexible Koalitionen bilden können, wie ich in Kapitel 4 (Koalitionsbildung) gezeigt habe. Gemäß Hypothese H.5.6 sollten sie eher geringere legislative Erfolgsraten aufweisen. Im Vergleich zu den semi-parlamentarischen Mehrheitsregierungen der ersten Kammer insgesamt (83,9%) liegen diejenigen mit einem Minderheitsstatus in der zweiten Kammer etwas niedriger (82,5%). Somit schneiden sie etwas schlechter ab als parlamentarische Minderheitsregierungen (85,3%) und deutlich besser als semi-präsidentielle (75,4%) und präsidentielle (61,0%).

5.3 Regressionsanalyse der legislativen Erfolgsraten im Systemvergleich

Im Folgenden werde ich die Frage nach den Systemunterschieden also den Hypothesen H.5.2 und H.5.3 anhand einer Fractional-Response-Regression etwas detaillierter beantworten. Ich nutze dafür den kombinierten Datensatz von Saiegh, McKelvy und mir (s. oben). Allerdings nutze ich nur die Daten ab 1979, um die Fälle zwischen den verschiedenen Systemen möglichst gut vergleichbar zu halten. Im Original gehen die Beobachtungen aus Saieghs Datensatz vereinzelt bis in das Jahr 1946 zurück (vgl. Anhang A: Datensätze). Zudem geht die Schweiz nicht in den Systemvergleich ein. Im Datensatz von Saiegh zählt die Schweiz (1974-1979) als präsidentiell und erreicht mit legislativen Erfolgsraten von 93,1% sehr hohe Werte. Die Schweiz ist aber nur insofern präsidentiell, als die Regierung nicht abgewählt werden kann – sie wird aber nicht direkt gewählt. In der gängigen Typologie von Shugart/Carey (1992) und deren Erweiterungen (beispielsweise Ganghof 2014, 2018, Samuels/Shugart 2010) gilt die Schweiz daher als eigenes System (versammlungsunabhängig). Da ich die Daten erst ab 1979

⁵¹ Die Ergebnisse ändern sich nicht substantiell bei anderen Startpunkten, im Anhang C: Robustheitstests berichte ich die Robustheitstests mit den Startpunkten 1946 und 1997.

⁵² Zur genaueren Darstellung der Datenerhebung sowie dem Zusammenfügen des kombinierten Datensatzes: s. Anhang A: Datensätze.

verwende, betrifft das auch lediglich ein Jahr. Ein Robustheitstest (nicht dargestellt) zeigt somit auch keine relevanten Unterschiede.

5.3.1 Abhängige Variable: legislative Erfolgsrate (Jahr)

Die abhängige Variable ist die legislative Erfolgsrate der Regierung in dem jeweiligen Jahr.

5.3.2 Modell

Die abhängige Variable (die legislative Erfolgsrate) hat einen begrenzten Wertebereich zwischen 0 und 1, ist aber innerhalb dieses Wertebereichs kontinuierlich. Ich nutze daher ein Logit-Modell, das für die Analyse dieses Wertebereichs geeignet ist, ein Fractional-Response-Modell. Da die legislativen Erfolgsraten der einzelnen Länder wahrscheinlich nicht unabhängig voneinander sind, nutze ich zudem Länder-Cluster-robuste Standardfehler (vgl. Anhang B: Methoden).

5.3.3 Unabhängige Variablen

5.3.3.1 Regierungssystem

Die wesentliche unabhängige Variable ist die Form des Regierungssystems: Als Basis nutze ich den Semi-Parlamentarismus, um ihn mit anderen Systemen zu vergleichen. Ich beantworte somit die Frage, ob und wie sich die anderen Systeme vom Semi-Parlamentarismus unterscheiden in den erzeugten legislativen Erfolgsraten. Gemäß der Hypothesen H.5.2 und H.5.3 sollten die parlamentarischen Regierungen höhere und die präsidentiellen Regierungen niedrigere legislative Erfolgsraten erreichen als die semi-parlamentarischen Regierungen.

5.3.3.2 Mehrheitsstatus

Der wichtigste Kontrollfaktor ist der Mehrheitsstatus der Regierung. Die Annahme ist, dass ein erhöhter Koordinationsbedarf mit anderen Partnern zu geringeren legislativen Erfolgsraten führt. In den meisten Modellen nutze ich daher den aus dem Sitzanteil abgeleiteten Mehrheitsstatus. Der Mehrheitsstatus gibt an, ob der Sitzanteil der Regierung größer als 0,5 ist. Saieghs Daten zum Mehrheitsstatus basieren auf dem Datensatz von Cheibub, Przeworski und Saiegh (2004), fehlende Daten habe ich mit Hilfe von Holger Döring, Huber und Manow (2022) ergänzt. Die Daten zu den australischen Staaten stammen zunächst von Sharman (2018) und

Carr (2023), wurden dann aber von mir durch die Angaben der jeweiligen Parlamente zu Ihren Parlamentsmitgliedern (Rücktritte, Nachbesetzungen, Parteiwechsel u.ä.) verfeinert.

Durch das semi-parlamentarische System mit einem Mehrheitswahlsystem in der ersten und einem Verhältniswahlsystem in der zweiten Kammer wird die zweite Kammer zur eigentlichen legislativen Kammer, da sie die erste Kammer absorbiert (Ganghof 2021: 10, 143f.). Eine Mehrheit im Semi-Parlamentarismus ist hier also nur dann vorhanden, wenn die Regierung die Mehrheit in beiden Kammern stellt.⁵³

Japanische Regierungen können mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit in der ersten Kammer die zweite Kammer überstimmen. Ich zähle daher japanische Regierungen, die eine Zwei-Drittel-Mehrheit in der ersten Kammer kontrollieren, ebenfalls als Mehrheitsregierungen, auch wenn sie keine Mehrheit der Sitze in der zweiten Kammer kontrolliert. Das betrifft die Regierung 2005-2009 sowie das Jahr 2009 aus der folgenden Legislaturperiode.

5.3.3.3 Koalitionsregierung

Bisherige Befunde deuten darauf hin, dass der Koalitionsstatus einen negativen Einfluss auf die legislativen Erfolgsraten hat. Die Variable Koalitionsregierung gibt an, ob die Regierung neben der Partei der Regierungschef:in weitere Beteiligte hat. Für die semi-parlamentarischen Staaten zähle ich weiterhin die Coalition, wenn sie gemeinsam zur Wahl antritt, nur als eine Partei. Das entspricht ebenfalls einem konservativen Vorgehen, da diese Regierungen im Vergleich zu echten Ein-Parteien-Regierungen möglicherweise etwas geringere legislative Erfolgsraten erzielen und somit die legislativen Erfolgsraten des Semi-Parlamentarismus eher drücken würden.

5.3.3.4 Wahlkreisgröße

Saiegh (2011) nutzt die Wahlkreisgröße als Kontrollvariable und findet einen positiven Einfluss auf die legislativen Erfolgsraten von Regierungen. Zudem kontrolliert er für den Anteil der Abgeordneten, der auf nationaler Ebene gewählt wird, sowie für die Nutzung eines Mehrheitswahlsystems. Zumindest für den Anteil der Abgeordneten, die auf nationaler Ebene

⁵³ Im Anhang C: Robustheitstests führe ich Robustheitstests durch, in denen ich einerseits den Mehrheitsstatus bikameraler Staaten auch über die zweite Kammer codiere und andererseits den Mehrheitsstaus semi-parlamentarischer Staaten auch über die erste Kammer codiere. Die Ergebnisse bleiben dabei erhalten.

gewählt wird, findet Saiegh eine signifikante Auswirkung auf die legislative Erfolgsrate. Seine Interpretation ist, dass die national gewählten Abgeordneten eher der Parteiführung folgen.

Alle drei Variablen beschreiben letztlich das Wahlsystem: Bei einem Mehrheitswahlsystem ist die Wahlkreisgröße gleich eins und der Anteil der Abgeordneten auf nationaler Ebene gleich null. Abgeordnete, die auf nationaler Ebene gewählt werden, werden in Wahlkreisen gewählt, die alle diese Abgeordneten umfassen, also in sehr großen Wahlkreisen. Zudem kontrolliert Saiegh (2011) in seinen Untersuchungen, ob ein Land ein Westminster-System ist und findet einen signifikanten Zusammenhang, der darauf hindeutet, dass Westminster-Regierungen höhere legislative Erfolgsraten erzielen als andere parlamentarische Systeme. Aber wie McKelvy (2016: 23-28) richtig argumentiert, gibt Saiegh keine hinreichende Definition, was ein Westminster-System ausmacht. Es gibt auch keinen überzeugenden Grund, warum das Westminster-System mehr als die Summe seiner Eigenschaften sein sollte, und Saiegh nennt auch keinen. Für die Analyse sind daher diese Eigenschaften bedeutender, wie beispielsweise das Wahlsystem und die Anzahl der Parteien. Insgesamt führt die Kombination dieser vier Wahlsystem-Variablen dazu, dass diese Befunde nicht überzeugen.

Trotz der angesprochenen Probleme in Saieghs Nutzung der Wahlsysteme nutze ich zumindest eine Wahlsystemvariable in einigen Modellen dennoch als Kontrolle auf Grund der grundsätzlich hohen Bedeutung des Wahlsystems für das Verhalten der Parteien (vgl. Kapitel 3: Parteigeschlossenheit im Semi-Parlamentarismus). Da es mir nicht möglich war, für alle Staaten im Datensatz die effektive Wahlkreisgröße zu erheben, nutze ich wie Saiegh die durchschnittliche Wahlkreisgröße aus dem DES-Datensatz (Bormann/Golder 2022) beziehungsweise habe ich die durchschnittliche Wahlkreisgröße für Japan ab 2000 und für das C.o.Australia selbst ergänzt. Eine Erhöhung der Wahlkreisgröße sollte bei kleinen Wahlkreisgrößen einen größeren Effekt haben, daher habe ich die Wahlkreisgrößen logarithmiert.⁵⁴

5.3.3.5 Demokratische Entwicklung

Ein potentieller Einwand gegen die hier gemachten Befunde ist die ungleiche Verteilung der Systeme innerhalb des Originaldatensatzes von Saiegh (2011) und zwischen diesem und den

⁵⁴ Zudem führe ich im Anhang C: Robustheitstests eine Regression durch, die an Saieghs Originalregression (Saiegh 2011: 91) angelehnt ist. Die Ergebnisse bleiben dabei im Wesentlichen erhalten. Wird zugleich für die Region kontrolliert, geht der Einfluss des Präsidentialismus auf die Region Lateinamerika über.

anderen beiden Datensätzen. In Saieghs Datensatz gehen die Daten teilweise zurück bis in das Jahr 1946. Die von mir erhobenen semi-parlamentarischen Daten sind auf Grund der Verfügbarkeit und Auslesbarkeit der Parlamentsprotokolle deutlich jünger. Auch die primär parlamentarischen Daten von McKelvy (2016) sind deutlich jünger (vgl. Anhang A: Datensätze). Daher sind vor allem die Länderjahre der präsidentiellen Staaten, die nur aus Saieghs Datensatz stammen, deutlich älter als die der semi-parlamentarischen Staaten, die hauptsächlich aus meinem eigenen Datensatz stammen.

Es ist unklar, wie sich das Alter von Demokratien oder die Modernisierung im Laufe der Zeit konkret auf die legislativen Erfolgsraten auswirkt. Beispielsweise wäre denkbar, dass sich die Mechanismen der Regierungsarbeit immer weiter einspielen und mit zunehmendem Alter der Demokratie die legislativen Erfolgsraten durch diesen Effekt steigen. Ein höherer Demokratisierungsgrad könnte die Kooperationsbereitschaft aller Akteure steigern. Fortschreitende Technologie könnte eine vereinfachte und schnelle Kommunikation fördern und somit Verhandlungen und Positionsabschätzungen verbessern. Ich nutze daher weitere Kontrollen, um den Einfluss der ungleichen Verteilung abzumildern.

5.3.3.5.1 Demokratisierungsgrad

Der Demokratisierungsgrad nutzt die Variable *polity2* aus dem Datensatz Polity V und ist eine Kombination von dessen Demokratie- und Autokratie-Werten (Marshall/Gurr 2019). Der Demokratisierungsgrad hat einen Wertebereich von -10 bis +10. Das entspricht der Subtraktion des Autokratie-Wertes (0-10) vom Demokratie-Wert (0-10). Ein Wert von 10 würde also ein maximal demokratisches Regime, ein Wert von -10 ein maximal autokratisches System bezeichnen. Die Skala geht also über eine dichotome Demokratie/Autokratie Abschätzung hinaus und eignet sich daher für die Kontrolle des Demokratie-Niveaus. Der Datensatz geht von 2018 bis in das Jahr 1800 zurück und umfasst somit auch meinen gesamten Untersuchungszeitraum. Für die australischen Staaten habe ich die Werte des C.o.Australia verwendet, für das Jahr 2019 habe ich die Werte von 2018 genutzt. Allerdings schrumpft der Datensatz bei der Nutzung von Polity V etwas, da es für Malta und Island keine Werte gibt. Bei der Nutzung von Polity V stellt sich Brasilien 1979-1984 als höchst problematisch heraus, da es mit einem Werten von -3 und -4 nicht demokratisch ist, auch wenn es im Datensatz von

Saiegh (2011) so codiert wird.⁵⁵ Mit einer legislativen Erfolgsrate von 83-85% gehört es aber unter den präsidentiellen Staaten eher zu denjenigen mit höheren legislativen Erfolgsraten. Ich belasse es also im Datensatz, um die Unterschiede zwischen Präsidentialismus und Semi-Parlamentarismus möglichst konservativ zu schätzen.⁵⁶

5.3.3.5.2 Regimestabilität

Die Variable Regimestabilität beruht auf der Variable *durable* aus dem Datensatz von Polity V (Marshall/Gurr 2019). Sie gibt die Anzahl der Jahre an, seitdem sich der Demokratisierungsgrad nicht mehr von einem Jahr auf das nächste um einen Wert von mehr als drei verändert hat. Ich habe die Regimestabilität logarithmiert, da eine höhere Dauer vor allem niedrigen Werten entscheidend sein sollte.

5.3.3.5.3 Jahr

Als weitere Kontrolle nutze ich die Jahreszahl, um den potenziellen Einflüssen fortschreitender Technologie oder ähnlichen Entwicklungen Rechnung zu tragen.

5.3.4 Ergebnisse

Tabelle 5-2 gibt die Ergebnisse der Regression wieder. Da es sich um ein Logit-Modell handelt und die Größe der Koeffizienten nicht direkt interpretiert werden kann, sind in Tabelle 5-3 zudem die durchschnittlichen marginalen Effekte dargestellt, die vergleichbar zu den Koeffizienten in linearen Regressionen interpretiert werden können (vgl. Anhang B: Methoden).

Entgegen der Hypothese H.5.3 gibt es keinen signifikanten Unterschied von parlamentarischen zu semi-parlamentarischen Systemen. Auch für den Semi-Präsidentialismus gibt es keinen signifikanten Unterschied und auch die Vorzeichen sind nicht über alle Modelle gleich. Es gibt aber einen signifikanten Unterschied von präsidentiellen zu semi-parlamentarischen Systemen. Präsidentielle Systeme erreichen deutlich geringere legislative Erfolgsraten – je nach Modell zwischen 15,3 und 18,0 Prozentpunkte niedriger. Die Hypothese H.5.2. konnte daher bestätigt

⁵⁵ Die Demokratie-Einschätzung im Datensatz von Saiegh beruht letztlich auf dem DD-Index (Alvarez et al. 1996, Przeworski et al. 2000). In einer aktualisierten Version ist Brasilien aber auch hier erst ab 1985 demokratisch (Cheibub, Gandhi & Vreeland 2010) chesdata.eu.

⁵⁶ Im Anhang C: Robustheitstests führe ich einen Robustheitstest durch, in dem ich ausschließlich sehr demokratische Staaten ab einem polity2- Wert von acht berücksichtige. Die Befunde bleiben dabei erhalten.

Tabelle 5-2: Regression der legislativen Erfolgsraten in unterschiedlichen Regierungssystemen (Fractional-Response)

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)
Parlamentarismus	0,175 (0,239)	0,029 (0,260)	0,032 (0,260)	0,083 (0,294)	0,260 (0,280)
Semi-Präsidentialismus	-0,074 (0,282)	-0,243 (0,290)	-0,243 (0,290)	-0,044 (0,325)	0,134 (0,314)
Präsidentialismus	-0,924** (0,281)	-1,008** (0,277)	-1,006** (0,275)	-1,006** (0,378)	-0,838* (0,348)
Mehrheitsregierung		0,326 (0,176)	0,327 (0,177)	0,293 (0,173)	0,333 (0,184)
Koalitionsregierung		-0,032 (0,157)	-0,035 (0,149)	0,004 (0,169)	-0,056 (0,171)
Wahlkreisgröße (ln)			0,010 (0,081)	0,014 (0,078)	0,039 (0,073)
Demokratisierungsgrad				-0,094 (0,061)	-0,094 (0,055)
Regimestabilität (ln)				0,079 (0,091)	0,000 (0,101)
Jahr					0,027** (0,010)
Konstante	1,604** (0,171)	1,554** (0,184)	1,538** (0,227)	2,108** (0,816)	-52,655** (18,823)
Beobachtungen	856	856	856	803	803
AIC	610,970	612,099	614,085	578,800	575,506
BIC	629,979	640,613	647,351	620,995	622,389

Fractional-Response-Regression (Logit)

Standardfehler in Klammern

* $p < 0.05$, ** $p < 0.01$

werden. Diese Befunde halten auch allen im Anhang C: Robustheitstests durchgeführten Robustheitstests stand.

Weder die Anzahl der Parteien noch die Wahlkreisgröße oder die Variablen zur Demokratisierung sind signifikant. Die Jahreszahl hat aber tatsächlich einen positiven Einfluss auf die legislative Erfolgsrate, der mit 0,4 Prozentpunkten pro Jahr auch in einer relevanten Größenordnung liegt. Wie oben erläutert, könnte das auch an der Verteilung der Systemjahre über die Zeit zusammenhängen. Entscheidend ist hier aber, dass der Unterschied zwischen semi-parlamentarischen und präsidentiellen Systemen auch unter Kontrolle der Jahreszahl erhalten bleibt.

Tabelle 5-3: Durchschnittliche marginale Effekte auf die legislativen Erfolgsraten in unterschiedlichen Regierungssystemen

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)
Parlamentarismus	0,023 (0,032)	0,004 (0,033)	0,004 (0,033)	0,011 (0,038)	0,035 (0,037)
Semi-Präsidentialismus	-0,011 (0,041)	-0,034 (0,041)	-0,034 (0,042)	-0,006 (0,044)	0,019 (0,043)
Präsidentialismus	-0,169** (0,055)	-0,177** (0,051)	-0,177** (0,051)	-0,180** (0,069)	-0,153* (0,065)
Mehrheitsregierung		0,049 (0,028)	0,049 (0,028)	0,044 (0,027)	0,050 (0,029)
Koalitionsregierung		-0,005 (0,024)	-0,005 (0,023)	0,001 (0,025)	-0,008 (0,026)
Wahlkreisgröße (ln)			0,001 (0,012)	0,002 (0,012)	0,006 (0,011)
Demokratisierungsgrad				-0,014 (0,009)	-0,014 (0,008)
Regimestabilität (ln)				0,012 (0,014)	0,000 (0,015)
Jahr					0,004** (0,001)
Beobachtungen	856	856	856	803	803

Durchschnittliche marginale Effekte der Fractional-Response-Regression (Logit)

Standardfehler in Klammern

* $p < 0.05$, ** $p < 0.01$

5.4 Detailanalyse der legislativen Erfolgsraten in den semi-parlamentarischen Staaten

In diesem Teil analysiere ich die Unterschiede zwischen den semi-parlamentarischen Staaten. Das Ziel ist es, herauszufinden, ob die verschiedenen Settings der semi-parlamentarischen Staaten systematisch zu unterschiedlichen Ergebnissen führen. Der Fokus liegt auf der Möglichkeit zur Mitauflösung der zweiten Kammer. Der Mehrheitsstatus der Regierungen dient vor allem als Kontrolle. Zudem überprüfe ich, ob die Regierungen möglicherweise hohe legislative Erfolgsraten erzielen, indem sie weniger Gesetze einbringen.

Zuerst stelle ich den reduzierten Datensatz vor und überprüfe meine bisherigen Befunde, dass es keinen signifikanten Unterschied zwischen semi-parlamentarischen und parlamentarischen legislativen Erfolgsraten gibt. Anschließend gehe ich detaillierter auf die semi-parlamentarischen Staaten ein. Dabei analysiere ich einerseits die unterschiedlichen Regierungen, ihren Mehrheitsstatus und deren Effekt auf die legislativen Erfolgsraten. Andererseits überprüfe ich, ob erfolgreiche Regierungen besonders wenige Gesetze in das Parlament ein- und durch das Parlament durchbringen und somit nur künstlich hohe legislative

Erfolgsraten erzielen. Der legislative Output ist für Vergleiche zwischen Staaten wenig geeignet, innerhalb der einzelnen Staaten lassen sich diese Unterschiede aber sehr gut vergleichen. Ich zeige, dass die legislativen Erfolgsraten größtenteils nicht oder nicht wesentlich von der Anzahl der eingebrachten Gesetze abhängen. Die legislativen Erfolgsraten scheinen eher auf die unterschiedlichen Mehrheitsverhältnisse und insbesondere die Kontrolle des Medians zurückzugehen. Auf Grund dieser Erkenntnis nutze ich den Mehrheitsstatus dann als wesentliche Kontrollvariable in einer Fractional-Response-Regression. Diese zeigt, dass insbesondere die hürdenfreie Möglichkeit der Mitauflösung der zweiten Kammer durch die Regierung/die erste Kammer die legislativen Erfolgsraten erhöht.

5.4.1 Datensatz

Bei der Analyse der semi-parlamentarischen Staaten lasse ich die Daten von Saiegh hier außen vor und kann somit Legislaturperioden statt einzelner Jahre nutzen. Um eine Vorstellung davon zu geben, wie die Höhe der legislativen Erfolgsraten im Vergleich einzuschätzen ist, stelle ich eine Tabelle der Durchschnittswerte aller Länder aus dem Datensatz von McKelvy und mir vor (Tabelle 5-4). Diese Tabelle erlaubt auch eine erste Abschätzung der Unterschiede zwischen den semi-parlamentarischen Staaten.

Im Durchschnitt sind die legislativen Erfolgsraten im Semi-Parlamentarismus etwas geringer als in den parlamentarischen und den semi-präsidentiellen Staaten. Die höchste Rate mit 96,8% hat das parlamentarische Norwegen, die niedrigste mit 70,0% das parlamentarische Kanada. Generell sind in der erfolgreicheren Hälfte (also Rang 1-14) vor allem parlamentarische Staaten zu finden. Mit New South Wales befindet sich aber ein semi-parlamentarisches Land unter den vier erfolgreichsten Staaten. Queensland als einziger parlamentarischer australischer Staat befindet sich deutlich weiter hinten mit Platz 18 und einer um mehr als neun Prozentpunkte niedrigeren legislativen Erfolgsrate als New South Wales. Victoria befindet sich als zweiterfolgreichstes semi-parlamentarisches Land auf Platz 13 und gerade noch in der oberen Hälfte. Fünf von acht semi-parlamentarischen Staaten befinden sich im untersten Drittel und andersherum sind von den untersten acht Staaten fünf semi-parlamentarisch.

Tabelle 5-4: Internationaler Vergleich der legislativen Erfolgsraten (McKelvy/Pörschke)

Rang	Land	Parlamentarismus	Semi-Präsidentialismus	Semi-Parlamentarismus	Legislaturperioden
1	Norwegen	0,968 (0,010)			4
2	Griechenland	0,948 (0,029)			4
3	New South Wales			0,948 (0,018)	5
4	Belgien	0,943 (0,024)			4
5	Vereinigtes Königreich	0,936 (0,029)			3
6	Neuseeland	0,932 (0,080)			5
7	Niederlande	0,931 (0,041)			5
8	Dänemark	0,920 (0,039)			5
9	Irland		0,919 (0,019)		4
10	Deutschland	0,917 (0,063)			5
11	Österreich		0,912 (0,067)		6
12	Ungarn	0,912 (0,01)			4
13	Victoria			0,898 (0,057)	3
14	Spanien	0,897 (0,064)			5
15	Tasmania			0,890 (0,013)	4
16	Estland	0,884 (0,056)			5
17	Polen		0,860 (0,080)		4
18	Queensland	0,856 (0,056)			7
19	Malta	0,845 (0,128)			3
20	Western Australia			0,832 (0,058)	5
21	Victoria vor Reform			0,826 (0,134)	2
22	Australien			0,806 (0,077)	8
23	Island		0,797 (0,076)		5
24	Japan			0,785 (0,172)	4
25	Tschechien	0,759 (0,071)			5
26	South Australia			0,741 (0,041)	5
27	Kanada	0,699 (0,117)			6
	Gesamt	0,884 (0,095)	0,872 (0,079)	0,836 (0,096)	126

Mittelwerte der legislativen Erfolgsraten über die Legislaturperioden
Standardabweichungen in Klammern

Quelle: (McKelvy 2016) und eigene Erhebung

5.4.2 C.o.Australia

In nur einer einzigen Legislaturperiode (2004-2007) kontrolliert die Regierung im C.o.Australia den Median beider Kammern. In diesem Zeitraum hat sie zudem über einen Großteil der Legislaturperiode auch die Mehrheit der Sitze in beiden Kammern. Folgerichtig erreicht sie die höchste legislative Erfolgsrate im Vergleich zu den anderen Regierungen. Tatsächlich hat genau diese Regierung weniger Gesetzentwürfe eingebracht als im Durchschnitt über den gesamten Beobachtungszeitraum eingebracht wurden. Allerdings hat sie dennoch deutlich mehr Gesetze pro Tag verabschiedet als durchschnittlich verabschiedet wurden. Die geringere Anzahl eingebrachter Gesetze spricht also eher gegen eine starke Zurückhaltung, sondern eher dafür, dass die Regierung weniger Versuche brauchte für die Umsetzung ihrer Gesetzesvorhaben.

Tabelle 5-5: Legislative Erfolgsraten (C.o.Australia)

Legislatur- Periode (Wahl- tag)	Dauer in Tagen	Premier- Partei	Koali- tion	Sitz- anteil erste Kammer	Sitz- anteil zweite Kammer	Mehrheit beider Kammern	Median beider Kammern	Gesetz- Entwürfe pro Tag	Gesetze pro Tag	Legislative Erfolgsrate
02.03.96	945	Coalition	0%	64%	47%	0%	79%	0,55	0,43	79,3%
03.10.98	1134	Coalition	0%	54%	47%	0%	24%	0,59	0,50	84,3%
10.11.01	1064	Coalition	0%	55%	46%	0%	78%	0,52	0,40	77,5%
09.10.04	1141	Coalition	0%	58%	50%	77%	100%	0,52	0,48	92,1%
24.11.07	1001	Labor	0%	55%	41%	0%	0%	0,56	0,41	72,8%
21.08.10	1113	Labor	0%	48%	41%	0%	72%	0,55	0,50	91,0%
07.09.13	1029	Coalition	0%	60%	44%	0%	29%	0,49	0,36	73,6%
02.07.16	1050	Coalition	0%	51%	39%	0%	56%	0,51	0,38	74,3%
8477								0,54	0,43	81,0%

Sitzanteile: auf Basis des Wahlergebnisses; Koalition/Mehrheit/Median: Über die gesamte Legislaturperiode gerechnet; Gesetzentwürfe/Gesetze: Nur von der Regierung eingebrachte
Quelle: Eigene Erhebung

Unter den Legislaturperioden mit den geringsten legislativen Erfolgsraten findet sich auch die Legislaturperiode 2013-2016. In dieser Legislaturperiode wurden gleichzeitig am wenigsten Gesetze eingebracht und auch am wenigsten verabschiedet. Am meisten Gesetzentwürfe wurden in der Legislaturperiode 1998-2001 eingebracht. Es wurden hier auch mit am meisten Gesetze verabschiedet und die legislative Erfolgsrate befindet sich somit etwas über dem Gesamtdurchschnitt. Interessant ist auch, dass die einzige Regierung, die in der ersten Kammer nur eine Minderheit der Abgeordneten kontrolliert (2010-2013), die zweithöchste legislative Erfolgsrate erreicht. Sie erreicht dies durch den höchsten Output an Gesetzen pro Tag bei nur einer durchschnittlichen Einbringung von Gesetzentwürfen. In der einzigen Legislaturperiode, in der die Regierung niemals den Median beider Kammern kontrolliert (2007-2010), wird die geringste legislative Erfolgsrate erzielt. Die Einbringungsrate ist hier auch tatsächlich die zweithöchste und die Verabschiedungsrate die drittniedrigste.

Zusammengefasst sind die legislativen Erfolgsraten also kaum durch bloße Zurückhaltung oder gesteigerte Aktivität erklärbar. Es scheint aber einen Zusammenhang zwischen der legislative Erfolgsrate und der Kontrolle der Mehrheit oder Mediane der Parlamentskammern zu geben.

Tabelle 5-6: Legislative Erfolgsraten (New South Wales)

Legislatur-Periode (Wahltag)	Dauer in Tagen	Premier-Partei	Koalition	Sitzanteil erste Kammer	Sitzanteil zweite Kammer	Mehrheit beider Kammern	Median beider Kammern	Gesetz-Entwürfe pro Tag	Gesetze pro Tag	Legislative Erfolgsrate
27.03.99	1456	Labor	0%	59%	38%	0%	100%	0,35	0,33	92,2%
22.03.03	1463	Labor	0%	59%	43%	0%	100%	0,32	0,31	96,8%
24.03.07	1463	Labor	0%	56%	45%	0%	100%	0,33	0,32	95,9%
26.03.11	1463	Coalition	0%	74%	45%	0%	100%	0,27	0,25	93,9%
28.03.15	1456	Coalition	0%	58%	48%	0%	100%	0,22	0,21	94,9%
7301								0,30	0,28	94,7%

Sitzanteile: auf Basis des Wahlergebnisses; Koalition/Mehrheit/Median: Über die gesamte Legislaturperiode gerechnet; Gesetzentwürfe/Gesetze: Nur von der Regierung eingebrachte

Quelle: Eigene Erhebung

5.4.3 New South Wales

In New South Wales ist der Mehrheitsstatus der Regierung in allen Legislaturperioden gleich. Sie kontrolliert die Mehrheit in der ersten Kammer aber nur den Median in der zweiten Kammer. Die beiden Regierungen mit der niedrigsten Einbringungsrate, also die beiden Regierungen der Coalition, verabschieden auch deutlich weniger Gesetze und erreichen insgesamt nur eine mittlere legislative Erfolgsrate. Allerdings erreichen alle Regierungen in New South Wales legislative Erfolgsraten auf einem insgesamt sehr hohen Niveau.

Die Regierung mit der niedrigsten legislativen Erfolgsrate (1999-2003) bringt tatsächlich auch am meisten Gesetze ein. Sie verabschiedet aber auch am meisten Gesetze pro Tag und die legislative Erfolgsrate unterscheidet sich nur wenig von derjenigen der anderen Regierungen und befindet sich insgesamt auf einem hohen Niveau. Dennoch könnte man die Befunde aus New South Wales so interpretieren, dass die anderen beiden Labor-Regierungen durch eine gewisse Zurückhaltung die höchsten legislativen Erfolgsraten erzielen.

5.4.4 Queensland

Die drei Legislaturperioden mit der niedrigsten Einbringungsrate, 2009-2012, 2012-2015 und 2015-2017 erreichen drei der vier höchsten legislativen Erfolgsraten in den untersuchten Legislaturperioden in Queensland, obwohl sie auch am wenigsten Gesetze verabschieden. Sehr bemerkenswert ist die vergleichsweise hohe legislative Erfolgsrate der Legislaturperiode 2015-2017, da diese die einzige ist, in der die Regierung niemals die Mehrheit der Sitze kontrolliert.

Table 5-7: Legislative Erfolgsraten (Queensland)

Legislatur- Periode (Wahltag)	Dauer in Tagen	Premier- Partei	Koalition	Sitz- anteil	Mehrheit	Median	Gesetz- Entwürfe pro Tag	Gesetze pro Tag	Legislative Erfolgsrate
13.06.98	980	Labor	0%	49%	82%	100%	0,21	0,17	78,0%
17.02.01	1085	Labor	0%	74%	100%	100%	0,28	0,25	87,2%
07.02.04	945	Labor	0%	71%	100%	100%	0,21	0,18	84,0%
09.09.06	924	Labor	0%	66%	100%	100%	0,21	0,17	80,2%
21.03.09	1099	Labor	0%	57%	100%	100%	0,16	0,14	85,5%
24.03.12	1043	Coalition	0%	88%	100%	100%	0,17	0,16	94,4%
31.01.15	1029	Labor	0%	49%	0%	100%	0,15	0,13	89,6%
	7105						0,20	0,17	85,4%

Sitzanteile: auf Basis des Wahlergebnisses; Koalition/Mehrheit/Median: Über die gesamte Legislaturperiode gerechnet; Gesetzentwürfe/Gesetze: Nur von der Regierung eingebrachte

Quelle: Eigene Erhebung

Die andere Regierung, die zumindest teilweise nicht die Mehrheit der Sitze kontrolliert (1998-2001) hat die geringste legislative Erfolgsrate und hat dem Durchschnitt entsprechend Gesetze eingebracht und auch dem Durchschnitt entsprechend Gesetze verabschiedet.

Die Beobachtungen aus Queensland können so interpretiert werden, dass die Zurückhaltung der drei letzten Regierungen ursächlich für die hohen legislativen Erfolgsraten war. Insgesamt ist das Niveau der legislativen Erfolgsraten in Queensland eher niedrig, wenn man bedenkt, dass die Regierung keine zweite Kammer mit einbeziehen muss und fast immer die Mehrheit kontrolliert – und dies meist auch sehr deutlich. Möglicherweise sind gerade diese deutlichen Mehrheiten mit ursächlich für die geringen legislativen Erfolgsraten, da die Regierung keine das Überleben gefährdenden Niederlagen befürchten muss und somit vielleicht sehr unvorsichtig unfertige Gesetzesvorschläge in das Parlament einbringt. Eine andere Erklärung läge in der Person des Premierministers. Peter Beattie war vom 20.06.1998 bis zum 13.09.2007 Premierminister für Labor. In diese Zeit fallen die drei Legislaturperioden mit den höchsten Sitzanteilen von Labor (die dritte nur teilweise). In allen vier Legislaturperioden, in denen Beattie (teilweise) Premierminister ist, sind die legislativen Erfolgsraten überraschend niedrig. Dennoch widersprechen die niedrigen legislativen Erfolgsraten in Queensland klar der Hypothese H.5.3.

Tabelle 5-8: Legislative Erfolgsraten (South Australia)

Legislatur-Periode (Wahltag)	Dauer in Tagen	Premier-Partei	Koalition	Sitz-anteil erste Kammer	Sitz-anteil zweite Kammer	Mehrheit beider Kammern	Median beider Kammern	Gesetz-Entwürfe pro Tag	Gesetze pro Tag	Legislative Erfolgsrate
11.10.97	1582	Liberals	0%	49%	45%	0%	62%	0,23	0,18	75,7%
09.02.02	1498	Labor	80%	51%	32%	0%	0%	0,23	0,15	67,1%
18.03.06	1463	Labor	100%	64%	36%	0%	0%	0,20	0,15	77,3%
20.03.10	1456	Labor	0%	55%	36%	0%	0%	0,19	0,14	74,6%
15.03.14	1463	Labor	100%	51%	36%	0%	0%	0,18	0,14	76,0%
Gesamt	7462							0,21	0,15	73,9%

Sitzanteile: auf Basis des Wahlergebnisses; Koalition/Mehrheit/Median: Über die gesamte Legislaturperiode gerechnet; Gesetzentwürfe/Gesetze: Nur von der Regierung eingebrachte
Quelle: Eigene Erhebung

5.4.5 South Australia

In South Australia kontrolliert die Regierung nur in einer einzigen Legislaturperiode zumindest teilweise den Median in beiden Kammern (1997-2002). In dieser Legislaturperiode bringt die Regierung pro Tag am meisten Gesetze ein, verabschiedet aber auch am meisten Gesetze und erreicht somit eine legislative Erfolgsrate im Mittelmaß. In der Legislaturperiode 2014-2018 bringt die Regierung am wenigsten Gesetze ein und erreicht damit – obwohl sie auch am wenigsten Gesetze verabschiedet – die zweithöchste legislative Erfolgsrate im Beobachtungszeitraum. Die niedrigste legislative Erfolgsrate wird von der Regierung der Legislaturperiode 2002-2006 erzielt, die besonders viele Gesetze pro Tag einbringt, aber nur durchschnittlich viele Gesetze verabschiedet.

Die Beobachtungen aus South Australia zeigen, dass höhere legislativen Erfolgsraten tatsächlich auf geringeren Einbringungsraten beruhen können.

5.4.6 Tasmania

In Tasmania gibt es auf Grund der Zusammenstellung der zweiten Kammer keine Regierung, die die Mehrheit dort kontrolliert, aber alle Regierungen kontrollieren durch die vielen unabhängigen Abgeordneten den Median. Für die vier Regierungen gilt, dass diejenigen, die mehr Gesetze einbringen, auch mehr Gesetze verabschieden. Es erzielten auch diejenigen Regierungen die höheren legislativen Erfolgsraten, die mehr Gesetze einbringen und verabschieden. Lediglich zwischen den beiden Regierungen, die am meisten Gesetze einbringen, ist dieser Zusammenhang verletzt und die Regierung 2002-2006, die am meisten

Tabelle 5-9: Legislative Erfolgsraten (Tasmania)

Legislatur- periode (Wahl- tag)	Dauer in Tagen	Premier- Partei	Koali- tion	Sitz- anteil erste Kammer	Sitz- anteil zweite Kammer	Mehrheit beider Kammern	Median beider Kammern	Gesetz- Entwürfe pro Tag	Gesetze pro Tag	Legislative Erfolgsrate
20.06.02	1367	Labor	0%	56%	33%	0%	100%	0,22	0,19	89,9%
18.03.06	1463	Labor	0%	56%	32%	0%	100%	0,20	0,18	90,3%
20.03.10	1456	Labor	100%	60%	12%	0%	100%	0,18	0,16	88,2%
15.03.14	1449	Liberals	0%	60%	12%	0%	100%	0,15	0,13	87,6%
5735								0,19	0,17	89,1%

Sitzanteile: auf Basis des Wahlergebnisses; Koalition/Mehrheit/Median: Über die gesamte Legislaturperiode gerechnet; Gesetzentwürfe/Gesetze: Nur von der Regierung eingebrachte
Quelle: Eigene Erhebung

Tabelle 5-10: Legislative Erfolgsraten (Victoria vor der Reform)

Legislatur- periode (Wahl- tag)	Dauer in Tagen	Premier- Partei	Koali- tion	Sitz- anteil erste Kammer	Sitz- anteil zweite Kammer	Mehrheit beider Kammern	Median beider Kammern	Gesetz- Entwürfe pro Tag	Gesetze pro Tag	Legislative Erfolgsrate
18.09.99	1169	Labor	0%	48%	32%	0%	0%	0,31	0,23	73,1%
30.11.02	1456	Labor	0%	70%	57%	100%	100%	0,30	0,27	92,1%
2625								0,30	0,25	83,5%

Sitzanteile: auf Basis des Wahlergebnisses; Koalition/Mehrheit/Median: Über die gesamte Legislaturperiode gerechnet; Gesetzentwürfe/Gesetze: Nur von der Regierung eingebrachte
Quelle: Eigene Erhebung

Gesetze einbringt und verabschiedet, erreicht nur eine geringfügig niedrigere legislative Erfolgsrate als die Regierung 2006-2010.

In Tasmania gibt es somit keine Hinweise auf die Erzielung höherer legislativer Erfolgsraten durch Zurückhaltung bei der Einbringung von Gesetzen.

5.4.7 Victoria vor der Reform

Aus Victoria vor der Reform befinden sich lediglich zwei Legislaturperioden im Datensatz. Die Regierungen unterscheiden sich deutlich in der Kontrolle der Kammern, da eine Regierung weder Mehrheit noch Median beider Kammern kontrolliert – tatsächlich kontrolliert sie lediglich den Median der ersten Kammer – während die andere Regierung die Mehrheit beider Kammern kontrolliert. Erwartungsgemäß erreicht die Regierung 2002-2006, die die Mehrheit beider Kammern kontrolliert, eine deutlich höhere legislative Erfolgsrate. Sie bringt dabei nur

Tabelle 5-11: Legislative Erfolgsraten (Victoria)

Legislatur- periode (Wahl- tag)	Dauer in Tagen	Premier- Partei	Koali- -tion	Anteil Sitze erste Kammer	Anteil Sitze zweite Kammer	Mehrheit beider Kammern	Median beider Kammern	Gesetz- Entwürfe pro Tag	Gesetze pro Tag	Legislative Erfolgsrate	
25.11.06	1463	Labor	0%	63%	47%	0%	100%	0,24	0,23	95,2%	
27.11.10	1463	Coalition	0%	51%	53%	60%	100%	0,25	0,23	90,5%	
29.11.14	1456	Labor	0%	53%	35%	0%	21%	0,20	0,17	83,8%	
								4382	0,23	0,21	90,1%

Sitzanteile: auf Basis des Wahlergebnisses; Koalition/Mehrheit/Median: Über die gesamte Legislaturperiode gerechnet; Gesetzentwürfe/Gesetze: Nur von der Regierung eingebrachte
Quelle: Eigene Erhebung

geringfügig weniger Gesetze ein als die Regierung 1999-2002, verabschiedet aber deutlich mehr.

Die wenigen Legislaturperioden mit so unterschiedlichen Mehrheitsverhältnissen lassen keine Rückschlüsse zu über die Auswirkungen einer möglichen Zurückhaltung bei der Einbringung von Gesetzen auf die legislative Erfolgsrate.

5.4.8 Victoria

Es befinden sich lediglich drei Legislaturperioden aus Victoria nach der Reform im Untersuchungszeitraum. Diese unterscheiden sich alle in den Mehrheitsverhältnissen in den beiden Kammern. Die Regierung 2014-2018 kontrolliert als einzige nicht vollständig den Median beider Kammern. Sie bringt am wenigsten Gesetze ein, verabschiedet auch am wenigsten und erreicht auch die geringste legislative Erfolgsrate.

Die anderen beiden Regierungen bringen ähnlich viele Gesetze ein und verabschieden auch ähnlich viele Gesetze. Dennoch ist die legislative Erfolgsrate der Regierung 2010-2014 deutlich geringer. Das ist auch daher bemerkenswert, da die Regierung in dieser Legislaturperiode zumindest teilweise die Mehrheit beider Kammern kontrolliert. Tatsächlich kontrolliert sie die Mehrheit der zweiten Kammer sogar vollständig. Die Unterschiede zur Regierung 2006-2010 ließen sich daher eher mit deren möglicher Zurückhaltung erklären.

5.4.9 Western Australia

Bis auf eine Regierung im Beobachtungszeitraum kontrollieren alle Regierungen in Western Australia im weit überwiegenden Teil der Legislaturperiode den Median. Eine dieser Regierun-

Table 5-12: Legislative Erfolgsraten (Western Australia)

Legislatur- periode (Wahl- tag)	Dauer in Tagen	Premier- Partei	Koali- tion	Sitz- anteil erste Kammer	Sitz- anteil zweite Kammer	Mehrheit beider Kammern	Median beider Kammern	Gesetz- Entwürfe pro Tag	Gesetze pro Tag	Legislative Erfolgsrate
14.12.96	1519	Coalition	0%	61%	50%	10%	46%	0,21	0,17	80,6%
10.02.01	1477	Labor	0%	56%	38%	0%	100%	0,21	0,17	79,5%
26.02.05	1288	Labor	0%	56%	46%	0%	100%	0,21	0,17	79,0%
06.09.08	1645	Liberals	100%	47%	57%	0%	84%	0,15	0,13	92,9%
09.03.13	1463	Liberals	100%	64%	61%	100%	100%	0,12	0,10	84,1%
	7392							0,18	0,15	82,7%

Sitzanteile: auf Basis des Wahlergebnisses; Koalition/Mehrheit/Median: Über die gesamte Legislaturperiode gerechnet; Gesetzentwürfe/Gesetze: Nur von der Regierung eingebrachte
Quelle: Eigene Erhebung

gen (2013-2017) kontrolliert sogar die Mehrheit beider Kammern über die gesamte Dauer der Legislaturperiode. Diese Regierung bringt am wenigsten Gesetze pro Tag ein, verabschiedet allerdings auch am wenigsten Gesetze und erreicht somit nur die zweithöchste legislative Erfolgsrate. Die Regierung 2008-2013 erreicht eine deutlich höhere legislative Erfolgsrate, obwohl sie den Median beider Kammern nicht über die gesamte Dauer kontrolliert. Tatsächlich kontrolliert sie aber zum großen Teil die Mehrheit der zweiten Kammer. Sie bringt mehr Gesetze ein und verabschiedet auch mehr Gesetze als die Regierung 2013-2017, aber deutlich weniger als die übrigen drei Regierungen.

Die übrigen drei Regierungen bringen allesamt ähnlich viele Gesetze ein, verabschieden ähnlich viele Gesetze und erreichen auch ähnlich hohe legislative Erfolgsraten. Bemerkenswert ist, dass ausgerechnet die Regierung 1996-2001, die den Median beider Kammern nur teilweise kontrolliert – dafür aber zu einem geringen Teil auch die Mehrheit beider Kammern – die höchste legislative Erfolgsrate dieser drei Regierungen erzielt.

In Western Australia lassen sich die Beobachtungen so interpretieren, dass eine geringe Einbringungsrate auch zu höheren legislativen Erfolgsraten führt. Eine Alternativerklärung wäre allerdings, dass die Liberals in der Regierung weniger Gesetze einbringen und die hohen legislativen Erfolgsraten auf die Kontrolle der Mehrheit der zweiten Kammer zurückzuführen sind.

Tabelle 5-13: Legislative Erfolgsraten (Japan)

Legislatur-Periode (Wahltag)	Dauer in Tagen	Premier-Partei	Koalition	Sitzanteil erste Kammer	Sitzanteil zweite Kammer	Mehrheit beider Kammern	Median beider Kammern	Gesetz-Entwürfe pro Tag	Gesetze pro Tag	Legislative Erfolgsrate
25.06.00	1232	1193	100%	56%	56%	100%	100%	0,45	0,40	89,7%
09.11.03	672	1193	100%	57%	56%	100%	100%	0,44	0,39	89,2%
11.09.05	1449	1193	100%	68%	48%	100%	100%	0,40	0,32	81,9%
30.08.09	1204	439	100%	67%	45%	23%	100%	0,46	0,25	53,2%
	4557							0,43	0,33	77,1%

Sitzanteile: auf Basis des Wahlergebnisses; Koalition/Mehrheit/Median: Über die gesamte Legislaturperiode gerechnet; Gesetzentwürfe/Gesetze: Nur von der Regierung eingebrachte
 In Japan gilt eine 2/3 Mehrheit der ersten Kammer als Mehrheit/Median in beiden Kammern
 Quelle: McKelvy (2016), vgl. Anhang A: Datensätze

5.4.10 Japan

In Japan gibt es nur eine Legislaturperiode, in der die Regierungskoalition weder vollständig die Mehrheit in beiden Kammern noch eine Zwei-Drittel-Mehrheit in der ersten Kammer kontrolliert. In dieser Legislaturperiode wird erwartungsgemäß die niedrigste legislative Erfolgsrate erzielt. Tatsächlich werden in dieser Legislaturperiode am meisten Gesetze pro Tag eingebracht – aber nicht genügend, um die deutlich geringere legislative Erfolgsrate zu erklären. Gleichzeitig werden am wenigsten Gesetze pro Tag verabschiedet.

Die Regierungen der beiden Legislaturperioden mit den höchsten legislativen Erfolgsraten, 1999-2003 und 2003-2005, haben nicht am wenigsten Gesetze pro Tag eingebracht, aber am meisten Gesetze pro Tag verabschiedet. In der Legislaturperiode 2005-2009 kontrolliert die Regierung eine Zwei-Drittel-Mehrheit der ersten Kammer und wird von mir somit als Mehrheitsregierung in beiden Kammern gezählt, auch wenn sie keine Mehrheit der Sitze in der zweiten Kammer kontrolliert. In der Legislaturperiode 2009-2012 gilt das ebenfalls für den ersten Teil der Legislaturperiode, in dem die Regierung in einer Drei-Parteien-Koalition auch die Zwei-Drittel-Mehrheit der ersten Kammer kontrollierte. Die fehlenden tatsächlichen Mehrheiten scheinen die im Vergleich zu den anderen Mehrheitsregierungen niedrigere legislative Erfolgsrate besser zu erklären als eine potenzielle Zurückhaltung in anderen Legislaturperioden, da gerade in der Legislaturperiode 2005-2009 auch am wenigsten Gesetze pro Tag eingebracht werden.

Tabelle 5-14: Australischer Vergleich der legislativen Erfolgsraten nach Mehrheits- und Medianstatus

	Semi-parlamentarische Staaten									
	Gesamt		Erste-Kammer-Mehrheit						Zweite-Kammer-Mehrheit Gesamt	
			Zweite-Kammer-Minderheit		Zweite-Kammer-Mehrheit					
			Mit Median	Ohne Median			Gesamt			
New South Wales	94,8%	(1,8%)	94,8%	(1,8%)			94,8%	(1,8%)		
Victoria	89,8%	(5,7%)	95,2%	(-)	83,8%	(-)	89,5%	(8,0%)	90,5%	(-)
Tasmania	89,0%	(1,3%)	89,0%	(1,3%)			89,0%	(1,3%)		
Western Australia	83,2%	(5,8%)	79,2%	(0,4%)	80,6%	(-)	79,7%	(0,8%)	84,1%	(-)
Victoria vor Reform	82,6%	(13,4%)							92,1%	(-)
C.o.Australia	80,6%	(7,7%)	77,0%	(77,0%)	76,9%	(6,4%)	77,0%	(4,4%)	92,1%	(-)
South Australia	74,1%	(4,1%)			76,0%	(1,4%)	76,0%	(1,4%)		
Japan	78,5%	(17,2%)	53,2%	(-)			53,2%	(-)	86,9%	(4,4%)

	Parlamentarische Staaten									
	Gesamt		Parlaments-Minderheit						Parlaments-Mehrheit Gesamt	
			Parlaments-Minderheit		Parlaments-Mehrheit					
			Mit Median	Ohne Median			Gesamt			
Northern Territory	95,9%	(1,9%)	96,6%	(-)			96,6%	(-)	95,7%	(2,1%)
Australian Capital Territory	92,4%	(3,2%)	90,6%	(1,6%)	90,0%	(2,1%)	90,3%	(1,6%)	95,7%	(2,0%)
Queensland	85,6%	(5,6%)	89,6%	(-)			89,6%	(-)	84,9%	(5,8%)

Mittelwerte der legislativen Erfolgsraten über die Legislaturperioden, Standardabweichungen in Klammern.

Bei der Interpretation der Tabelle ist zu beachten, dass für die semi-parlamentarischen Staaten die detaillierten Angaben nur für diejenigen Regierungen erfolgen, die eine Mehrheit in der ersten Kammer kontrollieren. Für die parlamentarischen Staaten ist stattdessen der Status der einzigen Parlamentskammer angegeben.

Quelle: eigene Zusammenstellung

5.4.11 Zwischenergebnisse

In Tabelle 5-14 fasse ich die legislativen Erfolgsraten der australischen Staaten zusammen. Zudem berichte ich hier auch die Werte aus dem Australian Capital Territory und dem Northern Territory. Beide sind parlamentarisch und bieten mehr Vergleichswerte, um die semi-parlamentarischen Werte besser einordnen zu können. Das ist besonders wichtig, da die niedrigen Werte in Queensland auffällig niedrig sind und dem theoretischen Modell widersprechen.

New South Wales hat von den semi-parlamentarischen Staaten insgesamt die höchsten legislativen Erfolgsraten mit durchschnittlich 94,8% und wird eingerahmt von den beiden

Territories mit 95,9% und 92,4%. Danach folgen Victoria und Tasmania mit 89,8% bzw. 89,0%. Mit großem Abstand folgen dann knapp hinter Queensland (85,6%) Western Australia (83,2%), Victoria vor der Reform (82,6%), das C.o.Australia (80,1%) und Japan (78,5%). Noch einmal weit abgeschlagen liegt Southern Australia mit 74,1%.

Im C.o.Australia und in Western Australia ist ein Unterschied zwischen Regierungen mit einer Mehrheit oder einer Minderheit in der zweiten Kammer deutlich zu erkennen. Es gibt nicht viele Staaten, in denen es Mehrheits-Minderheits-Regierungen sowohl mit als auch ohne die Medianabgeordnete gab. In Victoria ist der Unterschied zwischen den Minderheitsregierungen mit und ohne Median allerdings besonders ausgeprägt und so erreicht Victoria mit einer Mehrheits-Minderheits-Median-Regierung mit 95,2% sogar die zweithöchsten Werte insgesamt, nur übertroffen vom Northern Territory.

Aus der Detailanalyse ergeben sich Hinweise, dass eine geringere Einbringungsrate bei gleichen Mehrheitsverhältnissen tatsächlich mit höheren legislativen Erfolgsraten einhergehen kann. Inwiefern dies ein systematischer Zusammenhang ist, der über den bloßen mathematischen Zusammenhang hinausgeht und der auch bewusst von den Regierungen gesteuert wird, kann ich auf Basis der wenigen Fälle nicht beantworten. Deutlich wurde aber, dass es in den meisten Staaten einen deutlichen Zusammenhang zwischen dem Mehrheitsstatus der Regierung und den legislativen Erfolgsraten in beiden Kammern gibt. Es scheint, dass Minderheitsregierungen ohne Median schlechter abschneiden als Minderheitsregierungen mit Median und Mehrheitsregierungen, es sind aber zu wenige Fälle, um wirklich belastbare Aussagen zu machen. Zudem scheinen sich die Staaten grundsätzlich in den erzielten legislativen Erfolgsraten zu unterscheiden.

5.5 Regressionsanalyse der semi-parlamentarischen legislativen Erfolgsraten

Mit Hilfe eine Regressionsanalyse versuche ich, die oben nur gerundet genutzten Werte für den jeweiligen Mehrheitsstatus (vgl. Tabelle 5-14) in ihrer Ursprungsform nutzbar zu machen. Die Fallzahl ist mit 36 Legislaturperioden aus acht Staaten (wobei Victoria vor und nach der Reform gesondert eingehen) aber weiterhin sehr gering. Ich nutze für die Analyse die Legislaturperioden alle semi-parlamentarischen Fälle aus den Datensätzen von McKelvy (2016) und mir.

5.5.1 Abhängige Variable: Legislative Erfolgsrate (Legislaturperiode)

Die abhängige Variable ist die legislative Erfolgsrate der Regierung in der jeweiligen Legislaturperiode.

5.5.2 Regressionsmodell

Ich nutze auf Grund des begrenzten Wertebereichs zwischen 0 und 1 auch hier ein Fractional-Response-Modell mit nach Staaten geclusterten Standardfehlern.

5.5.3 Unabhängige Variablen

Die folgenden Variablen untersuche ich auf ihren Einfluss auf die legislativen Erfolgsraten in semi-parlamentarischen Staaten.

5.5.3.1 Auflösungsmöglichkeit der zweiten Kammer

Das Hauptinteresse gilt der Auswirkung der Auflösungsmöglichkeit der zweiten Kammer durch die Regierung auf die legislativen Erfolgsraten. Die Auflösungsmöglichkeit habe ich dabei zweistufig codiert:

1. Existenz einer grundsätzlichen Auflösungsmöglichkeit: Das schließt South Australia mit ein, obwohl die Auflösungsmöglichkeit hier so aufwändig ist, dass sie noch nie benutzt wurde und als nicht praktikabel gilt. Im C.o.Australia führt die Auflösung über die Double Dissolution zu einer kompletten Neuwahl der zweiten Kammer und somit zu einer Erhöhung der Wahlkreisgröße und damit möglicherweise zu Sitzverlusten der Regierungsparteien.⁵⁷
2. Existenz einer hürdenfreien Auflösungsmöglichkeit, also über eine einfache Neuwahl: In diese Kategorie fallen nur New South Wales und Victoria vor und nach der Reform. Zu beachten ist dabei aber, dass nur in Victoria nach der Reform der gesamte Council neu gewählt würde, während in den anderen beiden Staaten nur die Hälfte der Sitze zur Wahl stünden. Alle Staaten, die über eine hürdenfreie Auflösungsmöglichkeit verfügen, verfügen gleichzeitig auch über eine grundsätzliche Auflösungsmöglichkeit.

⁵⁷ Im Anhang C: Robustheitstests führe ich einen Robustheitstest durch, bei dem ich die Auflösungsmöglichkeit der zweiten Kammer in South Australia als nicht existent codiere. Die Ergebnisse bleiben dabei erhalten.

Es ist zu erwarten, dass die Möglichkeit der Auflösung einen positiven Einfluss auf die legislative Erfolgsrate hat, wobei die hürdenfreie Variante diesen Effekt noch verstärken sollte. Problematisch ist allerdings, dass ich für jede Kategorie nur wenige Fälle zur Verfügung habe.⁵⁸

5.5.3.2 Medianstatus/Mehrheitsstatus in beiden Kammern:

Solange eine Regierung mindestens den Median in beiden Kammern kontrolliert, ist sie auf keine bestimmte Oppositionspartei angewiesen. Eine Minderheitsregierung kann in diesem Fall die potenziellen Partner auf beiden Seiten gegeneinander ausspielen und sollte für jedes Gesetzesvorhaben Unterstützung finden können. Eine Regierung, die den Median beider Kammern kontrolliert, sollte daher höhere legislative Erfolgsraten erzielen als eine Regierung, die dies nicht tut (Hypothese H.5.7). Eine Mehrheitsregierung in beiden Kammern, die somit automatisch auch den Median in beiden Kammern kontrolliert, braucht keinen Partner zur Verabschiedung ihrer Gesetze. Sie sollte noch höhere legislative Erfolgsraten erzielen (Hypothese H.5.6).

Auch der Median-/Mehrheitsstatus wurde zweistufig codiert:

1. Regierungskontrolle des Medians.
2. Regierungskontrolle der Mehrheit. Alle Regierungen, die eine Mehrheit kontrollieren, kontrollieren gleichzeitig auch den Median.

5.5.3.3 Koalitionsregierung

Ich kontrolliere zudem für den Koalitionsstatus der Regierung. Koalitionsregierungen scheinen generell weniger erfolgreich zu sein als Ein-Parteien-Regierungen. Sie verabschieden weniger ihrer eingebrachten Gesetze (Cheibub 2007, Cheibub, Przeworski & Saiegh 2004, Saiegh 2011)⁵⁹ und setzen weniger ihrer Versprechen um (Naurin 2014, Thomson et al. 2017). Mit steigender ideologischer Entfernung der Koalitionspartner brauchen Koalitionen auch länger um Gesetze einzubringen (L. W. Martin/Vanberg 2004, 2011) und verabschieden weniger bedeutende Gesetze (Tsebelis 1999).

⁵⁸ Im Anhang C: Robustheitstests führe ich einen Robustheitstest durch, in dem ich einzelne Staaten aus dem Datensatz entferne. So habe ich zwar noch weniger Fälle, aber ich versuche auf diese Art auszuschließen, dass die Befunde von einem einzelnen Staat getrieben sind. Die Ergebnisse bleiben dabei erhalten.

⁵⁹ McKelvy (2016: 75f.) kann den Einfluss des Koalitionsstatus allerdings nicht bestätigen.

Die wenigen Koalitionsregierungen in den australischen Staaten bestehen meist nur aus der Partei der Premierminister:in und wenigen anderen Abgeordneten einer anderen Partei. Dennoch sollte eine Koalitionsregierung niedrigere legislative Erfolgsraten haben als eine Mehrheitsregierung und daher muss für ein umfassendes Bild auch für Koalitionsregierungen kontrolliert werden. Die Variable Koalitionsregierung gibt an, ob die Regierung neben der Partei der Regierungschef:in weitere Beteiligte hat.

5.5.4 Ergebnisse

In Tabelle 5-15 sind die Ergebnisse der Regressionsmodelle dargestellt. Da es sich wieder um Logit-Modelle handelt, können auch hier die Größen der Koeffizienten nicht direkt interpretiert werden. In Tabelle 5-16 sind daher die durchschnittlichen marginalen Effekte angegeben, deren Größe ähnlich den Koeffizienten in einer linearen Regression interpretiert werden kann (vgl. Anhang B: Methoden).

Die bloße Möglichkeit, die zweite Kammer im Fall von Konflikten unter Inkaufnahme von Nachteilen (wie im C.o.Australia) oder umständlichen Prozeduren (wie in South Australia) mitaufzulösen, hat – entgegen den Erwartungen – keinen signifikanten Effekt auf die legislative Erfolgsrate (vgl. insbesondere Modell (4)). Ist es aber möglich, die zweite Kammer einfach durch Selbst-Auflösung mitaufzulösen wie in Victoria oder New South Wales, erhöht dies die legislativen Erfolgsraten deutlich – in Modell (1) ohne weitere Kontrollen sogar um 13,8 Prozentpunkte. Nach Kontrolle für den Median-/Mehrheitsstatus und auch den Koalitionsstatus bleibt der Effekt erhalten, verringert sich jedoch auf einen durchschnittlichen marginalen Effekt zwischen 8,1 und 8,2 Prozentpunkten. In Modell (5) wird nicht gleichzeitig für die grundsätzliche Auflösungsmöglichkeit kontrolliert und der Einfluss der hürdenfreien Auflösungsmöglichkeit erhöht sich auf 9,8 Prozentpunkte. Dieses Modell ist nach den Informationskriterien zu urteilen auch das beste.

Kontrolliert die Regierung den Median, erhöht dies die legislativen Erfolgsraten deutlich – um 12,3 bis 12,7 Prozentpunkte, wenn beide Auflösungsmöglichkeiten in das Modell eingehen, bzw. 10,8 und 16,7 Prozentpunkte bei nur einer der beiden Auflösungsmöglichkeiten. Ein darüber hinaus gehender Effekt der Kontrolle der Mehrheit ist nicht signifikant. Auch der Koalitionsstatus hat keinen signifikanten Einfluss.

***Tabelle 5-15: Regression der legislativen Erfolgsraten im Semi-Parlamentarismus
(Fractional-Response)***

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)
Grundsätzliche Auflösungs- möglichkeit zweite Kammer	-0,351 (0,223)	0,233 (0,237)	0,204 (0,191)	0,557 (0,308)	
Hürdenfreie Auflösungs- möglichkeit zweite Kammer	1,023** (0,358)	0,618** (0,233)	0,608* (0,245)		0,737** (0,248)
Regierungsmedian beider Kammern		0,960** (0,266)	0,926** (0,333)	1,253** (0,277)	0,812** (0,215)
Regierungsmehrheit beider Kammern		0,062 (0,263)	0,104 (0,407)		
Koalitionsregierung			-0,073 (0,321)		
Konstante	1,624** (0,178)	0,703** (0,272)	0,759** (0,265)	0,450 (0,307)	0,930** (0,090)
Beobachtungen	36	36	36	36	36
AIC	28,388	31,957	33,953	28,157	27,986
BIC	33,138	39,874	43,454	32,908	32,737

Fractional-Response-Regression (Logit)
Standardfehler in Klammern
* $p < 0.05$, ** $p < 0.01$

***Tabelle 5-16: Durchschnittliche marginale Effekte auf die legislativen Erfolgsraten im
Semi-Parlamentarismus***

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)
Grundsätzliche Auflösungs- möglichkeit zweite Kammer	-0,047 (0,030)	0,031 (0,033)	0,027 (0,026)	0,074 (0,040)	
Hürdenfreie Auflösungs- möglichkeit zweite Kammer	0,138** (0,045)	0,082** (0,030)	0,081** (0,031)		0,098** (0,033)
Regierungsmedian beider Kammern		0,127** (0,034)	0,123** (0,041)	0,167** (0,029)	0,108** (0,025)
Regierungsmehrheit beider Kammern		0,008 (0,035)	0,014 (0,055)		
Koalitionsregierung			-0,010 (0,043)		
Beobachtungen	36	36	36	36	36

Durchschnittliche marginale Effekte der Fractional-Response-Regression (Logit)
Standardfehler in Klammern
* $p < 0.05$, ** $p < 0.01$

5.6 Zusammenfassung

In diesem Kapitel habe ich untersucht, inwiefern sich einerseits die legislativen Erfolgsraten der Regierungen der semi-parlamentarischen Staaten von denen anderer Systeme unterscheiden und andererseits die unterschiedlichen Eigenschaften der semi-parlamentarischen Staaten – und hier insbesondere die Möglichkeit der Mitauflösung der zweiten Kammer – unterschiedliche legislative Erfolgsraten erzeugen. Zu diesem Zweck habe ich einen umfangreichen Datensatz erhoben und mit zwei weiteren Datensätzen kombiniert, sodass ich für die Analysen einen Datensatz mit 856 Länderjahren aus 50 Staaten ab 1979 nutzen konnte.

Ich konnte durch eine Gegenüberstellung der Systeme und eine Fractional-Response-Regression zeigen, dass es Hypothese H.5.3 widersprechend keinen signifikanten Unterschied zu parlamentarischen Systemen gibt. Auch zu semi-präsidentiellen Staaten gibt es in meinem Datensatz keinen signifikanten Unterschied. Hypothese H.5.2 entsprechend sind die legislativen Erfolgsraten aber trotz der Gewaltenteilung deutlich höher als im Präsidentialismus.

Die Detailanalyse der semi-parlamentarischen Staaten erlaubte es mir, H.5.1. eher zurückzuweisen, dass höhere legislative Erfolgsraten vor allem auf einer Zurückhaltung bei der Einbringung von Gesetzen beruhen. Für die semi-parlamentarischen Staaten untereinander konnte ich zeigen, dass eine einfache Auflösungsmöglichkeit der zweiten Kammer die legislativen Erfolgsraten deutlich erhöht, und Hypothese H.5.4 wurde somit eher bestätigt. Interessant ist zudem, dass vor allem die Kontrolle des Medians beider Kammern entscheidend ist für hohe legislative Erfolgsraten. Hypothese H.5.7 konnte somit ebenfalls bestätigt werden. Entgegen der Hypothese H.5.6 hat die Kontrolle der Mehrheit beider Kammern darüber hinaus keinen signifikanten Einfluss. Trotz der geringen Fallzahl zeigen meine Analysen so vor allem, dass der Semi-Parlamentarismus als System der Gewaltenteilung auch bei flexibler Koalitionsbildung (vgl. Kapitel 4: Koalitionsbildung) hohe legislative Erfolgsraten erzielt. Die Befunde zur unterschiedlichen Ausgestaltung zwischen den semi-parlamentarischen Systemen sind auf Grund der sehr geringen Fallzahl weniger belastbar und müssen weiter bestätigt werden.

6 Fazit

Ziel dieser Arbeit war die Analyse der Gesetzgebung der semi-parlamentarischen Staaten im internationalen und im semi-parlamentarischen Kontext. Zu diesem Zweck habe ich umfangreiche Datensätze für die australischen Staaten erhoben, kombiniert und auf Grund der Datenstruktur vor allem mit Mixed-Effects-Logit- und Fractional-Response-Regressionen analysiert. Die Analyse verfolgte einerseits das Ziel, erstmals die Gesetzgebung im Semi-Parlamentarismus als solchem mit der Gesetzgebung in anderen Systemen zu vergleichen. Andererseits sollten die semi-parlamentarischen Staaten und ihre institutionellen Besonderheiten untereinander verglichen werden. Beides erlaubt Rückschlüsse auf die separate Auswirkung von Gewaltenteilung und exekutivem Personalismus. Bisher war bei vielen Aspekten der Gesetzgebung unklar, ob die Unterschiede zwischen Parlamentarismus und Präsidialismus auf die Gewaltenteilung oder den exekutiven Personalismus zurückzuführen sind, da es bisher kaum möglich war, das eine oder das andere zu beobachten. Der Semi-Parlamentarismus erzeugt eine Gewaltenteilung, ohne auch den exekutiven Personalismus zu fördern und erlaubt somit Rückschlüsse auf die jeweilige Auswirkung von Gewaltenteilung und exekutivem Personalismus. Je eher die Gewaltenteilung entscheidend ist, desto eher sollte die Gesetzgebung der semi-parlamentarischen Staaten der aus präsidentiellen Staaten ähneln. Je eher der exekutive Personalismus entscheidend ist, desto eher sollte die Gesetzgebung der aus parlamentarischen Staaten ähneln.

Aus den bisherigen theoretischen Erwägungen und empirischen Befunden zur Auswirkung von Gewaltenteilung und exekutivem Personalismus ergaben sich folgende wesentliche Annahmen zu den unterschiedlichen Aspekten der Gesetzgebung, die ich jeweils in einem eigenen Kapitel überprüft habe:

- Die Gewaltenteilung sollte zu weniger geschlossenen Parteien führen als im Parlamentarismus, aber der fehlende exekutive Personalismus sollte die Geschlossenheit fördern im Vergleich zum Präsidialismus (Kapitel 3: Parteigeschlossenheit im Semi-Parlamentarismus).
- Die Gewaltenteilung und damit die unabhängige Regierung sollte für eine flexible Koalitionsbildung sorgen (Kapitel 4: Koalitionsbildung).
- Die legislativen Erfolgsraten sollten durch die Gewaltenteilung im Vergleich zum Parlamentarismus geringer ausfallen, aber der fehlende exekutive Personalismus sollte

die legislativen Erfolgsraten steigern im Vergleich zum Präsidentialismus (Kapitel 5: Blockaden und legislative Erfolgsraten im Semi-Parlamentarismus).

Insbesondere die beiden Thesen zum exekutiven Personalismus konnten bestätigt werden. Sowohl die Parteigeschlossenheit als auch die legislativen Erfolgsraten liegen deutlich über dem Niveau präsidentieller Staaten. Die Befunde zur Gewaltenteilung fallen weniger eindeutig aus. Die legislativen Erfolgsraten und die Parteigeschlossenheit liegen trotz der Gewaltenteilung eher auf dem Niveau parlamentarischer Staaten. Es kommt aber in Minderheitssituationen, in denen die Regierung den Median stellt, tatsächlich zu flexiblen Koalitionsbildungen, wie es durch die Gewaltenteilung zu erwarten war.

In der Analyse der australischen Staaten konnte ich diese Befunde weiter differenzieren.

Die Parteigeschlossenheit ist in den zweiten Kammern sowohl für die Regierung als auch die Opposition trotz fehlender Vertrauensfrage nicht niedriger als in den ersten Kammern. Die Muster wesentlicher Indikatoren der Parteigeschlossenheit ähneln sich deutlich zwischen den beiden Kammern. Ein wesentlicher Einflussfaktor der Parteigeschlossenheit ist der Mehrheitsstatus der Regierung. Sowohl Regierung als auch Opposition verzeichnen häufiger Abweichungen, wenn die Regierung den Median beider Kammern kontrolliert. Kontrolliert sie zudem die Mehrheit, kommt es in der Regierung noch häufiger zu Abweichungen.

Die Koalitionsbildung erfolgt für Mehrheits-Minderheits-Median-Regierungen in allen Politikfeldern flexibel. Diese Regierungen, die in der ersten Kammer die Mehrheit, in der zweiten aber nur den Median und keine Mehrheit kontrollieren, können theoretisch die Parteien links und rechts von sich gegeneinander ausspielen. Ich kann einerseits zeigen, dass insbesondere Regierungen, die neu ins Amt kommen, vor allem Koalitionen mit Parteien ihres eigenen Blocks bilden. Diese Parteien haben eine um fast 30 Prozentpunkte höhere Wahrscheinlichkeit einem Regierungsvorschlag zuzustimmen als Parteien des anderen Blocks. Andererseits zeige ich, dass für Regierungen, die schon in der vorherigen Legislaturperiode im Amt waren, die Blockzugehörigkeit nicht mehr ausschlaggebend ist. Hier ist vor allem der Abstand in dem jeweiligen Politikfeld entscheidend für die Wahrscheinlichkeit der Zustimmung durch Oppositionsparteien. Im Zusammenspiel sprechen diese Befunde dafür, dass die Regierung abhängig vom Status Quo unterschiedliche Koalitionen bildet und sie sich und mit ihr auch der Parlamentsmedian häufig durchsetzen kann.

Neben der Gewaltenteilung ließ auch die Existenz geschlossener Parteien ohne feste Koalitionen erwarten, dass die legislativen Erfolgsraten eher gering ausfallen. Tatsächlich sind sie aber trotz der Gewaltenteilungen eher auf dem Niveau parlamentarischer Staaten und liegen

somit deutlich höher als die legislativen Erfolgsraten in präsidentiellen Staaten. Innerhalb der semi-parlamentarischen Staaten ist es entscheidend für hohe legislative Erfolgsraten, dass die Regierung den Median beider Kammern kontrolliert. Die Kontrolle der Mehrheit scheint darüber hinaus keinen Einfluss zu haben. Das deutet ebenso wie die Befunde zur Koalitionsbildung daraufhin, dass die Median-Regierungen in jedem Politikfeld passende Koalitionspartner finden, um Gesetze durch das Parlament zu bringen.

Die fehlende Möglichkeit der Mitauflösung des Parlaments bezeichnet Ganghof (2021: 5, 98) als indirekten Effekt des Präsidentialismus und eine direkte Folge des exekutiven Personalismus. Um der Gefahr einer möglichen autoritären Machtübernahme vorzubeugen, wird Präsident:innen diese Möglichkeit vorenthalten. Im semi-parlamentarischen System, in dem die Regierungschef:in jederzeit von der sie tragenden Parlamentsmehrheit abberufen werden kann, ist dieses Problem nachrangig. Und so haben vier Staaten die Möglichkeit der Mitauflösung eingeführt. Wobei in nur zwei Staaten diese Mitauflösung ohne größere Hürden umsetzbar ist. Es scheint dabei nicht entscheidend zu sein, dass die Drohung auch tatsächlich umgesetzt wird. Offensichtlich führt bereits die bloße Möglichkeit zu einer kooperativeren Politik. Kann die Regierung auf diese einfache Weise Blockaden auflösen, liegen die legislativen Erfolgsraten deutlich höher – um ungefähr acht Prozentpunkte in meinen Analysen.

Meine Analysen zeigen in der Gesamtschau, dass der exekutive Personalismus eine wesentliche Ursache zu sein scheint für die Unterschiede zwischen Parlamentarismus und Präsidentialismus. Der Semi-Parlamentarismus kann die Gewaltenteilung ohne die Konsequenzen des exekutiven Personalismus verwirklichen. Er verbindet geschlossen agierende Parteien mit flexibel koalierenden Minderheitsregierungen, die sehr erfolgreich ihre Gesetze durch das Parlament bringen können. Ich kann also auf Basis des meines Wissens nach umfangreichsten Datensatzes zur australischen Gesetzgebung die theoretischen Überlegungen zur Gesetzgebung im Semi-Parlamentarismus von Ganghof (2021) bestätigen.

Problematisch für die Allgemeingültigkeit meiner Befunde ist aber die Fallauswahl. Meine Befunde basieren auf nur wenigen Ländern, deren substaatlicher Charakter die Allgemeingültigkeit weiter in Zweifel zieht. Zudem sind die Unterschiede zwischen erster und zweiter Kammer über alle Staaten hinweg sehr ähnlich und somit kann nicht sauber für den Einfluss anderer Faktoren, wie beispielsweise der Partei- oder Wahlkreisgröße, kontrolliert werden. Solange es keine weiteren Länder gibt, die den Semi-Parlamentarismus einführen, bleiben nur die Nutzung weiterer Parameter oder die Erweiterung der zeitlichen Achse, um die Fallzahl zu erhöhen und meine Befunde zu erhärten.

7 Anhang A: Datensätze

Meine Arbeit stützt sich auf die Kombination und Auswertung unterschiedlicher Datensätze, die ich selbst oder mit Unterstützung des Lehrstuhls von Prof. Steffen Ganghof für vergleichende Politikwissenschaft an der Universität Potsdam erhoben habe. Insgesamt umfassen meine Daten ganze Legislaturperioden im Zeitraum 1997-2019. Die erhobenen Daten reichen von den Wahlergebnissen und Sitzverteilungen der untersuchten Parlamentskammern und den Namen und Parteizugehörigkeiten der Abgeordneten über die eingebrachten Gesetzesentwürfe mit Informationen, wann sie eingebracht und ob und wann sie verabschiedet wurden bis hin zu einer Expertenbefragung zu den Parteipositionen der australischen Parteien auf Ebene der Gliedstaaten und einer Auswertung aller namentlicher Abstimmungen in allen Kammern der australischen Parlamente. Ich habe die Datensätze zudem verknüpft, um weitere Erkenntnisse zu gewinnen. Beispielsweise sind die Abgeordneten in namentlichen Abstimmungen Parteien zugeordnet. Bei jeder Abstimmung ergeben sich die Mehrheitsverhältnisse und welche Partei den Median kontrolliert aus den Parlamentszeiten der Abgeordneten und ihrer Parteizugehörigkeit. Betreffen Abstimmungen die Lesung eines Gesetzes, wurden die Abstimmungen auch mit dem Gesetz und somit dem jeweiligen Themenfeld verknüpft. So kann ich beurteilen, wie weit Parteien in diesem Themenfeld voneinander entfernt sind.

7.1.1 Sitzverteilungen in den Parlamenten

Der Datensatz zu Wahlergebnissen und Sitzverteilungen der australischen und japanischen Parlamentskammern wurde vom Lehrstuhl Vergleichende Politikwissenschaft der Universität Potsdam zusammengetragen. Er ist eine Zusammenstellung der Daten aus verschiedenen Quellen (Carr 2023, Holger Döring, Huber & Manow 2022, University of Western Australia 2018).

7.1.2 Parlamentsmitglieder

Der Datensatz zu den Mitgliedern des Parlaments wurde unter meiner Aufsicht von wissenschaftlichen Hilfskräften des Lehrstuhls für vergleichende Politikwissenschaft auf Basis der Angaben der Homepages der jeweiligen Parlamente zusammengetragen. Er umfasst alle Abgeordneten der australischen Staaten im Beobachtungszeitraum mit ihren Namen und ihrer Parteizugehörigkeit beziehungsweise ihren Parteizugehörigkeiten und den passenden

Zeiträumen bei Parteiwechseln (Parliament of Australia 2023c, Parliament of New South Wales 2023a, Parliament of Tasmania 2023c, Parliament of Victoria 2020a, Parliament of Western Australia 2020b, Parliament South Australia 2020a, Queensland Parliament 2023a).

7.1.3 Gesetze und Entwürfe

Der Datensatz zu Gesetzentwürfen wurde von mir selbst und wissenschaftlichen Hilfskräften des Lehrstuhls für vergleichende Politikwissenschaft unter meine Leitung zusammengestellt. Er beruht auf den offiziellen Dokumenten auf den Homepages der jeweiligen Parlamente (Parliament of Australia 2023a, Parliament of New South Wales 2023a, Parliament of Tasmania 2023a, Parliament of Western Australia 2020a, Parliament South Australia 2023, Queensland Parliament 2023a, Victorian Legislation 2023).

Die Daten liegen dabei in sehr unterschiedlicher Form vor – von Pdf-Dokumenten für einzelne Jahre oder Legislaturperioden bis hin zu allgemeinen Suchmasken. Die meisten australischen Staaten ordnen die Gesetzesvorschläge bestimmten Jahren zu (durch die Ausgabe eines Jahresberichts oder durch eine Bezeichnung im Titel). Lediglich South Australia weicht davon ab. Hier habe ich das Datum der Einbringung genutzt, um eine Jahreszahl zuzuweisen.

In einigen Jahren, in denen eine neue Legislaturperiode begonnen hat, gibt es daher zwei Werte für dasselbe Jahr desselben Staates – einen Wert vor und einen Wert nach der Wahl. Auf Grund der Zugehörigkeit zu einer Legislaturperiode können die Werte nicht zusammengefasst werden und im Vergleich mit einem Zusammenfassen mit anderen Jahren erscheint mir die Nutzung von zwei Werten als die bessere Vorgehensweise. Das spielt nur eine Rolle, wenn ich Länderjahre nutze, bei Legislaturperioden macht es keinen Unterschied. Mein Datensatz umfasst 38 vollständige Legislaturperioden aus dem *C.o.Australia* und seinen Gliedstaaten aus dem Zeitraum 1997-2019. Aus diesem Datensatz kann ich die legislativen Erfolgsraten der Regierung errechnen.

7.1.4 Legislative Erfolgsraten

Die legislativen Erfolgsraten der Regierung ergeben sich aus dem Anteil der von der Regierung eingebrachten Gesetzentwürfe, der dann auch tatsächlich als Gesetz verabschiedet wurde.

Für meine Analysen stütze ich mich auf eine Kombination von drei verschiedenen Datensätzen:

- einen von Sebastian Saiegh zusammengetragenen und mir zur Verfügung gestellten Datensatz für 45 Länder (Saiegh 2011)⁶⁰
- einen von Andrew McKelvy erhobenen, teilweise noch unveröffentlichten und mir zur Verfügung gestellten Datensatz für 20 Länder inklusive dem C.o.Australia und Japan (McKelvy 2016)
- einen von mir selbst erhobenen Datensatz der Gesetze und Gesetzentwürfe für die australischen Staaten (s.o.)

Zusammen umfasst der Datensatz nach der Datenbereinigung dann 1226 Länderjahre aus 52 Ländern (inklusive den sieben australischen Substaaten, wobei Victoria jeweils vor und nach der Reform gezählt wird).

7.1.4.1 Saiegh

Der Datensatz von Sebastian Saiegh ist meines Wissens die umfangreichste internationale Sammlung von Daten zu legislative Erfolgsraten. Er umfasst in der mir zur Verfügung gestellten Version 928 Länderjahre aus 45 Ländern (Saiegh 2011).

Der Datensatz wurde aus einer Vielzahl von Quellen zusammengestellt. Saiegh gibt die Erfolgsraten in Länderjahren an. Es ist allerdings offensichtlich, dass die Daten der einzelnen Jahre teilweise Durchschnitte längerer Zeiträume sind, die auch teilweise auch über einzelne Legislaturperioden hinaus gehen (vgl. Cheibub 2007: 88, fn 11). So ist beispielsweise die Erfolgsrate der Jahre 1974-1979 im C.o.Australia offensichtlich ein Durchschnittswert dieser Jahre, obwohl dieser Zeitraum zwei vollständige Wahlperioden einschließlich der Verfassungskrise von 1975 umfasst.⁶¹ In anderen Fällen sind für alle Jahre eigene Erfolgsraten angegeben und ich kann nicht beurteilen, ob sie vollständig zu einer bestimmten Legislaturperiode gehören, wenn es in einem Jahr eine Wahl gab. Teilweise sind auch nur die Erfolgsraten selbst angegeben ohne die dahinterliegenden Informationen aus eingebrachten und verabschiedeten Gesetzen, sodass ich den einzelnen Jahren kein Gewicht innerhalb der

⁶⁰ Gezählt habe ich dabei nur demokratische Länder, für die die legislativen Erfolgsraten oder sowohl die Anzahl der von der Regierung eingebrachten als auch verabschiedeten Gesetze angegeben waren.

⁶¹ Durch die Kürzung des Datensatzes um die Jahre vor 1979 im Kapitel 5 (Blockaden und legislative Erfolgsraten im Semi-Parlamentarismus) verbleibt nur noch ein Wert im Datensatz. Die Werte von Saiegh für diesen Zeitraum gehörten mit einer Erfolgsrate über 90% zu den höheren Werten des C.o.Australia im Gesamtdatensatz.

Legislaturperiode zuweisen kann. Es ist mir daher nicht möglich, Saieghs Erfolgsraten korrekt Legislaturperioden oder sogar einzelnen Kabinetten zuzuordnen. Ich kann diese Daten daher nur sehr begrenzt selbst mit weiteren Kontrollen versehen und bin darauf angewiesen, dass die von Saiegh ermittelten Daten korrekt sind. Für den direkten Vergleich mit den Daten von Saiegh nutze ich daher auch Länderjahre für die von mir und McKelvy ermittelten Daten. Im Fall fehlender Informationen zu einzelnen Jahren in Saieghs Datensatz, die sich in diesen Zeiträumen und zwischen Wahlen eher nicht verändern, wie der Wahlkreisgröße oder auch der Existenz einer zweiten Kammer, habe ich diese ergänzt.

Auch wenn Saiegh wie McKelvy und ich selbst legislative Erfolgsraten als den Anteil der Gesetzentwürfe definiert, der verabschiedet wird (Saiegh 2011: 61), so stützt er sich dennoch nur auf den Anteil der Gesetzentwürfe, der in der ersten Kammer angenommen wird (Saiegh 2011: 73f.). Er begründet das damit, dass die Beziehung zwischen Exekutive und Legislative (gemeint ist hier die erste Kammer) nicht beeinflusst würde durch den Bikameralismus. Er zitiert hier Tsebelis/Money (1997) als Beleg (Saiegh 2011: 74). Saiegh untersucht unter anderem die persönliche Performanz der Regierungschef:innen im internationalen Vergleich und möglicherweise sind die Erfolgsraten nur einer Kammer vergleichbarer. Wie er selbst schreibt, können die tatsächlichen Erfolgsraten der bikameralen Staaten daher etwas niedriger liegen als die von ihm berichteten (Saiegh 2011: 74).

Die (existierenden) semi-parlamentarischen Staaten sind alle bikameral. Die niedrigeren tatsächlichen Erfolgsraten bikameraler Staaten könnten für meine Analyse daher dann ein Problem sein, wenn die Erfolgsraten der semi-parlamentarischen Staaten systematisch zu hoch eingeschätzt würden. In Saieghs Datensatz gibt es sowohl zu Australien wie auch zu Japan Angaben, die das betreffen könnte. Die jüngeren australischen und japanischen Werte wurden alle durch die von McKelvy oder meine eigenen ersetzt (s. unten). Von den älteren australischen Werten (1974-1979) verbleibt durch die Verkürzung des Datensatzes nur das Jahr 1979. Von den japanischen Länderjahren gehen zwölf Jahre aus dem Zeitraum 1979-1997 in die Analyse ein. Allerdings scheinen die ursprünglichen Quellen für die japanischen Werte, die ich identifizieren konnte, sich nicht nur auf das Unterhaus zu beziehen, sondern auf das gesamten Diet, das gesamte japanische Parlament (Miyoshi 1999, Numasawa 1998). Die Werte von Saiegh für den Semi-Parlamentarismus liegen für die Jahre ab 1979 mit 83,1% auch leicht unter dem Schnitt der semi-parlamentarischen Staaten insgesamt (83,6%), sodass die Entfernung dieser Fälle die Erfolgsraten des Semi-Parlamentarismus steigern würde.

Für die semi-parlamentarischen Staaten ist also eine Überschätzung der Erfolgsraten auf Grund einer generellen Überschätzung von Erfolgsraten bikameraler Staaten eher unwahrscheinlich. Das heißt im Umkehrschluss aber, dass die Erfolgsraten anderer bikameraler Staaten im Vergleich zu den semi-parlamentarischen Staaten möglicherweise überschätzt werden und die semi-parlamentarischen Staaten im Vergleich möglicherweise besser abschneiden müssten, als die Zahlen vermuten lassen. Allerdings bleibt fraglich, wie sehr die Daten von Saiegh sich tatsächlich nur auf das Unterhaus beziehen, da seine Quellen offensichtlich unterschiedlich damit umgegangen sind.

7.1.4.2 McKelvy

Der Datensatz von Andrew McKelvy, den er teilweise in seiner Dissertation veröffentlicht hat, ist ebenfalls sehr umfangreich. Er umfasst 20 Länder mit insgesamt 93 Legislaturperioden bzw. 310 Länderjahren. In der Dissertation veröffentlicht hat McKelvy davon nur 14 Länder mit 67 Legislaturperioden (McKelvy 2016: 58), da für die anderen Fälle für ihn relevante Kontrollvariablen fehlten (McKelvy 2016: 51ff.).⁶² McKelvy hat sich dabei nur auf nicht-präsidentielle Staaten konzentriert und die Daten immer für gesamte Legislaturperioden erhoben (McKelvy 2016: 51). Er hat die Daten zu den eingebrachten Gesetzen und den verabschiedeten Gesetzen von den offiziellen Webseiten der jeweiligen Länder gesammelt. In den Fällen, wo dies nicht möglich war, hat er die Parlamente direkt kontaktiert und von diesen die Daten erhalten (McKelvy 2016: 58f.).

Für Japan als einzigem Land gibt McKelvy zwei verschiedene Erfolgsraten an. In der einen Version liegen die vier Legislaturperiode bei im Schnitt 91,4%, in der anderen bei im Schnitt 78,4%. Die unterschiedlichen Versionen kommen durch eine unterschiedliche Zählweise zustande. Gesetzentwürfe, die nicht final abgelehnt oder angenommen wurden, können in späteren Legislaturperioden wieder aufgenommen werden und den Gesetzgebungsprozess weiter durchlaufen. Die höheren Erfolgsraten entstehen, wenn ein solcher Gesetzentwürfe über die Legislaturperioden hinweg als ein einziger Gesetzentwurf gezählt wird. Werden die Gesetzentwürfe, die in einer Legislaturperiode behandelt werden, unabhängig von den anderen Legislaturperioden gezählt, so verringert dies die Erfolgsraten (da einige Gesetzentwürfe dadurch mehrfach gezählt werden, aber maximal einmal angenommen werden können). Nach

⁶² Das betrifft Estland, Japan, Malta, Polen, Tschechien, Ungarn und die Legislaturperiode 2006-2008 aus Neuseeland.

McKelvys Ansicht sind die höheren Erfolgsraten die korrekten, da die Gesetzentwürfe über die Legislaturperioden hinweg das gleiche Einbringungsdatum und die gleiche Identifikationsnummer behalten (persönliche Kommunikation mit McKelvy). Beispielsweise berichten auch Thies/Yanai (2014: 67) über japanische Erfolgsraten im Schnitt von 93,9% für Mehrheitsregierungen zwischen 1989 und 2013.

Ich nutze dennoch die niedrigeren Daten. McKelvy verfolgt teilweise den Werdegang einzelner Gesetzentwürfe. Ich untersuche dagegen, inwiefern eine Regierung unter bestimmten institutionellen Bedingungen ein Gesetz verabschieden kann. Aus diesem Grund sollte aus meiner Sicht auch ein Gesetz als gescheitert gezählt werden, wenn die Regierung es in einer Legislaturperiode nicht durch das Parlament bringen konnte – selbst dann, wenn sie es in einer der nächsten Legislaturperioden schafft – da sie nicht darauf vertrauen kann, in der nächsten Legislaturperiode wieder im Amt zu sein. Zudem unterschätze ich die semi-parlamentarischen Erfolgsraten im Zweifel lieber, da ich argumentiere, dass die semi-parlamentarischen Erfolgsraten eher hoch sind im Vergleich zu anderen Systemen.

7.1.4.3 Pörschke

Mein Datensatz zu den australischen Staaten umfasst 147 Fälle aus sieben Ländern (C.o.Australia und seine sechs Substaaten). Die Daten beruhen auf den Gesetzen und Entwürfen der jeweiligen Staaten.

7.1.4.4 Kombination der Datensätze

7.1.4.4.1 Umgang mit Dopplungen

Im Fall von Dopplungen zwischen den Datensätzen habe ich mich immer für die Daten entschieden, über deren Erhebung ich eine möglichst große Kontrolle hatte sowie deren Erhebung möglichst einheitlich erfolgte. Das bedeutet, dass die von mir selbst erhobenen Daten immer Vorrang vor den anderen beiden Datensätzen hatten. Da McKelvy seine Daten selbst erhoben hat, während Saiegh seine Daten aus einer Vielzahl von Quellen zusammengetragen hat, habe ich hier die Daten von McKelvy bevorzugt.

7.1.4.4.2 Umrechnung auf Jahreswerte

Saieghs Daten sind durch die unklaren Zeiträume, die er abdeckt, nicht den einzelnen Legislaturperioden zuzuordnen. Um den Datensatz zu vereinheitlichen, nutze ich daher Jahreswerte.

Tabelle 7-1: Saiegh-McKelvy-Pörschke – Gesamtübersicht

Quelle	Länder	Beobachtungen	Parlamentarisch	Semi-Präsidentiell	Präsidentiell	Semi-Parlamentarisch
Saiegh	42	769	382	91	246	50
McKelvy	20	310	225	69		16
Pörschke	8	147	22			125
Gesamt	52	1226	629	160	246	191

Quelle: Eigene Darstellung

Dabei habe ich für McKelvys Daten für jedes Jahr die Durchschnittswerte der jeweiligen Legislaturperiode genutzt.⁶³

Meine eigenen Daten liegen sowohl nach Jahren als auch nach Legislaturperioden gestaffelt vor. Aus meiner Sicht sind Legislaturperioden (bzw. deren Durchschnitte) die sinnvollere Beobachtungseinheit, ich nutze für die Kombination dennoch die nach Jahren gestaffelten Werte, da dies eher den Werten bei Saiegh entspricht.

7.1.4.4.3 Gesamtdarstellung

Ich nutze den Datensatz Saiegh-McKelvy-Pörschke, um die Erfolgsraten verschiedener Staaten unter Kontrolle des Mehrheits- und Koalitionsstatus zu vergleichen. Da ich die Erfolgsraten von Saiegh nicht eindeutig einer Legislaturperiode zuordnen kann, verlasse ich mich auf seine Angaben zu Sitzanteilen der Regierung und Koalitionsstatus. Hat er keine Werte angegeben, habe ich die entsprechenden Fälle entfernt.⁶⁴ Für die Daten von McKelvy kann ich den Legislaturperioden eindeutige Werte zuordnen. Darüber hinaus habe ich für Japan nach 2000 und die semi-parlamentarischen Staaten die Sitzanteile der zweiten Kammern selbst ergänzt. Nach der Kürzung des Datensatzes umfasst dieser somit noch 1226 Beobachtungen aus 52 Ländern (Victoria vor und nach der Reform einzeln gezählt). Saiegh liefert dabei alle präsidentiellen Fälle, der Großteil der semi-parlamentarischen Fälle stammt von mir (Tabelle 7-1). In Tabelle 7-2 sind die Länderjahre des ungekürzten Datensatzes und die Quellen einzeln dargestellt.

⁶³ In den Jahren des Legislaturperioden-Wechsels zählt das Jahr zur endenden Legislaturperiode, wenn diese vor dem 1.7. endet.

⁶⁴ Das betrifft 38 Beobachtungen, sämtliche Beobachtungen aus dem Libanon (20), Pakistan (2) und Russland (4), dazu acht aus Indien, je eine Beobachtung aus Italien und der Türkei sowie zwei Beobachtungen aus Portugal.

Tabelle 7-2: Übersicht Datensatz legislative Erfolgsraten

Land	von	bis	Quelle	Land	von	bis	Quelle	Land	von	bis	Quelle
Argentinien	1983	2003	S	Irland	1985	1987	S	New South Wales	1999	2018	P
	1996	1998	MK		1989	1991	S	Österreich	1974	1979	S
	1998	2019	P	Island	1951	1951	S		1985	1985	S
Bangladesch	1991	1999	S		1961	1961	S		1995	2013	MK
Belgien	1968	1987	S		1971	1971	S	Panama	1994	2001	S
	1989	1991	S		1977	1981	S	Paraguay	1993	2002	S
	1993	1994	S		1995	2012	MK	Peru	2000	2002	S
	1995	2009	MK	Israel	1957	1969	S	Polen	1991	1995	S
Bolivien	1995	2000	S		1974	1982	S		1998	2011	MK
Brasilien	1946	1963	S	Italien	1948	1957	S	Portugal	1976	1977	S
	1979	1981	S		1960	1961	S		1980	2001	S
	1983	2006	S		1963	1973	S	Queensland	1998	2017	P
Chile	1990	2005	S		1975	1994	S	South Australia	1998	2017	P
								Australia			
Costa Rica	1958	1969	S		1996	1996	S	Schweiz	1974	1979	S
	1975	1975	S	Japan	1947	1980	S	Spanien	1977	1992	S
	1986	2003	S		1988	1997	S		1993	2010	MK
Dänemark	1953	1994	S		2000	2012	MK	Sri Lanka	1974	1976	S
	1995	2011	MK	Kanada	1946	1967	S	Südkorea	1960	1960	S
Deutschland	1949	1994	S		1969	1976	S		1988	1999	S
	1995	2013	MK		1994	2010	MK	Tasmania	2002	2017	P
Ecuador	1979	2001	S	Kolumbien	1982	1983	S	Tschechien	1996	2012	MK
Estland	1993	2010	MK		1986	1987	S	Türkei	1983	1999	S
Finnland	1962	1965	S		1992	1992	S	Ungarn	1990	1993	S
	1974	1979	S		1995	1999	S		1994	2009	MK
Frankreich	1946	1983	S	Malta	1974	1982	S	Uruguay	1985	2002	S
Griechenland	1978	1982	S		1999	2012	MK	Venezuela	1959	1988	S
	1994	2003	MK	Mexiko	2000	2002	S	Vereinigtes Königreich	1946	1979	S
	2008	2009	MK	Neuseeland	1974	1982	S		1997	2009	MK
Honduras	1990	1996	S		1997	2011	MK	Victoria	1999	2018	P
Indien	1955	1971	S	Niederlande	1974	1982	S	Western Australia	1997	2016	P
	1976	1999	S		1994	2011	MK				
Irland	1974	1979	S	Norwegen	1998	2013	MK				

Quellen: MK-McKelvy, P-Pörschke, S-Saiegh

7.1.5 Parteipositionen (APPES)

Der Australian Party Positions Expert Survey (APPES) wurde Ende 2016 vom Lehrstuhl für vergleichende Politikwissenschaft der Universität Potsdam durchgeführt (Ganghof, Pörschke & Eppner 2016). Das Ziel der Erhebung waren verlässliche Positionsdaten der relevanten Parteien der australischen Staaten. Insgesamt haben 46 australische Politikwissenschaftler die Positionen von 36 Parteien in 15 Politikfeldern und drei generellen Politikachsen in den sechs australischen Gliedstaaten eingeschätzt. Die Experten haben dabei jeweils die Positionen der Parteien eines Staates auf einer Skala von 0-10 eingeschätzt. Da der Survey nur für die Gliedstaaten und nur einmalig erhoben wurde, fehlen die Positionen einiger Parteien für meinen Untersuchungszeitraum. Ich habe den Survey daher weiter aufgefüllt und nutze somit die Positionen von 69 Parteien in den sieben australischen Staaten (*C.o.Australia* und seine sechs Gliedstaaten).

7.1.5.1 Parteienauswahl

In den Survey aufgenommen wurden alle Parteien, die nach der letzten Wahl vor November 2016 mindestens eines der folgenden Kriterien erfüllt haben.

- Mindestens einen Sitz in mindestens einer der Parlamentskammern
- Mindestens fünf Prozent der (Erstpräferenz-)Stimmen für mindestens eine der beiden Kammern

Falls in einem Staat weniger als vier Parteien eines dieser Kriterien erfüllt haben, haben wir die nächstgrößeren Parteien (nach Stimmenanteil) aufgenommen, bis vier Parteien enthalten waren.

7.1.5.2 Auswahl der Politikbereiche

Für eine möglichst große Vergleichbarkeit haben wir die Politikfelder analog zum Chapel Hill Expert Survey genutzt (Bakker et al. 2015). Wir haben dabei alle Politikfelder eingeschlossen, die auf die australischen Fälle (national und auf Staatenebene) passen. Wir haben außerdem ein Politikfeld Schadensvorbeugung <-> individuelle Freiheitsrechte hinzugefügt, da wir aus Interviews, die Steffen Ganghof mit Politiker:innen in Australien führte, sowie der Existenz der Shooters and Fishers Party und deren Aussagen den Eindruck gewonnen haben, dass beispielsweise das Recht, Waffen zu besitzen, ein relevanter Konflikt sein könnte, um zwischen

den Parteipositionen zu differenzieren. Es wurden die Positionen auf drei übergeordneten Dimensionen erhoben:

- Links-Rechts (generell)
- Wirtschaftspolitik
- Gesellschaftspolitik

Daneben wurden die Positionen auf folgenden Politikfeldern erhoben:

- Bürgerrechte <-> Innere Sicherheit
- Dezentralisierung <-> Zentralisierung
- Regulierung <-> Deregulierung
- Umweltschutz <-> Wirtschaftswachstum
- Öffentliche Versorgung <-> Steuererleichterung
- Soziale Freiheit (bspw. Homosexualität) <-> Konservative Werte
- Mehr Minderheitenrechte <-> Weniger Minderheitenrechte
- Schadensvorbeugung <-> Individuelle Freiheitsrechte (Waffen, Rauchen u.ä.)
- Umverteilung <-> Keine Umverteilung
- Religiöse Prinzipien <-> Laizismus
- Staatliche Intervention in die Wirtschaft <-> Freiheit der Märkte
- Städtische Interessen <-> Ländliche Interessen
- Multikulturalismus <-> Assimilation

Zudem wurden noch die mit Positionen vergleichbare Wichtigkeit der folgenden beiden Themengebiete erhoben:

- Elitenskeptizismus
- Korruptionsbekämpfung

7.1.5.3 Auffüllen fehlender Parteipositionen

Der APPES umfasst lediglich die Parteien, die nach der letzten Wahl vor November 2016 eine relevante Rolle spielten. Zudem umfasst der APPES lediglich die Parteien auf staatlicher und nicht auf nationaler Ebene. Mein Datensatz umfasst die Jahre zwischen 1996 und 2019, sodass diejenigen Parteien in meinem Datensatz, die vor 2016 aus dem Parlament ausschieden, nicht im APPES erfasst wurden. Das gleiche gilt für die Parteien im *C.o.Australia*. Ich habe daher, soweit es möglich war, die Positionsdaten für Parteien mit parlamentarischer Repräsentation im Beobachtungszeitraum aufgefüllt. In den nächsten Abschnitten erkläre ich mein Vorgehen.

Tabelle 7-3: Fehlende Parteien und ihre Verwandtschaft

Staat	Fehlende Partei	Verwandte Partei	Begründung
VIC	CON	FFP	Die Family First Party hat sich mit den Australian Conservatives zusammengeschlossen
NSW	ONENSW	ONE	One Nation NSW war eine kurzlebige Abspaltung der One Nation Party
WA	NCP	ONE	Die New Country Party war eine kurzlebige Abspaltung der One Nation Party
QLD	LP	LNP	In Queensland wurden für den APPES lediglich die Positionen der gemeinsamen Liberal National Party erhoben
QLD	NP	LNP	

Quelle: Eigene Zusammenstellung

7.1.5.3.1 Fehlende Parteien mit enger Parteienverwandtschaft

In einigen Fällen sind Parteien zwar nicht im Survey enthalten, aber da sie sehr eng verbunden sind mit anderen Parteien, habe ich deren Positionen genutzt (Tabelle 7-3).

7.1.5.3.2 Fehlende Parteien in einzelnen Staaten

Einige Parteien sind zwar im Survey vertreten, aber nicht in allen Staaten. Für das C.o.Australia haben wir gar keine Daten erhoben. Ich habe die fehlenden Einträge mit den Mittelwerten der anderen Einträge aufgefüllt.

7.1.5.3.3 Fehlende Parteien

Einige Parteien sind nicht im APPES enthalten, da sie zum Zeitpunkt der Erhebung nicht mehr oder noch nicht in einem australischen Parlament saßen. Der CHES wurde nur für europäische Parteien erhoben und kann daher nicht zum Auffüllen der Daten genutzt werden. Einen umfangreichen Datensatz für Parteipositionen von Parteien weltweit und auch des C.o.Australia haben Benoit/Laver (2006) erstellt. Falls Parteien überhaupt nicht in unserem Survey vorkamen, aber im Datensatz von Benoit/Laver (2006), habe ich diese Positionen übernommen. Die Daten sind fast zehn Jahr älter, die Dimensionen entsprechen nicht genau denjenigen aus dem CHES (Bakker et al. 2015) bzw. dem APPES (Ganghof, Pörschke & Eppner 2016) und auch die Skala ist eine etwas andere und geht von 1-20 statt von 0-10. Ein Abgleich mit den Mittelwerten der Parteien, die auch im APPES vertreten sind, zeigt aber eine hohe Übereinstimmung. Da die von uns abgefragten Politikfelder deutlich umfangreicher sind als bei Benoit/Laver wurden einige Politikfeldern mehrmals genutzt. Nicht für alle Politikfelder des APPES habe ich eine Entsprechung gefunden – in diesen Politikfeldern konnte ich daher keine Position ergänzen (Tabelle 7-4).

Tabelle 7-4: Politikfeldabgleich APPES – Benoit/Laver

APPES	Benoit/Laver 2006
Links-Rechts (generell)	General Left-Right Dimension
übergeordnete Dimensionen zu Wirtschaftspolitik	Taxes v. Spending
übergeordnete Dimensionen zu Gesellschaftspolitik	Social Policy
Öffentliche Versorgung <-> Steuererleichterung	Taxes v. Spending
Regulierung <-> Deregulierung	Deregulation
Umverteilung <-> Keine Umverteilung	---
Staatliche Intervention in die Wirtschaft <-> Freiheit der Märkte	---
Bürgerrechte <-> Innere Sicherheit	Social Policy
Schadensvorbeugung<-> Individuelle Freiheitsrechte	---
Soziale Freiheit (bspw. Homosexualität) <-> Konservative Werte	Social Policy
Religiöse Prinzipien <-> Laizismus	---
Multikulturalismus <-> Assimilation	Immigration
Städtische Interessen <-> Ländliche Interessen	---
Umweltschutz <-> Wirtschaftswachstum	Environment
Dezentralisierung <-> Zentralisierung	Decentralization
Mehr Minderheitenrechte <-> Weniger Minderheitenrechte	---
Elitenskeptizismus	---
Korruptionsbekämpfung	---
---	Health Care
---	US Affairs

Quelle: Eigene Darstellung

7.1.5.4 Überblick Parteien APPES

Tabelle 7-5 gibt einen Überblick über die Staaten, die jeweils im Survey enthaltenen Parteien und die Quelle ihrer Positionsdaten: Die Anzahl Experten, die am Survey teilgenommen haben oder ob sie aufgefüllt wurden durch Mittelwerte anderer Staaten, verwandte Parteien oder mit Hilfe von Benoit/Laver (2006).

Die wichtigsten Ergebnisse des APPES sind übersichtlich in Kapitel 2 (Darstellung der Fallauswahl) für die einzelnen Staaten dargestellt. In Tabelle 7-6 sind alle Werte aller Parteien dargestellt.

Tabelle 7-5: Überblick erhobene und aufgefüllte Parteien im APPEs

Staat	Abkürzung Parteiename	Parteiename	Anzahl Experten	Aufgefüllt	Übernommen von Benoit/Laver (2006)
COM	AD	Australian Democrats		Ja	Ja
COM	ALP	Australian Labor Party		Ja	
COM	CLP	Country Liberal Party		Ja	
COM	DLP	Democratic Labor Party		Ja	
COM	FFP	Family First Party		Ja	
COM	GRN	Green Party		Ja	
COM	KAP	Katter's Australian Party		Ja	
COM	LNP	Liberal National Party		Ja	
COM	LP	Liberal Party		Ja	
COM	NP	National Party		Ja	
COM	NXT	Nick Xenophon Team		Ja	
COM	ONE	One Nation		Ja	Ja
COM	PUP	Palmer United Party		Ja	
<hr/>					
NSW	AD	Australian Democrats		Ja	Ja
NSW	AJP	Animal Justice Party	6		
NSW	ALP	Australian Labor Party	8		
NSW	BFC	A Better Future For Our Children		Ja	
NSW	CDP	Christian Democratic Party	7		
NSW	FFP	Family First Party		Ja	
NSW	GRN	Green Party	8		
NSW	LP	Liberal Party	8		
NSW	NLTP	No Land Tax Party	1		
NSW	NP	National Party	8		
NSW	ONE	One Nation		Ja	Ja
NSW	ONENSW	One Nation NSW		Ja	Ja
NSW	ORP	Outdoor Recreation Party		Ja	
NSW	RFLS	Reform the Legal System		Ja	
NSW	SFP	Shooters and Fishers Party	7		
NSW	UP	Unity Party		Ja	
<hr/>					
QLD	ALP	Australian Labor Party	5		
QLD	FFP	Family First Party		Ja	
QLD	GRN	Green Party	5		
QLD	KAP	Katter's Australian Party	5		
QLD	LNP	Liberal National Party	6		
QLD	LP	Liberal Party		Ja	
QLD	NP	National Party		Ja	
QLD	ONE	One Nation		Ja	Ja
QLD	PUP	Palmer United Party	4		

SA	AD	Australian Democrats		Ja	Ja
SA	ALP	Australian Labor Party	4		
SA	D4D	Dignity for Disability	3		
SA	FFP	Family First Party	4		
SA	GRN	Green Party	4		
SA	LP	Liberal Party	4		
SA	NP	National Party		Ja	
SA	NXT	Nick Xenophon Team	4		
TAS	AD	Australian Democrats		Ja	Ja
TAS	ALP	Australian Labor Party	3		
TAS	GRN	Green Party	3		
TAS	LP	Liberal Party	3		
TAS	PUP	Palmer United Party	3		
VIC	ALP	Australian Labor Party	7		
VIC	CON	Australian Conservatives		Ja	
VIC	DLP	Democratic Labor Party	4		
VIC	GRN	Green Party	7		
VIC	LP	Liberal Party	8		
VIC	NP	National Party	7		
VIC	SEX	Sex Party	6		
VIC	SFP	Shooters and Fishers Party	5		
VIC	V1LJ	Vote 1 Local Jobs	3		
WA	AD	Australian Democrats		Ja	Ja
WA	ALP	Australian Labor Party	3		
WA	FFP	Family First Party		Ja	
WA	GRN	Green Party	3		
WA	LP	Liberal Party	3		
WA	NCP	New Country Party		Ja	Ja
WA	NP	National Party	3		
WA	ONE	One Nation		Ja	Ja
WA	SFP	Shooters and Fishers Party	3		
ACT	AD	Australian Democrats		Ja	Ja
ACT	ALP	Australian Labor Party	6		
ACT	GRN	Green Party	6		
ACT	LP	Liberal Party	6		
ACT	SEX	Sex Party	4		
NT	ALP	Australian Labor Party		Ja	
NT	CLP	Country Liberal Party		Ja	
NT	GRN	Green Party		Ja	
NT	PUP	Palmer United Party		Ja	
NT	SEX	Sex Party		Ja	

Quelle: Eigene Zusammenstellung

Tabelle 7-6: Gesamtüberblick Parteipositionen (APPES)

Partei	Links-Rechts (generell)	Wirtschaftspolitik	Gesellschaftspolitik	Bürgerrechte <-> Innere Sicherheit	Dezentralisierung <-> Zentralisierung	Regulierung <-> Deregulierung	Umweltschutz <-> Wirtschaftswachstum	Öffentliche Versorgung <-> Steuererleichterung	Soziale Freiheit <-> Konservative Werte	Mehr Minderheitenrechte <-> Weniger Minderheitenrechte	Schadensvorbeugung <-> Individuelle Freiheitsrechte	Multikulturalismus <-> Assimilation	Umverteilung <-> Keine Umverteilung	Religiöse Prinzipien <-> Laizismus	Staatliche Intervention in die Wirtschaft <-> Freiheit der Märkte	Städtische Interessen <-> Ländliche Interessen	Eliten Skeptizismus	Korruptionsbekämpfung
C.o.Australia																		
AD	3,6	3,4	1,2	1,2	4,8	3,6	2,2	3,4	1,2	3,8	3,4	3,3	4,1	3,7	3,9	3,9	3,5	4,5
ALP	4,2	3,9	4,0	5,2	5,4	4,8	5,0	4,0	2,9	3,8	3,4	3,3	4,1	3,7	3,9	3,9	3,5	4,5
CLP	6,7	7,0	6,3	7,1	4,9	7,2	7,2	6,9	5,1	5,8	4,6	5,6	7,0	5,6	6,5	4,8	2,7	4,5
DLP	7,2	5,2	8,2	6,7	3,5	5,7	6,4	4,3	6,1	5,2	2,6	5,2	4,0	7,9	3,3	5,0	4,2	5,0
FFP	8,0	7,0	8,0	6,3	5,5	6,3	7,0	6,3	8,8	5,0	4,3	7,5	4,3	9,0	5,8	7,3	5,5	7,5
GRN	2,2	2,2	2,2	2,6	5,1	2,4	1,2	2,0	1,2	2,4	2,9	1,5	2,4	1,7	2,3	3,1	5,6	6,6
KAP	7,1	4,7	7,9	7,8	1,8	3,0	8,6	3,8	5,4	8,0	6,5	8,2	3,5	6,5	3,3	9,7	8,4	7,2
LNP	7,1	7,6	7,7	8,4	4,6	8,3	8,3	8,1	5,6	6,5	6,4	6,6	8,1	6,4	7,9	5,6	4,3	3,8
LP	6,7	7,0	6,3	7,1	4,9	7,2	7,2	6,9	5,1	5,8	4,6	5,6	7,0	5,6	6,5	4,8	2,7	4,5
NP	7,0	5,5	7,3	7,3	2,7	5,6	7,6	5,3	6,5	6,7	5,0	6,0	5,5	5,9	4,7	8,8	4,5	4,6
NXT	5,0	4,3	4,8	6,0	5,0	3,3	4,5	3,5	4,0	3,7	3,8	4,3	4,0	4,0	2,8	5,0	5,8	7,8
ONE	8,2	5,3	7,9	7,9	3,6	2,1	7,1	5,3	7,9	7,1	6,1	6,8	6,5	5,3	5,5	6,8	8,3	6,9
PUP	6,6	5,1	4,9	5,9	3,1	5,5	7,9	5,2	6,0	7,1	6,1	6,8	6,5	5,3	5,5	6,8	8,3	6,9

Partei	New South Wales																														
	Links-Rechts (generell)	Wirtschaftspolitik	Gesellschaftspolitik	Bürgerrechte <->	Innere Sicherheit	Dezentralisierung <->	Zentralisierung	Regulierung <->	Deregulierung	Umweltschutz <->	Wirtschaftswachstum	Öffentliche Versorgung <->	Soziale Freiheit <->	Konservative Werte	Mehr Minderheitenrechte	<-> Weniger Minderheitenrechte	Schadensvorbeugung <->	Individuelle Freiheitsrechte	Multikulturalismus <->	Assimilation	Umverteilung <->	Keine Umverteilung	Religiöse Prinzipien <->	Laizismus	Staatliche Intervention in die Wirtschaft <->	Freiheit der Märkte	Städtische Interessen <->	Ländliche Interessen	Elitenskeptizismus	Korruptionsbekämpfung	
AD	3,6	3,4	1,2	1,2	4,8	3,6	2,2	3,4	1,2	2,3	1,7	4,2	2,0	2,0	2,8	2,0	2,0	2,0	2,0	2,8	2,0	2,0	2,0	3,0	3,0	2,8	2,8	6,8	4,8		
AJP	1,8	2,8	1,3	2,2	5,4	3,2	1,5	2,3	1,7	4,1	2,5	3,6	3,0	3,5	4,1	3,8	3,9	3,8	3,8	4,1	3,8	3,8	3,8	3,9	3,9	4,4	4,4	2,8	6,3		
ALP	4,3	4,3	3,8	5,0	6,0	4,9	4,8	4,1	2,5	6,7	6,7	9,3	8,1	5,7	7,9	7,9	6,4	9,7	9,7	6,4	9,7	9,7	9,7	6,5	6,5	6,5	6,5	4,8	5,2		
CDP	8,6	6,7	9,1	9,1	5,6	5,7	7,6	6,3	8,8	5,0	4,3	7,5	4,3	7,5	4,3	9,0	5,8	7,3	5,5	7,5	4,3	9,0	9,0	5,8	5,8	7,3	7,3	5,5	7,5		
FFP	8,0	7,0	8,0	6,3	5,5	6,3	7,0	6,3	8,8	5,0	4,3	7,5	4,3	7,5	4,3	9,0	5,8	7,3	5,5	7,5	4,3	9,0	9,0	5,8	5,8	7,3	7,3	5,5	7,5		
GRN	2,0	2,1	2,5	2,1	5,6	2,6	1,6	2,6	1,0	3,5	3,5	3,5	3,5	1,4	2,6	1,6	3,0	2,8	7,4	6,6	2,6	1,6	1,6	3,0	3,0	2,8	2,8	7,4	6,6		
LP	6,6	7,5	6,4	7,3	5,8	8,0	6,8	7,4	5,3	5,1	5,4	5,4	5,4	5,4	7,4	7,4	7,4	5,1	5,1	7,4	7,4	5,1	5,1	7,8	7,8	3,9	3,9	1,8	5,1		
NLTP	8,0	8,0				8,0				9,0																					
NP	7,3	6,1	7,6	7,4	3,5	5,8	7,6	6,5	6,5	6,5	6,5	6,5	6,0	6,6	6,5	6,5	6,0	8,4	5,4	6,5	6,5	5,5	5,5	6,0	6,0	8,4	8,4	2,6	5,4		
ONE	8,2	5,3	7,9	7,9	3,6	2,1	7,1	5,3	7,9																						
ONENSW	8,2	5,3	7,9	7,9	3,6	2,1	7,1	5,3	7,9																						
SFP	8,4	6,9	7,0	8,4	4,3	7,2	7,6	7,2	7,1	6,9	9,0	7,0	6,3	5,0	7,3	7,3	7,3	6,2	5,2	6,3	6,3	5,0	5,0	7,3	7,3	7,3	7,3	6,2	5,2	5,2	

Partei	Links-Rechts (generell)	Wirtschaftspolitik	Gesellschaftspolitik	Bürgerrechte <-> Innere Sicherheit	Dezentralisierung <-> Zentralisierung	Regulierung <-> Deregulierung	Umweltschutz <-> Wirtschaftswachstum	Öffentliche Versorgung <-> Steuererleichterung	Soziale Freiheit <-> Konservative Werte	Mehr Minderheitenrechte <-> Weniger Minderheitenrechte	Schadensvorbeugung <-> Individuelle Freiheitsrechte	Multikulturalismus <-> Assimilation	Umverteilung <-> Keine Umverteilung	Religiöse Prinzipien <-> Laizismus	Staatliche Intervention in die Wirtschaft <-> Freiheit der Märkte	Städtische Interessen <-> Ländliche Interessen	Elitenskeptizismus	Korruptionsbekämpfung
Queensland																		
ALP	4,7	4,3	4,4	5,3	5,2	5,3	5,3	4,4	4,0	4,2	4,0	3,3	4,9	4,4	4,1	4,7	3,4	4,8
FFP	8,0	7,0	8,0	6,3	5,5	6,3	7,0	6,3	8,8	5,0	4,3	7,5	4,3	9,0	5,8	7,3	5,5	7,5
GRN	2,6	2,3	2,3	1,7	4,2	2,3	1,3	1,9	3,0	2,2	3,4	1,1	2,0	1,7	2,3	4,3	4,1	7,7
KAP	7,1	4,7	7,9	7,8	1,8	3,0	8,6	3,8	5,4	8,0	6,5	8,2	3,5	6,5	3,3	9,7	8,4	7,2
LNP	7,1	7,6	7,7	8,4	4,6	8,3	8,3	8,1	5,6	6,5	6,4	6,6	8,1	6,4	7,9	5,6	4,3	3,8
LP	7,1	7,6	7,7	8,4	4,6	8,3	8,3	8,1	5,6	6,5	6,4	6,6	8,1	6,4	7,9	5,6	4,3	3,8
NP	7,1	7,6	7,7	8,4	4,6	8,3	8,3	8,1	5,6	6,5	6,4	6,6	8,1	6,4	7,9	5,6	4,3	3,8
ONE	8,2	5,3	7,9	7,9	3,6	2,1	7,1	5,3	7,9									
PUP	6,8	5,8	4,5	5,3	3,7	5,8	7,5	5,3	5,0	6,2	5,3	5,5	6,4	5,7	7,0	6,2	7,5	7,3
South Australia																		
AD	3,6	3,4	1,2	1,2	4,8	3,6	2,2	3,4	1,2									
ALP	3,3	3,3	4,3	5,5	5,3	5,3	5,0	3,3	3,0	3,7	3,5	3,8	4,0	4,0	3,8	3,3	3,0	4,5
D4D	3,8	3,3	3,7	4,5	7,0	3,5	3,0	2,5	2,3	5,5	2,5	3,0	4,0	4,0	3,0	3,0	6,0	7,0
FFP	8,0	7,0	8,0	6,3	5,5	6,3	7,0	6,3	8,8	5,0	4,3	7,5	4,3	9,0	5,8	7,3	5,5	7,5
GRN	1,0	1,3	1,8	3,3	5,7	1,5	0,5	1,3	0,8	2,5	1,3	1,5	2,8	1,7	1,3	2,0	7,3	6,3
LP	6,5	6,8	5,5	6,5	4,0	7,3	6,8	6,3	4,5	4,0	4,5	5,5	6,3	4,3	7,0	5,5	2,5	5,8
NP	7,0	5,5	7,3	7,3	2,7	5,6	7,6	5,3	6,5	6,7	5,0	6,0	5,5	5,9	4,7	8,8	4,5	4,6
NXT	5,0	4,3	4,8	6,0	5,0	3,3	4,5	3,5	4,0	3,7	3,8	4,3	4,0	4,0	2,8	5,0	5,8	7,8

Partei	Links-Rechts (generell)	Wirtschaftspolitik	Gesellschaftspolitik	Bürgerrechte <-> Innere Sicherheit	Dezentralisierung <-> Zentralisierung	Regulierung <-> Deregulierung	Umweltschutz <-> Wirtschaftswachstum	Öffentliche Versorgung <-> Steuererleichterung	Soziale Freiheit <-> Konservative Werte	Mehr Minderheitenrechte <-> Weniger Minderheitenrechte	Schadensvorbeugung <-> Individuelle Freiheitsrechte	Multikulturalismus <-> Assimilation	Umverteilung <-> Keine Umverteilung	Religiöse Prinzipien <-> Laizismus	Staatliche Intervention in die Wirtschaft <-> Freiheit der Märkte	Städtische Interessen <-> Ländliche Interessen	Elitenskeptizismus	Korruptionsbekämpfung
Tasmania																		
AD	3,6	3,4	1,2	1,2	4,8	3,6	2,2	3,4	1,2									
ALP	4,0	3,8	4,5	5,7	5,0	4,3	6,0	4,0	3,0	4,0	3,7	3,3	3,3	3,7	3,7	5,0	6,3	4,3
GRN	2,5	3,0	2,0	3,0	3,3	2,7	1,3	3,0	1,0	2,3	2,7	1,7	2,3	1,3	2,7	3,7	7,0	8,7
LP	6,3	6,3	6,0	8,0	3,3	6,7	7,3	6,7	5,0	6,0	4,3	5,0	7,7	7,7	4,7	6,3	3,0	4,0
PUP	6,3	4,3	5,3	6,5	2,5	5,3	8,3	5,0	7,0	8,0	7,0	8,0	6,7	5,0	4,0	7,3	9,0	6,5
Victoria																		
ALP	4,7	4,5	3,6	4,4	5,8	4,9	5,0	4,5	2,7	3,9	2,3	2,0	4,0	3,9	4,3	3,3	3,0	3,6
CON	8,0	7,0	8,0	6,3	5,5	6,3	7,0	6,3	8,8	5,0	4,3	7,5	4,3	9,0	5,8	7,3	5,5	7,5
DLP	7,2	5,2	8,2	6,7	3,5	5,7	6,4	4,3	6,1	5,2	2,6	5,2	4,0	7,9	3,3	5,0	4,2	5,0
GRN	2,6	2,6	2,1	2,6	5,6	2,7	1,1	2,0	1,0	2,6	2,3	1,3	2,5	2,1	2,2	3,0	4,7	5,6
LP	6,8	6,8	5,9	6,8	5,3	7,2	7,2	6,6	4,0	5,8	3,1	4,1	6,1	5,3	5,6	5,1	3,1	3,5
NP	7,4	6,4	7,3	7,5	3,8	6,2	7,3	6,3	5,8	6,8	5,1	5,0	5,8	6,0	4,0	8,2	4,0	3,9
SEX	2,7	3,6	1,4	2,2	6,0	3,3	2,7	4,0	0,4	2,7	4,5	2,1	3,0	0,6	3,5	1,8	2,6	6,0
SFP	8,1	7,2	7,6	5,8	2,7	6,5	8,0	7,0	5,3	7,0	8,3	7,3	4,7	5,0	5,7	8,1	5,0	5,8
V1UJ	6,0	5,3	6,0	4,0	4,0	3,0	9,0	3,0			6,0		4,0		5,0	6,7	1,5	4,5

Partei	Links-Rechts (generell)	Wirtschaftspolitik	Gesellschaftspolitik	Bürgerrechte <-> Innere Sicherheit	Dezentralisierung <-> Zentralisierung	Regulierung <-> Deregulierung	Umweltschutz <-> Wirtschaftswachstum	Öffentliche Versorgung <-> Steuererleichterung	Soziale Freiheit <-> Konservative Werte	Mehr Minderheitenrechte <-> Weniger Minderheitenrechte	Schadensvorbeugung <-> Individuelle Freiheitsrechte	Multikulturalismus <-> Assimilation	Umverteilung <-> Keine Umverteilung	Religiöse Prinzipien <-> Laizismus	Staatliche Intervention in die Wirtschaft <-> Freiheit der Märkte	Städtische Interessen <-> Ländliche Interessen	Elitenskeptizismus	Korruptionsbekämpfung
Western Australia																		
AD	3,6	3,4	1,2	1,2	4,8	3,6	2,2	3,4	1,2									
ALP	4,2	4,2	4,4	6,0	5,8	4,3	5,3	5,3	3,0	4,8	3,5	4,5	4,8	3,0	4,3	2,3	3,5	3,0
FFP	8,0	7,0	8,0	6,3	5,5	6,3	7,0	6,3	8,8	5,0	4,3	7,5	4,3	9,0	5,8	7,3	5,5	7,5
GRN	2,4	2,4	2,2	2,0	6,0	2,0	1,3	1,8	0,3	2,0	3,5	1,5	2,0	1,3	2,0	2,3	5,5	6,5
LP	6,4	6,4	6,6	7,3	5,8	6,8	7,3	6,8	6,3	6,3	4,5	6,5	7,0	5,0	6,5	3,3	3,3	2,3
NCP	8,2	5,3	7,9	7,9	3,6	2,1	7,1	5,3	7,9									
NP	6,4	4,0	6,8	7,0	0,8	4,8	7,8	3,0	7,3	6,8	4,0	6,5	4,3	6,3	4,0	9,8	6,8	4,7
ONE	8,2	5,3	7,9	7,9	3,6	2,1	7,1	5,3	7,9									
SFP	7,8	7,5	7,4	6,5	3,5	6,0	8,8	6,3	8,3	8,3	7,0	7,3	6,5	7,0	6,0	9,3	8,0	7,7
Japan																		
DPJ	5,6	5,1	4,2	4,2	2,1	6,2	4,9	5,1	4,2									
JCP	1,1	4,1	4,1	4,1	4,9	0,9	2,3	4,1	4,1									
JSP	2,2	4,2	3,1	3,1	4,1	2,4	2,4	4,2	3,1									
K	5,9	4,5	6,3	6,3	4,4	4,8	5,1	4,5	6,3									
LDP	7,8	4,8	7,8	7,8	5,1	6,3	7,4	4,8	7,8									
NCPJ	8,3	5,6	8,1	8,1	4,9	6,6	7,2	5,6	8,1									

Quelle: Ganghof, Pörschke und Eppner (2016), ergänzt durch Benoît/Laver (2006)

7.1.6 Namentliche Abstimmungen

Zur Erhebung des Abstimmungsverhaltens stütze ich mich auf die Parlamentsprotokolle („*Hansard*“) bzw. auf deren Zusammenfassung („*Votes & Proceedings*“ für die ersten Kammern, „*Minutes*“ für die zweiten Kammern). Ich habe alle online verfügbaren Parlamentsprotokolle genutzt, die für vollständige Legislaturperioden verfügbar und maschinenlesbar sind. Der Datensatz umfasst daher 1.448.037 Abstimmungsentscheidungen der einzelnen Abgeordneten in insgesamt 20.670 Abstimmungen (Parliament of Australia 2023b, Parliament of New South Wales 2023b, Parliament of Tasmania 2023b, Parliament of Victoria 2020b, Parliament of Western Australia 2020c, Parliament South Australia 2020b, Queensland Parliament 2023b).

In den Protokollen habe ich nach namentlichen Abstimmungen („*divisions*“) gesucht, indem ich automatisch nach bestimmten Schlüsselwörtern gesucht habe (beispielsweise „*division*“ oder „*divided*“). Anschließend habe ich die dem Schlüsselwort folgende Abstimmung mit den jeweiligen Abgeordneten, die zu diesem Zeitpunkt im Parlament saßen, abgeglichen. In den Protokollen sind die Abstimmenden jeweils nach ihrer Stimme („*Aye*“, „*Noe*“, „*Pair*“) sortiert. Je nachdem in welcher Gruppe die Abgeordneten auftauchten, habe ich ihnen den passenden Wert zugeordnet. Abgeordnete, die nicht mitgestimmt haben, habe ich als „*absent*“ codiert. Natürlich folgt nicht jedes Mal eine Abstimmung, wenn die Schlüsselwörter auftauchen. Beispielsweise werden auch die Wahlbezirke „*division*“ genannt.

Ein Hauptproblem bei der Erhebung war es, wie die Protokolle, die als Pdf-Datei vorliegen, eingelesen wurden mit dem von mir genutzten Python-Modul `pdftotext`. Die Protokolle der einzelnen Staaten und Kammern sind unterschiedlich formatiert. In einigen sind die Abstimmungsgruppen nebeneinander als Spalten festgehalten, in anderen erscheinen sie nacheinander. Beim Einlesen wurden die Spalten teils spaltenweise teils zeilenweise ausgelesen. Zudem wurden beim Auslesen auch einzelne Zeichen falsch erkannt. Das betraf sowohl die Schlüsselwörter als auch die Namen der Abgeordneten. Neben den Fehlern, die durch das Einlesen der Pdf-Dateien entstehen, gibt es auch tatsächliche Fehler in den Protokollen. Häufig gibt es Schreibfehler und Buchstabendreher in den Namen der Abgeordneten. Um diese Probleme zu finden, habe ich mich vor allem auf den Vergleich der im Parlament sitzenden mit den von mir gefundenen abstimmenden Abgeordneten und den angegebenen Stimmen gestützt. So konnte ich die fehlerhaften Namen identifizieren und korrigieren – häufige Fehler ließen eine Automatisierung zu, andere musste ich von Hand korrigieren. In einigen seltenen Fällen lagen aber tatsächliche Fehler im Protokoll vor, die ich

nicht korrigieren konnte: die angegeben Anzahl der Abgeordneten pro Gruppe und die tatsächlichen Abgeordneten stimmen nicht überein, manche Abgeordnete erscheinen in zwei Gruppen oder Abgeordnete mit gleichem Namen sind so aufgeführt, dass sie nicht unterscheidbar sind (eine häufige Unterscheidung neben dem Vornamen ist der Titel, beispielsweise „Mr“, „Mrs“ oder „Rvd“). In diesen Fällen habe ich die Abstimmung als defekt codiert und aus der weiteren Analyse ausgeschlossen.

Anschließend haben wir den Grund der Abstimmung eingetragen. Das Hauptinteresse war dabei, ob die Abstimmung eine Lesung des Gesetzes betraf oder etwas anderes wie beispielsweise Änderungsanträge oder Anträge zur Geschäftsordnung. Die auf Schlüsselwörter basierende automatische Auswertung war zu fehleranfällig, da sich beispielsweise bei manchen Gesetzen viele Abstimmungen aneinanderreihen und die Gründe der Abstimmung nicht direkt vor der eigentlichen Abstimmung stehen.

Die geschilderte hohe Fehleranfälligkeit ist ein Problem des ursprünglichen Datensatzes und liegt in der Natur der Originaldaten. Der Abgleich von angegebenen und abgegebenen Stimmen sowie die Zuordnung der Gründe für die Abstimmungen sind aber ein so engmaschiges Kontrollnetz, dass ich sicher bin, einen – vielleicht bis auf sehr seltene und nie auszuschließende Einzelfälle – vollständigen und fehlerfreien Datensatz erhoben zu haben.

8 Anhang B: Methoden

Meine abhängigen Variablen der drei analytischen Kapitel sind grundsätzlich dichotom: Eine Abgeordnete hat mit ihrer Partei gestimmt oder gegen sie. Eine Partei hat mit der Regierung gestimmt oder gegen sie. Ein Gesetz wurde angenommen oder abgelehnt. Für die Vorhersage der Regressionsmodelle werden statt der Ja-Nein-Entscheidungen die Wahrscheinlichkeiten für die Ja-Nein-Entscheidung genutzt. Aber auch diese Wahrscheinlichkeiten liegen zwischen 0% und 100%. Lineare Regressionen können also nicht genutzt werden, da diese von einem unbegrenzten Wertebereich ausgehen. Zudem ist der Standardfehler nicht gleichmäßig verteilt. Eine geeignete Analyse ist die lineare Regression der logarithmierten Chancen (Quotient aus der Wahrscheinlichkeit von Ereignis und Gegenereignis), die sogenannte Logit-Regression (Kohler/Kreuter 2017).

8.1.1 Logit-Modelle

Die Koeffizienten in Logit-Regressionen sind nicht direkt interpretierbar, sondern müssen in Wahrscheinlichkeiten umgerechnet werden. Diese Wahrscheinlichkeiten steigen aber nicht linear. Es gibt daher unterschiedliche Steigungen, je nachdem, wo auf der Regressionskurve man sich befindet. Um die Werte besser interpretieren zu können, gebe ich den durchschnittlichen marginalen Effekt (*average marginal effect* – AME) an. Der AME ist der Durchschnitt der marginale Effekte aller Kovariatenmuster (Kohler/Kreuter 2017). Die Koeffizienten in den Tabellen zu den AME können linear interpretiert werden als Effekt auf die Wahrscheinlichkeit für das Eintreten der jeweiligen abhängigen Variablen und bieten einen Anhaltspunkt, um die Stärke der Effekte zu vergleichen. Die Signifikanzwerte können sich durch das Festlegen auf einen Punkt der Regressionskurve verändern, sind aber weniger aussagekräftig als in der Original-Regressionstabelle. Daher sollten die Signifikanzwerte aus der Original-Regressionstabelle genutzt werden, um den allgemeinen Einfluss einer Variable einzuschätzen (vgl. die Diskussion über die unterschiedlichen Signifikanzwerte zwischen Regressions- und AME-Tabelle im Statalist-Forum (2016)).

8.1.2 Die Informationskriterien AIC und BIC

Die Koeffizienten logistischer Regressionen werden nach dem Maximum-Likelihood-Verfahren geschätzt. Das verhindert die üblichen Möglichkeiten zum Modellvergleich wie R^2 .⁶⁵ Stattdessen können die beiden Informationskriterien AIC (Akaike-Informationskriterium) und BIC (Bayes'sches Informationskriterium) genutzt werden, die die Modellgüte in Abhängigkeit des Likelihood-Schätzers und der Anzahl an Variablen schätzen. Für beide Informationskriterien gilt, dass niedrigere Werten für eine bessere Abbildung der gleichen Daten durch das jeweilige Modell sprechen. Beim BIC spielt im Gegensatz zum AIC auch die Anzahl der Untersuchungseinheiten eine Rolle. Die Anzahl der genutzten Variablen wird mit diesen (bzw. deren Logarithmus) multipliziert und somit wird die Hinzunahme weiterer Variablen stärker „bestraft“. Das BIC bevorzugt daher einfachere Modelle (StataCorp 2017a: [R] 196):

$$AIC = -2 * \ln(\text{likelihood}) + 2 * k$$

$$BIC = -2 * \ln(\text{likelihood}) + \ln(N) * k$$

Mit k als der Anzahl der Koeffizienten und N als der Anzahl der Beobachtungen.

8.1.3 Fractional-Response-Modelle

Im Kapitel 5 (Blockaden und legislative Erfolgsraten im Semi-Parlamentarismus) nutze ich die legislativen Erfolgsraten in Form von Prozent-Werten. Diese unterliegen grundsätzlich den gleichen Problemen wie die dichotomen Daten, da sie auch auf ihnen beruhen. Solange die Software die Nutzung von solchen Bruchteilen erlaubt, können Logit-Regressionen ebenso für diese Prozentwerte genutzt werden (Papke/Wooldridge 1996).

8.1.4 Umgang mit geclusterten Daten

Meine Daten entsprechen in allen Kapiteln Paneldaten. Die gleichen Untersuchungseinheiten werden immer wieder untersucht, dieselben Parteien stimmen immer wieder ab, in den gleichen Ländern verabschieden die Regierungen immer wieder einen Teil ihrer Gesetze. Es ist sehr wahrscheinlich, dass die Beobachtungen der jeweiligen Untersuchungseinheiten zusammenhängen. Die Standardfehler müssen daher für diese Cluster korrigiert werden. Eine

⁶⁵ Kohler/Kreuter (2017) geben eine gut verständliche Einführung in das Maximum-Likelihood-Verfahren.

Möglichkeit in Stata ist die Nutzung Cluster-robuster Standardfehler mit der Option „cluster“ (StataCorp 2017b).

Eine weitere Methode sind Mixed-Effects-Modelle oder Mehr-Ebenen-Modelle. Dabei wird angenommen, dass die jeweilige Untersuchungseinheit, wie beispielsweise eine Partei, eine unterschiedliche Konstante im Modell hat, also beispielsweise ein Grundlevel an Geschlossenheit. Das entspricht damit inhaltlich einem Modell mit Fixed Effects, also Dummies für alle Untersuchungseinheiten wie den Parteien. Im Gegensatz zu einem Fixed-Effects-Modell sind die Standardfehler aber innerhalb der Untersuchungseinheiten abhängig voneinander, ähnlich wie oben bei der Nutzung von „cluster“ (vgl. McElreath 2018b). Auf Grund von begrenzten Rechenkapazitäten und einer geringen Fallzahl konnte ich diese Mixed-Effects-Modelle nicht für die Fractional-Response Modelle zu den legislativen Erfolgsraten in Kapitel 5 (Blockaden und legislative Erfolgsraten im Semi-Parlamentarismus) nutzen. Daher nutze ich dort die Cluster-robusten Standardfehler. Für die anderen Analysen nutze ich Mixed-Effects-Modelle.

Die Mixed-Effects-Modelle erlauben es auch zu modellieren, dass die abhängige Variable, wie beispielsweise die Wahrscheinlichkeit mit der Regierung zu stimmen, in den Untersuchungseinheiten, beispielsweise den Parteien, unterschiedlich stark auf bestimmte Variablen reagieren, wie beispielsweise den Abstand. Im Resultat ist die Steigung, also der Einfluss der jeweiligen Variable, unterschiedlich für die Untersuchungseinheiten, unterscheidet sich also von der angegebenen Steigung der jeweiligen Variablen, also dem Koeffizienten (vgl. McElreath 2018a).

8.1.5 Umgang mit sehr seltenen Ereignissen

Besonders bei den Berechnungen zu der Wahrscheinlichkeit, dass Abgeordnete von der Parteilinie abweichen, ist zu bedenken, dass das sehr selten passiert. Für sehr seltene Ereignisse (weniger als 5%) müssen die Standardfehler korrigiert werden (King/Zeng 2001). Das ist aber nur dann relevant, wenn die absolute Anzahl dieser Ereignisse sehr gering ist (Allison 2012). Ich habe für beide Ereignisse – Abstimmung mit oder gegen die Partei – mehrere Hundert Fälle und muss daher nicht gesondert für die seltenen Ereignisse korrigieren.

9 Anhang C: Robustheitstests

9.1 Robustheitstests Parteigeschlossenheit (Tabelle 3-12)

9.1.1 Nur potenzielle Premierparteien

Nur die großen Parteien sind in beiden Kammern vertreten und nur Labor und die Coalition bzw. die Liberals stellen die Regierung. Für diese Parteien sind die größten Unterschiede zwischen den beiden Kammern zu erwarten. In diesem Robustheitstest führe ich die obige Regression also noch einmal mit einem verringerten Datensatz durch, der nur aus den potenziellen Premierparteien besteht, also Labor und Coalition/Liberals.

Die Effekte bleiben auch mit dem vor allem für die Oppositionsparteien verkürzten Datensatz erhalten (Tabelle 9-1). Abstimmungen im Council erhöhen die Geschlossenheit für Oppositionsparteien deutlich um ungefähr sechs bis elf Prozentpunkte und auch für Regierungsparteien ist der Effekt eher positiv. Abstimmungen gegen die Regierung gibt es natürlich keine mehr für Regierungsparteien, da die jeweilige Premierpartei die Regierung repräsentiert.

Für Oppositionsparteien ist die Parteigeschlossenheit bei Abstimmungen gegen die Regierung höher als in anderen Abstimmungen. Mit mehr als 23 Prozentpunkten (Tabelle 9-2) ist der Unterschied sehr deutlich und höher als im Originalmodell mit ungefähr vier Prozentpunkten. Für Oppositionsparteien gibt es nun ebenfalls einen Effekt der Knappheit der Abstimmungen, der mit mehr als elf Prozentpunkten auch sehr deutlich ausfällt. Je knapper die Abstimmung ausgeht, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit für Abweichungen. Dies könnte darauf hindeuten, dass es bei engen Abstimmungen ähnlich wie im Präsidentialismus zu Kooperationen mit einzelnen Abgeordneten aus der Alternativregierung kommt.

Zudem hat der Medianstatus der Regierung keinen Effekt mehr auf die Regierungsparteien im Vergleich zu einem negativen Effekt im ursprünglichen Modell. Da der Datensatz für Regierungsparteien kaum geschrumpft ist, bedeutet dies, dass im Falle einer Medianregierung vor allem die Koalitionspartner zu abweichendem Verhalten neigen.

Tabelle 9-1: Nur potenzielle Premier-Parteien: Regression der Wahrscheinlichkeit einer vollständig geschlossenen Abstimmung einer Partei in den australischen Staaten

	Regierungsparteien				Oppositionsparteien			
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)
Fixed Effects								
Zweite Kammer	0,293** (0,093)	0,301** (0,093)	0,350 (0,378)	0,364 (0,379)	1,182** (0,084)	1,177** (0,084)	1,813** (0,316)	1,810** (0,317)
Gegen die Regierung					2,529** (0,191)	2,489** (0,198)	2,498** (0,190)	2,453** (0,198)
Lesung	-0,411** (0,112)	-0,417** (0,113)	-0,409** (0,113)	-0,415** (0,113)	-0,708** (0,088)	-0,698** (0,088)	-0,695** (0,088)	-0,686** (0,088)
Knappheit	0,622** (0,172)	0,590** (0,173)	0,623** (0,172)	0,591** (0,173)	-2,120** (0,293)	-2,062** (0,305)	-2,080** (0,292)	-2,014** (0,305)
Regierungs- median		-0,217 (0,124)		-0,217 (0,124)		-0,258* (0,117)		-0,258* (0,117)
Regierungs- mehrheit		-0,532** (0,190)		-0,532** (0,190)		-0,139 (0,149)		-0,127 (0,149)
Wahlkreis- größe (ln)			-0,028 (0,184)	-0,032 (0,184)			-0,324* (0,156)	-0,326* (0,156)
Constant	3,175** (0,404)	3,424** (0,429)	3,172** (0,404)	3,420** (0,428)	2,357** (0,337)	2,520** (0,354)	2,344** (0,340)	2,503** (0,357)
Random Effects								
Konstante (Partei pro Staat)	1,659* (0,738)	1,786* (0,792)	1,652* (0,736)	1,777* (0,790)	1,265* (0,510)	1,316* (0,530)	1,293* (0,521)	1,346* (0,543)
Beobachtungen	17371	17371	17371	17371	17368	17368	17368	17368
AIC	4416,74	4412,59	4418,71	4414,56	6109,32	6108,34	6106,94	6105,93
BIC	4455,55	4466,93	4465,29	4476,66	6155,90	6170,44	6161,27	6175,79

Mixed-Effects-Logit-Regression

Standardfehler in Klammern

* $p < 0.05$, ** $p < 0.01$

Tabelle 9-2: Nur potenzielle Premier-Parteien: Durchschnittliche marginale Effekte auf die Wahrscheinlichkeit einer vollständig geschlossenen Abstimmung einer Partei in den australischen Staaten

	Regierungsparteien				Oppositionsparteien			
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)
Zweite Kammer	0,012* (0,005)	0,012* (0,006)	0,014 (0,016)	0,015 (0,016)	0,065** (0,015)	0,065** (0,015)	0,107** (0,031)	0,107** (0,031)
Gegen die Regierung					0,240** (0,044)	0,235** (0,044)	0,237** (0,044)	0,231** (0,044)
Lesung	-0,017* (0,007)	-0,017* (0,007)	-0,016* (0,007)	-0,017* (0,007)	-0,038** (0,010)	-0,038** (0,010)	-0,038** (0,010)	-0,038** (0,010)
Knappheit	0,025* (0,011)	0,024* (0,011)	0,025* (0,011)	0,024* (0,011)	-0,115** (0,031)	-0,113** (0,031)	-0,114** (0,031)	-0,112** (0,031)
Regierungsmedian		-0,009 (0,006)		-0,009 (0,006)		-0,014* (0,007)		-0,014* (0,007)
Regierungsmehrheit		-0,022* (0,011)		-0,022* (0,011)		-0,007 (0,008)		-0,007 (0,008)
Wahlkreisgröße (ln)			-0,001 (0,007)	-0,001 (0,008)			-0,018 (0,010)	-0,018 (0,010)
Beobachtungen	17371	17371	17371	17371	17368	17368	17368	17368

Mixed-Effects-Logit-Regression

Standardfehler in Klammern

* $p < 0.05$, ** $p < 0.01$

9.1.2 Random Effects für Legislaturperioden

In meinem ursprünglichen Modell nehme ich an, dass die Abstimmungsentscheidungen der einzelnen Parteien jeweils nicht unabhängig voneinander sind. Das bedeutet zeitgleich, dass ich annehme, dass die jeweiligen Entscheidungen gleichermaßen voneinander abhängen. Tatsächlich könnte man aber annehmen, dass die Entscheidungen innerhalb einer Legislaturperiode noch einmal stärker voneinander abhängen. In diesem Modell kontrolliere ich daher für diese weitere Ebene.

Tabelle 9-3: Random Effects für Legislaturperioden: Regression der Wahrscheinlichkeit einer vollständig geschlossenen Abstimmung einer Partei in den australischen Staaten

	Regierungsparteien				Oppositionsparteien			
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)
Fixed Effects								
Zweite Kammer	0,255** (0,092)	0,251** (0,092)	0,234 (0,376)	0,239 (0,375)	0,851** (0,078)	0,848** (0,078)	1,688** (0,312)	1,685** (0,312)
Gegen die Regierung	-3,565** (0,483)	-3,532** (0,484)	-3,564** (0,483)	-3,532** (0,484)	0,971** (0,120)	0,969** (0,120)	0,958** (0,120)	0,956** (0,120)
Lesung	-0,441** (0,111)	-0,447** (0,111)	-0,442** (0,111)	-0,447** (0,111)	-0,717** (0,079)	-0,720** (0,079)	-0,700** (0,079)	-0,704** (0,079)
Knappheit	0,476** (0,171)	0,486** (0,171)	0,475** (0,171)	0,486** (0,171)	0,058 (0,188)	0,067 (0,188)	0,086 (0,188)	0,095 (0,188)
Regierungs- median		0,197 (0,156)		0,197 (0,156)		0,330* (0,142)		0,331* (0,142)
Regierungsmehrheit		-0,031 (0,267)		-0,031 (0,267)		0,471 (0,283)		0,468 (0,283)
Wahlkreisgröße (ln)			0,011 (0,183)	0,006 (0,183)			-0,428** (0,154)	-0,429** (0,154)
Konstante	3,428** (0,384)	3,333** (0,402)	3,429** (0,385)	3,333** (0,403)	3,169** (0,349)	2,933** (0,357)	3,190** (0,357)	2,954** (0,366)
Random Effects								
Konstante (Partei pro Staat)	1,395* (0,693)	1,388 (0,709)	1,398* (0,696)	1,389 (0,712)	2,117* (0,888)	1,993* (0,867)	2,310* (0,938)	2,190* (0,919)
Konstante (Partei pro Legislaturperiode)	0,317 (0,181)	0,361 (0,206)	0,317 (0,181)	0,361 (0,206)	1,619** (0,541)	1,676** (0,560)	1,611** (0,537)	1,669** (0,556)
Beobachtungen	18520	18520	18520	18520	32320	32320	32320	32320
AIC	4610,02	4611,79	4612,02	4613,78	7716,99	7714,93	7711,06	7708,99
BIC	4664,81	4682,23	4674,63	4692,05	7775,67	7790,39	7778,12	7792,82

Mixed-Effects-Logit-Regression

Standardfehler in Klammern

* $p < 0.05$, ** $p < 0.01$

Tabelle 9-4: Random Effects für Legislaturperioden: Durchschnittliche marginale Effekte auf die Wahrscheinlichkeit einer vollständig geschlossenen Abstimmung einer Partei in den australischen Staaten

	Regierungsparteien				Oppositionsparteien			
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)
Zweite Kammer	0,010* (0,005)	0,009* (0,004)	0,009 (0,014)	0,009 (0,014)	0,035** (0,008)	0,034** (0,008)	0,080** (0,024)	0,078** (0,024)
Gegen die Regierung	-0,405** (0,103)	-0,396** (0,102)	-0,405** (0,103)	-0,396** (0,102)	0,042** (0,011)	0,041** (0,010)	0,042** (0,011)	0,041** (0,010)
Lesung	-0,016* (0,007)	-0,017* (0,007)	-0,016* (0,007)	-0,017* (0,007)	-0,027** (0,007)	-0,026** (0,006)	-0,027** (0,007)	-0,026** (0,006)
Knappheit	0,018* (0,008)	0,018* (0,008)	0,018* (0,008)	0,018* (0,008)	0,002 (0,007)	0,002 (0,007)	0,003 (0,007)	0,004 (0,007)
Regierungsmedian		0,007 (0,006)		0,007 (0,006)		0,013* (0,006)		0,013* (0,006)
Regierungsmehrheit		-0,001 (0,011)		-0,001 (0,011)		0,017 (0,010)		0,018 (0,011)
Wahlkreisgröße (ln)			0,000 (0,007)	0,000 (0,007)			-0,016* (0,007)	-0,016* (0,007)
Beobachtungen	18520	18520	18520	18520	32320	32320	32320	32320

Durchschnittliche marginale Effekte zur Mixed-Effects-Logit-Regression

Standardfehler in Klammern

* $p < 0.05$, ** $p < 0.01$

Auch hier bleibt der wesentliche Effekt erhalten (Tabelle 9-3): Eine Abstimmung im Council erhöht die Parteigeschlossenheit für Oppositionsparteien deutlich um drei bis achte Prozentpunkte (Tabelle 9-4) und verringert sie nicht für Regierungsparteien.

Auch die meisten anderen Effekte bleiben erhalten:

Abstimmungen gegen die Regierung erhöhen, Lesungen verringern die Parteigeschlossenheit der Oppositionsparteien, knappe Abstimmungen erhöhen die Geschlossenheit der Regierungsparteien.

Die Effekte des Mehrheitsstatus verschwinden oder drehen sich sogar ins Gegenteil beim Medianstatus für die Geschlossenheit der Oppositionsparteien. Zu Bedenken ist hier aber, dass durch die Einführung der weiteren Ebene nicht mehr das gleiche kontrolliert wird. Während im ursprünglichen Modell der Unterschied einer Medianregierung zu einer Minderheits- oder Mehrheitsregierung untersucht wurde, wird in dem Mehr-Ebenen-Modell der Effekt eines

Wechsels innerhalb der Legislaturperiode untersucht, da es ja feste Dummies für jede Legislaturperiode gibt und Unterschiede im Mehrheitsstatus zwischen den Legislaturperioden durch dieses Dummies aufgenommen werden.

9.1.3 Kontrolle des Sitzanteils

In einigen Studien wird ein Effekt des Sitzanteils auf die Parteigeschlossenheit gefunden (Sieberer 2006). Im Europaparlament wachsen die Parteien und gleichzeitig steigt ihre Geschlossenheit (Hix, Noury & Roland 2005). Zudem geht eine stärkere Parteiorganisation sowohl mit einem höheren Wahlerfolg (Tavits 2012a) als auch einer höheren Parteigeschlossenheit (Tavits 2012b) einher, sodass auch die Verbindung zwischen Wahlerfolg und Parteigeschlossenheit gezogen werden kann. Zudem scheint sich die effektive Anzahl von Parteien, also geringere Parteigrößen, negativ auf die Parteigeschlossenheit auszuwirken (Kailitz 2008). Auf der anderen Seite erhöhen knappe Abstimmungen die Geschlossenheit insbesondere auf Regierungsseite (vgl. Abschnitt 3.5.3.5: Knappheit der Abstimmung).

In meinem Modell kontrolliere ich durch die zufälligen Effekte für die einzelnen Parteien in den einzelnen Staaten. Der Sitzanteil kann also nur die Unterschiede derselben Parteien zwischen den Kammern einerseits und zwischen den Legislaturperioden andererseits einfangen. Zudem bedingt die Wahlkreisgröße die Sitzanteile. Durch die unterschiedlichen Wahlkreisgrößen und somit Parteienzahlen und Sitzanteile in den beiden Kammern entsteht ein ähnliches Problem wie mit den Wahlkreisgrößen: Die Effekte sind nicht sauber zu trennen von den Effekten der Kammern. Im Folgenden führe ich dennoch einen Robustheitstest durch, in dem ich für den Sitzanteil kontrolliere.

Der Sitzanteil hat einen negativen Einfluss auf die Parteigeschlossenheit beziehungsweise erhöht die Wahrscheinlichkeit mindestens einer Abweichung (Tabelle 9-5). Ein um einen Prozentpunkt erhöhter Sitzanteil führt für Regierungsparteien zu ca. 0,2 und für Oppositionsparteien sogar zu ca. 0,6 Prozentpunkten erhöhter Wahrscheinlichkeit einer Abweichung (Tabelle 9-6). Der wesentlichen Befunde aus der Original-Analyse bleibt erhalten. In diesem Robustheitstest sind Regierungsparteien ebenfalls nicht signifikant weniger geschlossen im Council, allerdings hat sich das Vorzeichen gedreht. Der Effekt wäre aber mit weniger als einem Prozentpunkt nicht sehr groß. Oppositionsparteien sind auch hier geschlossener im Council – in den Modellen, in denen für die Wahlkreisgröße kontrolliert wird, um mehr als 15 Prozentpunkte. Das ist aber wahrscheinlich auf den erhöhten Effekt der Wahlkreisgröße zurückzuführen, der gleichzeitig auch ein Effekt der Abstimmung im Council

Tabelle 9-5: Kontrolle des Sitzanteils: Regression der Wahrscheinlichkeit einer vollständig geschlossenen Abstimmung einer Partei in den australischen Staaten

	Regierungsparteien				Oppositionsparteien			
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)
Fixed Effects								
Zweite Kammer	-0,213 (0,127)	-0,173 (0,132)	-0,078 (0,380)	-0,053 (0,381)	0,649** (0,081)	0,637** (0,081)	2,225** (0,303)	2,193** (0,303)
Gegen die Regierung	-3,578** (0,481)	-3,610** (0,482)	-3,580** (0,481)	-3,612** (0,482)	0,731** (0,114)	0,742** (0,116)	0,699** (0,114)	0,714** (0,116)
Lesung	-0,422** (0,110)	-0,424** (0,110)	-0,419** (0,110)	-0,422** (0,110)	-0,773** (0,078)	-0,761** (0,078)	-0,745** (0,078)	-0,734** (0,078)
Knappheit	0,387* (0,174)	0,384* (0,174)	0,389* (0,174)	0,386* (0,174)	0,517** (0,178)	0,501** (0,180)	0,572** (0,178)	0,550** (0,180)
Sitzanteil	-4,064** (0,848)	-3,725** (0,901)	-4,106** (0,857)	-3,766** (0,910)	-10,531** (0,738)	-10,520** (0,760)	-11,336** (0,751)	-11,327** (0,775)
Regierungsmedian		-0,107 (0,129)		-0,106 (0,129)		-0,370** (0,109)		-0,358** (0,110)
Regierungsmehrheit		-0,215 (0,190)		-0,213 (0,190)		-0,274 (0,144)		-0,287* (0,145)
Wahlkreisgröße (ln)			-0,071 (0,187)	-0,063 (0,187)			-0,818** (0,151)	-0,807** (0,151)
Konstante	5,566** (0,623)	5,493** (0,626)	5,583** (0,624)	5,508** (0,627)	5,156** (0,386)	5,407** (0,402)	5,368** (0,395)	5,615** (0,411)
Random Effects								
Konstante (Partei pro Staat)	1,771* (0,762)	1,777* (0,763)	1,757* (0,757)	1,763* (0,759)	3,216** (0,946)	3,287** (0,965)	3,425** (1,006)	3,506** (1,028)
Beobachtungen	18520	18520	18520	18520	32320	32320	32320	32320
AIC	4624,52	4627,18	4626,38	4629,07	7839,85	7832,13	7812,05	7805,09
BIC	4679,31	4697,62	4689,00	4707,33	7898,53	7907,58	7879,12	7888,92

Mixed-Effects-Logit-Regression

Standardfehler in Klammern

* $p < 0.05$, ** $p < 0.01$

ist. Zu bedenken ist auch, dass gerade für Regierungsparteien der Sitzanteil im Council niedriger ist. Der Effekt des Sitzanteils ist also insbesondere für Regierungsparteien nicht klar zu trennen vom Effekt der Abstimmung im Council.

Tabelle 9-6: Kontrolle des Sitzanteils: Durchschnittliche marginale Effekte auf die Wahrscheinlichkeit einer vollständig geschlossenen Abstimmung einer Partei in den australischen Staaten

	Regierungsparteien				Oppositionsparteien			
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)
Zweite Kammer	-0,009 (0,006)	-0,007 (0,006)	-0,003 (0,016)	-0,002 (0,016)	0,040** (0,007)	0,039** (0,007)	0,152** (0,030)	0,151** (0,030)
Gegen die Regierung	-0,418** (0,101)	-0,423** (0,101)	-0,419** (0,101)	-0,424** (0,102)	0,047** (0,010)	0,049** (0,010)	0,046** (0,010)	0,048** (0,010)
Lesung	-0,018* (0,007)	-0,018* (0,007)	-0,018* (0,007)	-0,018* (0,007)	-0,046** (0,008)	-0,046** (0,008)	-0,046** (0,008)	-0,046** (0,008)
Knappheit	0,016 (0,009)	0,016 (0,009)	0,016 (0,009)	0,016 (0,009)	0,031** (0,012)	0,030** (0,012)	0,035** (0,012)	0,034** (0,012)
Regierungssitzanteil	-0,170** (0,066)	-0,155* (0,063)	-0,172** (0,066)	-0,157* (0,064)	-0,630** (0,104)	-0,634** (0,106)	-0,701** (0,110)	-0,706** (0,111)
Regierungsmedian		-0,004 (0,005)		-0,004 (0,005)		-0,022** (0,007)		-0,022** (0,007)
Regierungsmehrheit		-0,009 (0,009)		-0,009 (0,008)		-0,016 (0,009)		-0,017 (0,009)
Wahlkreisgröße (ln)			-0,003 (0,008)	-0,003 (0,008)			-0,051** (0,012)	-0,050** (0,012)
Beobachtungen	18520	18520	18520	18520	32320	32320	32320	32320

Durchschnittliche marginale Effekte zur Mixed-Effects-Logit-Regression

Standardfehler in Klammern

* $p < 0.05$, ** $p < 0.01$

9.1.4 Nur Abstimmungen zu Lesungen

Ich habe oben argumentiert, dass die Abstimmungen zu Lesungen die entscheidenden sind. Um auszuschließen, dass meine gefundenen Effekte lediglich auf die nachrangigen Abstimmungen zurückzuführen sind, führe ich hier noch einen Robustheitstest mit einem auf die Abstimmungen zu Lesungen deutlich reduzierten Datensatz durch.

Auch hier bleibt der wesentliche Befund erhalten: Eine Abstimmung im Council hat zumindest keinen negativen Einfluss auf die Parteigeschlossenheit und für Oppositionsparteien eher einen positiven Einfluss (Tabelle 9-7).

In den Lesungen gibt es weiterhin einen stark negativen Effekt der Abstimmungen gegen die Regierung unter den Regierungsparteien. Für die Oppositionsparteien erhöhen Abstimmungen

Tabelle 9-7: Nur Abstimmungen zu Lesungen: Regression der Wahrscheinlichkeit einer vollständig geschlossenen Abstimmung einer Partei in den australischen Staaten

	Regierungsparteien				Oppositionsparteien			
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)
Fixed Effects								
Zweite Kammer	0,251 (0,195)	0,259 (0,195)	0,150 (0,634)	0,165 (0,643)	0,827** (0,153)	0,827** (0,153)	0,738 (0,399)	0,720 (0,400)
Gegen die Regierung	-3,179** (0,809)	-3,251** (0,819)	-3,177** (0,809)	-3,248** (0,820)	0,780** (0,203)	0,760** (0,204)	0,783** (0,204)	0,763** (0,204)
Knappheit	-0,262 (0,375)	-0,263 (0,378)	-0,257 (0,376)	-0,257 (0,379)	0,161 (0,322)	0,180 (0,322)	0,165 (0,323)	0,184 (0,322)
Regierungs- median		-0,475 (0,315)		-0,475 (0,315)		0,407 (0,228)		0,407 (0,228)
Regierungs- mehrheit		-0,639 (0,475)		-0,637 (0,476)		0,520 (0,309)		0,524 (0,309)
Wahlkreis- größe (ln)			0,050 (0,298)	0,046 (0,302)			0,046 (0,190)	0,055 (0,190)
Konstante	3,398** (0,436)	3,816** (0,529)	3,397** (0,438)	3,815** (0,530)	2,175** (0,333)	1,863** (0,363)	2,168** (0,334)	1,854** (0,364)
Random Effects								
Konstante (Partei pro Staat)	1,083* (0,540)	1,307 (0,669)	1,098* (0,557)	1,323 (0,686)	1,790** (0,613)	1,724** (0,598)	1,786** (0,612)	1,719** (0,597)
Beobachtungen	2858	2858	2858	2858	5555	5555	5555	5555
AIC	940,14	941,35	942,11	943,33	1939,42	1939,33	1941,36	1941,25
BIC	969,93	983,05	977,86	990,99	1972,53	1985,68	1981,10	1994,22

Mixed-Effects-Logit-Regression

Standardfehler in Klammern

* $p < 0.05$, ** $p < 0.01$

gegen die Regierung auch in diesem Modell die Parteigeschlossenheit um etwas mehr als vier Prozentpunkte, also ungefähr so stark wie im Modell mit allen Abstimmungen (Tabelle 9-8).

Alle anderen Effekte sind nicht signifikant. Das ist möglicherweise auch auf die deutlich reduzierte Fallzahl zurückzuführen.

Tabelle 9-8: Nur Abstimmungen zu Lesungen: Durchschnittliche marginale Effekte auf die Wahrscheinlichkeit einer vollständig geschlossenen Abstimmung einer Partei in den australischen Staaten

	Regierungsparteien				Oppositionsparteien			
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)
Zweite Kammer	0,012 (0,010)	0,013 (0,010)	0,007 (0,030)	0,008 (0,032)	0,050** (0,013)	0,049** (0,013)	0,044 (0,028)	0,041 (0,027)
Gegen die Regierung	-0,410* (0,167)	-0,419* (0,164)	-0,409* (0,167)	-0,417* (0,164)	0,045** (0,015)	0,042** (0,014)	0,045** (0,015)	0,042** (0,014)
Knappheit	-0,012 (0,018)	-0,013 (0,019)	-0,012 (0,018)	-0,013 (0,019)	0,009 (0,017)	0,009 (0,017)	0,009 (0,017)	0,009 (0,017)
Regierungs- median		-0,020 (0,014)		-0,020 (0,014)		0,023 (0,014)		0,023 (0,014)
Regierungs- mehrheit		-0,029 (0,025)		-0,029 (0,025)		0,028 (0,017)		0,028 (0,017)
Wahlkreis- größe (ln)			0,002 (0,014)	0,002 (0,015)			0,002 (0,010)	0,003 (0,010)
Beobachtungen	2858	2858	2858	2858	5555	5555	5555	5555

Durchschnittliche marginale Effekte zur Mixed-Effects-Logit-Regression

Standardfehler in Klammern

* $p < 0.05$, ** $p < 0.01$

9.2 Robustheitstests Koalitionsbildung (Tabelle 4-16)

9.2.1 Ohne Kontrolle des Regierungswechsels

In diesem Robustheitstest analysiere ich die Koalitionsbildung unabhängig davon, ob es vorher einen Regierungswechsel gab.

Die Ergebnisse entsprechen den Erwartungen. Sowohl die Blockzugehörigkeit als auch der Abstand zur Regierung haben einen signifikanten Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit mit der Regierung zu stimmen (Tabelle 9-9). Der Einfluss der Blockzugehörigkeit ist mit 11,7-11,8 Prozentpunkten (Tabelle 9-10) in Modell (2) und (3) aber deutlich geringer als in der Originalregression für die Fälle nach einem Regierungswechsel.

Tabelle 9-9: Ohne Kontrolle des Regierungswechsels: Regression der Wahrscheinlichkeit für Oppositionsparteien mit der Regierung zu stimmen

	(1)	(2)	(3)	(4)
Fixed Effects				
Blockzugehörigkeit	1,050** (0,165)	0,549** (0,191)	0,546** (0,191)	0,650** (0,203)
Abstand		-0,234** (0,050)	-0,241** (0,050)	-0,243** (0,050)
Regierungssitzanteil (2.K.)			-4,567* (1,832)	-2,985 (1,991)
Labor-Regierung				0,362* (0,181)
Konstante	-0,454* (0,191)	0,253 (0,223)	2,262** (0,834)	1,314 (0,956)
Random Effects				
Konstante (Partei pro Staat)	0,857** (0,278)	0,582** (0,200)	0,571** (0,195)	0,568** (0,194)
Beobachtungen	1952	1952	1952	1952
AIC	2342,198	2322,580	2318,295	2316,208
BIC	2358,927	2344,886	2346,178	2349,668
Mixed-Effects-Logit-Regression Standardfehler in Klammern * p < 0.05, ** p < 0.01				

Tabelle 9-10: Ohne Kontrolle des Regierungswechsels: Durchschnittliche marginale Effekte auf die Wahrscheinlichkeit für Oppositionsparteien mit der Regierung zu stimmen

	(1)	(2)	(3)	(4)
Blockzugehörigkeit	0,218** (0,033)	0,118** (0,041)	0,117** (0,041)	0,139** (0,042)
Abstand		-0,049** (0,011)	-0,051** (0,011)	-0,051** (0,011)
Regierungssitzanteil (2.K.)			-0,961* (0,382)	-0,623 (0,414)
Labor-Regierung				0,075* (0,037)
Beobachtungen	1952	1952	1952	1952
Mixed-Effects-Logit-Regression Standardfehler in Klammern * p < 0.05, ** p < 0.01				

Tabelle 9-11: Random Effects für den Einfluss des Abstands: Regression der Wahrscheinlichkeit für Oppositionsparteien mit der Regierung zu stimmen

	Nach Regierungswechsel				Ohne Regierungswechsel			
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)
Fixed Effects								
Blockzugehörigkeit	1,600* (0,623)	1,567** (0,597)	1,569** (0,598)	1,542** (0,580)	0,568* (0,230)	0,237 (0,234)	0,241 (0,235)	0,337 (0,251)
Abstand		-0,104 (0,178)	-0,105 (0,179)	-0,094 (0,184)		-0,358** (0,079)	-0,356** (0,078)	-0,331** (0,075)
Regierungssitzanteil (2.K.)			-0,299 (5,878)	-5,275 (8,870)			-1,824 (2,377)	-0,663 (2,472)
Labor-Regierung				-0,672 (0,889)				0,411 (0,246)
Konstante	-0,076 (0,370)	0,085 (0,460)	0,205 (2,399)	2,593 (4,001)	-0,035 (0,230)	0,555* (0,237)	1,374 (1,093)	0,511 (1,206)
Random Effects								
Abstand (Partei pro Staat)	0,061 (0,061)	0,044 (0,056)	0,043 (0,057)	0,052 (0,063)	0,085 (0,046)	0,035 (0,020)	0,032 (0,019)	0,021 (0,018)
Konstante (Partei pro Staat)	0,454 (0,496)	0,439 (0,461)	0,445 (0,473)	0,342 (0,444)	0,340 (0,188)	0,268 (0,153)	0,280 (0,157)	0,336 (0,175)
Beobachtungen	394	394	394	394	1558	1558	1558	1558
AIC	415,16	416,84	418,84	420,29	1922,22	1905,05	1906,46	1905,57
BIC	431,07	436,73	442,709	448,12	1943,63	1931,80	1938,57	1943,03

Mixed-Effects-Logit-Regression

Standardfehler in Klammern

* p < 0.05, ** p < 0.01

9.2.2 Random Effects für den Einfluss des Abstands

In der Originalregression nehme ich an, dass es für jede Partei eine unterschiedliche grundsätzliche Bereitschaft zur Kooperation gibt. Möglich ist aber zusätzlich, dass die Parteien auch unterschiedlich sensibel auf den Abstand reagieren. In Tabelle 9-11 habe ich daher die gleiche Regression mit einem unterschiedlichen Einfluss des Abstands für jede Partei gerechnet. Der Effekt der Blockzugehörigkeit und des Abstands bleiben erhalten und auch in der Größenordnung vergleichbar (Tabelle 9-12). Die Kontrollvariablen haben in diesem Modell keinen Effekt mehr.

Tabelle 9-12: Random Effects für den Einfluss des Abstands: Durchschnittliche marginale Effekte auf die Wahrscheinlichkeit für Oppositionsparteien mit der Regierung zu stimmen

	Nach Regierungswechsel				Ohne Regierungswechsel			
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)
Blockzugehörigkeit	0,303** (0,114)	0,305** (0,112)	0,306** (0,113)	0,297** (0,110)	0,115* (0,046)	0,050 (0,049)	0,051 (0,050)	0,072 (0,053)
Abstand		-0,020 (0,031)	-0,020 (0,031)	-0,019 (0,031)		-0,072** (0,015)	-0,072** (0,015)	-0,068** (0,015)
Regierungssitzanteil (2.K.)			-0,055 (1,075)	-0,954 (1,606)			-0,384 (0,502)	-0,140 (0,522)
Labor-Regierung				-0,122 (0,159)				0,087 (0,052)
Beobachtungen	394	394	394	394	1558	1558	1558	1558

Durchschnittliche marginale Effekte zur Mixed-Effects-Logit-Regression

Standardfehler in Klammern

* p < 0.05, ** p < 0.01

9.2.3 Ohne New South Wales

Der Großteil meiner Beobachtungen stammt aus New South Wales. Das liegt vor allem daran, dass nur in New South Wales alle Legislaturperioden den Kriterien entsprechen. Trotzdem besteht die Gefahr, dass meine Erkenntnisse tatsächlich nicht die Koalitionsbildung im Semi-Parlamentarismus, sondern nur die Koalitionsbildung in New South Wales widerspiegeln. Um dies zu testen, führe ich die Regression noch einmal ohne die Fälle aus New South Wales durch.

Die Blockzugehörigkeit ist nicht mehr signifikant, sobald der Abstand mit aufgenommen wird. (Tabelle 9-13). Der Datensatz ist deutlich zusammengeschrumpft, sodass dies die fehlende Signifikanz erklären könnte. Die Effekte gehen in die gleiche Richtung, allerdings hat die Effektstärke des Abstands zugenommen auf Kosten der Blockzugehörigkeit (Tabelle 9-14).

**Tabelle 9-13: Ohne New South Wales: Regression der Wahrscheinlichkeit für
Oppositionsparteien mit der Regierung zu stimmen**

	Nach Regierungswechsel				Ohne Regierungswechsel			
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)
Fixed Effects								
Blockzugehörigkeit	0,203 (0,492)	0,141 (0,524)	0,067 (0,499)	0,067 (0,499)	0,979 (0,674)	0,175 (0,484)	0,172 (0,490)	0,024 (0,453)
Abstand		0,074 (0,188)	0,112 (0,188)	0,112 (0,188)		-0,585** (0,124)	-0,585** (0,124)	-0,527** (0,127)
Regierungssitzanteil (2.K.)			-29,130 (17,544)	-29,130 (17,544)			-0,570 (12,713)	-2,216 (12,618)
Labor-Regierung								0,605 (0,379)
Konstante	0,167 (0,315)	0,041 (0,453)	10,829 (6,522)	10,829 (6,522)	-0,683* (0,296)	0,983** (0,371)	1,252 (6,000)	1,601 (5,939)
Random Effects								
Konstante (Partei pro Staat)	0,147 (0,233)	0,159 (0,248)	0,108 (0,182)	0,108 (0,182)	0,706 (0,433)	0,251 (0,210)	0,251 (0,210)	0,202 (0,188)
Beobachtungen	138	138	138	138	302	302	302	302
AIC	194,94	196,78	195,83	195,83	400,35	378,73	380,73	380,16
BIC	203,72	208,49	210,46	210,46	411,48	393,57	399,28	402,42

Mixed-Effects-Logit-Regression

Standardfehler in Klammern

* p < 0.05, ** p < 0.01

Tabelle 9-14: Ohne New South Wales: Durchschnittliche marginale Effekte auf die Wahrscheinlichkeit für Oppositionsparteien mit der Regierung zu stimmen

	Nach Regierungswechsel				Ohne Regierungswechsel			
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)
Blockzugehörigkeit	0,048 (0,117)	0,033 (0,124)	0,016 (0,118)	0,016 (0,118)	0,208 (0,135)	0,036 (0,099)	0,035 (0,100)	0,005 (0,092)
Abstand		0,017 (0,044)	0,026 (0,044)	0,026 (0,044)		-0,118** (0,021)	-0,118** (0,021)	-0,107** (0,022)
Regierungssitzanteil (2.K.)			-6,850 (3,887)	-6,850 (3,887)			-0,115 (2,573)	-0,448 (2,552)
Labor-Regierung								0,122 (0,074)
Beobachtungen	138	138	138	138	302	302	302	302

Durchschnittliche marginale Effekte zur Mixed-Effects-Logit-Regression

Standardfehler in Klammern

* p < 0.05, ** p < 0.01

9.2.4 Kontrolle für die Alternativregierung

Labor und die Coalition gehören zwangsläufig nicht zum selben Block und ihr Abstand ist sehr gering. Zudem ist es einerseits möglich, dass sie häufiger gegen die jeweilige Regierung stimmen als die Parteien ohne Aussicht auf Regierungsbeteiligung, weil sie weniger kompromissbereit sind oder um einen Konflikt zur Schau zu stellen. Möglich ist allerdings auch, dass die Regierung gezielt die Zustimmung der Alternativregierung sucht, damit nach einer möglichen Wahlniederlage nicht alle Gesetze zurückgedreht werden. Auch scheinen einige meiner Befunde darauf hinzudeuten, dass die Alternativregierungen eher häufiger mitarbeiten.

Es wäre daher generell sinnvoll, für den Parteityp der Alternativregierung zu kontrollieren, da es wahrscheinlich ist, dass diese Parteien sich grundsätzlich anders verhalten als die anderen. Allerdings ändert sich der Status als Alternativregierung nicht für die einzelnen Parteien und für die jeweiligen Parteien wird bereits durch den Random-Effects-Term auf Parteebene kontrolliert. Der Koeffizient ist daher wahrscheinlich nicht besonders aussagekräftig. Ich führe dennoch einen Robustheitstest mit einer Kontrolle für die Alternativregierung durch.

Tabelle 9-15: Kontrolle für die Alternativregierung: Regression der Wahrscheinlichkeit für Oppositionsparteien mit der Regierung zu stimmen

	Nach Regierungswechsel				Ohne Regierungswechsel			
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)
Fixed Effects								
Alternativ- regierung	0,533 (0,794)	0,508 (0,673)	0,533 (0,678)	0,528 (0,666)	0,533 (0,794)	0,443 (0,251)	0,458 (0,249)	0,547* (0,250)
Blockzuge- hörigkeit	1,717* (0,761)	1,709** (0,648)	1,742** (0,655)	1,730** (0,648)	1,717* (0,761)	0,148 (0,222)	0,159 (0,222)	0,361 (0,242)
Abstand		-0,206 (0,144)	-0,201 (0,144)	-0,208 (0,145)		-0,252** (0,054)	-0,263** (0,054)	-0,261** (0,054)
Regierungs- sitzanteil (2.K.)			-2,301 (5,718)	-4,824 (8,823)			-4,265 (2,250)	-1,105 (2,442)
Labor- Regierung				-0,330 (0,875)				0,691** (0,215)
Konstante	-0,373 (0,551)	0,026 (0,546)	0,915 (2,275)	2,136 (3,971)	-0,373 (0,551)	0,199 (0,256)	2,154* (1,060)	0,231 (1,207)
Random Effects								
Konstante (Partei pro Staat)	1,015 (0,607)	0,606 (0,488)	0,614 (0,488)	0,579 (0,478)	1,015 (0,607)	0,476** (0,176)	0,448** (0,168)	0,424** (0,160)
Beobachtungen	394	394	394	394	394	1558	1558	1558
AIC	417,708	417,735	419,572	421,432	417,708	1914,560	1912,963	1904,027
BIC	433,613	437,617	443,430	449,266	433,613	1941,316	1945,070	1941,485

Mixed-Effects-Logit-Regression

Standardfehler in Klammern

* p < 0.05, ** p < 0.01

Es gibt keine wesentlichen Änderungen im Vergleich zum Originalmodell. Die Effekte von Abstand und Blockzugehörigkeit bleiben erhalten (Tabelle 9-15) und in der Größe ähnlich (Tabelle 9-16). Der Status als Alternativregierung ist in fast allen Modellen nicht signifikant und hat nur in Modell (8), bei dem auch für die Laborregierung kontrolliert wird, einen signifikanten Effekt von 11,7 Prozentpunkten, während die nicht signifikante Effektstärke in allen anderen Modellen unter einem Prozentpunkt liegt. Das deutet darauf hin, dass unter Laborregierungen die Alternativregierungen deutlich häufiger an der Gesetzgebungscoalition

Tabelle 9-16: Kontrolle für die Alternativregierung: Durchschnittliche marginale Effekte auf die Wahrscheinlichkeit für Oppositionsparteien mit der Regierung zu stimmen

	Nach Regierungswechsel				Ohne Regierungswechsel			
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)
Alternativ- regierung	0,097 (0,144)	0,094 (0,123)	0,099 (0,124)	0,098 (0,122)	0,097 (0,144)	0,095 (0,053)	0,099 (0,053)	0,117* (0,053)
Blockzuge- hörigkeit	0,321* (0,135)	0,336** (0,120)	0,343** (0,122)	0,341** (0,121)	0,321* (0,135)	0,032 (0,048)	0,034 (0,048)	0,077 (0,051)
Abstand		-0,038 (0,026)	-0,037 (0,026)	-0,038 (0,027)		-0,054** (0,012)	-0,057** (0,012)	-0,056** (0,012)
Regierungs- sitzanteil (2.K.)			-0,426 (1,059)	-0,893 (1,637)			-0,918 (0,486)	-0,235 (0,520)
Labor- Regierung				-0,061 (0,162)				0,147** (0,044)
Beobachtungen	394	394	394	394	394	1558	1558	1558

Mixed-Effects-Logit-Regression

Standardfehler in Klammern

* $p < 0.05$, ** $p < 0.01$

beteiligt sind als andersherum und sich die Effekte der Alternativregierung und der Laborregierung ungefähr ausgleichen. Entscheidend ist, dass die Effekte des Abstands und der Blockzugehörigkeit auch in diesem Robustheitstest erhalten bleiben.

9.3 Robustheitstests legislative Erfolgsraten im Systemvergleich (Tabelle 5-2)

9.3.1 Bikamerale Staaten als Minderheitsregierung codiert

Im Semi-Parlamentarismus zähle ich nur dann eine Regierung als Mehrheitsregierung, wenn sie die Mehrheit der Sitze beider Kammern kontrolliert. In dem kombinierten Datensatz habe ich nicht für alle Fälle die Daten zu den Mehrheitsverhältnissen der zweiten Kammer, insbesondere nicht für diejenigen von Saiegh (2011), beziehungsweise kann ich diese nicht eindeutig zuordnen. Ich nutze für alle nicht semi-parlamentarischen Staaten daher nur die Mehrheitsverhältnisse der ersten Kammer. Es ist also möglich, dass auf diese Weise bikamerale Staaten anderer Regierungssysteme zu Unrecht als Mehrheitsregierung aufgefasst würden und

Tabelle 9-17: Bikamerale Staaten als Minderheitsregierung codiert: Regression der legislativen Erfolgsraten in unterschiedlichen Regierungssystemen

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)
Parlamentarismus	0,175 (0,239)	0,152 (0,230)	0,154 (0,231)	0,197 (0,273)	0,378 (0,258)
Semi-Präsidentialismus	-0,074 (0,282)	-0,100 (0,292)	-0,100 (0,291)	0,103 (0,336)	0,282 (0,318)
Präsidentialismus	-0,924** (0,281)	-0,920** (0,284)	-0,919** (0,283)	-0,906* (0,394)	-0,752* (0,366)
Mehrheitsregierung		0,091 (0,172)	0,092 (0,171)	0,118 (0,192)	0,095 (0,190)
Koalitionsregierung		0,035 (0,149)	0,034 (0,142)	0,073 (0,166)	0,022 (0,162)
Wahlkreisgröße (ln)			0,004 (0,081)	0,011 (0,078)	0,031 (0,073)
Demokratisierungsgrad				-0,101 (0,063)	-0,103 (0,057)
Regimestabilität (ln)				0,093 (0,090)	0,019 (0,099)
Jahr					0,026** (0,009)
Konstante	1,604** (0,171)	1,578** (0,189)	1,570** (0,228)	2,133** (0,819)	-48,696** (17,633)
Beobachtungen	856	856	856	803	803
AIC	610,970	614,783	616,780	580,715	578,085
BIC	629,979	643,296	650,046	622,910	624,968

Fractional-Response-Regression (Logit)

Standardfehler in Klammern

* $p < 0.05$, ** $p < 0.01$

sie so den Schnitt der anderen Staaten herunterziehen. In diesem Robustheitstest codiere ich alle bikameralen Staaten dieser anderen Regierungssysteme als Minderheitsregierung.

Die Ergebnisse bleiben erhalten. Es gibt weiterhin keinen signifikanten Unterschied vom Parlamentarismus oder dem Semi-Präsidentialismus zum Semi-Parlamentarismus (Tabelle 9-17). Die Erfolgsraten im Präsidentialismus sind zwischen 14,1 und 16,9 Prozentpunkten niedriger als im Semi-Parlamentarismus und in allen Modellen signifikant. Im Schnitt steigt die Erfolgsrate wie in der Originalregression jedes Jahr um 0,4 Prozentpunkte (Tabelle 9-18).

Table 9-18: Bikamerale Staaten als Minderheitsregierung codiert: Durchschnittliche marginale Effekte auf die legislativen Erfolgsraten im Semi-Parlamentarismus

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)
Parlamentarismus	0,023 (0,032)	0,020 (0,030)	0,020 (0,030)	0,026 (0,037)	0,051 (0,036)
Semi-Präsidentialismus	-0,011 (0,041)	-0,014 (0,042)	-0,014 (0,042)	0,014 (0,046)	0,040 (0,044)
Präsidentialismus	-0,169** (0,055)	-0,167** (0,055)	-0,167** (0,055)	-0,166* (0,074)	-0,141* (0,070)
Mehrheitsregierung		0,014 (0,026)	0,014 (0,026)	0,018 (0,029)	0,014 (0,028)
Koalitionsregierung		0,005 (0,023)	0,005 (0,021)	0,011 (0,025)	0,003 (0,024)
Wahlkreisgröße (ln)			0,001 (0,012)	0,002 (0,012)	0,005 (0,011)
Demokratisierungsgrad				-0,015 (0,009)	-0,015 (0,008)
Regimestabilität (ln)				0,014 (0,014)	0,003 (0,015)
Jahr					0,004** (0,001)
Beobachtungen	856	856	856	803	803

Durchschnittliche marginale Effekte zur Fractional-Response-Regression (Logit)

Standardfehler in Klammern

* $p < 0.05$, ** $p < 0.01$

9.3.2 Kontrollvariablen im Semi-Parlamentarismus basieren auf der ersten Kammer

Die Kontrollvariablen beziehen sich im Semi-Parlamentarismus grundsätzlich auf die zweite Kammer bzw. auf die Kombination beider Kammern, da die zweite Kammer die eigentliche legislative Kammer ist. Die Daten aller anderen Systeme beziehen sich auf die erste Kammer. Um auszuschließen, dass der gefundene Effekt lediglich darauf zurückzuführen ist, nutze ich in diesem Robustheitstest daher auch für die semi-parlamentarischen Staaten nur die Daten der ersten Kammer. Das bezieht sich vor allem auf den Mehrheitsstatus, der sich jetzt nur noch auf die erste Kammer bezieht und somit deutlich häufiger als Mehrheit codiert wird, aber auch auf die Wahlkreisgröße.

Tabelle 9-19: Kontrollvariablen im Semi-Parlamentarismus basieren auf der ersten Kammer: Regression der legislativen Erfolgsraten in unterschiedlichen Regierungssystemen

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)
Parlamentarismus	0,175 (0,239)	0,225 (0,220)	0,220 (0,229)	0,237 (0,256)	0,388 (0,253)
Semi-Präsidentialismus	-0,074 (0,282)	-0,048 (0,269)	-0,055 (0,306)	0,110 (0,326)	0,264 (0,326)
Präsidentialismus	-0,924** (0,281)	-0,813** (0,252)	-0,819** (0,269)	-0,856* (0,357)	-0,718* (0,349)
Mehrheitsregierung		0,303 (0,173)	0,303 (0,173)	0,267 (0,170)	0,284 (0,176)
Koalitionsregierung		-0,011 (0,153)	-0,013 (0,143)	0,026 (0,163)	-0,027 (0,162)
Wahlkreisgröße (ln)			0,005 (0,086)	0,010 (0,082)	0,032 (0,077)
Demokratisierungsgrad				-0,095 (0,060)	-0,095 (0,054)
Regimestabilität (ln)				0,076 (0,090)	0,000 (0,100)
Jahr					0,026** (0,009)
Konstante	1,604** (0,171)	1,360** (0,197)	1,359** (0,201)	1,978* (0,771)	-50,588** (18,621)
Beobachtungen	856	856	856	803	803
AIC	610,970	612,422	614,419	579,110	576,177
BIC	629,979	640,935	647,685	621,305	623,061

Fractional-Response-Regression (Logit)

Standardfehler in Klammern

* $p < 0.05$, ** $p < 0.01$

Die Ergebnisse bleiben auch in diesem Robustheitstest erhalten. Nur die Erfolgsraten des Präsidentialismus unterscheiden sich signifikant von denen im Semi-Parlamentarismus (Tabelle 9-19). Auch die Größe des Einflusses entspricht mit um 13,4 bis 16,9 Prozentpunkten niedrigeren Erfolgsraten annähernd denen aus der Originalregression (Tabelle 9-20). Ebenfalls erhalten bleibt der Effekt des Jahres mit vier Prozentpunkten pro Jahr. Das zeigt ebenso wie die Signifikanzwerte im Originalmodell, dass die tatsächlichen Mehrheitsverhältnisse weniger entscheidend sind für die Erfolgsraten als anzunehmen wäre.

Tabelle 9-20: Kontrollvariablen im Semi-Parlamentarismus basieren auf der ersten Kammer: Durchschnittliche marginale Effekte auf die legislativen Erfolgsraten im Semi-Parlamentarismus

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)
Parlamentarismus	0,023 (0,032)	0,030 (0,029)	0,029 (0,031)	0,032 (0,035)	0,053 (0,036)
Semi-Präsidentialismus	-0,011 (0,041)	-0,007 (0,039)	-0,008 (0,045)	0,015 (0,045)	0,038 (0,046)
Präsidentialismus	-0,169** (0,055)	-0,148** (0,049)	-0,149** (0,050)	-0,157* (0,067)	-0,134* (0,065)
Mehrheitsregierung		0,046 (0,027)	0,046 (0,027)	0,040 (0,026)	0,042 (0,027)
Koalitionsregierung		-0,002 (0,023)	-0,002 (0,022)	0,004 (0,024)	-0,004 (0,024)
Wahlkreisgröße (ln)			0,001 (0,013)	0,001 (0,012)	0,005 (0,011)
Demokratisierungsgrad				-0,014 (0,009)	-0,014 (0,008)
Regimestabilität (ln)				0,011 (0,013)	0,000 (0,015)
Jahr					0,004** (0,001)
Beobachtungen	856	856	856	803	803

Durchschnittliche marginale Effekte zur Fractional-Response-Regression (Logit)

Standardfehler in Klammern

* $p < 0.05$, ** $p < 0.01$

9.3.3 Vollständiger Datensatz

In meiner Originalregression nutze ich aus Saieghs Datensatz lediglich die Daten ab 1979. Im Originaldatensatz gehen die Daten vereinzelt bis 1946 zurück. In diesem Robustheitstest nutze auch die Daten von 1946 bis 1978.

Das wesentliche Ergebnis bleibt erhalten (Tabelle 9-21). Der Präsidentialismus hat um 13,7 bis 18,4 Prozentpunkten signifikant niedrigere Erfolgsraten als der Semi-Parlamentarismus (Tabelle 9-22). Die anderen Systeme unterscheiden sich nicht vom Semi-Parlamentarismus. Der Koalitionsstatus hat einen eher negativen Einfluss, der in zwei Modellen auch signifikant ist, mit drei bis vier Prozentpunkten aber deutlich niedriger ausfällt als der Effekt des Präsidentialismus. Der Einfluss der Jahreszahl verschwindet in diesem Robustheitstest. Dieser Unterschied zum Originalmodell deutet darauf hin, dass die Kürzung des Datensatzes ab 1979 nicht vollständig unproblematisch ist. Im Folgenden werde ich daher einen weiteren Robustheitstest mit einem anderen Punkt der Kürzung durchführen.

Tabelle 9-21: Vollständiger Datensatz: Regression der legislativen Erfolgsraten in unterschiedlichen Regierungssystemen

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)
Parlamentarismus	0,168 (0,205)	0,164 (0,207)	0,136 (0,213)	0,272 (0,233)	0,345 (0,230)
Semi-Präsidentialismus	0,018 (0,246)	0,066 (0,270)	0,046 (0,260)	0,288 (0,269)	0,300 (0,272)
Präsidentialismus	-0,974** (0,197)	-0,961** (0,202)	-0,963** (0,203)	-0,732** (0,266)	-0,747** (0,236)
Mehrheitsregierung		0,188 (0,169)	0,175 (0,172)	0,173 (0,168)	0,248 (0,170)
Koalitionsregierung		-0,265* (0,135)	-0,222 (0,124)	-0,197 (0,131)	-0,255* (0,127)
Wahlkreisgröße (ln)			-0,064 (0,087)	-0,059 (0,089)	-0,053 (0,082)
Demokratisierungsgrad				-0,035 (0,038)	-0,034 (0,032)
Regimestabilität (ln)				0,132 (0,073)	0,067 (0,079)
Jahr					0,010 (0,006)
Konstante	1,556** (0,147)	1,575** (0,154)	1,679** (0,217)	1,439** (0,519)	-18,751 (12,451)
Beobachtungen	1220	1220	1216	1130	1130
AIC	872,351	872,924	871,660	808,990	807,126
BIC	892,777	903,563	907,383	854,259	857,426

Fractional-Response-Regression (Logit)

Standardfehler in Klammern

* $p < 0.05$, ** $p < 0.01$

Tabelle 9-22: Vollständiger Datensatz: Durchschnittliche marginale Effekte auf die legislativen Erfolgsraten im Semi-Parlamentarismus

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)
Parlamentarismus	0,023 (0,028)	0,022 (0,028)	0,019 (0,029)	0,039 (0,033)	0,049 (0,032)
Semi-Präsidentialismus	0,003 (0,035)	0,009 (0,038)	0,006 (0,036)	0,041 (0,037)	0,043 (0,038)
Präsidentialismus	-0,184** (0,037)	-0,181** (0,037)	-0,180** (0,037)	-0,137** (0,050)	-0,142** (0,046)
Mehrheitsregierung		0,029 (0,026)	0,027 (0,026)	0,026 (0,026)	0,037 (0,026)
Koalitionsregierung		-0,040 (0,021)	-0,034 (0,019)	-0,030 (0,020)	-0,038* (0,019)
Wahlkreisgröße (ln)			-0,010 (0,013)	-0,009 (0,013)	-0,008 (0,012)
Demokratisierungsgrad				-0,005 (0,006)	-0,005 (0,005)
Regimestabilität (ln)				0,020 (0,011)	0,010 (0,012)
Jahr					0,002 (0,001)
Beobachtungen	1220	1220	1216	1130	1130

Durchschnittliche marginale Effekte zur Fractional-Response-Regression (Logit)

Standardfehler in Klammern

* p < 0.05, ** p < 0.01

9.3.4 Nur Beobachtungen ab 1997

Ich nutze die Daten ab 1979 als Kompromiss zwischen einem möglichst umfangreichen Datensatz und einer möglichst hohen Vergleichbarkeit zwischen den Regierungssystemen. Die ersten Fälle meines eigenen Datensatzes beginnen erst 1997. Im vollständigen Modell gibt es keinen Einfluss der Jahreszahl, nur im gekürzten Datensatz. Um auszuschließen, dass die Kürzung zu einem ungünstigen Zeitpunkt erfolgte, führe ich einen weiteren Robustheitstest mit einem deutlich stärker gekürzten Datensatz durch.

Die Ergebnisse bleiben auch in diesem Robustheitstest erhalten. Trotz der deutlich geringeren Anzahl an präsidentiellen Fällen bleibt der Unterschied der Erfolgsraten des Präsidentialismus zum Semi-Parlamentarismus weiterhin signifikant (Tabelle 9-23) und mit Werten zwischen 13,7 bis 18,1 Prozentpunkten ähnlich hoch wie im Originalmodell (Tabelle 9-24).

Tabelle 9-23: Nur Beobachtungen ab 1997: Regression der legislativen Erfolgsraten in unterschiedlichen Regierungssystemen

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)
Parlamentarismus	0,422 (0,267)	0,186 (0,291)	0,194 (0,284)	0,261 (0,316)	0,277 (0,311)
Semi-Präsidentialismus	0,214 (0,317)	-0,149 (0,331)	-0,154 (0,337)	0,164 (0,345)	0,184 (0,337)
Präsidentialismus	-0,861** (0,282)	-1,064** (0,288)	-1,056** (0,284)	-0,855* (0,416)	-0,824* (0,417)
Mehrheitsregierung		0,362* (0,156)	0,373* (0,157)	0,403** (0,157)	0,403* (0,157)
Koalitionsregierung		0,249 (0,202)	0,238 (0,192)	0,228 (0,204)	0,224 (0,206)
Wahlkreisgröße (ln)			0,030 (0,097)	0,049 (0,098)	0,048 (0,098)
Demokratisierungsgrad				0,086 (0,159)	0,085 (0,157)
Regimestabilität (ln)				0,025 (0,144)	0,018 (0,149)
Jahr					0,006 (0,013)
Konstante	1,609** (0,188)	1,485** (0,213)	1,436** (0,231)	0,424 (1,475)	-11,528 (26,790)
Beobachtungen	507	507	507	473	473
AIC	327,868	328,653	330,586	309,311	311,265
BIC	344,782	354,024	360,186	346,743	352,856

Fractional-Response-Regression (Logit)

Standardfehler in Klammern

* $p < 0.05$, ** $p < 0.01$

Interessant ist, dass der Mehrheitsstatus im verkürzten Datensatz einen signifikanten positiven Einfluss hat, der auch mit ungefähr fünf Prozentpunkten über alle Modelle hinweg nicht sehr klein ausfällt, wenn auch deutlich kleiner als der Einfluss des Präsidentialismus. Der Einfluss der Jahreszahl existiert auch in diesem stark verkürzten Datensatz nicht. Wahrscheinlich ist somit tatsächlich die Kürzung des Datensatzes in gewisser Weise ursächlich für diesen beobachteten Effekt der Jahreszahl. Mit der Kürzung auf alle Daten ab 1979 habe ich versucht, so viele präsidentielle Fälle wie möglich zu erhalten und es gibt daher ein Ungleichgewicht im Datensatz, sodass gerade in den ersten Jahren besonders viele präsidentielle Fälle enthalten sind. Die Robustheitstests zeigen aber, dass die Effekte der Systemunterschiede nicht auf dieses Ungleichgewicht zurückzuführen sind.

Tabelle 9-24: Nur Beobachtungen ab 1997: Durchschnittliche marginale Effekte auf die legislativen Erfolgsraten im Semi-Parlamentarismus

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)
Parlamentarismus	0,051 (0,033)	0,021 (0,034)	0,022 (0,033)	0,030 (0,037)	0,032 (0,037)
Semi-Präsidentialismus	0,028 (0,040)	-0,019 (0,043)	-0,020 (0,044)	0,020 (0,042)	0,022 (0,041)
Präsidentialismus	-0,155** (0,053)	-0,181** (0,048)	-0,180** (0,047)	-0,142* (0,072)	-0,137 (0,073)
Mehrheitsregierung		0,047* (0,021)	0,048* (0,021)	0,051* (0,021)	0,051* (0,021)
Koalitionsregierung		0,032 (0,026)	0,031 (0,025)	0,029 (0,026)	0,029 (0,026)
Wahlkreisgröße (ln)			0,004 (0,013)	0,006 (0,012)	0,006 (0,012)
Demokratisierungsgrad				0,011 (0,020)	0,011 (0,020)
Regimestabilität (ln)				0,003 (0,018)	0,002 (0,019)
Jahr					0,001 (0,002)
Beobachtungen	507	507	507	473	473

Durchschnittliche marginale Effekte zur Fractional-Response-Regression (Logit)

Standardfehler in Klammern

* $p < 0.05$, ** $p < 0.01$

9.3.5 Nur sehr demokratische Staaten (Polity V-Wert von mindestens 8)

Nach Polity V (Marshall/Gurr 2019) sind nicht alle Staaten im Datensatz von Saiegh (2011) demokratisch. In diesem Robustheitsteste nutze ich nur die nach Polity V demokratischen Staaten. Um den Einfluss des Demokratielevels möglichst auszuschließen, behalte ich aber lediglich die Fälle aus dem Datensatz, deren Polity V- Wert bei mindestens acht liegt.

Der Unterschied zwischen Präsidentialismus und Semi-Parlamentarismus ist aber auch in diesen sehr demokratischen Staaten in allen Modellen signifikant (Tabelle 9-25) und mit 14,4 bis 20,1 Prozentpunkten vergleichbar zum Originalmodell beziehungsweise etwas stärker (Tabelle 9-26). Auch der Einfluss der Jahreszahl bleibt erhalten und beträgt weiterhin 0,4 Prozentpunkte pro Jahr. Dieses Ergebnis bestätigt mich darin, dass die Befunde nicht auf den Demokratisierungsgrad zurückgehen.

Tabelle 9-25: Nur sehr demokratische Staaten: Regression der legislativen Erfolgsraten in unterschiedlichen Regierungssystemen

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)
Parlamentarismus	0,187 (0,234)	0,021 (0,258)	0,035 (0,258)	0,155 (0,295)	0,332 (0,281)
Semi-Präsidentialismus	-0,064 (0,284)	-0,277 (0,288)	-0,278 (0,294)	-0,009 (0,312)	0,166 (0,306)
Präsidentialismus	-1,019** (0,295)	-1,121** (0,282)	-1,114** (0,280)	-0,951* (0,412)	-0,781* (0,382)
Mehrheitsregierung		0,311 (0,177)	0,318 (0,176)	0,308 (0,176)	0,353 (0,188)
Koalitionsregierung		0,061 (0,171)	0,050 (0,164)	0,060 (0,172)	-0,015 (0,180)
Wahlkreisgröße (ln)			0,038 (0,078)	0,055 (0,079)	0,077 (0,072)
Demokratisierungsgrad				-0,123 (0,177)	-0,118 (0,160)
Regimestabilität (ln)				0,139 (0,094)	0,047 (0,104)
Jahr					0,028** (0,010)
Konstante	1,604** (0,172)	1,533** (0,187)	1,468** (0,224)	2,035 (1,768)	-54,349** (20,159)
Beobachtungen	776	776	776	730	730
AIC	546,159	547,533	549,340	519,527	516,244
BIC	564,776	575,458	581,919	560,864	562,174

Fractional-Response-Regression (Logit)

Standardfehler in Klammern

* $p < 0.05$, ** $p < 0.01$

Tabelle 9-26: Nur sehr demokratische Staaten: Durchschnittliche marginale Effekte auf die legislativen Erfolgsraten im Semi-Parlamentarismus

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)
Parlamentarismus	0,024 (0,031)	0,003 (0,033)	0,004 (0,033)	0,020 (0,039)	0,045 (0,038)
Semi-Präsidentialismus	-0,009 (0,041)	-0,039 (0,041)	-0,039 (0,042)	-0,001 (0,043)	0,024 (0,043)
Präsidentialismus	-0,190** (0,060)	-0,201** (0,053)	-0,199** (0,053)	-0,173* (0,078)	-0,144* (0,073)
Mehrheitsregierung		0,046 (0,027)	0,047 (0,027)	0,045 (0,027)	0,051 (0,029)
Koalitionsregierung		0,009 (0,025)	0,007 (0,024)	0,009 (0,025)	-0,002 (0,026)
Wahlkreisgröße (ln)			0,006 (0,011)	0,008 (0,011)	0,011 (0,010)
Demokratisierungsgrad				-0,018 (0,026)	-0,017 (0,023)
Regimestabilität (ln)				0,020 (0,014)	0,007 (0,015)
Jahr					0,004** (0,002)
Beobachtungen	776	776	776	730	730

Fractional-Response-Regression (Logit)

Standardfehler in Klammern

* $p < 0.05$, ** $p < 0.01$

9.3.6 Kontrollvariablen aus Saieghs Regression

Ich nutze zwar den umfangreichen Datensatz von Saiegh, habe aber die Kontrollvariablen deutlich verändert. Hier rechne ich die Regression noch einmal so wie Saiegh (2011: 91). Wesentliche weitere Kontrollvariablen sind neben den Regionen vor allem der Bikameralismus sowie die beiden weiteren Variablen zu den Wahlsystemen: der Anteil der auf nationaler Ebene gewählten Abgeordneten und dem Dummy, ob das Wahlsystem proportional ist.

9.3.6.1 Wahlkreisgröße

Saiegh nutzt die durchschnittliche Wahlkreisgröße. Wie er logarithmiere ich sie für diesen Robustheitstest nicht.

9.3.6.2 Anteil national gewählter Abgeordneter

Für den Anteil der auf nationaler Ebene gewählten Abgeordneten basiert die Zuordnung von Saieghs Daten im Original auf Wallack et al. (2003). Ich habe daher die gleichen Variablen benutzt und fehlende Einträge auf Grund des Wahlsystems ergänzt.

9.3.6.3 Mehrheitswahlsystem

Für das Wahlsystem basiert die Zuordnung von Saieghs Daten im Original auf Cruz, Keefer und Scartascini (2016). Ich habe die aktualisierte Version benutzt (Scartascini, Cruz & Keefer 2021) und für meine und McKelvys Daten fehlende Einträge ergänzt. Der Dummy gibt an, ob ein Mehrheitswahlsystem genutzt wird.

9.3.6.4 Bikameralismus

Für die bikamerale Struktur basiert die Zuordnung von Saieghs Daten im Original auf Wallack et al. (2003). Ich habe daher die gleichen Variablen benutzt und für meine und McKelvys Daten selbst ergänzt.

9.3.6.5 Regionen

Saiegh kontrolliert in einem seiner zwei Modelle für die Weltregion des jeweiligen Landes. In Modell 2 und 4 nutze ich analog zu Saiegh Dummies für die Regionen und ein Clustering der Standardfehler nach Regionen.

9.3.6.6 Modell

Als Vergleichsbasis nutzte ich weiterhin den Semi-Parlamentarismus statt wie Saiegh einen Westminster-Parlamentarismus. Ich nutze dabei weiterhin ein Logit-Modell statt einer linearen Regression logarithmierter Werte. Ich beschränke meinen Datensatz dabei wie in meiner Original-Regression auf die Länderjahre ab 1979. Für die semi-parlamentarischen Staaten nutze ich jeweils einerseits die Werte der zweiten Kammer (Modell 1 und 2) und andererseits der ersten Kammer (Modell 3 und 4).

9.3.6.7 Ergebnisse

Auch bei der Nutzung der Kontrollvariablen von Saiegh bleibt es dabei, dass sich nur der Präsidentialismus signifikant vom Semi-Parlamentarismus unterscheidet (Tabelle 9-27). Mit einem durchschnittlichen marginalen Effekt von 14,4 bis 18,4 Prozentpunkten ist auch die Größe des Effekts vergleichbar (Tabelle 9-28).

Tabelle 9-27: Kontrollvariablen aus Saieghs Regression: Regression der legislativen Erfolgsraten in unterschiedlichen Regierungssystemen

	Variablen der zweiten Kammer für den Semi-Parlamentarismus		Variablen der ersten Kammer für alle Systeme	
	(1)	(2)	(3)	(4)
Parlamentarismus	0,179 (0,295)	0,234* (0,117)	0,360 (0,315)	0,356 (0,322)
Semi-Präsidentialismus	-0,093 (0,312)	-0,138 (0,088)	0,072 (0,382)	-0,021 (0,372)
Präsidentialismus	-0,975** (0,261)	-0,061 (0,254)	-0,780* (0,310)	1,054 (0,826)
Regierungssitzanteil	0,921 (0,801)	1,155** (0,415)	1,081 (0,865)	1,433 (0,897)
Koalitionsregierung	0,000 (0,169)	0,017 (0,106)	-0,013 (0,168)	-0,019 (0,160)
Mehrheitswahlssystem	0,160 (0,232)	0,113 (0,440)	0,153 (0,225)	0,041 (0,243)
Wahlkreisgröße	0,005* (0,002)	0,006 (0,003)	0,005* (0,002)	0,004* (0,002)
Anteil national gewählter Abgeordneter	0,102 (0,481)	0,212* (0,099)	0,580 (0,989)	1,301 (0,861)
Bikameralismus	0,159 (0,246)	0,034 (0,282)	0,193 (0,258)	0,104 (0,243)
Regionen-Dummies				
Asien		-0,127 (0,423)		0,033 (0,288)
Lateinamerika		-0,963** (0,268)		-1,935* (0,837)
Osteuropa		-0,058 (0,066)		-0,167 (0,276)
Naher Osten		-1,448** (0,197)		-1,485** (0,232)
Konstante	0,964* (0,479)	0,969* (0,471)	0,662 (0,624)	0,647 (0,624)
Beobachtungen	790	790	790	790
AIC	571,440	552,298	571,253	569,183
BIC	618,160	570,986	617,973	629,920

Fractional-Response-Regression (Logit)

Standardfehler in Klammern

* $p < 0.05$, ** $p < 0.01$

Table 9-28: Kontrollvariablen aus Saieghs Regression: Durchschnittliche marginale Effekte auf die legislativen Erfolgsraten im Semi-Parlamentarismus

	Variablen der zweiten Kammer für den Semi-Parlamentarismus		Variablen der ersten Kammer für alle Systeme	
	(1)	(2)	(3)	(4)
Parlamentarismus	0,023 (0,038)	0,034* (0,017)	0,048 (0,044)	0,055 (0,050)
Semi-Präsidentialismus	-0,013 (0,044)	-0,022 (0,014)	0,011 (0,056)	-0,003 (0,061)
Präsidentialismus	-0,177** (0,048)	-0,010 (0,040)	-0,145** (0,056)	0,139 (0,087)
Regierungssitzanteil	0,138 (0,122)	0,172** (0,061)	0,162 (0,132)	0,213 (0,135)
Koalitionsregierung	0,000 (0,025)	0,003 (0,016)	-0,002 (0,025)	-0,003 (0,024)
Mehrheitswahlssystem	0,024 (0,035)	0,017 (0,065)	0,023 (0,034)	0,006 (0,036)
Wahlkreisgröße	0,001* (0,000)	0,001 (0,000)	0,001* (0,000)	0,001* (0,000)
Anteil national gewählter Abgeordneter	0,015 (0,072)	0,031* (0,015)	0,087 (0,149)	0,193 (0,127)
Bikameralismus	0,024 (0,037)	0,005 (0,042)	0,029 (0,039)	0,016 (0,036)
Regionen-Dummies				
Asien		-0,017 (0,058)		0,004 (0,031)
Lateinamerika		-0,163** (0,055)		-0,362* (0,167)
Osteuropa		-0,007 (0,008)		-0,019 (0,032)
Naher Osten		-0,273** (0,046)		-0,256** (0,044)
Beobachtungen	790	790	790	790

Durchschnittliche marginale Effekte zur Fractional-Response-Regression (Logit)

Standardfehler in Klammern

* $p < 0.05$, ** $p < 0.01$

Wird auch für die Regionen kontrolliert, verschwindet der Einfluss des Präsidentialismus. Dafür gibt es einen starken Einfluss der Region Südamerika, in der 228 von 231 Länderjahren präsidentiell sind und die 228 der insgesamt 246 präsidentiellen Länderjahre beherbergt. Ich erkenne keinen theoretischen Grund, warum bestimmte Regionen grundsätzlich andere Werte aufweisen sollten, sodass ich als Ursache weiterhin den Präsidentialismus annehme. Es gibt dann zusätzlich einen negativen Einfluss der Region Naher Osten im Vergleich zur Basis-Region West-Europa. Die Beobachtungen aus den Nahen Osten sind ausschließlich israelische und türkische Länderjahre, wobei die meisten israelischen Länderjahre hier nicht genutzt werden, da sie vor 1979 liegen. Zudem sind in einigen Modellen einige der Wahlkreisvariablen

**Tabelle 9-29: South Australia codiert ohne Auflösungsmöglichkeit der zweiten Kammer:
Regression der legislativen Erfolgsraten im Semi-Parlamentarismus**

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)
Grundsätzliche Auflösungs- möglichkeit zweite Kammer	-0,020 (0,189)	0,111 (0,128)	0,061 (0,158)	0,411 (0,254)	
Auflösungsmöglichkeit der zweiten Kammer ohne Hürden	0,871** (0,331)	0,663** (0,235)	0,665** (0,244)		0,737** (0,248)
Regierungsmedian beider Kammern		0,812** (0,286)	0,788* (0,338)	0,921** (0,241)	0,812** (0,215)
Regierungsmehrheit beider Kammern		0,047 (0,247)	0,100 (0,415)		
Koalitionsregierung			-0,097 (0,413)		
Konstante	1,445** (0,189)	0,887** (0,121)	0,945** (0,235)	0,828** (0,159)	0,930** (0,090)
Beobachtungen	36	36	36	36	36
AIC	26,511	29,975	31,971	28,193	27,986
BIC	29,678	36,309	39,888	32,943	32,737

Fractional-Response-Regression (Logit)

Standardfehler in Klammern

* p < 0.05, ** p < 0.01

signifikant. Durch die Vielzahl dieser Variablen ist das aber wenig aussagekräftig. In einem Modell ist auch der Sitzanteil signifikant und hat auch einen starken Einfluss von 18,5 Prozentpunkten.

9.4 Robustheitstests legislative Erfolgsraten im Semi-Parlamentarismus

(Tabelle 5-15)

9.4.1 South Australia codiert ohne Auflösungsmöglichkeit der zweiten Kammer

In South Australia sind die Auflösungsbestimmungen so umständlich, dass sie noch niemals angewandt wurden und als praktisch nicht nutzbar gelten (vgl. Kapitel 2: Darstellung der Fallauswahl). Um diesem Umstand Rechnung zu tragen und sicherzugehen, dass der Befund – keine Auswirkungen einer umständlichen oder nachteilhaften Auflösungsmöglichkeit – robust

**Tabelle 9-30: South Australia codiert ohne Auflösungsmöglichkeit der zweiten Kammer:
Durchschnittliche marginale Effekte auf die legislativen Erfolgsraten im Semi-
Parlamentarismus**

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)
Grundsätzliche Auflösungs- möglichkeit zweite Kammer	-0,003 (0,025)	0,015 (0,018)	0,008 (0,021)	0,055 (0,032)	
Auflösungsmöglichkeit der zweiten Kammer ohne Hürden	0,118** (0,040)	0,088** (0,030)	0,088** (0,031)		0,098** (0,033)
Regierungsmedian beider Kammern		0,108** (0,035)	0,105* (0,041)	0,123** (0,029)	0,108** (0,025)
Regierungsmehrheit beider Kammern		0,006 (0,033)	0,013 (0,056)		
Koalitionsregierung			-0,013 (0,055)		
Beobachtungen	36	36	36	36	36

Durchschnittliche marginale Effekte der Fractional-Response-Regression (Logit)

Standardfehler in Klammern

* p < 0.05, ** p < 0.01

ist, codiere ich in der folgenden Regression South Australia so, als gäbe es gar keine Auflösungsmöglichkeit. Dadurch gibt es nur noch im C.o.Australia, in New South Wales und in Victoria (vor und nach der Reform) eine Auflösungsmöglichkeit, wobei New South Wales und Victoria (vor und nach der Reform) zudem als leicht auflösbar codiert werden. Die Zwischenstufe wird also nur noch vom C.o.Australia besetzt.

Die Ergebnisse bleiben substanziell erhalten. Lediglich die hürdenfreie Auflösungsmöglichkeit ist signifikant (Tabelle 9-29) und ihr durchschnittlicher marginaler Effekt beträgt je nach Modell zwischen 8,8 und 11,8 Prozentpunkten (Tabelle 9-30). Der Medianstatus ist ebenfalls signifikant und sein durchschnittlicher marginaler Effekt beträgt je nach Modell zwischen 10,5 und 12,3 Prozentpunkten.

9.4.2 Einzelne Staaten jeweils aus Datensatz entfernt

Meine Fallauswahl ist äußerst begrenzt mit lediglich 36 Legislaturperioden aus acht Staaten – wovon Victoria vor und nach der Reform als jeweils als eigener Staat zählt. Durch die drei Stufen für die Auflösungsmöglichkeit (keine, grundsätzlich vorhanden, hürdenfrei) sind die einzelnen Stufen auch nur durch wenige Fälle besetzt.

Tabelle 9-31: Einzelne Staaten jeweils aus Datensatz entfernt: Regression der legislativen Erfolgsraten im Semi-Parlamentarismus

Modell ohne:	C.o.A	NSW	SA	TAS	VICvr	VIC	WA	JPN
Auflösungsmöglichkeit der zweiten Kammer ohne Hürden	0,769** (0,261)	0,488** (0,177)	0,751** (0,233)	0,801** (0,269)	0,965** (0,239)	0,765* (0,357)	0,725** (0,265)	0,737** (0,248)
Regierungsmedian beider Kammern	0,824** (0,255)	0,736** (0,193)	0,928** (0,285)	0,712** (0,217)	0,684** (0,192)	0,792** (0,229)	0,856** (0,262)	0,812** (0,215)
Konstante	0,889** (0,136)	0,975** (0,061)	0,833** (0,191)	0,939** (0,099)	1,006** (0,047)	0,942** (0,095)	0,911** (0,095)	0,930** (0,090)
Beobachtungen	28	31	31	32	34	33	31	36
AIC	22,561	26,337	24,096	25,917	26,687	26,589	24,778	27,986
BIC	26,558	30,639	28,398	30,314	31,266	31,078	29,080	32,737

Fractional-Response-Regression (Logit)
Standardfehler in Klammern
* p < 0.05, ** p < 0.01

Tabelle 9-32: Einzelne Staaten jeweils aus Datensatz entfernt: Durchschnittliche marginale Effekte auf die legislativen Erfolgsraten im Semi-Parlamentarismus

Modell ohne:	C.o.A	NSW	SA	TAS	VICvr	VIC	WA	JPN
Auflösungsmöglichkeit der zweiten Kammer ohne Hürden	0,097** (0,034)	0,071** (0,027)	0,093** (0,030)	0,110** (0,036)	0,128** (0,034)	0,105* (0,048)	0,095** (0,036)	0,098** (0,033)
Regierungsmedian beider Kammern	0,104** (0,029)	0,108** (0,024)	0,114** (0,033)	0,098** (0,028)	0,091** (0,021)	0,108** (0,028)	0,113** (0,030)	0,108** (0,025)
Beobachtungen	28	31	31	32	34	33	31	36

Durchschnittliche marginale Effekte zur Fractional-Response-Regression (Logit)
Standardfehler in Klammern
* p < 0.05, ** p < 0.01

Um sicherzugehen, dass es nicht einzelne Länder sind, die die Befunde treiben, habe ich die Regression noch einmal jeweils ohne einzelne Länder gerechnet. Da es nun noch weniger Beobachtungen sind, konzentriere ich mich hierbei auf das schlankeste Modell aus Tabelle

5-15, das auch die niedrigsten Werte in den beiden Informationskriterien erreicht und somit die effizienteste Schätzung ist (vgl. Anhang B: Methoden). Das ist das Modell (5), in das nur die höchste Stufe der Auflösungs­möglichkeit und der Medianstatus eingehen.

Die Befunde bleiben erhalten. Sowohl die Auflösungs­möglichkeit als auch die Kontrolle des Medians sind in allen Modellen signifikant (Tabelle 9-31). Die Effektstärke schwankt durch die wenigen Fälle jeweils etwas stärker (Tabelle 9-32). Die Auflösungs­möglichkeit hat einen durchschnittlichen marginalen Effekt von 7,1 – 12,8 Prozentpunkten. Die Kontrolle des Medians hat einen durchschnittlichen marginalen Effekt von 9,1 bis 11,4 Prozentpunkten.

10 Literaturverzeichnis

- Alcántara Sáez, Manuel & Mercedes García Montero. (2008). Institutions and politicians: an analysis of the factors that determine presidential legislative success: Helen Kellogg Institute for International Studies.
- Alemán, Eduardo & Patricio Navia. (2009). Institutions and the Legislative Success of 'Strong' Presidents: An Analysis of Government Bills in Chile. *The Journal of Legislative Studies*, 15(4), 401-419.
- Allison, Paul. (2012). Logistic Regression for Rare Events. Letzter Zugriff 25.08.2022: <https://statisticalhorizons.com/logistic-regression-for-rare-events/>
- Altman, David. (2000). The Politics of Coalition Formation and Survival in Multiparty Presidential Democracies: The Case of Uruguay, 1989-1999. *Party Politics*, 6(3), 259-283.
- Alvarez, Mike, José A. Cheibub, Fernando Limongi & Adam Przeworski. (1996). Classifying political regimes. *Studies In Comparative International Development*, 31(2), 3-36.
- Amorim Neto, Octavio & Gary W. Cox. (1997). Electoral Institutions, Cleavage Structures, and the Number of Parties. *American Journal of Political Science*, 41(1), 149-174.
- Amorim Neto, Octavio, Gary W. Cox & Mathew D. McCubbins. (2003). Agenda Power in Brazil's Câmara Dos Deputados, 1989-98. *World Politics*, 55(4), 550-578.
- Andeweg, Rudy B. & Jacques Thomassen. (2011). Pathways to party unity: Sanctions, loyalty, homogeneity and division of labour in the Dutch parliament. *Party Politics*, 17(5), 655-672.
- Arnold, Christian, David Doyle & Nina Wiesehomeier. (2017). Presidents, Policy Compromise, and Legislative Success. *The Journal of Politics*, 79(2), 380-395.
- Aronay, Nicholas, Peter Gerangelos, Sarah Murray & James Stellios. (2015). *The Constitution of the Commonwealth of Australia: History, Principle and Interpretation*. Port Melbourne: Cambridge University Press.
- Artés, Joaquín. (2013). Do Spanish politicians keep their promises? *Party Politics*, 19(1), 143-158.
- Australian Bureau of Statistics. (2021). National, state and territory population. Letzter Zugriff 29.08.2023: <https://www.abs.gov.au/statistics/people/population/national-state-and-territory-population/latest-release>
- Australian Electoral Commission. (2022a). 2016 Federal Election. House of Representatives. Enrolment by division. Letzter Zugriff 29.08.2023: <https://results.aec.gov.au/20499/Website/HouseEnrolmentByDivision-20499-NAT.htm>
- Australian Electoral Commission. (2022b). 2016 Federal Election. Two party preferred by state. Letzter Zugriff 29.08.2023: <https://results.aec.gov.au/20499/Website/HouseTppByState-20499.htm>
- Australian Electoral Commission. (2023). Voting in the Senate. Letzter Zugriff 29.08.2023: https://aec.gov.au/Voting/How_to_Vote/Voting_Senate.htm
- Australian Government Solicitor. (2010). Overview. In: *Australia's Constitution pocket edition: with overview and notes by the Australian Government Solicitor* (7. Auflage). Canberra: Commonwealth of Australia.
- Bach, Stanley. (2003a). The crisis of 1974-75. In: *Platypus and parliament: The Australian Senate in Theory and Practice* (83-119). Canberra: Department of the Senate.
- Bach, Stanley. (2003b). Dividing the Senate. In: *Platypus and parliament: The Australian Senate in Theory and Practice* (189-237). Canberra: Department of the Senate.
- Bach, Stanley. (2003c). *Platypus and parliament: The Australian Senate in Theory and Practice*. Canberra: Department of the Senate.
- Bach, Stanley. (2008). Senate Amendments and Legislative Outcomes in Australia, 1996-2007. *Australian Journal of Political Science*, 43(3), 395-423.
- Bakker, Ryan et al. (2015). 2014 Chapel Hill Expert Survey. Letzter Zugriff 29.08.2023: <https://www.chesdata.eu/>
- Bale, Tim & Torbjörn Bergman. (2006). Captives No Longer, but Servants Still? Contract Parliamentarism and the New Minority Governance in Sweden and New Zealand. *Government and Opposition*, 41(3), 422-449.

- Barrett, Andrew W. & Matthew Eshbaugh-Soha. (2007). Presidential Success on the Substance of Legislation. *Political Research Quarterly*, 60(1).
- Bastoni, Jordan. (2009). *The Upper House Question: South Australian Bicameralism in Comparative Perspective*. (Doctor of Philosophy). University of Adelaide,
- Becher, Michael & Flemming J. Christiansen. (2015). Dissolution Threats and Legislative Bargaining. *American Journal of Political Science*, 59(3), 641-655.
- Becher, Michael & Ulrich Sieberer. (2008). Discipline, Electoral Rules and Defection in the Bundestag, 1983-94. *German Politics*, 17(3), 293-304.
- Bennett, Scott. (1998). *The Reduction in the Size of the Tasmanian Parliament*. Department of the Parliamentary Library IRS Research Note, 2.
- Bennett, Scott. (2003). *Four-year terms for the House of Representatives?* Parliament of Australia, Parliamentary Library Research Paper, 2.
- Bennett, Scott. (2011). *Inglis Clark's Other Contribution A critical analysis of the Hare-Clark Voting System*. Paper presented at the *Upholding the Australian Constitution Volume Twenty-three*, Hobart.
- Benoit, Kenneth & Michael Laver. (2006). *Party policy in modern democracies*. New York: Routledge.
- Bergman, Torbjörn. (1993). Formation rules and minority governments. *European Journal of Political Research*, 23(1), 55-66.
- Black, David W. & Harry C. J. Phillips. (2000). Political Chronicles Western Australia July to December 1999. *Australian Journal of Politics & History*, 46(2), 245-253.
- Black, Duncan. (1948). On the Rationale of Group Decision Making. *Journal of Political Economy*, 56(1), 23-34.
- Bormann, Nils-Christian & Matt Golder. (2022). Democratic Electoral Systems around the world, 1946–2020. *Electoral Studies*, 78, 102487.
- Boston, Jonathan. (2011). Government formation in New Zealand under MMP: Theory and practice. *Political Science*, 63(1), 79-105.
- Boston, Jonathan & David Bullock. (2012). Multi-party governance: Managing the unity-distinctiveness dilemma in executive coalitions. *Party Politics*, 18(3), 349–368.
- Bräuninger, Thomas, Marc Debus & Fabian Wüst. (2017). Governments, Parliaments and Legislative Activity. *Political Science Research and Methods*, 5(3), 529 - 554.
- Brenton, Scott & Heath Pickering. (2022). Trustworthiness, stability and productivity of minority governments in Australia. *Parliamentary Affairs*, 75(2), 308-339.
- Budge, Ian & Michael Laver. (1986). Office Seeking and Policy Pursuit in Coalition Theory. *Legislative Studies Quarterly*, 11(4), 485-506.
- Burkhart, Simone & Philip Manow. (2006). Kompromiss und Konflikt im parteipolitisierten Föderalismus der Bundesrepublik Deutschland. *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 16(3), 807-824.
- C.o.Australia Constitution. (2010). Letzter Zugriff 29.08.2023: <https://www.aph.gov.au/constitution>
- C.o.Australia Electoral Act. (2016). Letzter Zugriff 29.08.2023: <https://www.legislation.gov.au/Details/C2021C00140>
- C.o.Australia Representation Act. (1983). Letzter Zugriff 29.08.2023: <https://www.legislation.gov.au/Details/C2004C00214>
- Carey, John M. (2007). Competing principals, political institutions, and party unity in legislative voting. *American Journal of Political Science*, 51(1), 92-107.
- Carey, John M. (2009). *Legislative Voting & Accountability*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Carey, John M. & Matthew S. Shugart. (1995). Incentives to Cultivate a Personal Vote: A Rank Ordering of Electoral Formulas. *Electoral Studies*, 14(4), 417-439.
- Carr, Adam. (2023). *Psephos: Adam Carr's Election Archive*. Letzter Zugriff 29.08.2023: <http://psephos.adam-carr.net/>
- Carreras, Miguel. (2014). Outsiders and Executive-Legislative Conflict in Latin America. *Latin American Politics and Society*, 56(3), 70-92.

- Carreras, Miguel. (2017). Institutions, governmental performance and the rise of political newcomers. *European Journal of Political Research*, 56(2), 364-380.
- Carson, Andrea, Andrew Gibbons & Aaron Martin. (2019). Did the minority Gillard government keep its promises? A study of promissory representation in Australia. *Australian Journal of Political Science*, 54(2), 219-237.
- Chaisty, Paul, Nic Cheeseman & Timothy J. Power. (2018). *Coalitional presidentialism in comparative perspective: Minority presidents in multiparty systems*. Oxford: Oxford University Press.
- Chaisty, Paul & Svitlana Chernykh. (2015). Coalitional presidentialism and legislative control in post-Soviet Ukraine. *Post-Soviet Affairs*, 31(3), 177-200.
- Chaisty, Paul & Svitlana Chernykh. (2017). How Do Minority Presidents Manage Multiparty Coalitions? Identifying and Analyzing the Payoffs to Coalition Parties in Presidential Systems. *Political Research Quarterly*, 70(4), 762-777.
- Chaisty, Paul & Timothy J. Power. (2019). Flying solo: Explaining single-party cabinets under minority presidentialism. *European Journal of Political Research*, 58(1), 163-183.
- Cheibub, José A. (2007). *Presidentialism, Parliamentarism, and Democracy*. New York: Cambridge University Press.
- Cheibub, José A., Jennifer Gandhi & James Raymond Vreeland. (2010). Democracy and dictatorship revisited. *Public Choice*, 143(1), 67-101.
- Cheibub, José A., Adam Przeworski & Sebastian M. Saiegh. (2004). Government Coalitions and Legislative Success Under Presidentialism and Parliamentarism. *British Journal of Political Science*, 34(4), 565-587.
- Christiansen, Flemming J. & Erik Damgaard. (2008). Parliamentary Opposition under Minority Parliamentarism: Scandinavia. *The Journal of Legislative Studies*, 14(1), 46-76.
- Christiansen, Flemming J. & Helene H. Pedersen. (2014). Minority coalition governance in Denmark. *Party Politics*, 20(6), 940-949.
- Cockfield, Geoff. (2020). The Formation of the Queensland Liberal National Party: Origins, Prospects and Implications for Australian Political Systems. *Australian Journal of Politics & History*, 66(1), 78-93.
- Coman, Emanuel E. (2012). Legislative Behavior in Romania: The Effect of the 2008 Romanian Electoral Reform. *Legislative Studies Quarterly*, 37(2), 199-224.
- Coman, Emanuel E. (2015). Institutions and Vote Unity in Parliaments: Evidence from 33 National Chambers. *The Journal of Legislative Studies*, 21(3), 360-389.
- Conley, Richard S. (2011). Legislative Activity in the Canadian House of Commons: Does Majority or Minority Government Matter? *American Review of Canadian Studies*, 41(4), 422-437.
- Costar, Brian. (1999). Coalition government: an unequal partnership. In: Costar, Brian & Nicholas Economou, *The Kennett Revolution (88-98)*. Sydney: UNSW Press.
- Costar, Brian. (2003). Accountability or Representation? Victorian Bicameralism. *Bicameralism and Accountability, Lectures in the Senate, Occasional Lecture Series 2000-2003*, 40.
- Costar, Brian. (2004). Reform at last: The Victorian Legislative Council 2003. *Democratic Audit of Australia. Discussion Paper*.
- Costar, Brian. (2011). Australia's curious coalition. *Political Science*, 63(1), 29-44.
- Cowen, Zelman. (1957). *A Historical Survey of the Victorian Constitution, 1856 to 1956*. Melbourne University Law Review, 1, 9-63.
- Cowley, Philip & Philip Norton. (1999). Rebels and rebellions: Conservative MPs in the 1992 Parliament. *The British Journal of Politics & International Relations*, 1(1), 84-105.
- Cox, Gary W. (1987). Electoral Equilibrium under Alternative Voting Institutions. *American Journal of Political Science*, 31(1), 82-108.
- Crisp, Brian F., Maria C. Escobar-Lemmon, Bradford S. Jones, Mark P. Jones & Michelle M. Taylor-Robinson. (2004). Vote-Seeking Incentives and Legislative Representation in Six Presidential Democracies. *The Journal of Politics*, 66(3), 823-846.
- Crisp, Brian F., Santiago Olivella, Michael Malecki & Mindy Sher. (2013). Vote-earning strategies in flexible list systems: Seats at the price of unity. *Electoral Studies*, 32(4), 658-669.

- Cross, William & Anika Gauja. (2014). Designing candidate selection methods: Exploring diversity in Australian political parties. *Australian Journal of Political Science*, 49(1), 22-39.
- Crump, Rick. (2007). Why the Conference Procedure Remains the Preferred Method for Resolving Disputes Between the Two Houses of the South Australian Parliament. 2007, 22(2).
- Cruz, Cesi, Philip Keefer & Carlos Scartascini. (2016). The Database of Political Institutions 2015 (DPI2015). Letzter Zugriff 29.08.2023: <https://publications.iadb.org/en/database-political-institutions-2015-dpi2015>
- Dalton, Russell J. (2008). The Quantity and the Quality of Party Systems: Party System Polarization, Its Measurement, and Its Consequence. *Comparative Political Studies*, 41(7), 899-920.
- Davies, Amanda & Matthew Tonts. (2007). Changing Electoral Structures and Regional Representation in Western Australia: From Country-mindedness to One Vote One Value. *Space and Polity*, 11(3), 209-225.
- de Garis, Brian. (2003). The History of Western Australia's Constitution and Attempts at Its Reform. *University of Western Australia Law Review*, 31(2).
- Depauw, Sam & Shane Martin. (2009). Legislative party discipline and cohesion in comparative perspective. In: Giannetti, Daniela & Kenneth Benoit, *Intra-Party Politics and Coalition Governments* (103-120). London/New York: Routledge.
- Desposato, Scott W. (2005). Correcting for Small Group Inflation of Roll-Call Cohesion Scores. *British Journal of Political Science*, 35(4), 731-744.
- Diermeier, Daniel & Timothy J. Feddersen. (1998). Cohesion in Legislatures and the Vote of Confidence Procedure. *The American Political Science Review*, 92(3), 611-621.
- Diermeier, Daniel & Razvan Vlaicu. (2011). Executive control and legislative success. *Review of Economic Studies*, 78(3), 846-871.
- Döring, Herbert (Döring, Herbert). (1995). *Parliaments and Majority Rule in Western Europe*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Döring, Holger, Constantin Huber & Philip Manow. (2022). *Parliaments and governments database (ParlGov): Information on parties, elections and cabinets in established democracies*. Development version.
- Druckman, James N., Lanny W. Martin & Michael F. Thies. (2005). Influence without confidence: Upper chambers and government formation. *Legislative Studies Quarterly*, 30(4), 529-548.
- Druckman, James N. & Michael F. Thies. (2002). The importance of concurrence: The impact of bicameralism on government formation and duration. *American Journal of Political Science*, 46(4), 760-771.
- Drum, Martin. (2022). Political Chronicles Western Australia July to December 2021. *Australian Journal of Politics & History*, 68(2), 313-319.
- Duverger, Maurice. (1959). *Political Parties: Their Organization and Activity in the Modern State* (2. Auflage). London: Methuen & Co.
- ECANZ. (2018). Electoral systems in Australia and New Zealand. Letzter Zugriff 29.08.2023: <https://www.ecanz.gov.au/electoral-systems>
- Economou, Nick. (2000). Political Chronicles Victoria July to December 1999. *Australian Journal of Politics & History*, 46(2), 226-237.
- Economou, Nick. (2013). Political Chronicles Victoria January to June 2013. *Australian Journal of Politics & History*, 59(4), 630-636.
- Economou, Nick. (2015). Political Chronicles Victoria January to June 2015. *Australian Journal of Politics & History*, 61(4), 631-636.
- Economou, Nick. (2016). Political Chronicles Victoria January to June 2016. *Australian Journal of Politics & History*, 62(4), 620-625.
- Economou, Nick & Zareh Ghazarian. (2006). *Electoral Redistributions in Theory and Practice in Australian Jurisdictions*. Monash University. School of Political and Social Inquiry. Reports.
- Edwards III, George C., Andrew Barrett & Jeffrey Peake. (1997). The Legislative Impact of Divided Government. *American Journal of Political Science*, 41(2), 545-563.
- Electoral Commission QLD. (2016). Fixed Four-Year Terms Referendum. Election Report. Letzter Zugriff 29.08.2023: https://www.ecq.qld.gov.au/data/assets/pdf_file/0020/2675/FINAL-REPORT-Fixed-4-Year-Elections-Referendum-19-March-2016.pdf

- Electoral Commission QLD. (2022). Current Enrolment Figures. Letzter Zugriff 29.08.2023: <https://results.ecq.qld.gov.au/profiles/currentEnrolmentFigures.html>
- Electoral Distribution Commissioners WA. (2003). Western Australia's New Electoral Boundaries. Part1: Introduction. Letzter Zugriff 29.08.2023: <http://www.boundaries.wa.gov.au/boundaries/2003>
- Electoral Distribution Commissioners WA. (2011). Western Australia's final electoral boundaries. Part1: Introduction. Letzter Zugriff 29.08.2023: <http://www.boundaries.wa.gov.au/boundaries/2011>
- Elgie, Robert. (1999). The politics of semi-presidentialism. In: Elgie, Robert, *Semi-presidentialism in Europe* (1-21). New York: Oxford University Press.
- Elgie, Robert. (2011a). The Perils of Semi-Presidentialism? In: Elgie, Robert, *Semi-Presidentialism: Sub-Types And Democratic Performance: Sub-Types And Democratic Performance* (1-18). Oxford: Oxford University Press.
- Elgie, Robert. (2011b). Semi-Presidentialism: An Increasingly Common Constitutional Choice. In: Elgie, Robert, Sophia Moestrup & Yu-Shan Wu, *Semi-presidentialism and democracy* (1-21): Palgrave Macmillan.
- Eppner, Sebastian. (2014). *Der Einfluss legislativer Vetopunkte auf die Regierungsbildung.* (Dr. rer. pol.). Universität Potsdam, Potsdam.
- Erikson, Robert S. (1988). The Puzzle of Midterm Loss. *The Journal of Politics*, 50(4), 1011-1029.
- Errington, Wayne. (2018). Long-term Patterns of Coalition-Building at State and Federal Level in Australia. In: Albalá, Adrián & Josep M. Reniu, *Coalition Politics and Federalism* (165-177). Cham: Springer International Publishing.
- Field, Bonnie N. (2009). Minority Government and Legislative Politics in a Multilevel State: Spain under Zapatero. *South European Society and Politics*, 14(4), 417-434.
- Figueiredo, Argelina Cheibub & Fernando Limongi. (2000). Presidential Power, Legislative Organization, and Party Behavior in Brazil. *Comparative Politics*, 32(2), 151-170.
- Fisk, David. (2011). Superfluous or Mischievous: Evaluating the Determinants of Government Defeats in Second Chambers. *Legislative Studies Quarterly*, 36(2), 231-253.
- Gallagher, Michael. (1991). Proportionality, Disproportionality and Electoral Systems. *Electoral Studies*, 10(1), 33-51.
- Gallagher, Michael. (2001). The Japanese House of Councillors election 1998 in comparative perspective. *Electoral Studies*, 20(4), 603-625.
- Ganghof, Steffen. (2010). Democratic inclusiveness: A reinterpretation of Lijphart's Patterns of Democracy. *British Journal of Political Science*, 40(3), 679-692.
- Ganghof, Steffen. (2014). Bicameralism as a form of government (or: Why Australia and Japan do not have a parliamentary system). *Parliamentary Affairs*, 67(3), 647-663.
- Ganghof, Steffen. (2015). Four Visions of Democracy: Powell's Elections as Instruments of Democracy and Beyond. *Political Studies Review*, 13, 69-79.
- Ganghof, Steffen. (2018). A new political system model: Semi-parliamentary government. *European Journal of Political Research*(57), 261-281.
- Ganghof, Steffen. (2021). *Beyond presidentialism and parliamentarism: democratic design and the separation of powers.* Oxford, United Kingdom; New York, NY: Oxford University Press.
- Ganghof, Steffen & Thomas Bräuninger. (2006). Government status and legislative behaviour: Partisan veto players in Australia, Denmark, Finland and Germany. *Party Politics*, 12(4), 521-539.
- Ganghof, Steffen, Sebastian Eppner & Alexander Pörschke. (2018). Australian Bicameralism as Semi-Parliamentarism: Patterns of Majority Formation in 29 Democracies. *Australian Journal of Political Science*, 53(2), 211-233.
- Ganghof, Steffen, Sebastian Eppner, Christian Stecker, Katja Heeß & Stefan Schukraft. (2019). Do Minority Cabinets Govern More Flexibly and Inclusively? Evidence from Germany. *German Politics*, 28(4), 541-561.
- Ganghof, Steffen, Alexander Pörschke & Sebastian Eppner. (2016). *Australian Party Positions Expert Survey.*
- Green, Anthony. (2015). The Origin of Senate Group Ticket Voting, and it didn't come from the Major Parties. Letzter Zugriff 29.08.2023: <https://www.abc.net.au/news/2015-09-23/the-origin-of-senate-group-ticket-voting-and-it-didnt-come-from-/9388658>

- Green, Anthony. (2018). Explaining the Sainte-Lague Electoral System Proposed for the SA Legislative Council. Letzter Zugriff 29.08.2023: <https://www.abc.net.au/news/2013-11-15/explaining-the-sainte-lague-electoral-system-proposed-for-the-sa/9388304>
- Green-Pedersen, Christoffer. (2001). Minority Governments and Party Politics: The Political and Institutional Background to the "Danish Miracle". *Journal of Public Policy*, 21(1), 53-70.
- Green-Pedersen, Christoffer. (2004). Center Parties, Party Competition, and the Implosion of Party Systems: A Study of Centripetal Tendencies in Multiparty Systems. *Political Studies*, 52, 324-341.
- Green-Pedersen, Christoffer & Lisbeth Hoffmann Thomsen. (2005). Bloc Politics vs. Broad Cooperation? The Functioning of Danish Minority Parliamentarism. *Journal of Legislative Studies*, 11(2), 153-169.
- Griffith, Gareth. (2010). *Minority Governments in Australia 1989-2009: Accords, Charters and Agreements*. NSW Parliamentary Library Research Service – Background Paper No 1/10, 1.
- Griffith, Gareth & Sharath Srinivasan. (2001). *State Upper Houses in Australia*. Sydney: NSW Parliamentary Library Research Service.
- Hazan, Reuven Y. (2003). Introduction. *The Journal of Legislative Studies*, 9(4), 1-11.
- Hazan, Reuven Y. & Gideon Rahat. (2006). The Influence of Candidate Selection Methods on Legislators: Theoretical Propositions, Methodological Suggestions and Empirical Evidence. *The Journal of Legislative Studies*, 12(3-4), 366-385.
- Heeß, Katja. (2017). *Einschränkung der Mehrheitsdemokratie? Institutioneller Wandel und Stabilität von Vetopunkten*. Baden-Baden: Nomos.
- Heller, William B. (2001). Making Policy Stick: Why the Government Gets What It Wants in Multiparty Parliaments. *American Journal of Political Science*, 45(4), 780-798.
- Heller, William B. (2007). Divided Politics: Bicameralism, Parties, and Policy in Democratic Legislatures. *Annual Review of Political Science*, 10, 245-269.
- Hiroi, Taeko. (2008). The Dynamics of Lawmaking in a Bicameral Legislature: The Case of Brazil. *Comparative Political Studies*, 20(10), 1-23.
- Hix, Simon & Abdul Noury. (2016). Government-Opposition or Left-Right? The Institutional Determinants of Voting in Legislatures. *Political Science Research and Methods*, 4(02), 249-273.
- Hix, Simon, Abdul Noury & Gerard Roland. (2005). Power to the Parties: Cohesion and Competition in the European Parliament, 1979–2001. *British Journal of Political Science*, 35, 209–234.
- Howell, William, Scott Adler, Charles Cameron & Charles Riemann. (2000). Divided Government and the Legislative Productivity of Congress, 1945–94. *Legislative Studies Quarterly*, XXV, 285-312.
- Høyland, Bjørn. (2010). Procedural and party effects in European Parliament roll-call votes. *European Union Politics*, 11(4), 597-613.
- Huber, John D. (1996). The vote of confidence in parliamentary democracies. *American Political Science Review*, 90(2), 269-282.
- Inoguchi, Takashi. (2002). Japan's Upper House Election of 29 July 2001. *Government and Opposition*, 37(1), 38-54.
- Jaensch, Dean. (2002). *Community Access to the Parliamentary Electoral Processes in South Australia since 1850*. South Australian State Electoral Office. Research Report.
- Japan Constitution. (1946). Letzter Zugriff 29.08.2023: https://japan.kantei.go.jp/constitution_and_government_of_japan/constitution_e.html
- Jou, Willy. (2009). The 2007 Japanese House of Councillors Election. *Representation*, 45(1), 67-74.
- Kailitz, Steffen. (2008). Ein Unterschied wie Tag und Nacht? Fraktionsgeschlossenheit in Parlamentarismus und Präsidentialismus. *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 18(3), 291-324.
- Kam, Christopher J. (2009). *Party Discipline and Parliamentary Politics*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Kato, Junko & Yuto Kannon. (2008). Coalition Governments, Party Switching, and the Rise and Decline of Parties: Changing Japanese Party Politics since 1993. *Japanese Journal of Political Science*, 9(3), 341-365.
- Kellam, Marisa. (2015). Parties for hire: How particularistic parties influence presidents' governing strategies. *Party Politics*, 21(4), 515-526.

- Kelly, Norm. (2006). Western Australian electoral reforms: Labor finally succeeds. *Australian Journal of Political Science*, 41(3), 419-426.
- King, Gary & Langche Zeng. (2001). Logistic Regression in Rare Events Data. *Political Analysis*, 9(2), 137-163.
- Kohler, Ulrich & Frauke Kreuter. (2017). Regressionsmodelle für kategoriale abhängige Variablen. In: *Datenanalyse mit Stata. Allgemeine Konzepte der Datenanalyse und ihre praktische Anwendung*. (5. Auflage, 350-405). Berlin/Boston: Walter der Gruyter GmbH.
- Laakso, Markku & Rein Taagepera. (1979). 'Effective' Number of Parties: A Measure with Application to West Europe. *Comparative Political Studies*, 12(1), 3-27.
- Lehnert, Matthias, Eric Linhart & Susumu Shikano. (2008). Never Say Never Again: Legislative Failure in German Bicameralism. *German Politics*, 17(3), 367-380.
- Liberal National Party QLD. (2021). About the LNP. Letzter Zugriff 29.08.2023: <https://www.lnp.org.au/about/>
- Lijphart, Arend. (1999). *Patterns of democracy: Government forms and performance in thirty-six countries*. New Haven: Yale University Press.
- Lijphart, Arend. (2012). *Patterns of democracy. Government forms and performance in thirty-six countries* (2. Auflage). New Haven: Yale University Press.
- Linz, Juan J. (1990). The Perils of Presidentialism. *Journal of Democracy*, 1(1), 51-69.
- Linz, Juan J. (1994). Presidential or Parliamentary Democracy: Does it Make a Difference? In: Linz, Juan J. & Arturo Valenzuela, *The Failure of Presidential Democracy* (1-87). Baltimore and London: Johns Hopkins University Press.
- Lovelock, Lynn. (2009). The Declining Membership of the NSW Legislative Council Cross Bench and its Implications for Responsible Government. *Australasian Parliamentary Review*, 24(1), 82-95.
- Macintyre, Clement & John Williams. (2008). The Embattled South Australian Legislative Council. In: Aroney, Nicholas, Scott Prasser & John R. Nethercote, *Restraining elective dictatorship: The upper house solution?* (212-226). Crawley: University of Western Australia Press.
- Maeda, Ko. (2010). Two Modes of Democratic Breakdown: A Competing Risks Analysis of Democratic Durability. *The Journal of Politics*, 72(4), 1129-1143.
- Manwaring, Rob. (2016). South Australia July to December 2015. *Australian Journal of Politics & History*, 62(2), 314-319.
- Marshall, Monty G. & Ted R. Gurr. (2019). *Polity V Dataset*. [Computer file; version p5v2018]. University of Maryland: Center for International Development and Conflict Management.
- Martin, Lanny W. & Georg Vanberg. (2004). Policing the Bargain: Coalition Government and Parliamentary Scrutiny. *American Journal of Political Science*, 48(1), 13-27.
- Martin, Lanny W. & Georg Vanberg. (2011). *Parliaments and coalitions: the role of legislative institutions in multiparty governance*. Oxford: Oxford University Press.
- Martin, Lanny W. & Georg Vanberg. (2014). Parties and Policymaking in Multiparty Governments: The Legislative Median, Ministerial Autonomy, and the Coalition Compromise. *American Journal of Political Science*, 58(4), 979-996.
- Martin, Shane. (2014). Why electoral systems don't always matter: The impact of 'mega-seats' on legislative behaviour in Ireland. *Party Politics*, 20(3), 467-479.
- Matthieß, Theres. (2019). Equal Performance of Minority and Majority Coalitions? Pledge Fulfilment in the German State of NRW. *German Politics*, 28(1), 123-144.
- McElreath, Richard. (2018a). Adventures in Covariance. In: *Statistical rethinking: A Bayesian course with examples in R and Stan* (387-422). Boca Raton, FL: Chapman and Hall/CRC.
- McElreath, Richard. (2018b). Multilevel Models. In: *Statistical rethinking: A Bayesian course with examples in R and Stan* (355-386). Boca Raton, FL: Chapman and Hall/CRC.
- McGann, Anthony J. (2019). Logrolling and coalitions. *The Oxford Handbook of Public Choice*, 1, 452-461.
- McKelvy, Andrew J. (2016). Why bills (don't) become law: The success and failure of government legislation in parliamentary democracies. (Doctor of Philosophy). American University,

- Miyoshi, Akira. (1999). The diet in Japan. In: Ahmed, Nizam U. & Philip Norton, Parliaments in Asia (199 p.). London; Portland, Or.: Frank Cass.
- Morgenstern, Scott, Juan Javier Negri & Aníbal Pérez-Liñán. (2008). Parliamentary Opposition in Non-Parliamentary Regimes: Latin America. *The Journal of Legislative Studies*, 14(1), 160-189.
- Moury, Catherine & Jorge M. Fernandes. (2018). Minority Governments and Pledge Fulfilment: Evidence from Portugal. *Government and Opposition*, 53(2), 335-355.
- Mújica, Alejandro & Ignacio Sánchez-Cuenca. (2006). Consensus and Parliamentary Opposition: The Case of Spain. *Government and Opposition*, 41(1), 86-108.
- Mulgan, Richard. (1996). The Australian Senate as a 'House of Review'. *Australian Journal of Political Science*, 31(2), 191-204.
- Müller, Wolfgang C. & Kaare Strøm. (1999). Policy, Office, or Votes? How Political Parties in Western Europe Make Hard Choices. Cambridge: Cambridge University Press.
- Murphy, Denis J. (1980). Abolition of the Legislative Council. In: Murphy, Denis J., Richard Joyce & Colin Hughes, Labor in Power: the Labor Party and Governments in Queensland 1915-57. St. Lucia, Qld: University of Queensland Press.
- Naurin, Elin. (2014). Is a Promise a Promise? Election Pledge Fulfilment in Comparative Perspective Using Sweden as an Example. *West European Politics*, 37(5), 1046-1064.
- Negretto, Gabriel L. (2006). Minority presidents and democratic performance in Latin America. *Latin American Politics and Society*, 48(3), 63-98.
- New South Wales Constitution. (1991). Letzter Zugriff 29.08.2023:
- Newton-Farrelly, Jenni. (2010). Preferential voting and state elections in South Australia.
- Numasawa, Katsumi. (1998). Health Policy Formulation Practices of the American Medical Association(AMA) and the Japan Medical Association (JMA). Takemi Program in International Health Harvard School of Public Health. Research Paper No. 146. Letzter Zugriff 29.08.2023: <https://cdn1.sph.harvard.edu/wp-content/uploads/sites/114/2012/10/rp146.pdf>
- Odgers, James. (2008). *Odgers' Australian Senate Practice* (12th. Auflage). Canberra: Commonwealth of Australia.
- Ong, Kian-Ming, Yuko Kasuya & Kota Mori. (2017). Malapportionment and democracy: A curvilinear relationship. *Electoral Studies*, 49, 118-127.
- Otjes, Simon & Tom Louwse. (2014). A Special Majority Cabinet? Supported Minority Governance and Parliamentary Behavior in the Netherlands. *World Political Science*, 10(2), 343-363.
- Owens, John E. (2003). Part 1: Cohesion. *The Journal of Legislative Studies*, 9(4), 12-40.
- Page, Barbara. (1990). The Legislative Council of New South Wales: Past, Present, Future. New South Wales Parliamentary Library. Current Issues Background Paper, 1(3).
- Papke, Leslie E. & Jeffrey M. Wooldridge. (1996). Econometric methods for fractional response variables with an application to 401(k) plan participation rates. *Journal of Applied Econometrics*, 11(6), 619-632.
- Parliament of Australia. (2023a). Bills Lists. Letzter Zugriff 29.08.2023: https://www.aph.gov.au/Parliamentary_Business/Bills_Legislation/Bills_Lists
- Parliament of Australia. (2023b). Hansard. Letzter Zugriff 29.08.2023: https://www.aph.gov.au/Parliamentary_Business/Hansard
- Parliament of Australia. (2023c). Parliamentarians. Letzter Zugriff 29.08.2023: <https://handbook.aph.gov.au/Parliamentarians>
- Parliament of New South Wales. (2023a). Former Members. Letzter Zugriff 29.08.2023: <https://www.parliament.nsw.gov.au/members/formermembers/Pages/former-members.aspx>
- Parliament of New South Wales. (2023b). Hansard & House Papers by Date. Letzter Zugriff 29.08.2023: <https://www.parliament.nsw.gov.au/hansard/pages/home.aspx?tab=Browse&s=1>
- Parliament of Queensland. (2015). Queensland Electoral And Parliamentary History: Key Dates And Events. Everyone's Parliament Factsheets, 3(1).
- Parliament of Tasmania. (2023a). Bills. Letzter Zugriff 29.08.2023: <https://www.parliament.tas.gov.au/bills>

- Parliament of Tasmania. (2023b). Hansard. Letzter Zugriff 29.08.2023: <https://www.parliament.tas.gov.au/hansard>
- Parliament of Tasmania. (2023c). Historical - Members of Parliament from 1856. Letzter Zugriff 29.08.2023: <https://www.parliament.tas.gov.au/resources/about-parliament/historyindex>
- Parliament of Victoria. (2020a). Former Members. Letzter Zugriff 13.11.2020: <https://new.parliament.vic.gov.au/about/history-and-heritage/people-who-shaped-parliament/former-members/>
- Parliament of Victoria. (2020b). Hansard. Letzter Zugriff 13.11.2020: <https://new.parliament.vic.gov.au/hansard>
- Parliament of Western Australia. (2011). Hansard Legislative Assembly 1 November 2011. Letzter Zugriff 13.11.2020: [https://www.parliament.wa.gov.au/Hansard/hansard.nsf/0/D5CF8F871AE383B74825799F0018E2CA/\\$File/A38%20S1%2020111101%20All.pdf](https://www.parliament.wa.gov.au/Hansard/hansard.nsf/0/D5CF8F871AE383B74825799F0018E2CA/$File/A38%20S1%2020111101%20All.pdf)
- Parliament of Western Australia. (2020a). Bills. Letzter Zugriff 13.11.2020: <https://www.parliament.wa.gov.au/parliament/bills.nsf>
- Parliament of Western Australia. (2020b). Former Members. Letzter Zugriff 13.11.2020: <https://www.parliament.wa.gov.au/parliament/memblast.nsf/WAllRetiredMembers>
- Parliament of Western Australia. (2020c). Hansard Search. Letzter Zugriff 13.11.2020: <https://www.parliament.wa.gov.au/hansard/hansard.nsf/NewAdvancedSearch>
- Parliament South Australia. (2020a). All Former Members. Letzter Zugriff 31.11.2020: <https://www.parliament.sa.gov.au/en/Members/All-Former-Members>
- Parliament South Australia. (2020b). Hansard Search. Letzter Zugriff 31.11.2020: <https://hansardsearch.parliament.sa.gov.au/search/>
- Parliament South Australia. (2023). SALT-South Australian Legislative Tracking. Letzter Zugriff 29.08.2023: <https://www.parliament.sa.gov.au/en/Legislation/SALT>
- Pedersen, Helene H. (2012). Policy-seeking parties in multiparty systems: Influence or purity? *Party Politics*, 18(3), 297-314.
- PEO, Parliamentary Education Office. (2023). Making a law in the Australian Parliament. Letzter Zugriff 29.08.2023: <https://peo.gov.au/understand-our-parliament/how-parliament-works/bills-and-laws/making-a-law-in-the-australian-parliament/>
- Phillimore, John & Lance McMahon. (2015). Moving Beyond 100 Years: The “WA Approach” to National Party Survival. *Australian Journal of Politics & History*, 61(1), 37-52.
- Phillips, Harry C. J. (2013). *Proportional Representation in Western Australia. Its Principles, History, Outcomes and Education*. Perth: Western Australian Electoral Commission.
- Phillips, Harry C. J. & Liz Kerr. (2006). Political Chronicles Western Australia January to June 2006. *Australian Journal of Politics & History*, 52(4), 661-667.
- Phillips, Harry C. J. & Liz Kerr. (2009). Political Chronicles Western Australia July to December 2008. *Australian Journal of Politics & History*, 55(2), 286-291.
- Poguntke, Thomas et al. (2016). Party rules, party resources and the politics of parliamentary democracies: How parties organize in the 21st century. *Party Politics*, 22(6), 661-678.
- Przeworski, Adam, Michael E. Alvarez, José A. Cheibub & Fernando Limongi. (2000). *Democracy and development: political institutions and well-being in the world, 1950-1990*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Queensland Constitution. (2020). Letzter Zugriff 29.08.2023: <https://www.legislation.qld.gov.au/view/pdf/inforce/current/act-2001-080>
- Queensland Constitution (Fixed Term Parliament) Amendment Act. (2015). Letzter Zugriff <https://www.legislation.qld.gov.au/view/pdf/asmade/act-2016-015>
- Queensland Electoral Act. (1992). Letzter Zugriff 29.08.2023: <https://www.legislation.qld.gov.au/view/pdf/inforce/current/act-1992-028>
- Queensland Electoral Districts Act. (1958). Letzter Zugriff 29.08.2023: http://classic.austlii.edu.au/au/legis/qld/hist_act/edao19587ein65325/

- Queensland Electoral Districts Act. (1991). Letzter Zugriff 29.08.2023: <https://www.legislation.qld.gov.au/view/pdf/asmade/act-1991-009>
- Queensland Electoral Districts Act. (1992). Letzter Zugriff 29.08.2023: <https://www.legislation.qld.gov.au/view/pdf/inforce/current/act-1992-028>
- Queensland Parliament. (2023a). Former Members. Letzter Zugriff 29.08.2023: <https://www.parliament.qld.gov.au/Members/Former-Members>
- Queensland Parliament. (2023b). Record of Proceedings. Letzter Zugriff 29.08.2023: <https://www.parliament.qld.gov.au/Work-of-the-Assembly/Record-of-Proceedings>
- Rahat, Gideon & Reuven Y. Hazan. (2001). Candidate selection methods – An analytical framework. *Party Politics*, 7(3), 297-322.
- Raile, Eric D., Carlos Pereira & Timothy J. Power. (2011). The executive toolbox: Building legislative support in a multiparty presidential regime. *Political Research Quarterly*, 64(2), 323-334.
- Reed, Steven R. (2020). Japanese Electoral Systems since 1947 (Online-Version). *The Oxford Handbook of Japanese Politics*, 41.
- Reilly, Benjamin. (2021). Cross-ethnic voting: An index of centripetal electoral systems. *Government and Opposition*, 56(3), 465-484.
- Rice, Stuart. (1925). The Behavior of Legislative Groups: A Method of Measurement. *Political Science Quarterly*, 40(1), 60-72.
- Richardson, Tom. (2015). Rau declares war on micro-parties in Upper House. In-Daily. Letzter Zugriff 29.08.2023: <https://indaily.com.au/news/2015/10/16/rau-declares-war-on-micro-parties-in-upper-house/>
- Riker, William. (1992). The Justification of Bicameralism. *International Political Science Review*, 101-116.
- Rodrigues, Mark, Nicholas Horne & Chris Lawley. (2010). Double dissolutions: triggers, elections and proposals for reform. Letzter Zugriff 29.08.2023: https://parlinfo.aph.gov.au/parlInfo/download/library/prspub/XB1V6/upload_binary/xb1v63.pdf
- Russell, Meg. (2001). What are Second Chambers for? *Parliamentary Affairs*, 54, 442-458.
- Russell, Meg. (2014). Parliamentary party cohesion: Some explanations from psychology. *Party Politics*, 20(5), 712-723.
- Russell, Meg & Meghan Benton. (2010). (Re)assessing Parliamentary Policy Impact: The Case of the Australian Senate. *Australian Journal of Political Science*, 45(2), 159-174.
- Russell, Meg & Maria Sciara. (2008). The Policy Impact of Defeats in the House of Lords. *The British Journal of Politics & International Relations*, 10(4), 571-589.
- Saiegh, Sebastian M. (2011). *Ruling by statute: How uncertainty and vote buying shape lawmaking*. New York: Cambridge University Press.
- Saiegh, Sebastian M. (2014). Lawmaking. In: Martin, Shane, Thomas Saalfeld & Kaare Strøm, *The Oxford Handbook of Legislative Studies* (481-513). Oxford: Oxford University Press.
- Samuels, David J. & Matthew S. Shugart. (2010). Presidents, Parties, and Prime Ministers – How the Separation of Powers Affects Party Organization and Behavior. Cambridge: Cambridge University Press.
- Samuels, David J. & Richard Snyder. (2001). The Value of a Vote: Malapportionment in Comparative Perspective. *British Journal of Political Science*, 31, 651-671.
- Savage, Russell, Susan Davies & Craig Ingram. (1999). Independents' Charter Victoria – 1999. Letzter Zugriff 29.08.2023: <https://australianpolitics.com/1999/09/28/independents-charter-victoria.html>
- Sawer, Marian. (2005). Above-the-line voting in Australia: How democratic? *Representation*, 41(4), 286-290.
- Scartascini, Carlos, Cesi Cruz & Philip Keefer. (2021). The Database of Political Institutions 2020 (DPI2020). Letzter Zugriff 29.08.2023: <https://publications.iadb.org/en/database-political-institutions-2020-dpi2020>
- Scholz, Evi & Georgios Trantas. (1995). Legislation on „Benefits“ and on Regulatory Matters: Social Security and Labour Market. In: Döring, Herbert, *Parliaments and Majority Rule in Western Europe* (628-653). Frankfurt a.M.: Campus.
- Sharman, Campbell. (2013). Limiting Party Representation: Evidence from a Small Parliamentary Chamber. *Legislative Studies Quarterly*, 38(3), 327-348.

- Sharman, Campbell. (2018). Australian Politics and Elections database. Letzter Zugriff 21.07.2021: <http://elections.uwa.edu.au/>
- Sharman, Campbell, Anthony M. Sayers & Narelle Miragliotta. (2002). Trading party preferences: the Australian experience of preferential voting. *Electoral Studies*, 21(4), 543-560.
- Shugart, Matthew S. & John M. Carey. (1992). *Presidents and Assemblies. Constitutional Design and Electoral Dynamics*. New York: Cambridge University Press.
- Sieberer, Ulrich. (2006). Party Unity in Parliamentary Democracies: A Comparative Analysis. *The Journal of Legislative Studies*, 12(2), 150-178.
- Smith, Rodney. (2003). New South Wales. In: Moon, Jeremy & Campbell Sharman, Australian politics and government: the commonwealth, the states, and the territories. Cambridge, UK; New York: Cambridge University Press.
- Smith, Rodney. (2006). *Against the Machines: Minor Parties and Independents in New South Wales, 1910-2006*. Sydney: Federation Press.
- Smith, Rodney. (2018). New South Wales: An Accidental Case of Semi-Parliamentarism? *Australian Journal of Political Science*, 53(2), 256-263.
- South Australia Constitution. (1997). Letzter Zugriff 29.08.2023: https://www.legislation.sa.gov.au/_legislation/lz/c/a/constitution%20act%201934/2001.11.04/1934.2151.pdf
- South Australia Constitution. (2013). Letzter Zugriff 29.08.2023: https://www.legislation.sa.gov.au/_legislation/lz/c/a/constitution%20act%201934/2016.02.10/1934.2151.auth.pdf
- South Australia House of Assembly. (2015). Hansard. Letzter Zugriff 29.08.2023: <https://www.parliament.sa.gov.au/en/About-Parliament/Hansard>
- StataCorp. (2017a). BIC note – Calculating and interpreting BIC. In: StataCorp, Stata: Release 15. Base Reference Manual ([R] 195-199). College Station, TX: StataCorp LLC.: StataCorp LLC.
- StataCorp. (2017b). Obtaining robust variance estimates. In: StataCorp, Stata: Release 15. Stata User's Guide ([U] 321-326). College Station, TX: StataCorp LLC.: StataCorp LLC.
- Statalist-Forum. (2016). Marginal effects significance vs original model effects significance. Letzter Zugriff 29.08.2023: <https://www.statalist.org/forums/forum/general-stata-discussion/general/1329201-marginal-effects-significance-vs-original-model-effects-significance>
- Stecker, Christian. (2010). Causes of Roll-Call Votes Supply: Evidence from the German Causes of Roll-Call Votes Supply: Evidence from the German Länder. *The Journal of Legislative Studies*, 16(4), 438-459.
- Stecker, Christian. (2011). Namentliche Abstimmungen als Währung individualisierter Repräsentation. *Zeitschrift für vergleichende Politikwissenschaft*, 5(2), 303-328.
- Stecker, Christian. (2015). How effects on party unity vary across votes. *Party Politics*, 21(5), 791-802.
- Stegmaier, Mary, Kamil Marcinkiewicz & Michael Jankowski. (2016). The Effects of Electoral Rules on Parliamentary Behavior: A Comparative Analysis of Poland and the Czech Republic. *East European Politics and Societies*, 30(4), 885-906.
- Stone, Bruce. (2008). State legislative councils -- designing for accountability. In: Aroney, Nicholas, Scott Prasser & John R. Nethercote, *Restraining Elective Dictatorship (175-195)*. Perth: University of West Australia Press.
- Strangio, Paul. (2004). Labor and Reform of the Victorian Legislative Council, 1950-2003. *Labour History*, 86, 33-52.
- Strøm, Kaare. (1990). *Minority government and majority rule*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Svolik, Milan W. (2015). Which democracies will last? Coups, incumbent takeovers, and the dynamic of democratic consolidation. *British Journal of Political Science*, 45(04), 715-738.
- Taagepera, Rein. (1998). Effective Magnitude and Effective Threshold. *Electoral Studies*, 17(4), 393-404.
- Taflaga, Marija. (2018). What's in a name? Semi-parliamentarism and Australian Commonwealth executive-legislative relations. *Australian Journal of Political Science*, 53(2), 248-255.
- Tasmania Constitution. (2022). Letzter Zugriff 29.08.2023: <https://www.legislation.tas.gov.au/view/html/inforce/current/act-1934-094>

- Tasmania Legislative Council Electoral Boundaries Act. (1995). Letzter Zugriff 29.08.2023: <https://www.legislation.tas.gov.au/view/whole/html/inforce/2023-01-03/act-1995-002>
- Tavits, Margit. (2012a). Organizing for Success: Party Organizational Strength and Electoral Performance in Postcommunist Europe. *The Journal of Politics*, 74(1), 83-97.
- Tavits, Margit. (2012b). Party organizational strength and party unity in post-communist Europe. *European Political Science Review*, 4(3), 409-431.
- The Nationals. (2021). Our History. Letzter Zugriff 29.08.2023: <https://nationals.org.au/about/our-history/>
- Thies, Michael F. & Yuki Yanai. (2014). Bicameralism vs. Parliamentarism: Lessons from Japan's Twisted Diet. *Japanese Journal of Electoral Studies*, 30(2), 60-74.
- Thomas, Paul E. J. (2007). Measuring the effectiveness of a minority parliament. *Canadian Parliamentary Review*, 30(1), 22-31.
- Thompson, Elaine. (1980). The 'Washminster' mutation. *Politics*, 15(2), 32-40.
- Thomson, Robert et al. (2017). The Fulfillment of Parties' Election Pledges: A Comparative Study on the Impact of Power Sharing. *American Journal of Political Science*, 61(3), 527-542.
- Thürk, Maria. (2022). Small in Size but Powerful in Parliament? The Legislative Performance of Minority Governments. *Legislative Studies Quarterly*, 47(1), 193-224.
- Tsebelis, George. (1999). Veto Players and Law Production in Parliamentary Democracies: An Empirical Analysis. *The American Political Science Review*, 93(3), 591-608.
- Tsebelis, George. (2002). *Veto Players. How Political Institutions Work*. Princeton: Princeton University Press.
- Tsebelis, George & Jeannette Money. (1997). *Bicameralism*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Tunnecliffe, Wayne. (2005). *Constitutional Reform and the Victorian Experience*. Australasian Parliamentary Review, 20(1).
- Twomey, Anne. (2004). *The Constitution of New South Wales*. Sydney: Federation Press.
- Twomey, Anne. (2018a). Dismissal of Governments. In: *The veiled sceptre: reserve powers of heads of state in Westminster systems (232-357)*. Cambridge, United Kingdom: Cambridge University Press.
- Twomey, Anne. (2018b). *The veiled sceptre: reserve powers of heads of state in Westminster systems*. Cambridge, United Kingdom: Cambridge University Press.
- Uhr, John. (1999). Generating Divided Government: The Australian Senate. In: Patterson, Samuel C. & Anthony Mughan, *Senates: Bicameralism in the Contemporary World (93-119)*. Columbus: Ohio State University Press.
- University of Western Australia. (2018). *Australian Politics and Elections Archive 1856-2018*. Letzter Zugriff 29.08.2023: <http://elections.uwa.edu.au>
- VanDusky-Allen, Julie & William B. Heller. (2014). Bicameralism and the Logic of Party Organization. *Comparative Political Studies*, 47(5), 715-742.
- Victoria Constitution. (2002). Letzter Zugriff 13.11.2020: <https://www.legislation.vic.gov.au/in-force/acts/constitution-act-1975/146>
- Victoria Constitution. (2016). Letzter Zugriff 13.11.2020: <https://www.legislation.vic.gov.au/in-force/acts/constitution-act-1975/214>
- Victoria Electoral Boundaries Commission Act. (1982). Letzter Zugriff 13.11.2020: <https://www.legislation.vic.gov.au/in-force/acts/electoral-boundaries-commission-act-1982/043>
- Victorian Legislation. (2023). All Bills. Letzter Zugriff 29.08.2023: <https://www.legislation.vic.gov.au/bills/all-bills>
- Volden, Craig & Clifford J. Carrubba. (2004). The formation of oversized coalitions in parliamentary democracies. *American Journal of Political Science*, 48(3), 521-537.
- WA, The Nationals. (2021). Our History. Letzter Zugriff 29.08.2023: <https://www.nationalswa.com/our-history/>
- Wallack, Jessica S., Alejandro Gaviria, Ugo Panizza & Ernesto Stein. (2003). Particularism around the World. *The World Bank Economic Review*, 17(1), 133-143.
- Wanna, John. (1999). *Political Chronicles Queensland July to December 1998*. Australian Journal of Politics & History, 45(2), 271-276.

- Wanna, John. (2016). Commonwealth of Australia January to June 2016. *Australian Journal of Politics & History*, 62(4), 608-613.
- Ward, Alan J. (2012). *Parliamentary Government in Australia*. Noth Melbourne, Victoria: Australian Scholarly Publishing Pty Ltd.
- Ward, Hugh & Albert Weale. (2010). Is Rule by Majorities Special? *Political Studies*, 58(1), 26-46.
- Waugh, John. (2002). Blocking Supply in Victoria'. *Public Law Review*, 13, 241-245.
- Weber, Bernd & Sérgio Praça. (2014). Legislative organization and executive success rate at the subnational level: a comparison of Brazil and Germany, 1990-2010. *Revista Ibero-Americana de Estudos Legislativos*, 3(1).
- Western Australia Constitution. (2017). Letzter Zugriff 29.08.2023: <https://www.wa.gov.au/system/files/2019-08/Western%20Australian%20Constitution.pdf>
- Western Australia Constitution Acts Amendment Act. (2021). Letzter Zugriff 29.08.2023: https://www.legislation.wa.gov.au/legislation/statutes.nsf/main_mrtitle_186_homepage.html
- Western Australia Electoral Act. (2021). Letzter Zugriff 29.08.2023: https://www.legislation.wa.gov.au/legislation/statutes.nsf/main_mrtitle_290_homepage.html
- Wikipedia. (2023a). 1998 Japanese House of Councillors election. Letzter Zugriff 29.08.2023: https://en.wikipedia.org/wiki/1998_Japanese_House_of_Councillors_election
- Wikipedia. (2023b). 2001 Japanese House of Councillors election. Letzter Zugriff 29.08.2023: https://en.wikipedia.org/wiki/2001_Japanese_House_of_Councillors_election
- Wikipedia. (2023c). 2004 Japanese House of Councillors election. Letzter Zugriff 29.08.2023: https://en.wikipedia.org/wiki/2004_Japanese_House_of_Councillors_election
- Wikipedia. (2023d). 2007 Japanese House of Councillors election. Letzter Zugriff 29.08.2023: https://en.wikipedia.org/wiki/2007_Japanese_House_of_Councillors_election
- Wikipedia. (2023e). 2010 Japanese House of Councillors election. Letzter Zugriff 29.08.2023: https://en.wikipedia.org/wiki/2010_Japanese_House_of_Councillors_election
- Williams, Paul D. (2010). The Queensland Election of 21 March, 2009: Labor's Swim Against the Tide. *Australian Journal of Political Science*, 45(2), 277-283.
- Willumsen, David M., Christian Stecker & Klaus H. Goetz. (2018). The electoral connection in staggered parliaments: Evidence from Australia, France, Germany and Japan. *European Journal of Political Research*, 57(3), 759-780.
- Willumsen, David M., Christian Stecker & Klaus H. Goetz. (2019). Do electoral district size and diversity affect legislative behaviour? *Australian Journal of Political Science*, 54(1), 37-64.
- Zucco, Cesar. (2009). Ideology or What? Legislative Behavior in Multiparty Presidential Settings. *The Journal of Politics*, 71(3), 1076-1092.
- Zucco, Cesar. (2013). Legislative coalitions in presidential systems: The case of Uruguay. *Latin American Politics and Society*, 55(1), 96-118.